



universität
wien

MAGISTERARBEIT

Titel der Magisterarbeit

„Die Demokratie, die sie meinen.“

Deutschnationale Ideologien im postnazistischen Österreich
anhand einer Untersuchung einschlägiger Zeitschriften von
1952/53 bis 1955

Verfasserin

Christina Steinkellner Bakk phil.

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2015

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 066 841

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Publizistik- und Kommunikationswissenschaft

Betreuer:

Ao. Univ.-Prof. Dr. Fritz (Friedrich) Hausjell

Meiner Mutter gewidmet

Inhaltsverzeichnis

1	EINLEITUNG	7
2	FORSCHUNGSINTERESSE	9
2.1	PROBLEMSTELLUNG	10
3	THEORETISCHER RAHMEN	12
3.1	TRANSFORMATIONSPHASEN	13
3.2	KULTURELLER ASPEKT IN DER TRANSFORMATION	16
3.3	TRANSFORMATION UND MEDIEN	18
3.4	FORSCHUNGSRELEVANTE BEGRIFFE	20
3.4.1	POSTNAZISMUS UND POSTFASCHISMUS	20
3.4.2	NEONAZISMUS UND NEOFASCHISMUS	21
3.4.3	VÖLKISCH	22
4	GESCHICHTLICHER UND POLITISCHER RAHMEN	23
4.1	BESATZUNG UND STAATSVERTRAG	24
4.2	DIE OPFERTHESE	31
4.2.1	OPFERTHESE UND WEHRMACHT	33
4.2.2	RÜCKSTELLUNGEN	34
4.2.3	EXKURS: DAS PROBLEM SÜDTIROL	36
4.3	PARTEIENLANDSCHAFT IN ÖSTERREICH	40
4.4	ENTNAZIFIZIERUNG	44
4.4.1	JURISTISCHE VERFOLGUNG VON NS-GEWALTVERBRECHEN	49
4.5	INTEGRATION EHEMALIGER NATIONALSOZIALISTEN IN GESELLSCHAFT UND POLITIK 52	
4.6	NEONAZISTEN	55
5	DIE ÖSTERREICHISCHE PRESSE IN DER NACHKRIEGSZEIT	59
5.1	ZENSUR UND PRESSEKONTROLLE	63
5.2	FOLGEN DER ENTNAZIFIZIERUNG FÜR PRESSE UND PRESSEWESEN	66
5.3	NEONAZISTISCHE ZEITSCHRIFTEN	68
6	EMPIRISCHE UNTERSUCHUNG	72
6.1	METHODIK	72
6.1.1	DER TEXTBEGRIFF	72
6.1.2	DISKURSTHEORIE	74
6.1.3	DISKURSANALYSE	75
6.2	DIE ANALYSESCHRITTE	78
6.3	ASPEKTE UND PROBLEME DER DISKURSANALYSE ALS UNTERSUCHUNGSMETHODE	84
6.4	UNTERSUCHUNGSDESIGN	85
6.4.1	FORSCHUNGSLEITENDE FRAGEN	86
6.5	DIE ZEITSCHRIFTEN	87
6.5.1	„DIE AULA“	87
6.5.2	„DER ECKARTBOTE“	108
6.6	ERGEBNISSE UND INTERPRETATION	130
6.6.1	ERGEBNISSE „DIE AULA“	130
6.6.2	ERGEBNISSE „DER ECKARTBOTE“	134
6.6.3	INTERPRETATION	138

7	CONCLUSIO	140
8	LITERATURVERZEICHNIS	142
9	ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS.....	156
10	ANHANG	157
10.1	UNTERSUCHUNGSMATERIAL.....	157
10.2	ABSTRACT.....	223
10.3	LEBENS LAUF.....	225

1 Einleitung

Siebzig Jahre sind nun seit der Anerkennung der ersten (provisorischen) Regierung Karl Renners vergangen. In diesen siebzig Jahren war in Österreich die Zeit des Nationalsozialismus bzw. dessen Aufarbeitung natürlich unumgänglich, es ist sozusagen ein geschichtliches Erbe, das man tragen und auch reflektieren muss. Die lange Zeit der Aufarbeitung begann jedoch nicht mit einer Erkenntnis oder gar Entschuldigung, vielmehr gleicht die Umgangsweise Österreichs mit der Nachkriegszeit einer regelrechten Farce und bei einer genauen Auseinandersetzung mit einzelnen Facetten der Politik und der Gesellschaft sowie des Pressebereichs, wirkt sie verstörend.

Der Ausdruck „Die Stunde Null“, so wie das Kriegsende 1945 oft und gern bezeichnet wurde, beschreibt die Umstände zu der Zeit leider nur unzutreffend. Der Krieg war zwar vorbei, das Land war „befreit“, doch aufgrund machtpolitischer Prozesse und historische Umstände konnte die Säuberung vom Nationalsozialismus nicht flächendeckend vollzogen werden. Durch die Entwicklung des Kalten Krieges wurde der „Krieg gegen den Nationalsozialismus“ den man sich 1945 an die Fahnen heftete, marginal. Was wieder in den Vordergrund trat war die Abwehr des Bolschewismus, der schon von Adolf Hitler betrieben wurde, was auch eine Integration ehemaliger Nationalsozialisten mit sich brachte.¹

Die Rolle der Presse in der Nachkriegszeit ist besonders diffizil, der gesamte Pressebereich wurde unter dem NS-Regime gleichgeschaltet. Nach Ende des Krieges wurden durch die Besatzungsmächte die Kommunikationskanäle unter Beschlagnahme genommen, natürlich nicht ohne sie auch für eigene Propagandazwecke zu nützen.

Viele ehemalige Nationalsozialisten die im NS-Regime im Medienbereich tätig waren, hatten nach dem Kriegsende immer noch ihre Funktionen inne. Auch nachdem viele der ehemaligen Nationalsozialisten 1948 als minderbelastet eingestuft und kurz später amnestiert wurden war auch in der einschlägigen Presse eine Rückkehr an die Schreibtische zu verzeichnen.

Das Fortleben der Ideologien ehemaliger Nationalsozialisten in der Nachkriegszeit kann sich anhand vieler Presseartikel, Dokumente, gesellschaftlicher Geschehnisse und auch politischer Aktivitäten festmachen lassen.

¹ Vgl. Dworzak, Hermann: Neuformierung und Entwicklung des Rechtsextremismus nach 1945. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (1981): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. 5. Auflage. Österreichischer Bundesverlag, Wien. S. 139 – 149. Hier S. 142.

Österreich ist ein erschreckendes Beispiel, wie aus Verleumdung ein Staat entstanden ist, der es nicht zustande brachte, sich den Schmutz von den Kleidern zu putzen und die Chance verpasste, sein Gesicht zu wahren.

Anhand dieser Analyse soll deutlich werden, wie unverbrämt sich die österreichische Politik mit dem nationalsozialistischen Erbe kurz nach dem Krieg auseinandersetzte und wie sich diese Vorgehensweise auf die Wortwahl ehemaliger Nationalsozialisten in einschlägigen Druckwerken niederschlug.

Vermerk: Sofern in dieser Arbeit personenbezogene Ausdrücke verwendet werden, umfassen sie Frauen und Männer gleichermaßen. Zudem wird, falls es sich um direkte Wortwiedergaben handelt, die Rechtschreibung des Originals verwendet, auf die Anführung etwaiger akademischen Grade oder Titel wird verzichtet.

2 Forschungsinteresse

Das Hauptaugenmerk dieser Analyse liegt besonders auf den Voraussetzungen für die neonazistischen Gazetten, sich in den Jahren nach der Entnazifizierung publizistisch zu entfalten und als Sprachrohr für die „geduldeten“ Gruppierungen ehemaliger Nationalsozialisten zu dienen. Zu neonazistischen Publikationen zwischen 1952 und 1955 gibt es wenige inhaltsanalytische Forschungsarbeiten, Andrea Ilse Maria Reiter untersucht in einer computergestützten Zeitschriftenanalyse die Ideologien des „Eckartboten“, konzentriert sich aber dabei auf die Zeit ab 1960. Doch weist besonders die Zeit nach der Wiedererstehung des „Eckartboten“ 1953 und der Gründung der „Aula“ 1951/1952 eine hohe Forschungsrelevanz auf, diese Zeitspanne markiert den Beginn der neonazistischen Tätigkeiten, aufgrund etlicher Amnestierungen der „Ehemaligen“, in verschiedensten Bereichen – unter anderem auch in der Presse. Zudem stellt der Forschungszeitraum eine Zeit dar, die durch Besatzungspolitik, Kaltem Krieg und innenpolitischen Turbulenzen gekennzeichnet ist.

Interessant ist besonders die Einstellung der Artikelverfasser hinsichtlich der Umstände, die im Nachkriegsösterreich, angesichts des Kalten Krieges und der schwammigen Entnazifizierung, bis hin zum Staatsvertrag, herrschten. Besonderes Augenmerk wird hier auch auf die Besatzungssituation genommen und auf den Umstand, dass sich die Lage der ehemaligen Nationalsozialisten nach den Amnestierungen 1947/1948 gesellschaftlich um einiges gebessert hatte.

Die Ideologien der beiden Zeitschriften soll anhand einer Diskursanalyse untersucht werden, es wird auf Diskurse Bezug genommen, die die Zeitschriften inhaltlich charakterisieren. Zudem werden Autorenprofile beider Gazetten angeführt, anhand derer können Kontinuitäten der „völkischen“ Idee aufgezeigt werden.

Anzumerken ist hierbei, dass wie bei fast allen neonazistischen Gazetten, es sich bei den Autoren in der „Aula“ und dem „Eckartboten“ nicht um Journalisten per se handelte, vielmehr um Personen aus der Politik und dem Studentenwesen sowie um Fachleute aus der Wirtschaft und des Agrarwesens.

2.1 Problemstellung

Nach dem Zweiten Weltkrieg war Österreichs Gesellschaft zerrüttet und musste danach einen Transformationsprozess durchmachen. Besonders die Zeit ab 1947, die die Zeit der Amnestien markiert, stellt eine Besonderheit in der demokratischen Entwicklung der Republik dar.

Die österreichische Regierung bemühte sich für eine zeitliche Befristung der Entnazifizierungstätigkeiten, was von den Alliierten allerdings zunächst abgelehnt wurde. Jedoch kam es dann im Februar 1947 bereits zu einer Erstellung eines neuen Entnazifizierungsgesetzes, es wurde zwischen „belasteten“ und „minderbelasteten“ Nationalsozialisten unterschieden, also zwischen Personen, die eine bestimmte Stellung und damit Macht innehatten und Personen, die als „Mitläufer“ eingestuft wurden. Somit begann das Ende der Entnazifizierung in Österreich.²

„Entscheidend war, daß die politische Säuberung nie als Ziel für sich alleine, sondern immer im Zusammenhang mit anderen politischen Zielen gesehen wurde. Versetzt man sich in die Lage der Regierung Renner 1945, so war die Entnazifizierung im Kontext mit der Wiedererlangung der Souveränität, der Wiedererrichtung eines Rechtsstaates, der Wiedererrichtung eines demokratischen Systems und dem wirtschaftlichen Wiederaufbau zu sehen.“³

Dieter Stiefel erkennt hier eine wichtige Problematik:

Wie konnte man es bewerkstelligen, in Österreich ein demokratisches System aufzubauen, wenn ca. 15 Prozent der großjährigen Bevölkerung von jeglichen politischen Rechten isoliert waren?

„Durch eine konsequente Durchführung der politischen Säuberung schien der Wiederaufbau des demokratischen Systems selbst gefährdet. Den ehemaligen Nationalsozialisten war hier ein starkes Argument in die Hand gegeben. Was sollte das

² Vgl. Stiefel, Dieter (1986): Nazifizierung plus Entnazifizierung = Null? Bemerkungen zur besonderen Problematik der Entnazifizierung in Österreich. In: Meissl, Sebastian/ Mulley, Klaus-Dieter/ Rathkolb, Oliver (1986): Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945 – 1955. Verlag für Geschichte und Politik, Wien. S. 28 – 36. Hier S. 33.

³ Stiefel, 33.

für eine Demokratie sein, in der nicht allen die gleichen politischen Rechte zugestanden wurde?“⁴

Diese Entwicklungen hatten auch ihre Einflüsse auf die Presse. Personen mit einschlägigem Gedankengut wurde nach den Amnestierungen unausgesprochen die „Erlaubnis“ erteilt, ihre Ideologien in Hetzblättern zu verbreiten, zwar anfänglich mit juristischen Folgen, die dann immer mehr einer Gleichgültigkeit wichen. Ein Paradebeispiel hierfür ist die Geschichte Josef Papeschs, dem Gründer der Zeitschrift „Die Aula“. Papesch war in der Steiermark eine wichtige Persönlichkeit mit einem starken nationalsozialistischen Hintergrund. Er setzte sich dafür ein, die nationalsozialistische Tradition weiterzuführen.⁵

Sechs Jahre nach Kriegsende wurde er amnestiert und veröffentlichte das national-freiheitlichen Monatsblatts „Die Aula“.⁶ Auch auf die ÖVP-Freunde von Josef Papesch konnte man zählen: 1963 wurde der Ex-Nazi durch das Land Steiermark mit dem Peter-Rosegger-Preis ausgezeichnet.⁷

Man kann erkennen, dass sich die Einstellung in Politik und Gesellschaft nach dem Ende des Nationalsozialismus doch nicht grundlegend geändert hatte, so wie man dies kurz nach der Befreiung durch die Alliierten sah.

Neben demokratischen Bestrebungen und dem Bemühen, mit Österreich einen unabhängigen Staat entstehen zu lassen, befand sich das Land weiter in den Klauen des Nationalsozialismus. Die Entnazifizierungsmaßnahmen wurden nicht so strikt durchgezogen, wie sie begonnen hatten und somit verschwamm das Bild des „bösen Nationalsozialismus“. Durch diese Ideologien und Vorstellungen, die sich in der Gesellschaft befanden, konnte sich der Rechtsextremismus ohne große Störquellen entwickeln, was sich auch auf den Pressebereich niederschlug.

⁴ Ebd., 34.

⁵ Vgl. Karner, Stefan (2005): Die Steiermark im 20. Jahrhundert. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur. Styria, Graz/ Wien/ Köln. Hier S. 275.

⁶ Vgl. Jontes, Günther/ Schilhan Günther (2007): Vom Anschluss bis zum Staatsvertrag. Die Steiermark 1938-1955. Akademische Druck- und Verlagsanstalt, Graz. Hier S. 29 ff.

⁷ Vgl. Höller, Herwig G. (2011): Die Schriftleiter der Steiermark. In: ZeitOnline. (Online unter <http://www.zeit.de/2011/48/A-Stocker> 10.02.14)

3 Theoretischer Rahmen

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erfolgte ein Aufleben der demokratischen Systeme, in 25 Ländern der Welt kam es zu einer Demokratisierung.⁸

Im nationalsozialistischen Deutschland und Österreich erfolgten „Systemtransformationen“⁹, so auch im faschistischen Italien und in Japan. Die Länder, die von Deutschland besetzt wurden, kehrten zu ihrer Staatsform, der Demokratie, zurück.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit gab es in den westlichen politischen Bereichen gute Voraussetzungen für den Transformationsprozess zu einem demokratischen System.

Die Führungsmacht USA stand mit den westlichen Demokratien im sich anbahnenden Kalten Krieg gegenüber dem Konkurrenten Sowjetunion, zudem blühten länderübergreifende Wirtschaftszusammenschlüsse und Militärbündnisse auf, deren Mitglieder die neu entstandenen Demokratien wurden.

Nationalsozialistische, faschistische oder „militär-chauvinistische“¹⁰ Systeme bildeten keine überzeugende Wahlmöglichkeit mehr. Das Kriegsende, verbunden mit ökonomischen, politischen und moralischen Fehlschlägen, warf ein schlechtes Licht auf die totalitären Regimesysteme.

Jedoch war das Scheitern des nationalsozialistischen Regimes für viele das Ende der Freiheit und das Ende eines Reiches, das ihnen eine Volkszugehörigkeit gab. Das Ende des Nationalsozialismus in Deutschland und in Österreich sowie der Bruch des Faschismus in Italien bedeutete für viele Menschen das Ende ihrer gewollten politischen Ordnung.

Die Entmilitarisierung und die Besatzung durch die Alliierten brachten mit sich, dass das Nazi-Militär sich nicht wieder reformieren konnte. Durch re-educative Bestimmungen bei der Herstellung einer Demokratie in der Gesellschaft und durch demokratische Instanzen auf organisatorischer Ebene wurde der Transformationsprozess in Deutschland gefördert.¹¹

⁸ Vgl. Merkel, Wolfgang/ Gerschewski, Johannes: Demokratische Transformationen nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Kollmorgen, Raj/ Merkel, Wolfgang/ Wagener, Hans-Jürgen (Hg.) (2015): Handbuch Transformationsforschung. Springer VS, Wiesbaden. S. 339 – 351. Hier S. 339.

⁹ Ebd., 339.

¹⁰ Ebd. 341.

¹¹ Vgl. Merkel Demokratische Transformationen , 341.

Österreich war im Vergleich zu Deutschland ein „Sonderfall“, denn es wurde nicht als Täter bezeichnet, sondern in der Moskauer Deklaration als erstes Opfer des nationalsozialistischen Regimes titulierte. Somit erfolgte in Österreich zwar eine Systemtransformation, aber unter anderen Umständen.

Folgend sollen nun die Transformationsphasen, die ein System auf dem Weg zur Demokratisierung durchmacht, skizziert werden, um dem Forschungsgegenstand einen theoretischen Rahmen zu geben. Weiters soll auf den Kulturaspekt in der Transformationsphase eingegangen werden, sowie auf Medien, die als Träger von Diskursen und kulturellen Symbolen eine besondere Rolle in Transformationsprozessen innehaben. Medialisierungsprozesse können eine Darstellung von Politik beeinflussen, es besteht ein enger Zusammenhang zwischen Medien und Gesellschaftswandel.

3.1 Transformationsphasen

Der Wechsel eines Systems weist eine Zeitspanne zwischen dem alten und neuen System auf. In diesem Intervall lösen sich die Strukturen des alten Systems auf und es bildet sich eine neue „politische Herrschaftsstruktur“.

Zwischen dem Ende des autokratischen Systems und dem Beginn einer konsolidierten Demokratie liegen drei Phasen:

1. Das Ende des autoritären Systems
2. Die Institutionalisierung einer Demokratie
3. Die Konsolidierung der Demokratie¹²

Das Ende des autoritären Systems

Bei Untersuchung der ersten Phase des Transformationsprozesses, der letzten Phase des autoritären Systems, muss zwischen Ursachen und Ablauf unterschieden werden.

In der Analyse der Ursachen kann man systeminterne und systemexterne Ursachen voneinander trennen. Systeminterne Ursachen können Krisen in der Legitimität des

¹² Merkel, Wolfgang/ Heyne, Lea: Transformationsphasen. In: Kollmorgen, Raj/ Merkel, Wolfgang/ Wagener, Hans-Jürgen (Hg.) (2015): Handbuch Transformationsforschung. Springer VS, Wiesbaden. S. 733 – 739. Hier S. 733.

Staates, eine gescheiterte Wirtschaftspolitik oder eine Wirtschaftskrise als Beweggrund zum Widerstand in der Gesellschaft sein.¹³

Modernisierungen können auch eine systeminterne Ursache darstellen, wie beispielsweise der Tod eines autoritären Machthabers oder politische Eklats, was Proteste fördern kann. Solche Ereignisse treffen Systeme besonders, wenn schon eine brüchige Stabilität durch Legitimationsprobleme gegeben ist.

Systemexterne Ursachen können oft das Ende eines autokratischen Systems fördern, wie z.B. das Unterliegen in einem militärischen Konflikt. Auch das Entziehen ausländischer Hilfeleistungen kann das System schwächen und den Untergang eines Systems verursachen.¹⁴

Bei der Untersuchung des Verlaufs einer Ablösung autoritärer Systeme können unterschiedliche Formen ausgemacht werden. Zunächst kann der Systemwechsel von einem alten Regime gelenkt und die politische Macht dadurch länger in der Transformationsphase gehalten werden.

Ein Systemwechsel, der von unten erfolgt, also durch eine Öffentlichkeit, die sich gegen die alte Elite mobilisiert, bedingt meistens eine kurze Phase des Beendens eines autokratischen Systems.

Ein „Regimekollaps“¹⁵ ist ein gänzlicher und akuter Zusammenbruch des autoritären Systems, allerdings ohne interne Prozesse. Eine weitere mögliche Form der Ablösung eines autoritären Systems kann der Zerfall eines Imperiums sein, bei dem mehrere neue Staaten entstehen und es somit eine mehrfache Möglichkeit auf Demokratisierung gibt.

In der Geschichte können diese möglichen Verläufe untereinander verstrickt sein.¹⁶

Institutionalisierung der Demokratie

Diese Phase beginnt, wenn von den alten autoritären Eliten keine Kontrolle mehr über politische Entscheidungen getragen wird und neue demokratische Regeln entstehen, die für alle Handelnden verbindlich sind.

Das Ende der Phase markiert das Inkrafttreten einer demokratischen Verfassung. Besonders ist in dieser Transformationsphase, dass zwar die alten Normen nicht mehr

¹³ Vgl. ebd.

¹⁴ Vgl. ebd., 734.

¹⁵ Ebd.

¹⁶ Vgl. ebd.

gelten, aber neue noch erstellt werden müssen.

Im Vergleich zu der dritten Phase im Transformationsprozess, der Konsolidierungsphase, verfügen hier die politisch Handelnden über gewisse Handlungsspielräume, dennoch ist das System noch nicht stabil.

Um dies zu erreichen müssen Normen und Werte festgesetzt werden, die alle Interessen der Allgemeinheit binden, um nicht der Gefahr einer erneuten Autokratie ausgesetzt zu sein.¹⁷

Die Konsolidierung der Demokratie

Nach Inkrafttreten der Verfassung ist die Demokratisierungsphase beendet und das System ist stabiler, da nun politische Normen herrschen. Der Konsolidierungsprozess wird nun gestützt durch ein allgemein akzeptiertes Gefüge von Institutionen im Staat, die Handlungsfreiheit der politischen Eliten ist wieder kleiner.

Wann eine Demokratie als gefestigt gilt, hängt von der Definition von „Demokratie“ und „Konsolidierung“ ab. Es gibt einige Demokratiemodelle und Maßstäbe, an denen man die Qualität der Demokratie messen kann. Hier wurden die Kriterien für Demokratiequalität nach Robert Dahl gewählt, die in Demokratieforschung als weit verbreitet gelten.

Von Demokratie kann man sprechen, wenn folgende Kriterien im System erfüllt werden:

- Wahl und Abwahl der Amtsinhaber
- Regelmäßige faire und freie Wahlen
- Aktives und passives Wahlrecht für nahezu alle Erwachsene
- Freie Meinungsäußerung
- Informationsfreiheit
- Organisationsfreiheit zur Bildung politischer Parteien und Interessensgruppen
- Ein „inklusive“ Bürgerschaftsstatus: politische und bürgerliche Rechte sollen für möglichst alle gelten¹⁸

Eine Konsolidierung kann negativ sein, hier gibt es zu dem demokratischen Institutionen

¹⁷ Vgl. Merkel Transformationsphasen, 735.

¹⁸ Vgl. Schaller, Christian: Demokratie ist nicht gleich Demokratie In: Dachs, Herbert/ Fassmann, Heinz (Hg.) (2002): Politische Bildung. Grundlagen – Zugänge – Materialien. Verlag öbv & hpt, Wien. S. 14 – 21. Hier S. 14.

keine Systemalternative für die Akteure. Bei einer positiven Konsolidierung ist die Stabilität der Demokratie bei den Bürgern und den Eliten gleichermaßen angesehen.¹⁹

3.2 Kultureller Aspekt in der Transformation

Der kulturelle Aspekt hat in den drei Phasen der Transformation eine unterschiedliche Rolle.

Jan Kubik stellte 1994 die Annahme auf, dass kulturelle Faktoren als treibende Faktoren des staatsozialistischen Kollapses bezeichnet werden können. Die Forschung von Kubik zeigt auf, dass Kultur, als Sammelbecken von Diskursen und Symbolen, von kulturellen Eliten absichtlich als Werkzeug zur Veränderung der Ideologien gebraucht wird.

In der Phase der Machtübernahme spielt die Kultur eine sehr wichtige Rolle. Ein Machtübergang erfolgt entweder durch Verhandlungen oder wird mit Gewalt durchgeführt. Bei einer diskutierten Machtübernahme sind zwei Faktoren bedeutsam: Erstens weisen verschiedene Situationen bei der Verhandlung eine unterschiedliche Wirkung auf die Ausformung des realen Verhandlungsvorganges; zweitens kann die Akzeptanz des Machtübergang durch die in der Gesellschaft vorhandenen, kulturellen Szenarien gefördert und limitiert werden.²⁰

In der dritten Phase der Transformation, der Konsolidierungsphase, wird von politischen Meinungsführern eine Interpretation der Machtübernahme aufgestellt, die ihre Ideologien mit ihren politischen Zielen vereint. Somit können die Mitverhandelnden degradiert werden.²¹

Zu der Phase der Konsolidierung gibt es drei Forschungsprogramme:

Das erste Forschungsprogramm beleuchtet die Kultur als Pool von Einstellungen, die vom alten Regime stammen und weiterhin vorherrschen. Diese Kultur zeigt eine Behinderung für die Ökonomie und die Politik des Transformationsprozesses sowie des

¹⁹ Vgl. Merkel Transformationsphasen, 736.

²⁰ Vgl. Kubik, Jan: Kulturtheoretische Ansätze. In: Kollmorgen, Raj/ Merkel, Wolfgang/ Wagener, Hans-Jürgen (Hg.) (2015): Handbuch Transformationsforschung. Springer VS, Wiesbaden. S. 111 – 124. Hier S. 115 f.

²¹ Vgl. ebd. 116.

neuen Systems auf. Kubik beschreibt dies als „kulturellen Sand“²², der durch kleine Löcher in die Transformationsmaschinerie dringt und den Betrieb beeinträchtigt.

Ein Schwachpunkt dieses Forschungsprogramms liegt darin, dass der Definition von Demokratie unzureichend Beachtung geschenkt wird. Man weiß, ob eine Bevölkerung die Demokratie bejaht oder verneint, aber man weiß nicht, was unter Demokratie verstanden wird.²³

Die Funktionen der kulturellen Faktoren in der Konsolidierungsphase weisen keine eindeutigen Forschungsergebnisse auf. Für viele Forscher ist eine Demokratie nicht durchführbar bzw. schwer zu stabilisieren, wenn nicht schon vor dem neuen System prodemokratische Bedingungen in der Gesellschaft geherrscht haben.²⁴

Der zweite Forschungsbereich befasst sich mit Kultur als Basis für politische und wirtschaftliche Veränderungsprozesse. Kultur sieht man hier als ein Sammelbecken von weltanschaulichen Mustern und Diskursen, sowie Symbolen, die von den politischen Eliten des Transformationsprozesses erstellt und verbreitet werden.²⁵

Wissenschaftler, die in diesem weitgefächerten Paradigma untersuchen, analysieren die Ideologien des Neoliberalismus, die von den Entrepreneuren des Transformationsprozesses aufgebaut und intensiviert werden, wie auch die Kultur des Veränderungsprozesses bei den gegnerischen Parteien.²⁶

Das kann sowohl linksgerichtete, also beispielsweise marxistische oder auch feministische Diskurse bedeuten, als auch rechtsgerichtete, nationalistische, rechtspopulistische oder konservative Diskurse.²⁷

Die dritte Analysegruppe der Konsolidierungsphase legt keinen Fokus auf die politischen Eliten und untersucht die Kulturen als Sammlung von Szenarien, die von Menschen aufgrund der Veränderungsprozesse manifestiert wurden und von ihnen weitergelebt werden.

²² Ebd.

²³ Vgl. Kubik, 116.

²⁴ Vgl. ebd., 117.

²⁵ Vgl. ebd.

²⁶ Siehe: Tornquist-Plewa, Barbara/ Stala, Krzysztof (Hg.) (2011): *Cultural Transformations after Communism. Central and Eastern Europe in Focus*. Nordic Academic Press, Lund. / Kennedy, Michael (2002): *Cultural Formations of Postcommunism. Emancipation, Transition, Nation, and War*. University of Minnesota Press, Minneapolis.

²⁷ Vgl. Kubik, 118.

Auf der einen Seite erkennt das Programm, dass durch einen subsumierenden ideologischen Rahmen eine politische Mobilmacht der effektivste Ausdruck einer aktionsfähigen sozialen Gruppe oder der Masse ist.

Jedoch wird aber auch festgehalten, dass sich „(...) *Menschen in unauffälligen, gleichwohl hoch organisierten Aktivitäten engagieren, die formale bzw. legale, semilegale sowie informelle bzw. illegale Strategien kombinieren. Letztere erweisen sich als durch historisch gestaltete, oft informell vermittelte und lokal verfügte Handlungsskripte informiert.*“²⁸

3.3 Transformation und Medien

Die Rolle der Medien findet in der klassischen Transformationsforschung kaum Beachtung, dennoch gibt es eine Reihe von Analysen, die sich mit Transformationsprozessen sozialistischer Staaten befassen und die Rolle der Massenmedien miteinbeziehen.

Medien müssen nicht ausschlaggebend sein für einen Transformationsprozess, sie können aber die Entwicklungen in der Politik wiedergeben und natürlich so auch rezipiert werden. Auf der anderen Seite ist in der heutigen Zeit wichtig zu erforschen, wie Medien, Gesellschaft und Politik zusammenhängen.

Das Verhältnis zwischen dem Mediensystem und dem politischen System weist in der Forschung unterschiedliche Ansätze auf.²⁹ Auf der Makroebene können drei zentrale Paradigmen ausgemacht werden:

- Das Gewaltenteilungsparadigma
- Das Instrumentalisierungsparadigma
- Das Symbiose- und Interdependenzparadigma

Das Gewaltenteilungsparadigma betont die Unabhängigkeit des politischen Systems und des Systems der Massenmedien. Diese Unabhängigkeit der Medien gegenüber der Politik ist zwingend für einen demokratischen Prozess im Staat.³⁰

²⁸ Ebd. 119.

²⁹ Vgl. Sartor, Ralph (2000): Symbolische Politik. Eine Neubewertung aus Prozess- und rezeptionsorientierter Perspektive. Deutscher Universitäts-Verlag, Wiesbaden. Hier S. 19.

Anhand dieses Paradigmas entstand die populäre Bezeichnung der Medien als „Vierte Gewalt“. Hierbei meint man nicht eine Hinzufügung einer konstitutionellen Gewalt zu der Legislative, Judikative und Exekutive, vielmehr werden Medien über diese Gewalten als Kontrollinstanz gestellt.³¹

Die Instrumentalisierungsthese zeigt, dass das Mediensystem und das politische System ein „Dependenz-Dominanz-Verhältnis“ aufweisen.³² Einerseits kann das politische System von Massenmedien beeinflusst werden, andererseits ist es auch möglich, dass die Politik das System der Medien lenkt.³³

Der Politikwissenschaftler Heinrich Oberreuter spricht von einer Übermacht der Medien, da sie für die Bürger in öffentlichen Diskursen über gesellschaftliche Probleme eine höhere Position einnehmen und die Interpretation von politischer Realität bestimmen.³⁴

Der Kontrast zu dieser Auffassung wäre ein Autonomieverlust der Medien gegenüber dem politischen System, Medien würden hier als Steuerungsinstrumente eingesetzt werden.

Das Symbiosen- und Interdependenzparadigma ist der Annahme, dass Medien und Politik eng miteinander verbunden sind, eine Art Tauschbeziehung, in der Medien und Politik voneinander abhängig sind und Informationen gegen öffentliche Bekanntheit (Publizität) austauschen.³⁵

Medien sind auf der einen Seite auf der Suche nach Themen aus dem politischen Umfeld, auf der anderen Seite werden Medien vom politischen System zur Verbreitung von Informationen genutzt.

Die Massenmedien haben also eine Gatekeeper-Rolle, sie fungieren als Pförtner zur Öffentlichkeit. Das politische System auf der anderen Seite kümmert sich um profunde

³⁰ Vgl. Sarcinelli, Ulrich: Mediale Politikdarstellung und politisches Handeln. Analytische Anmerkungen zu einer notwendigerweise spannungsreichen Beziehung. In: Jarren, Otfried (Hg.) (1994): Politische Kommunikation in Hörfunk und Fernsehen. Elektronische Medien in der Bundesrepublik Deutschland. Leske + Budrich, Opladen. S. 35 – 50. Hier S. 38.

³¹ Vgl. Tenscher, Jens (2003): Professionalisierung der Politikvermittlung? Politikvermittlungsexperten im Spannungsfeld von Politik und Massenmedien. VS-Verlag, Wiesbaden. Hier S. 47.

³² Vgl. Jarren, Otfried/ Donges, Patrick (2006): Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung. 2. Auflage. VS-Verlag, Wiesbaden. Hier S. 26.

³³ Vgl. Marcinkowski, Frank (1993): Publizistik als autopoietisches System. Politik und Massenmedien. Eine systemtheoretische Analyse. Westdeutscher Verlag, Opladen. Hier S. 1.

³⁴ Vgl. Oberreuter, Heinrich (1982): Übermacht der Medien. Erstickt eine demokratische Kommunikation? Interform, Zürich. Hier S. 61.

³⁵ Vgl. Strohmeier, Gerd (2004): Politik und Massenmedien. Eine Einführung. Nomos, Baden-Baden. Hier S. 153.

Informationen für die Medien.³⁶

Das Verhältnis von Medien und Politik lässt sich auf den Transformationsprozess umlegen, denn die primäre Frage ist ident: Wer transformiert wen?

3.4 Forschungsrelevante Begriffe

3.4.1 Postnazismus und Postfaschismus

Der Begriff „Postnazismus“ weist den Präfix „post-“ auf und kennzeichnet damit die Frage der Kontinuitäten des Nationalsozialismus nach Kriegsende, also nach der Befreiung durch die alliierten Mächte.

Astrid Messerschmidt weist darauf hin, dass der Begriff „postnazistisch“ in Verbindung mit der Gesellschaft der Nachkriegszeit darauf hindeuten soll, dass zwar etwas vergangen ist, aber trotzdem noch andauert bzw. kontinuierlich ist.³⁷

Diese Definition ist an postkoloniale Theorien angelehnt. Der Begriff „Postkolonialität“ weist eine Doppelbedeutung auf: Einerseits bezieht er sich auf die Überwindung von Herrschaftszusammenhängen, andererseits auf deren Weiterleben.³⁸

Die Verwendung des Begriffes „Postnazismus“ in dieser Forschungsarbeit wird an die Definition Elke Rajals gelehnt. Sie sieht den Begriff „Postnazismus“ folgendermaßen:

„Das Faktum, dass es im Jahr 1945 keineswegs zu einem vollständigen Bruch kam und zudem viele Nazis in das politische System integriert wurden, hinterließ Spuren, die weit über die unmittelbaren Nachkriegsjahre hinaus in der Gesellschaft wirksam sind. Dieses durch den Nationalsozialismus und sein Fortwirken geschaffene gesellschaftliche Verhältnis soll mit dem Begriff Postnazismus gefasst werden.“³⁹

³⁶ Vgl. ebd.

³⁷ Vgl. Messerschmidt, Astrid (2009): Weltbilder und Selbstbilder. Bildungsprozesse im Umgang mit Globalisierung, Migration und Zeitgeschichte. Brandes & Apsel, Frankfurt. Hier S. 47.

³⁸ Vgl. ebd.

³⁹ Rajal, Elke (2010): Erziehung nach/über Auschwitz. Holocaust Education in Österreich vor dem Hintergrund kritischer Theorie. Diplomarbeit an der Universität Wien. Hier S. 26.

Der Begriff „Postfaschismus“ wurde in Österreich wenig diskutiert, in der BRD fasste man unter „Postfaschismus“ nach dem Krieg primär personelle Verflechtungen auf, also das Weiterleben von Nationalsozialisten in öffentlichen Ämtern der Demokratie.

Gegen Ende der 60er Jahre formte sich der Begriff vermehrt, besonders nach Veröffentlichung eines Aufsatzes von Theodor W. Adorno mit dem Titel „Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit.“⁴⁰

Die Verwendung des Begriffes „Postfaschismus“ bringt den Vorteil, dass er nicht nur den Nationalsozialismus umfasst, sondern auch die Zeit des Austrofaschismus.

„Zugleich beinhaltet er das Problem, daß der unabdingbare, mal explizite, mal implizite Hauptbezugspunkt der deutschen und österreichischen Politik, der Nationalsozialismus, zugunsten des Faschismusbegriffs verschwindet.“⁴¹

Das Positive des Postfaschismus liegt nach der Auffassung einiger Autoren⁴² darin, dass es kein Faschismus ist. Also wird Postfaschismus als vollzogene Trennung vom Faschismus gesehen.

Von dieser Auffassung wird sich hier distanziert: „Postfaschismus“ und „Postnazismus“ sind als positive Begrifflichkeiten ohne Bestand, da sie auf einer veränderten Fortsetzung nationalsozialistischer und faschistischer Ideologien bauen.⁴³

3.4.2 Neonazismus und Neofaschismus

Der Begriff „Neofaschismus“ birgt die Integration neuer nationalsozialistischer Elemente in modernen Rechtsextremismen, basierend auf nationalsozialistischen oder faschistischen Traditionen.

Mit der Begriffsverwendung „Neonazismus“ würde man aber nur den Fokus auf eine faschistische Gruppe lenken, während faschistische historische Elemente wie der Austrofaschismus oder die Heimwehren in die Analyse nicht miteinbezogen werden.

⁴⁰ Vgl. Grigat, Stephan: Transformation der postnazistischen Demokratie – Postfaschismus als Begriff der Kritik. In: Grigat, Stephan (2003): Transformation des Postnazismus. Der deutsch-österreichische Weg zum demokratischen Faschismus. ça ira-Verlag, Freiburg. S. 9 – 16. Hier S. 9.

⁴¹ Ebd., 12.

⁴² Siehe: Spehr, Christoph: Der postfaschistische Konsens und seine Radikalisierung. In: „Alaska“ 1997/ 216. S. 13 – 16.

⁴³ Vgl. Grigat, 13.

Willibald Holzer erkennt bei dem Begriff „Neonazismus“ einen unzureichenden Miteinbezug faschistischer Traditionen in Österreich und somit eine Verwässerung der Begriffsverwendung.

„Die Programme der österreichischen Erscheinungsformen des Faschismus fanden zu große Resonanz, die soziale Basis der Heimwehren wie die Diktatur Dollfuß und Schuschnigg war trotz aller Einschränkungen zu breit und von der des Nationalsozialismus in einzelnen Bestimmungsgrößen zu unterscheiden, als dass es sich österreichische Rechtsextremismusforschung leisten könnte, die umfassend zu stellende Frage nach dem Wohin der damals integrativ wirksam gewesenen ideologischen Antriebe und sozialen Interessen durch Fixierung lediglich auf sogenannten Neonazismus unstatthaft zu verkürzen.“⁴⁴

Die gleichen Einwände bei der Verwendung des Neonazismusbegriffs können auch auf den Begriff „Neofaschismus“ gemacht werden.

Der Neonazismusbegriff verfügt über einen historischen Bezugspunkt, was dem Neofaschismus fehlt.⁴⁵

In dieser Arbeit werden bevorzugt die Begriffe „Postnazismus“ und „neonazistisch“ verwendet, dies soll nicht die faschistischen Traditionen, die sich auch im Nationalsozialismus verwurzelt, unreflektiert außer Acht lassen. Die Verwendung wird damit begründet, dass sich in den einschlägigen Gazetten die Begriffe „Postfaschismus“ oder „neofaschistisch“ kaum finden und zudem der geschichtliche Rahmen des Austrofaschismus im Kontext mit dem Nationalsozialismus in dieser Analyse nicht behandelt wird.

3.4.3 Völkisch

Der Begriff „völkisch“ wird oft verwendet, wenn von nationalistischen Ideologien im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts die Rede ist.⁴⁶

⁴⁴ Holzer, Willibald I.: Neonazismus, Neofaschismus, angepaßter Faschismus. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (1981): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. 5. Auflage. Österreichischer Bundesverlag, Wien. S. 13 – 18. Hier S. 14.

⁴⁵ Vgl. ebd., 14 f.

Jedoch wird durch den unreflektierten Begriffsgebrauch seine Bedeutung immer diffuser, nach dem Ersten Weltkrieg benutzte man den Ausdruck „völkisch“ als politische Phrase, besonders in Absetzung von „national“ und „deutschnational“.

Der Ursprung liegt im Ende des 19. Jahrhunderts: Im Deutschen Reich sowie in Österreich-Ungarn entstanden Ideologien und Gruppierungen, die im Laufe der Zeit als „völkisch“ bzw. „deutsch-völkisch“ bezeichnet wurden.

Nach 1880 kam „völkisch“ als Eindeutschung für „national“ in österreichischen und um die Jahrhundertwende in reichsdeutschen Umlauf.⁴⁷

Hier wurde der Begriff „völkisch“ als Kennzeichnung von einem übergeordneten Volk gebraucht, vor allem von Antisemiten und „Alldeutschen“⁴⁸, für sie war „völkisch“ das deutsche Synonym für „national“, im Bezug auf einen rassistischen Nationalismus.

Die Bezeichnung „völkisch“ für die „deutschnationale“ Bewegung verband sich immer mehr mit einem rassistischen Volksbegriff und einem Antisemitismus.⁴⁹

Durch diese Entwicklung wurde diese völkische Weltanschauung in den aufkeimenden Nationalsozialismus übernommen und hatte ideologisch eine große Wirkung auf die nationalsozialistische Bewegung.

„Ohne Zweifel haben die deutschösterreichischen Völkischen ein Reservoir politischer Ideologie angelegt, aus dem der Hitlerfaschismus schöpfen konnte und tatsächlich geschöpft hat.“⁵⁰

4 Geschichtlicher und politischer Rahmen

⁴⁶ Vgl. Wiedemann, Felix (2007): Rassenmutter und Rebellin. Hexenbilder in Romantik, völkische Bewegung, Neuheidentum und Feminismus. Königshausen & Neumann, Würzburg. Hier S. 118.

⁴⁷ Vgl. Hartung, Günter: Völkische Ideologie. In: Puschner, Uwe (Hg.) (1996): Handbuch zur „Völkischen Bewegung“ 1871–1918. Saur, München. S. 22 - 41, Hier S. 23.

⁴⁸ Puschner, Uwe: Völkische Diskurse zum Ideologem „Frau“. In: Schmitz, Walter/ Vollnhals, Clemens (Hg.) (2005): Völkische Bewegung – Konservative Revolution – Nationalsozialismus. Aspekte einer politisierten Kultur. Thelem, Dresden. S. 45 – 76. Hier S. 47.

⁴⁹ Vgl. Fischer, André (2012): Zwischen Zeugnis und Zeitgeist. Die politische Theologie von Paul Althaus in der Weimarer Republik. Vandenhoeck & Rupprecht, Göttingen. Hier S. 361.

⁵⁰ Hartung, 31.

Österreich wurde nach dem Zweiten Weltkrieg und der Befreiung durch die alliierten Besatzungsmächte vor einen Neubeginn gestellt. Jedoch konnte man schon anhand der völkerrechtlichen Auffassung der Okkupation einen Nährboden für die weiteren Entwicklungen bis hin zum Staatsvertrag erkennen.

Man war der Annahme, Österreich wäre nach der Besetzung Deutschlands nicht mehr fähig gewesen zu freiwilligen Handlungen, die das Völkerrechtssubjekt Österreich verpflichteten. Somit wäre man das erste Opfer des NS-Regimes unter der Führung Hitlers gewesen, da durch den Anschluss die gesamte Handlungsfähigkeit verloren ging.⁵¹ Es sollen nun die Umstände der Besetzung und der Weg zum Staatsvertrag, angesichts des Kalten Krieges, beleuchtet werden. Ebenso wird die Entwicklung der innenpolitischen Lage in Österreich aufgerollt, in einem Exkurs wird auch das „Problem Südtirol“ erörtert, das für Österreich eine Herzensangelegenheit darstellte und außenpolitisch bis heute eine Relevanz findet.

4.1 Besatzung und Staatsvertrag

Mit der Moskauer Erklärung von 1943 war die Wiedererrichtung der Unabhängigkeit Österreichs von den Alliierten aus Ost und West festgelegt worden.⁵²

In der Moskauer Außenministerkonferenz wurde von den drei Außenministern eine Kontrollkommission eingerichtet, die „Europäische Beratungskommission“ (European Advisory Commission, EAC)⁵³. Diese Kommission hatte es zur Aufgabe, die notwendigen Regelungen für Deutschland nach dem Kriegsgewinn zu erstellen – hier war besonders die Verwaltung und Besetzung der ehemaligen Reichsgebiete von großer Wichtigkeit. Österreich, selbst ein Teil des ehemaligen Deutschen Reiches, wurde von Deutschland abgetrennt, um es zu einem unabhängigen Staat zu machen. Auch für Österreich benötigte es Richtlinien, die Aufteilung der Besatzungszonen sowie die Kontrolle und Verwaltung des Gebietes waren eine bedeutende Aufgabe.⁵⁴

⁵¹ Vgl. Verosta, Stephan (1947): Die internationale Stellung Österreich. Eine Sammlung von Erklärungen und Verträgen aus den Jahren 1938 und 1947. Manzsche Verlagsbuchhandlung, Wien. Hier S. 121.

⁵² Vgl. Steininger, Rolf (2005): Der Staatsvertrag. Österreich im Schatten von deutscher Frage und Kaltem Krieg 1938 – 1955. StudienVerlag, Innsbruck. Hier S. 27.

⁵³ Ebd. 28.

⁵⁴ Vgl. ebd. 28.

Mit dem ersten Kontrollabkommen (das Abkommen über die Kontrolle der Alliierten in Österreich) kam eine Einrichtung des alliierten Kontrollapparates, der bis zur Gründung einer demokratisch gewählten – von den Alliierten natürlich anerkannten – Volksvertretung wirken sollte. Diese Kommission führte der Alliierte Rat, an dessen Spitze vier Hohe Kommissare jeder Besatzungsmacht saßen. Zusätzlich gab es ein Exekutivkomitee (bestehend aus vier Sektoren) sowie unterschiedliche Abteilungen zum Zwecke von Kriegsentschädigungen bzw. Entschädigungsleistungen.⁵⁵

Kurze Zeit später fand die finale Einteilung der Besatzungszonen statt:

Die Amerikanische Zone umfasste Niederösterreich, Burgenland und die Bereiche Oberösterreichs, die westlich neben der Donau lagen. In die Russische Zone gehörte neben Salzburg die Teile Oberösterreich, die östlich neben der Donau lagen. Tirol und Vorarlberg wurden in die Französische Zone eingegliedert und die Britische Besatzungsmacht kontrollierte die Länder Kärnten, Steiermark und Osttirol.

Die Stadt Wien war hier eine Besonderheit, es gab eine internationale Zone (Innere Stadt), die restlichen Bezirke wurden unter den vier Besatzungsmächten aufgeteilt.⁵⁶

Im Frühjahr 1945 entstand mit intensiver Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht die provisorische Staatsregierung unter der Führung Karl Renners.

In sehr kurzer Zeit wurde von der provisorischen Regierung die Verwaltung angeworfen, sowie ein Programm zur Gesetzgebung formuliert.

Die sowjetische Besatzungsmacht unterstützte die Regierung und gab ihr Möglichkeiten der Entfaltung in verschiedenen Bereichen – diese Vorgehensweise fand man bei den anderen Besatzungsmächten nicht. Die Erklärung hierfür liegt bei dem Wunsch der Sowjets, durch eine subtile Steuerung der Regierungstätigkeiten einen Einfluss der in Österreich tätigen Kommunisten zu gewinnen, die anderen Besatzungsmächte fokussierten sich hingegen auf die Kontrollmechanismen in ihren Militärregierungen.

Diese Vorgehensweise der Sowjets flößte den Westmächten ein großes Misstrauen gegenüber der Renner-Regierung ein.⁵⁷

⁵⁵ Vgl. ebd. 32.

⁵⁶ Vgl. Sieder, Elfriede (1983): Die alliierten Zensurmaßnahmen zwischen 1945-1955. Unter besonderer Berücksichtigung der Medienzensur. Dissertation an der Universität Wien. Hier S. 22.

⁵⁷ Vgl. Steininger, 32 ff.

Die Wahl im November 1945 und das Entstehen der Bundesregierung unter Leopold Figl Anfang 1946 entsprachen den Voraussetzungen des Ersten Kontrollabkommens. Danach gab es einen Schnittpunkt in der Österreichpolitik der Kontrollmächte. Die britischen Alliierten trieben das Erstellen eines Zweiten Kontrollabkommens voran, in dem die Autorität der Österreichischen Regierung zwar weiterhin gewährleistet und erweitert wurde, ihre Souveränität wurde damit jedoch nicht hergestellt. Die Haltung der Amerikaner hingegen war positiv gegenüber der Herstellung der Österreichischen Souveränität.⁵⁸

Das Zweite Kontrollabkommen trat am 28. Juni 1946 in Kraft und diente als Basis der Alliierten bis 27. Juli 1955, also bis der Staatsvertrag ratifiziert wurde.⁵⁹

Am 30. Jänner 1947 sprach Bundeskanzler Leopold Figl vor den vier alliierten Besatzungsmächten bei dem Plenum der stellvertretenden Außenministerkonferenz in London zum Thema Staatsvertrag in Österreich. Innerhalb dieser Rede legte er den Standpunkt Österreichs zum Wiedererwerb der Souveränität dar. Die österreichische Gesellschaft würde sich vom Staatsvertrag wünschen, dass eine Wiederherstellung der absoluten Unabhängigkeit erfolgte.⁶⁰

Man hätte in Österreich schon die Grundsätze der Demokratie festgeschrieben, die Freiheit der Individuen, ohne Bedacht auf Geschlecht, Rasse, Sprache oder Religion, sowie frei zugängliche Wahlen sind gesichert. Diese Grundsätze wollte man in einer demokratischen Verfassung verankert sehen; ein Eintritt in die Vereinten Nationen wird auch als Ziel angegeben, der nach dem Inkrafttreten des Staatsvertrages passieren soll.

Nach einer zweijährigen Besetzung würde es die Österreichische Regierung für zeitlich notwendig sehen, eine rasche Beendigung der Besetzung herbeizuführen.

Da Österreich von den Alliierten als erstes Opfer des Nazi-Regimes definiert wurde, sah man auch keine Notwendigkeit von Reparationsleistungen.⁶¹

⁵⁸ Vgl. ebd. 34.

⁵⁹ Vgl. Stourzh, Gerald (1998): Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreich 1945 – 1955. 4. Auflage. Böhlau, Wien/ Köln/ Graz. Hier S. 48.

⁶⁰ Vgl. Figl, Leopold: Österreich kämpft um den Staatsvertrag. Politische Zeitprobleme, 1947/ 20. Österreichischer Verlag, Druck- und Verlagsgesellschaft, Wien. Hier S. 4.

⁶¹ Vgl. ebd., 5.

Die großen Verluste, die Österreich durch die aggressive Machtübernahme des deutschen Hitlerregimes hinnehmen musste, werden betont, auch die Frage des deutschen Eigentums findet hier eine wichtige Bedeutung.⁶²

„Insoweit aber österreichisches Eigentum als deutsches Eigentum sequestriert oder beschlagnahmt worden ist, muß die österreichische Regierung darauf bestehen, daß jede solche Sequestrierung sogleich aufgehoben und daß bei bereits durchgeführter Liquidation angemessene Entschädigung geleistet wird.“⁶³

Die ökonomische Trennung zu Deutschland wird mehrmals hervorgehoben. Man wünsche sich eine hindernislose Integration in die Weltwirtschaft, dazu benötige Österreich alle Freiheiten in Handelsbeziehungen mit Drittstaaten – ohne Diskriminierung.⁶⁴

„Die wichtigsten Erleichterungen des Zweiten Kontrollabkommens bestanden darin, daß das generelle Einspruchsrecht (Veto) jeder alliierten Macht gegen vom österreichischen Parlament beschlossene Gesetze aufgehoben wurde. Nur mehr Verfassungsgesetze sollten in Hinkunft der schriftlichen (und einstimmigen) Zustimmung des Alliierten Rates bedürfen, bevor sie kundgemacht werden und in Kraft treten können.“⁶⁵

Jedoch gab es durch dieses Kontrollabkommen einen großen Vorteil für die Sowjetische Besatzungsmacht: Es war für jede der vier Mächte möglich, unabhängig und ohne „Veto“ durch die anderen Mächte, über das Deutsche Eigentum zu entscheiden.⁶⁶

Durch das Zweite Kontrollabkommen war es der Österreichischen Regierung möglich, diplomatische Verbindungen mit den Ländern der Vereinten Nationen zu beginnen.

Nach der kommunistischen Machtübernahme in der Tschechoslowakei im Jahre 1948 fingen die Amerikaner an, die Verhandlungen über den Staatsvertrag zu verlängern. Man hatte die Angst, dass nach einem Abzug der westlichen Besatzungstruppen Österreich der

⁶² Vgl. ebd., 6.

⁶³ Figl, 7.

⁶⁴ Vgl. ebd.

⁶⁵ Stourzh 1998, 48.

⁶⁶ Vgl. ebd., 50.

Sowjetunion ausgeliefert sei.⁶⁷ Die Westmächte rückten immer mehr von einem baldigen Abschluss des Staatsvertrages ab.⁶⁸

Die Verhandlungen über den Staatsvertrag waren in der Zeit vom Februar bis zum Mai 1948 aufgrund der andauernden Spannungen in der internationalen Politik in einer instabilen Situation. Im Juni 1948 fing die Blockung der Verbindung von Westalliierten nach Berlin, ausgelöst durch die sowjetische Besatzungsmacht, an. Dieser Umstand ließ auch in Österreich aufhorchen. Somit hatte der Kalte Krieg Europa erreicht, die Verhandlungen gerieten ins Stocken.⁶⁹

Nachdem im August 1949 die Sowjetunion die erste Atombombe zündete, wurde die weltpolitische Situation immer instabiler. Die USA war nun endgültig davon überzeugt, dass die Sowjetunion eine Machtübernahme der europäischen Landmasse forcieren, auch Österreich steckte mitten in diesem Dilemma.⁷⁰

Auch der Ausbruch des Koreakrieges im Juni des Jahres 1950 hatte immense Auswirkungen auf die politische Lage Europas. Man begann in den USA eine Großoffensive gegen den Kreml zu starten, hier wurde auch Österreich miteingebunden. Die Angst vor der sowjetischen Machtübernahme war für die Abwicklung des Staatsvertrages keine gute Voraussetzung.⁷¹

Nachdem China sich Ende November 1950 in den Koreakrieg einschaltete, kam es zu einer schweren Niederlage des amerikanischen Militärs. US-Präsident Truman rief am 16. Dezember 1950 den Notstand aus. In der Zeit passierten staatliche Maßnahmen im amerikanischen Wirtschaftsgefüge sowie eine militärische Rüstung, die NATO wurde als Militärbündnis gegründet. Wieder war die politische internationale Atmosphäre alles andere als passend, um die Staatsvertragsverhandlungen weiterzuführen.

Von den USA wurde ein „Räumungsvertrag“ für Österreich installiert, jedoch entpuppte sich dieser Vertrag als ein Propagandainstrument gegen die Sowjetunion. Dennoch war der Anstoß für diesen Vertrag das westliche Verhältnis mit Westdeutschland.⁷² Somit wurde Österreich endgültig ein Anhängsel der deutschen Frage.

⁶⁷ Vgl. Stourzh 1998, 132.

⁶⁸ Vgl. ebd.,

⁶⁹ Vgl. ebd., 139.

⁷⁰ Vgl. Steininger, 113.

⁷¹ Vgl. ebd., 114.

⁷² Vgl. ebd., 114 ff.

Nach dem Tod Stalins im März 1953 war das Misstrauen seitens der USA gegenüber der Sowjetunion nach wie vor groß, auch nachdem sich die neue sowjetische Führung in einem neuen Kostüm präsentierte, was von Washington nur als eine Taktik in dem Machtkrieg gewertet wurde.⁷³

In Österreich war man versucht, den Abzug der sowjetischen Besatzungstruppen voranzutreiben, besonders nach Stalins Tod wurde in Österreich ein Bemühen um eine neutrale Position sichtbar. Julius Raab, seit April 1953 Bundeskanzler, zeigte sich gegenüber der Sowjetunion gesprächsbereit, denn die Ausrichtung gen Westen, vollzogen von Außenminister Karl Gruber, brachte keine Erfolge.

Man versicherte Russland, dass man nicht der NATO beitreten würde und eine militärische Neutralität anstrebe. Durch diesen Kurswechsel Österreichs waren die Westmächte misstrauisch geworden, dennoch hat dieses Manöver veranlasst, dass Österreich wieder auf der politischen Agenda der Westmächte stand.⁷⁴

Das State Department wollte kein neutrales Österreich, da es ein schwerer Schlag für die NATO sein würde. Man wies Österreich darauf hin, dass es das Zugeständnis der Neutralität nicht machen solle, nur um die Vertragsverhandlungen voranzutreiben.⁷⁵

Bei der Außenministerkonferenz Anfang 1954 in Berlin wurde Österreich von der Sowjetunion mitgeteilt, dass die sowjetischen Truppen bis Abschluss eines „Friedensvertrages“ mit Deutschland in Österreich bleiben würden.⁷⁶ Hier wurde wieder deutlich, dass Österreich der Sklave der sowjetischen Politik im Bezug auf die deutsche Frage war.

Im Herbst 1954 wurde von der französischen Nationalversammlung die Europäische Verteidigungsgemeinschaft abgelehnt, jedoch wurde kurze Zeit später eine Lösung als Ersatz gefunden: Die Pariser Verträge.

In diesen Verträgen einigten sich die westlichen Mächte im Oktober 1954 auf den NATO-Beitritt der BRD. In der Phase danach wurde man in der Sowjetunion unruhig und schaltete sich ein. Man schlug Bonn vor, wenn die BRD auf die „Remilitarisierung“

⁷³ Vgl. ebd., 119.

⁷⁴ Vgl. Steininger, 120 f.

⁷⁵ vgl. ebd., 120 ff.

⁷⁶ vgl. ebd., 126.

verzichte, würde man für ganz Deutschland freie Wahlen gewähren und eine Aufhebung der Trennung des Staates in Aussicht stellen.⁷⁷

Konrad Adenauer lehnte diese Vorschläge Anfang 1955 ab, danach wurde von Moskau Österreich ins Spiel gebracht. Man lud Österreich nach Moskau ein, um die Österreichfrage auf einer Vier-Mächte-Konferenz zu besprechen, der Westen spekuliert viel über die Vorgehensweise der Sowjetunion, man glaubte nach wie vor, dass die Aktivitäten Russlands propagandistischer Natur waren.⁷⁸

Man war davon überzeugt, dass Sowjetrußland mit einem neutralen Österreich nur ein „künstliches Paradies“⁷⁹ für die Deutschen erstellen wollte, damit diese sehen würden, wie schön es sich in einem neutralen Staat leben lässt.⁸⁰

Doch nun ging alles schnell, die Verhandlungen in Moskau im April 1955 führten zu einem Staatsvertrag für Österreich, auch machten die Sowjets große wirtschaftliche Zugeständnisse: das deutsche Eigentum, das gänzlich im Besitz der Sowjetunion war, wurde Österreich gegen Ablöse gegeben.⁸¹

Adenauer hatte die Ratifizierung der Pariser Verträge und somit einen Beitritt der BRD zur NATO vollzogen. Er geriet zunehmend unter Druck durch die schnelle Lösung in Österreich. Hatte die Sowjetunion mit Österreich einen Präzedenzfall geschaffen und würde dies auch für Deutschland funktionieren?

Nachdem am 15. Mai 1955 der Staatsvertrag unterzeichnet wurde, gab es in Österreich viel Freude über die gelungenen Verhandlungen mit der Sowjetunion, im Gegensatz zu Deutschland. Zwar traten die Pariser Verträge mit 5. Mai 1955 in Kraft, damit war die BRD jedoch nur bedingt souverän, die Teilung Deutschlands blieb.⁸²

Auch wegen dem kurz vor Abschluss des Österreichischen Staatsvertrags geänderte Artikel 22, der besagte, dass das deutsche Kapital, das nach 1938 in Österreich investiert wurde, in den österreichischen Besitz übergeht, war man in Deutschland verstimmt. Dieses Kapital betraf große Firmen wie Siemens oder AEG, auch viele Deutsche verloren

⁷⁷ Vgl. Steininger, 126 f.

⁷⁸ Vgl. ebd., 137.

⁷⁹ Ebd. 141.

⁸⁰ Vgl. ebd.

⁸¹ Vgl. Steininger, 140.

⁸² Vgl. ebd., 142 ff.

ihr Alteigentum, was Bonn sehr enttäuschte. Adenauer sprach von einer „Österreichischen Schweinerei“.⁸³

4.2 Die Opferthese

In der „Moskauer Deklaration“ vom 1. November 1943 wurde von den Großmächten Österreich als das erste Opfer des Nationalsozialistischen Regimes definiert. Somit wurde der Grundstein für den Opfermythos gelegt, der sich darauffolgend in der Zweiten Republik in Gesellschaft und Politik verzweigte.

Dass Österreich als ein Opfer des Nationalsozialismus wahrgenommen wurde ist innenpolitisch wie außenpolitisch ein vielschichtiger Gegenstand.

Anzumerken ist hier aber, dass die Mehrheit der österreichischen Gesellschaft sich, als der Anschluss im Jahre 1938 erfolgte, nicht als Opfer gesehen hatte. Opfer waren sie erst mit dem Fortschreiten des Krieges.⁸⁴

Der österreichische Historiker Gerhard Stourzh deutet auf den Umstand hin, dass viele österreichische Politiker die Opferthese durchaus gerechtfertigt sahen.

Leopold Figl, erster Bundeskanzler der Zweiten Republik, von den Nazis mehrmals verhaftet und in KZs transportiert, sah den Anschluss aus dem Blickwinkel eines Opfers.⁸⁵

„Nicht der Hinweis auf den Staat Österreich als Opfer Hitlerscher Aggression ist in Frage zu stellen. Etwas anderes ist kritisch zu kommentieren: erstens, jenseits rechtlicher Verantwortlichkeit, das Fehlen der moralischen Einsicht, dass Scham für die Untaten von Landsleuten auch seitens jener angebracht sein kann, bei welchen individuelle Schuld nicht vorliegt; und zweitens, die einer langen österreichischen Tradition entsprechende Übung, zu juridifizieren und juristisch, auch engherzig formalistisch, dort zu agieren, wo freiwillige Großzügigkeit, von weitsichtigem politischen Willen getragen, die bessere, weil moralisch überzeugendere Politik gewesen wäre.“⁸⁶

⁸³ ebd., 145.

⁸⁴ Vgl. Steininger, 21.

⁸⁵ Vgl. Stourzh, Gerald (1996): Um Einheit und Freiheit. Die Geschichte des österreichischen Staatsvertrages 1945 – 1955. Böhlau, Wien/ Köln/ Graz. Hier S. 26.

⁸⁶ Ebd., 27.

Jedoch ist die Opferthese, wie sie nach dem Krieg von Politikern und der österreichischen Gesellschaft vertreten worden ist, nicht zu rechtfertigen, denn ein übermäßig großer Anteil der Österreicher war im NS-Regime tätig, wirkte bei der Erhaltung des Terrorapparates mit und vollzog auch Massenmorde.⁸⁷

Die neuen Entscheidungsträger in Österreich verleibten sich die „Opferthese“ ein, denn die Alliierten hätten es ja bescheinigt, dass man das erste Opfer gewesen sei – auch wenn viele es nicht so sahen. Somit wurde die Kollektivschuld den Deutschen übertragen, obwohl in der „Moskauer Deklaration“ Österreich angehalten wurde, die Teilnahme am Krieg nicht als Nebensächlichkeit zu behandeln.

Die antisemitischen Tendenzen in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg konnte man als Entwicklung dieser dennoch stattfindenden Marginalisierung der Mittäterschaft sehr gut feststellen, besonders als sich der Wiener Bürgermeister Theodor Körner über das „Märchen des Antisemitismus“⁸⁸ äußerte:

„An diesen Schauergeschichten ist selbstverständlich kein Wort wahr (...). Ein für allemal sei festgestellt, dass es, außer von den Nazis in der Zeit ihrer Herrschaft über Österreich organisierten Ausschreitungen, in Wien Judenprogrome überhaupt niemals gegeben hat, denn der Wiener ist Weltbürger und daher von vorneherein kein Antisemit.“⁸⁹

Auch war er der Auffassung, dass es nicht fair wäre, allen jüdischen Einzelpersonen, die Verlust erlitten hatten, zu entschädigen und gleichzeitig einer Bewegung, die 47% der österreichischen Bevölkerung ausmachte, deren hart erarbeitete Anschaffungen wegzunehmen.⁹⁰

Das Wirken der Österreicher im NS-Regime wurde fast gänzlich unter den Teppich gekehrt, obwohl sich die österreichischen Verantwortungsträger der Umstände sehr wohl bewusst waren.

⁸⁷ Vgl. Steininger, 22 f.

⁸⁸ Steininger, 25.

⁸⁹ Reiter, Margit (2001): Unter Antisemitismus-Verdacht. Die österreichische Linke und Israel nach der Shoa. Studien-Verlag, Innsbruck/ Wien. Hier S. 41.

⁹⁰ Vgl. Knight, Robert (2000): „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen.“ Böhlau Verlag, Wien/ Köln/ Weimar. Hier S. 61.

Die Berufung des Opferstatus, festgesetzt in der Moskauer Deklaration, kann als Instrumentarium gesehen werden, man berief sich auf den völkerrechtlich begründeten Umstand, dass Österreich nach dem Anschluss völkerrechtlich nicht mehr existierte und somit auch keine Mitschuld an den NS-Verbrechen trage.

Die Teilnahme am Krieg wurde damit begründet, dass die Österreicher vom Regime gezwungen waren, sich ihm anzuschließen.⁹¹

Somit gelang es der österreichischen Regierung in den letzten Zügen der Staatsvertragsverhandlungen, die „Mitverantwortungsklausel“ aus der Moskauer Deklaration zu entfernen.⁹²

4.2.1 Opferthese und Wehrmacht

Die Opferthese wurde in Österreich nicht ausdifferenziert, sie war wahrlich ein Integrationsmittel für österreichische Wehrmachtssoldaten. Auch waren sie nach dem Krieg besser versorgt und wurden regelrecht als „Kriegsgeschädigte“ deklariert, im Vergleich zu rassistisch verfolgten Opfern des Nationalsozialismus.⁹³

Diese Vermischung der unterschiedlichen „Opfer“ des Krieges fand schon kurz nach Kriegsende statt, außenpolitisch musste Österreich anfangs die politischen Opfer des NS-Regimes in den Vordergrund rücken, in der österreichischen Regierung setzte man schon daran, ein Opferkollektiv aufzustellen.

Anfang der fünfziger Jahre entstand eine Art „Double speak“, was die vielen Facetten der Opferthese darstellen soll.⁹⁴ Nach außen gab sich Österreich als antifaschistischer Staat, man hätte gegen das NS-Regime Widerstand geboten. Im Land selbst wurde die Erinnerung an den Widerstand immer mehr zurückgedrängt, jedoch wurden Wehrmachtssoldaten, die Verteidiger der Heimat, auf ein Podest gestellt. Dieser Umstand lässt sich an den vielen Wehrmachtsdenkmälern erkennen.⁹⁵

⁹¹ Vgl. Csáky, Eva-Marie (1980): Der Weg zu Freiheit und Neutralität. Dokumentation zur österreichischen Außenpolitik 1945-1955. Braumüller, Wien. Hier S. 130.

⁹² Vgl. Stourzh, Gerald (1985): Geschichte des Staatsvertrages 1945-1955. Österreichs Weg zur Neutralität. 3. Auflage. Styria, Graz/ Wien. Hier S. 167.

⁹³ Vgl. Forster, David (2001): „Wiedergutmachung“ in der BRD und in Österreich im Vergleich. StudienVerlag, Innsbruck/ Wien/ München. Hier S. 117.

⁹⁴ Vgl. ebd.

⁹⁵ Vgl. ebd., 118.

Im Gegensatz zu Deutschland sah Österreich nach dem Krieg keine Notwendigkeit für Entschädigungszahlungen für die Opfer des Nationalsozialismus, jedoch wurden „Fürsorgemaßnahmen“ im Opferfürsorgegesetz 1945 erstellt, die zuerst nur für politische Widerstandskämpfer galten.⁹⁶

Da die Opferthese vertreten wurde, sah man sich selbst nicht veranlasst, besonders als Opfer des NS-Regimes, Wiedergutmachungen zu leisten.

Über ein Gesetz für die Entschädigung der Kriegsoffer wurde erstmals von der Provisorischen Regierung Renners im Juni 1945 debattiert, hier zeigte sich schon der Stellenwert der Wehrmacht bei der Opferfrage.

Mit dem Opferbegriff wurden auf der einen Seite unreflektiert unter anderem die Wehrmachtssoldaten bezeichnet, auf der anderen Seite war die Regierung bemüht, die Vorsorgeleistungen bestimmten Personengruppen zugänglich zu machen.

In den Gesprächen um das Kriegsversorgungsgesetz wurden immer mehr budgetäre Probleme aufgezeigt, trotz der finanziellen Umstände hatte man die Frage der Miteinbeziehung ehemaliger Waffen-SS-Soldaten zügig entschieden: Die Soldaten der Waffen-SS wurden bei den Versorgungsleistungen des Kriegsopferversorgungsgesetzes miteinbezogen.⁹⁷

An diesen Maßnahmen kann man die Entwicklung der „Opferthese“ erkennen, wichtig war nicht mehr, den Widerstand gegen das NS-Regime gegenüber den Alliierten in den Vordergrund zu rücken – vielmehr war nun die Integration der Wehrmachtssoldaten sowie Angehörige der SS, der ehemaligen Nationalsozialisten aus allen Bereichen der Gesellschaft und auch der Mitläufer primär.

4.2.2 Rückstellungen

Mit der Zeit begann sich ein Spannungszustand zwischen dem außenpolitischen Erscheinen Österreichs und der innenpolitischen Stabilität zu entwickeln.

Hier ist die Sachlage der österreichischen Juden zu erwähnen, im Besonderen die Rückstellungen des jüdischen Vermögens sowie die Schadensersatzzahlungen.⁹⁸

⁹⁶ Vgl. Bailer, Brigitte (1993): Wiedergutmachung kein Thema. Österreich und die Opfer des Nationalsozialismus. Löcker, Wien. Hier S. 25.

⁹⁷ Vgl. Foster, 123.

⁹⁸ Vgl. Knight, 37.

Die beschlagnahmten Besitztümer und Wertpapiere summierten sich zu großen Vermögenswerten, somit war hier ein Grund für die Regierung gegeben, die Rückstellungen im Zaum zu halten und zu minimieren.

„Die Frage ging aber weit über diese interessenspolitische Ebene hinaus, denn sie rührte an die Grundschwächen jener Interpretation, die Österreich als Opfer hinstellte.“⁹⁹

Das Problem bei dieser Interpretation war, dass die gesamten Vermögensübertragungen wie die „Arisierungen“¹⁰⁰ angesehen werden würden, sie würden sie im Zuge des Anschlusses als unrechtmäßig gelten. Somit war eine Relation zwischen Juden und Nicht-Juden wie zwischen Österreich und dem Dritten Reich erstellt worden.¹⁰¹

Das Beschließen eines Rückstellungsgesetzes war also unumgänglich, jedoch war man sich in der österreichischen Regierung durchaus bewusst darüber, dass der Opferthese, durch die Rückstellungen, der Boden entzogen würde.

Vor der Gründung der Alliierten Kommission im September 1945 war die österreichische Regierung darum bemüht einerseits so viel Eigentum der Nationalsozialisten für den österreichischen Staat zu verbuchen und andererseits die Entschädigungen für Juden aufzuschieben. Dieser „Handlungsfreiheit“ wurde durch die Ankunft der Westmächte ein jähes Ende gesetzt.

Den Amerikanern war es wichtig, das „erblose“ jüdische Vermögen so rasch wie möglich an die jüdischen Betroffenen des Nationalsozialismus zu leiten.¹⁰²

Nach den massenhaften Amnestierungen ab dem Herbst 1948 formierte sich der VdU, die Interessensvertretung der ehemaligen Nationalsozialisten.

Der Partei war eine Erneuerung der Rückstellungsgesetzgebung wichtig, da man die Rückstellungen als „Bußfall Österreichs vor dem fremden Kapital“ und eine „Demontage der Staatsbürgermoral“ sah.¹⁰³

⁹⁹ Ebd.

¹⁰⁰ Ebd.

¹⁰¹ Vgl. ebd., 37 f.

¹⁰² Hilberg, Raul (1982): Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust. Verlag Olle & Wolter, Berlin. Hier S. 787 ff.

¹⁰³ Vgl. Stüber, Fritz (1974): Ich war Abgeordneter. Die Entstehung der freiheitlichen Opposition in Österreich. Leopold Stocker Verlag, Graz/ Stuttgart. Hier S. 144 f.

In einer derartigen Situation war es schwierig, die festgesetzten und versprochenen Entschädigungs- und Rückstellungsmaßnahmen des mittlerweile dritten Rückstellungsgesetzes zu realisieren.

Die langatmige Erstellung der fadenscheinigen Rückstellungs-Maßnahmen lässt sich mit einer Aussage von dem damaligen Innenminister Oskar Helmer, wohlgermerkt ein Sozialdemokrat, präzisieren: „Ich bin dafür, dass man die Sache in die Länge zieht.“¹⁰⁴

4.2.3 Exkurs: Das Problem Südtirol

Ein Thema, das Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg sehr bewegte, war der Anspruch auf die Rückkehr Südtirols. Dieser Gegenstand wird sehr häufig in den Artikeln erörtert, besonders im „Eckartboten“.

Relevant sind hier besonders die Einstellung gegenüber der Volksgemeinschaft und die Stimmung im Land angesichts des Kalten Krieges.

Die Identität Österreichs war nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Grund und Boden gestampft, man erhoffte sich, durch dieses Landstück wieder Identität zuschreiben zu können.

Österreich war zwischen Herbst 1945 und dem Frühjahr 1946 für die internationale Politik nicht existent, es war ein Land, das bis zum Schluss an der Seite Hitlers gekämpft hatte. Italien hatte dagegen während des Weltkrieges die Alliierten unterstützt (wohlgermerkt nach einer, relativ späten, Kapitulation). Südtirol, die „Kriegsbeute“ Italiens nach dem Ersten Weltkrieg und Landabschnitt in der Mitte, war zu einem Sonderfall geworden.

Nach Inkraftsetzung der Moskauer Deklaration im Jahre 1943 wurde diese Problematik besprochen, sowie die neue Grenzziehung für ein freies, unabhängiges Österreich, wobei eine Zuteilung Südtirols zu Österreich nicht ausgeschlossen wurde.¹⁰⁵

Erst im Frühjahr 1945 wurde die Zugehörigkeit Südtirols wieder zum Thema gemacht, weil das Foreign Office die Bearbeitung des Friedensvertrags mit Italien begann, wobei dies mit einer Abweisung Österreichs endete.¹⁰⁶

¹⁰⁴ Knight, 196 f.

¹⁰⁵ Vgl. Steininger, 64.

¹⁰⁶ Vgl. ebd.

Dennoch wurde die Rückgabe im zweiten Entwurf des Memorandums vom 9. Mai 1945 doch nicht vollends ausgeschlossen, man würde sich an die Grenzziehung der Alliierten zwischen Italien und Österreich halten. Nach dem Vertrauenseinbruch der Briten gegenüber der Sowjetunion jedoch entfernte man sich immer mehr von dieser Position.¹⁰⁷

Südtirol sollte, nach der britischen Konzeption des italienischen Friedensvertrages, der im September 1946 für die Außenministerkonferenz in London fertiggestellt sein musste, weiterhin Italien angehören. Großbritannien war es wichtig, Italien nach Westen zu orientieren, um eine Machtübernahme der Sowjetunion zu unterbinden.¹⁰⁸

Österreich konnte hier wenig mitreden, da es (nach britischer Auslegung) noch ohne Regierung dastand und keinen Vertreter hatte, um sich um dieses Anliegen zu kümmern.

Der britische Botschafter in Rom, Sir Noel Charles, warnte davor, Österreich könne in Zukunft wieder an Macht gelangen und man solle deshalb die Grenze zu Italien am Brenner belassen. Man sah eine Gefahr durch den diktatorischen Einfluss des kommunistischen Sowjetregimes in Österreich und wollte sich damit absichern.¹⁰⁹

Die italienischen Argumente, Südtirol beizubehalten wurden auch durch Aufzeigen der nationalsozialistischen Geschichte der Südtiroler und durch ein mögliches Aufkeimen eines neuen deutschen Nationalsozialismus untermauert.¹¹⁰

So erklärt der italienische Außenminister Alcide De Gasperi dem amerikanischen Außenminister James Byrnes im August 1945:

„Die deutschsprachige Bevölkerung war vor und während des Krieges überzeugt nationalsozialistisch, so dass aus diesem Gebiet ein auffallend hoher Anteil von Freiwilligen zur SS kam. Es stimmt nicht, dass dies eine Reaktion auf den Faschismus war; im Gegenteil, die Kampagne zugunsten der Option, die nach 1939 stattfand, wurde von Hitlers Agenten im Namen des Dritten Reiches durchgeführt, und die ganz überzeugten Nationalsozialisten schlossen sich ihr an, während sich viele Bauern und frühere österreichische Adelige, wie Minister Toggenburg – um ein prägnantes Beispiel anzuführen –, für Italien erklärten. Die Option war das Ergebnis der intensiven Nazipropaganda. Würde man heute auf der italienischen Seite des Brennerpasses eine deutsche Enklave schaffen, würde dies bedeuten, dass man gleichzeitig eine Wiege

¹⁰⁷ Vgl. ebd.

¹⁰⁸ Vgl. ebd., 65.

¹⁰⁹ Vgl. Steininger, 65.

¹¹⁰ Vgl. ebd., 67.

aufstellt für einen neuen deutschen Nationalsozialismus, dem die an den Hängen der Alpen herumstreifenden SS-Horden den Weg bereiten.“¹¹¹

Er wies auch direkt darauf hin, dass eine Gefahr von der Sowjetunion aus bestünde und den Mittelmeerraum gefährde.

Diese Beurteilung der Sowjetunion entpuppte sich als Fehleinschätzung, da es der Sowjetunion Großteils um Osteuropa ging. Jedoch wurde von Wjatscheslaw Molotow immer wieder Druck ausgeübt, was dieses Bild förderte.

Das Ziel der britischen Politik war vollends darauf ausgerichtet, Italien nicht zu schwächen um die „drohende Machtergreifung“ der Sowjets im Keim zu ersticken, somit wurde Italien zum Mittelpunkt des beginnenden Kalten Krieges.

In Österreich, besonders in Wien und Tirol, konnte man die außenpolitische Bedeutung Südtirols noch nicht ergreifen, jedoch war man überzeugt: Südtirol gehöre zurück nach Österreich. Es folgten Demonstrationen und Kundgebungen, um diese Rückkehr voranzutreiben.

Anfang September wurde von der provisorischen Staatsregierung Renners zum ersten Mal die Südtirolfrage aufgegriffen. Nach der Verfassung eines Memorandums, das am 12. September 1945 an den Alliierten Rat überreicht wurde, wurde es bei der Außenministerkonferenz in London abgelehnt.¹¹²

Südtirol, eine Herzensangelegenheit für Österreich, wollte man so schnell nicht aufgeben. Im Februar 1946 wurde von Renner ein Memorandum an die Regierungsvertreter der Alliierten geschickt, indem er die Geschichte Südtirols nach 1919 und die folgeschweren Fehler, die man in Saint Germain begangen hatte und damit die Welt erschütterten, darlegte.¹¹³

Im Foreign Office gab es Befürworter und Gegner einer Abgabe Südtirols an Österreich.¹¹⁴

Wirtschaftliche sowie politische Vorteile und Probleme wurden in mehreren Sitzungen besprochen, große Punkte waren nach wie vor die von Moskau kontrollierte Österreichische Regierung und eine dem Westen zugetane Führungsspitze in Italien.¹¹⁵

¹¹¹ Ebd., 68.

¹¹² Vgl. Steininger, 70 ff.

¹¹³ Vgl. ebd., 75.

¹¹⁴ Vgl. ebd., 76.

Die endgültige Entscheidung über Südtirol fiel am 4. März 1946, der britische Außenminister Ernest Bevin entschied sich für Italien und gegen Österreich. Interessant ist hier, dass sich mittlerweile die Sowjetische Union gegen eine Abgabe Südtirols an Österreich aussprach, daraufhin wurde von Bevin angenommen, dass die Sowjets damit Österreichs Unabhängigkeit untermauern wollte, um so den Kommunismus leichter verbreiten zu können.

Die Ablehnung der Rückgabe Südtirols hatte Österreichs Regierung schwer getroffen, man fühlte sich hintergangen.¹¹⁶ Für Figl war nun wichtig, dass die Großmächte alles daran setzten, der österreichischen Bevölkerung in Südtirol Rechte zuzugestehen, sowie dafür zu sorgen, dass deutsche Schulen und Kultureinrichtungen gebaut würden.¹¹⁷

Der britische Staatssekretär Sir Orme Sargent nahm die Dinge nun in die Hand und betonte noch einmal, dass es wichtig wäre, beide Staaten vor dem Absturz in das kommunistische Lager zu bewahren.

Er legte folgende Lösung vor:

„Lokale Selbstverwaltung und weitreichende Autonomie im deutschsprachigen Raum bis zur Salurner Klause; durch Gesetz festgelegte Garantien im Bereich Sprache, Kultur, Religion usw.; Sonderregelungen für Handel und Verkehr zwischen diesem Gebiet und Nordtirol.“¹¹⁸

Die Einhaltung der Bestimmungen sollte durch eine neutrale Kontrollinstanz, einer Kommission, gewährleistet werden. Österreichs Außenminister Werner Gruber und Italiens Außenminister De Gasperi trafen sich schlussendlich am 5. September 1946 und unterschrieben das „Gruber-De Gasperi-Abkommen“.¹¹⁹

Dieses Abkommen wurde damals nicht vom österreichischen Nationalrat ratifiziert oder im Bundesgesetzblatt publiziert, man war von der Niederlage schwer getroffen.

Zudem war Österreich unzufrieden mit der Staatsvertrags-Situation, denn obwohl der Staatsvertrag von amerikanischer Seite in Aussicht gestellt wurde, passierte nichts – was die internationale Lage Österreichs zunehmend verschlechterte.

¹¹⁵ Vgl. ebd., 81 f.

¹¹⁶ Vgl. ebd., 83.

¹¹⁷ Vgl. Steininger, 84.

¹¹⁸ Ebd., 86.

¹¹⁹ Ein geläufigerer Name dafür ist das „Pariser Abkommen“.

4.3 Parteienlandschaft in Österreich

Eine Mehrparteilichkeit wurde unter Hitler und Dollfuß komplett ausgeschaltet, das Land wurde unter einem Monopol geführt.

Am Ende des Dritten Reiches gab es zwei Parteien, die die Jahre des Krieges durchlebten: Die Kommunistische und die Sozialistische Partei. Die Christlich-soziale Partei ging unter Dollfuß zu Grunde, einige Parteimitglieder aus dem intellektuellen Milieu wollten sich den Nationalsozialisten anschließen.

Nach dem Kampf um Wien und dessen Befreiung gab es drei Parteien, die Österreichische Volkspartei, die Sozialistische und die Kommunistische Partei.¹²⁰

Nach den Februaaraufständen 1934 spaltete sich das Lager der sozialistischen Partei, einerseits war Personen die Politik des Parteivorstandes zu radikal, andere übten Kritik am Parteivorstand aus, der ihrer Meinung nach zu wenig vehement gegen Dollfuß vorgegangen war und damit den Bürgerkrieg mitverursacht hatten. Ein paar Parteimitglieder schlossen sich den Kommunisten an.

Nachdem die Alliierten Armeen nach Österreich kamen, wurde von der russischen Militärbehörde zunächst eine „Parteiregistrierung“ eingeführt, alle Parteien mussten eine Zulassung beantragen. Die Kommunistische, die Volks- und die Sozialistische Partei bekamen diese Zulassung relativ zügig.¹²¹

Während des Zweiten Weltkrieges verweilten fast keine von den wichtigen Personen der Kommunistischen Partei in Österreich. Nachdem die sowjetischen Truppen eingezogen waren, war es für die Kommunisten wie ein Frühlingsbeginn, sie konnten wieder politisch agieren, da es nicht mehr verboten war, Kommunist zu sein.

Jedoch konnte die Kommunistische Partei, aufgrund des schnellen Heranwachsens der Sozialistischen Partei, nur wenig Stimmen für sich gewinnen.¹²²

Nachdem kommunistische Führer aus Russland nach Wien kamen, wurde das Bild der Kommunistischen Partei verändert. Die „ehemaligen“ Kommunisten in Österreich wollten eine „Sozialistische Einheitspartei“ aufbauen, die neue Führung wollte einen anderen Weg einschlagen.¹²³

¹²⁰ Vgl. Schärf Adolf (1960): Österreichs Wiederaufrichtung im Jahre 1945. Zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien. Hier S. 143.

¹²¹ Vgl. ebd., 143 f.

¹²² Vgl. ebd., 152.

¹²³ Vgl. ebd., 154.

„Eine starke Kommunistische Partei war das eine Ziel, ein anderes aber die Schaffung möglichst vieler „überparteilicher“ Organisationen unter kommunistischem Einfluß; angestrebt wurden auch möglichst viele gemeinsame „überparteiliche“ Veranstaltungen, bei denen die Kommunisten in den Vordergrund rücken konnten.“¹²⁴

Neben den politischen Parteien gab es die Widerstandsbewegung 05 sowie die Österreichische Freiheitsfront. Laut Adolf Schärf war die „Österreichische Freiheitsfront“, wie später bekannt wurde, von den Kommunisten gegründet worden, aber mit dem Ziel, als neutrale Organisation zu wirken. Die Widerstandsbewegung 05 war parteiübergreifend und entstand als lose Zusammenkunft im April 1944. Zu vermerken ist, dass diese Bewegung einen Ausschuss mit dem Namen „Siebener Ausschuss“ im Februar 1945 gründete, der aus Personen mit höchst unterschiedlichen politischen Ideologien bestand.¹²⁵

Dieser Ausschuss spielte unter anderem eine Rolle bei der Bestellung des Wiener Bürgermeisters und fühlte sich zudem geeignet, die Verwaltung Österreichs zu bestreiten. Man verhandelte mit der Roten Armee, doch aufgrund der inhomogenen Zusammensetzung und der losen Formation der Bewegung war die Haltung gegenüber der „05“ eher ablehnend.¹²⁶

Auch wurde von der Sozialistischen Partei Österreichs, sowie der Volkspartei eine Zusammenarbeit nicht in den Betracht gezogen, man wollte sie nicht als politische Parteien und somit nicht als Verhandlungspartner betrachten. Die Gruppe wurde dann gegen Sommer 1945 durch das russische Militär aufgelöst, da man ein gesetzeswidriges „Zentralkomitee der Kommunistischen Partei“ vermutete.¹²⁷

Am Anfang der Zweiten Republik sowie bis in die fünfziger Jahre wurde von der SPÖ und der KPÖ auf die „undemokratische“ Vergangenheit der ÖVP¹²⁸ hingewiesen.

¹²⁴ Schärf, 154.

¹²⁵ Vgl. Schärf, 167.

¹²⁶ Vgl. Jagschitz, Gerhard: Regierungs- und Verwaltungsaufbau in Österreich 1945 im Spannungsfeld sowjetischer Besatzung. In: Hilger, Andreas/ Schmeitzner, Mike/ Vollnhals, Gerhard (2006): Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945 – 1955. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen. S. 367 – 416. Hier S. 380 f.

¹²⁷ Vgl. Schärf, 167.

¹²⁸ bzw. ihres Vorläufers „Christlich Soziale Partei“.

Die ÖVP betrieb als Gegenzug den Aufbau einer „klassenlosen“ Gesellschaft, deutete somit subtil auf den Klassenkampf der Arbeiterparteien hin und machte ihn somit zum Ursprung des Faschismus sowie des Krieges. Die Verhinderung des Kommunismus war ein zentrales Thema für den Wahlkampf der ÖVP bis in die siebziger Jahre.

Der SPÖ wurde unterstellt, dass sie die Entwicklung des Kommunismus fördere. Auch vor der VdU wurde bei der Nationalratswahl 1949 gewarnt, denn nur die ÖVP wäre der einzige Schutz vor dem Kommunismus.

In der SPÖ gab es um Adolf Schärf und Oskar Helmer die Bemühungen, die „Nationalen“ als zweite politische Kraft in Österreich zu fördern, um der ÖVP Konkurrenz zu bieten.¹²⁹

Verbunden mit dem Hinweis auf die "antidemokratische Vergangenheit der ÖVP" war seitens der SPÖ zudem der immer wieder kehrende Vorwurf, dass die ÖVP nach der "Alleinherrschaft" strebe und dies – wie die Vergangenheit gezeigt habe – für die Demokratie in Österreich nichts Gutes bedeuten würde. Insgesamt war das Bürgerkriegstrauma auf Seiten der SPÖ stark ausgeprägt.¹³⁰

Im Februar 1949 wurde mit Unterstützung der SP der Verband der Unabhängigen (VdU), gegründet, der sich von Anfang an als Plattform für ehemalige Nationalsozialisten verstand.¹³¹

Die „Ehemaligen“ hatten mit dem VdU eine Partei, die ihre Interessen und Wünsche ins politische Geschehen brachte. Der VdU bestand nicht nur aus ehemaligen Nationalsozialisten, Parteigründer Herbert Kraus war ein Rechtsliberaler wie auch sein Stellvertreter Viktor Reimann. Dennoch waren die „Nationalen“ in der Partei diejenigen Personen, die den Ton angaben und die Parteilinie nachhaltig mitbestimmten.

Wie sich das bemerkbar machte, kann man an den VdU-Blättern „Alpenländischer Heimatruf“, „Alpenruf“ und „Freie Stimmen“ erkennen, die per gerichtlichem Beschluss konfisziert wurden, da sie mehrmals gegen das Staatsgesetz verstoßen hatten.¹³²

¹²⁹ Vgl. Reimann, Viktor (1980): Die Dritte Kraft in Österreich. Molden, Wien/ München/ Zürich. Hier S. 119 ff.

¹³⁰ Vgl. O.V., O.d. (Online unter: <http://www.demokratiezentrum.org/bildstrategien/demokratie.html> 30.9.2014)

¹³¹ Vgl. Luther, Kurt Richart: Die Freiheitlichen (F). In: Gerlich, Peter/ Gottweis, Herbert, Dachs, Herbert (Hg.) (1997): Handbuch des politischen Systems Österreich. Manz'sche, Wien. S. 286 – 303. Hier S. 286.

¹³² Vgl. Wiesflecker, Oskar: Neonazismus in Österreich. In: „Wahrheit“ vom 13.4.1979 (Beilage). zitiert nach: Dworzak, Hermann: Neuformierung und Entwicklung des Rechtsextremismus nach 1945. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (1981): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. 5. Auflage. Österreichischer Bundesverlag, Wien. S. 139 – 149. Hier S. 142.

Der VdU wurde regelrecht von der ÖVP und der SPÖ umworben und konnte bei der Nationalratswahl 1949 12% der Stimmen und 16 Mandate holen, somit war ein Weg für den österreichischen Rechtsextremismus geebnet – man konnte in der Öffentlichkeit wieder legal agieren.

Im Jahr 1953 waren die gereizten Beziehungen des VdU zu den Alliierten deutlich zu spüren, die Frustration war in der Partei groß, da es noch immer keinen Staatsvertrag gab, besonders nach der Berliner Konferenz und dem großen Misserfolg für Österreich.¹³³

Man rügte Außenminister Figl, weil er sich gegenüber Deutschland undiplomatisch geäußert hatte. Man sprach sich dagegen aus, den 8. Mai weiterhin als „Tag der Befreiung“ zu feiern. Die Einstellung der VdU zu den Amerikanern war eher negativ, da sich der amerikanische Hochkommissar Donnelly gegen die Amnestierung von Spätheimkehrern – also Personen der Wehrmacht, die nach Russland verschleppt wurden – weigerte.¹³⁴

Auch das Verhältnis des VdU zu der Neutralität Österreichs war ein besonderer Punkt, man musste ihnen regelrecht die Zustimmung zum Neutralitätsgesetz entlocken, obwohl sie in ihren Gründungstagen sich das „Bekenntnis zur Neutralität“ an die Fahnen hefteten.¹³⁵

Trotz der im Staatsvertrag 1955 festgeschriebenen Verbote jeglicher faschistischer Organisationen und deutschnationaler Propaganda wurde das rechte Lager in Österreich nicht daran gehindert, sich weiter zu verbreiten.¹³⁶

Man kann annehmen, dass ein großer Teil der „Ehemaligen“ bei den Großparteien SPÖ und ÖVP untergekommen ist, auch muss man betonen, dass nicht alle FPÖ-Mitglieder Nazis waren, viele von ihnen waren National-Liberale.¹³⁷ Der VdU spaltete sich wegen interner Diskrepanzen 1955, aus dem rechten Flügel der Partei wurde die FPÖ als Nachfolger des VdU gegründet.¹³⁸

¹³³ Vgl. Höbelt, Lothar (1999): Von der Vierten Partei zur Dritten Kraft. Die Geschichte des VdU. Leopold Stocker Verlag, Graz/ Stuttgart. Hier S. 210.

¹³⁴ Vgl. ebd.

¹³⁵ Vgl. Höbelt, 210 f.

¹³⁶ vgl. Dworzak, 143.

¹³⁷ Vgl. Gatterer, Claus: Kein Volk, kein Reich und viele Führer. Die österreichischen Neonazi und ihre Auslandsverbindungen. In: FORVM Heft 74, 2/1960. Hier S. 46.

¹³⁸ Vgl. Reimann, 276 ff.

4.4 Entnazifizierung

Die Entnazifizierung in Österreich zeigte einen deutlich anderen Verlauf auf als die Entnazifizierung in den deutschen Gebieten. Dort war die Beseitigung eine Sache der jeweiligen Besatzungsmacht, in Österreich hingegen wurden die Maßnahmen von den drei politischen Parlamentsparteien und den vier Besatzungsmächten gemeinsam durchgeführt.¹³⁹

Die provisorische Regierung Österreichs wurde bis Ende 1945 nur von der Sowjetunion anerkannt, somit konnte sie ihre Autorität nur in der sowjetischen Besatzungszone ausüben.

Durch die Nationalratswahl 1945 wurde der Regierung auch von den anderen Besatzungsmächten zugestimmt, somit konnte ihr politisches Handeln nun auf nationaler Ebene erfolgen¹⁴⁰.

Die gesamten gesetzlichen Entnazifizierungsmaßnahmen wurden einstimmig im Nationalrat befürwortet, die alliierten Besatzungsmächte gaben ihre Zustimmung.¹⁴¹

Aufgrund der verschiedenen Vorstellungen der sieben Beteiligten herrschten unterschiedliche Vorstellungen von einer zielführenden Entnazifizierung.¹⁴²

Haltung der Besatzungsmacht USA

In Amerika hatte man sich mit der Entnazifizierung des zerfallenen deutschen Reiches am gründlichsten vorbereitet und klare Pläne formuliert, wie beispielsweise ein siebenseitiger Fragebogen, der eine Enthüllung etwaiger nationalsozialistischer Verbindungen bei Personen zum Ziel hatte.

Um dies zu vollziehen wurde eine flächendeckende Durchsuchung der Bevölkerung angepeilt, die jedoch schon an den Möglichkeiten für eine solche Datenaushebung scheiterte.¹⁴³

Haltung der Besatzungsmacht Großbritannien

¹³⁹ Vgl. Stiefel 1986, 29.

¹⁴⁰ Vgl. Stiefel, Dieter (2001): Die österreichischen Lebensversicherungen und die NS-Zeit. Wirtschaftliche Entwicklung, Politischer Einfluß, Jüdische Polizzen. Böhlau, Wien/ Köln/ Weimar. Hier S. 208.

¹⁴¹ Vgl. Stiefel 1986, 29.

¹⁴² Vgl. Stiefel 2001, 209.

¹⁴³ Vgl. Stiefel 1986, 29.

Die britische Besatzungsmacht hielt sich in ihrem System an das der Amerikaner und ließ Fragebögen austeilen, doch mit dem Hintergedanken, nicht nur die Nationalsozialisten zu ahnden, sondern auch wieder eine intakte Demokratie in Österreich herzustellen.¹⁴⁴

Haltung der Besatzungsmacht Frankreich

Aufgrund der späteren Übernahme der Besatzungszone war die französische Besatzungsmacht nicht von Anfang an bei den Entnazifizierungsmaßnahmen eingebunden.

In Frankreich bemühte man sich ab 1944 um eine Beseitigung der nationalsozialistischen Kräfte.¹⁴⁵

Haltung der Besatzungsmacht UdSSR

Die sowjetische Besatzungsmacht übergab die politische Säuberung an österreichische Kräfte, durch die KPÖ waren Vertreter des Kommunismus in der heimischen Politik. Man überließ die „Drecksarbeit“ der Entnazifizierung also den Österreichern, man verhaftete nur vereinzelt Nationalsozialisten und unternahm häufig willkürliche Arretierungen sowie Verschleppungen.¹⁴⁶

Die Haltung der Sowjetunion bei der Entnazifizierung lässt sich laut dem Historiker Dieter Stiefel durch drei Merkmale charakterisieren: Erstens war nach 1945 von den Sowjets das Ziel gesetzt worden, die Nationalsozialisten zu eliminieren und ihre Positionen mit „demokratischen“ Kräften zu besetzen. Nachdem die Sowjets diese Säuberungen den Österreichischen Behörden überlassen hatten, und sich hier nicht wirklich ein Erfolg verzeichnen ließ, kritisierte man den Mangel an der Umsetzung der Entnazifizierungsziele. Mit der Bildung der Alliierten Kommission entstand eine strenge Kontrollinstanz, besonders durch den sowjetischen Teil der Kommission.¹⁴⁷

Zweitens wäre es ein Ziel der Sowjets gewesen, die „kleinen“ Nazis, die man nicht verfolgte in Österreich, in die KPÖ zu integrieren.¹⁴⁸

¹⁴⁴ Vgl. ebd., 30.

¹⁴⁵ Vgl. ebd.

¹⁴⁶ Vgl. ebd.

¹⁴⁷ Knight, 43, Anm. 23.

¹⁴⁸ Vgl. Rathkolb, Oliver: Wie homogen war Österreich? Innenpolitische Optionen. In: Kos, Wolfgang/Rigele, Georg (Hg.) (1996): Inventur 45/55. Österreich im ersten Jahrzehnt der Zweiten Republik. Sonderzahl, Wien. S. 157 – 180. Hier S. 176.

Zum Dritten wurde von der sowjetischen Besatzungsmacht eine klare Haltung zur Entnazifizierung im Wirtschaftsbereich gefordert, nachdem es immer wieder zu Verzögerungen und Sabotagen einer gründlichen Entnazifizierung gegeben hatte.¹⁴⁹

Hier wurde auch aktiv eingeschritten von der Besatzungsmacht, im Vergleich zu davor. Es wurden Listen mit „mutmaßlichen“ ehemaligen Nationalsozialisten erstellt und gefordert, Personen aus öffentlichen Ämtern zu entfernen.¹⁵⁰

Hier war eine ziemliche Willkür zu verzeichnen, auch war es nicht ausschlaggebend für die Sowjets, wie viele Nazis man schon entfernt hatte. Die Meinung war, dass „antifaschistische-demokratische“ Kräfte sich die Posten der eliminierten Nationalsozialisten an sich reißen konnten und dass man dies unterbinden müsse.

Dieter Stiefel formulierte die These, dass die Sowjetunion nicht wirklich die Entnazifizierung als eine politische Befreiung von den Nazis sah, sondern vielmehr den Machtwechsel, der in Österreich nun anstand, nach sowjetischem Bild zu gestalten.¹⁵¹

Verglichen zu Deutschland kam es in Österreich zu einer Zusammenarbeit der Alliierten bei der Entnazifizierung der Gebiete. Der größte Unterschied machte die „Kooperation“ mit den österreichischen Parlamentsparteien sowie der Regierung, das Einbinden der politischen Parteien Österreichs bildete in diesem Prozess einen wichtigen Aspekt.

Umfassende Entnazifizierungsmaßnahmen so wie in Österreich ab 1946 gab es in Deutschland in dem Ausmaß nicht.¹⁵²

Haltungen der politischen Parteien

Kurz nach der Befreiung durch die Alliierten wurden bereits in der Regierungserklärung vom 27.4.1945 theoretisch Nägel mit Köpfen gemacht:

„Jene, welche aus Verachtung der Demokratie und der demokratischen Freiheiten ein Regime der Gewalttätigkeit, des Spitzeltums, der Verfolgung und Unterdrückung über unserem Volke aufgerichtet und erhalten, welche das Land in diesen abenteuerlichen Krieg gestürzt und es der Verwüstung preisgegeben haben und noch weiter preisgeben wollen, sollen auf keine Milde rechnen können. Sie werden nach demselben

¹⁴⁹ Vgl. Mueller, Wolfgang (2004): Die politische Mission der sowjetischen Besatzungsmacht in Österreich 1945 – 1955. Dissertation an der Universität Wien. Hier S. 326.

¹⁵⁰ Vgl. ebd., 325.

¹⁵¹ Vgl. Mueller, 326.

¹⁵² Vgl. Stiefel 1986, 30.

Ausnahmerecht behandelt werden, das sie selbst den anderen aufgezwungen haben und jetzt auch für sich selbst gut befinden sollen.“¹⁵³

Bei dieser Sache waren sich die Parteien einig, jedoch wurde lange darüber diskutiert, wie man mit den sogenannten „Mitläufern“ verfahren solle.¹⁵⁴

In der ÖVP wurde schon 1945 daran gearbeitet, den „harten Kern“ der Nationalsozialisten zu bestrafen, jedoch war man für eine Amnestie der Mitläufer, also all diejenigen, die sich aufgrund Propagandamaßnahmen und Terror dem Naziregime gebeugt hätten und somit der NSDAP beitraten, ohne jedoch sich nationalsozialistischer Ideologien angenommen zu haben.

Die SPÖ sah in der Entnazifizierung den Anstoß für eine „Umerziehung“ und sah den Prozess als eine Lernphase für die ehemaligen Nationalsozialisten, die danach wieder in die Gesellschaft eingegliedert werden sollten.

Verglichen mit den anderen Parlamentsparteien, war die KPÖ die Partei, die die härtesten Bestrafungen für die „großen Nazis“ und auch für Mitläufer verlangte. Auf der anderen Seite aber setzte sie sich immer wieder für die Mittäter ein.¹⁵⁵

Phasen der Entnazifizierung

1. Phase (April 1945 – Januar 1946)

Am Anfang dieser Phase wurde das Naziregime in Österreich niedergeschlagen, Militärbehörden leiteten erste Schritte ein, für Verhaftungen wurde eine „Schwarze Liste“ erstellt. In dieser Zeit fanden einige Verhaftungen von Personen, die als Gefahr für die Sicherheit galten, statt, die aber mit Willkür durchgeführt wurden.¹⁵⁶

Nach dem anfänglichen Chaos nahmen die Maßnahmen eine Struktur an durch die Besetzung der Alliierten Mächte in den jeweiligen Gebieten.

¹⁵³ Schausberger, Manfred: Die Verfolgung von NS-Gewaltverbrechen in Österreich. In: Kuretsidis-Haider, Claudia/ Garscha, Winfried R. (Hg.) (1998): Keine „Abrechnung“. NS-Verbrechen, Justiz und Gesellschaft in Europa nach 1945. Akademische Verlagsanstalt, Leipzig/ Wien. S. 25 - 31. Hier S. 25.

¹⁵⁴ Vgl. Stiefel 1986, 31.

¹⁵⁵ Vgl. Stiefel 1986, 31.

¹⁵⁶ Vgl. ebd., 31 f.

Die österreichische Regierung, die in der Zeit nur von der sowjetischen Besatzungsmacht anerkannt wurde, hatte auch nur in dieser Besatzungszone eine gewisse Macht ausüben können. Es gab keinen gemeinsamen Plan der Alliierten bei der Entnazifizierung, jede Zone führte die Maßnahmen auf eigene Regie durch. Durch diesen Umstand war es relativ einfach für Nationalsozialisten in misslicher Lage zu entweichen.¹⁵⁷

Es wurden von der österreichischen Regierung zwei Gesetze in ihrem Wirkungsbereich beschlossen, das Kriegsverbrechergesetz und das Verbotsgesetz.

Das Verbotsgesetz besagte unter anderem ein Verbot der nationalsozialistischen Partei und all ihrer Organisationen sowie die Bestrafung jeder nationalsozialistischen Betätigung.

Das Kriegsverbrechergesetz ergänzte das Verbotsgesetz als ein „Sondererlass“, der alle Verbrechen umfasste, die während des Krieges, aus Niedertracht verübt worden waren.¹⁵⁸

Die „Volksgerichte“ brachten diese Gesetze zur Anwendung.¹⁵⁹

2. Phase (Februar 1946 bis Anfang 1948)

Nach der Nationalratswahl Ende 1945 wurde die Regierung Renners auch von den restlichen Besatzungsmächten anerkannt und konnte nun die Entnazifizierungsmaßnahmen im ganzen Land durchführen, somit fand das Verbots- und das Kriegsverbrechergesetz eine landesweite Anwendung.¹⁶⁰

Die vorherrschenden Entnazifizierungsbestimmungen wurden aber mit der Zeit als unzulänglich beurteilt, nach einer „Drei-Parteien-Einigung“ und einer Bearbeitung durch den Alliierten Rat im Jahre 1946 kam es im Februar 1947 zu einer Erstellung eines neuen Entnazifizierungsgesetzes. Es wurde zwischen „belasteten“ und „minderbelasteten“ Nationalsozialisten unterschieden, also zwischen Personen, die im Naziregime eine bestimmte Stellung und damit Macht innehatten und Personen, die einfache Parteimitglieder waren und als „Mitläufer“ eingestuft wurden. Mit diesem Gesetz wurden auch die Bestrafungen strukturiert, so gab es vom Ausschluss bürgerlicher und politischer

¹⁵⁷ Vgl. ebd., 31.

¹⁵⁸ Vgl. Stiefel 2001, 209.

¹⁵⁹ Marschall, Karl (1987): Volksgerichtsbarkeit und Verfolgung von nationalsozialistischen Gewaltverbrechen in Österreich. Eine Dokumentation. 2. Auflage. Bundesministerium für Justiz, Wien. S. 6 - 14.

¹⁶⁰ Vgl. Stiefel 1986, 32 f.

Rechte auch Geldstrafen oder eine Minderung des Gehalts, Kündigung oder Arbeitsverbot. Mit diesem Erlass war man am Ende der Entnazifizierungsgesetzgebung in Österreich angelangt.¹⁶¹ „Von den 537.000 Registrierten galten nun nur noch 42.000 als „belastet“.¹⁶²

3. Phase (1948 – 1957)

In dieser Zeitspanne gewannen die Amnestien Bedeutung, denn mit dem Entnazifizierungsgesetz 1947 stand man mit den juristischen Maßnahmen an.

In Österreich trat man schon im Jahre 1946 für eine zeitliche Verkürzung der Entnazifizierungsmaßnahmen ein, diese wurden jedoch von den Besatzungsmächten verweigert.¹⁶³

4.4.1 Juristische Verfolgung von NS-Gewaltverbrechen

Die Aufteilung Österreichs durch die vier Besatzungsmächte nach dem Krieg bedeutete neben verschiedener Gesetzgebung, auch unterschiedliche Richtlinien bei der Verfolgung von Kriegstätern. Die Besatzungsmächte führten in ihrem jeweiligen Einflussgebiet Entnazifizierungsmaßnahmen ein und versuchten mithilfe von „Schwarzen Listen“ Nationalsozialisten zu verhaften und zu inhaftieren. Durch die Unordnung in der ersten Nachkriegszeit war es oft möglich, nur durch einen Wechsel in eine andere Besatzungszone den Verfolgungen zu entgehen. Eine konkrete Suche war anfangs nicht möglich, nachdem die neue österreichische Regierung 1946 flächendeckende Vollmachten erhielt, koordinierte man die Suchaktionen.¹⁶⁴

In staatspolizeilichen Fahndungsblättern wurden Personen von der verantwortlichen Polizeidirektion bzw. über Haftbefehle gesucht.

Viele Verfahren wurden auch in den ersten Jahren nach dem Krieg, trotz komplexer Zustände, durchgeführt. Die juristische Basis für diese Verfahren war das „Verfassungsgesetz über das Verbot der NSDAP“ – oder auch Verbotsgesetz (damals

¹⁶¹ Vgl. ebd., 33.

¹⁶² Ebd.

¹⁶³ Vgl. Stiefel 1986, 33.

¹⁶⁴ Vgl. Stiefel 1986, 31.

„Vergeltungsgesetz“) genannt, das von der provisorischen Regierung am 8. Mai 1945 besiegelt wurde.¹⁶⁵

Das Verbotsgesetz beinhaltete das Verbot der nationalsozialistischen Partei und all ihrer Organisationen, Bestrafung jeder nationalsozialistischen Betätigung, Verfolgung bestimmter höherer Funktionäre der NSDAP, die ihr in der Verbotszeit bereits angehört haben und Handlungen aus besonders verwerflicher Gesinnung, die den Gesetzen der Menschlichkeit widersprechen, begangen haben.

Ehemalige Nazis wurden durch die Gemeinden und Arbeitsämter identifiziert, man entzog ihnen jegliche politische Rechte. Personen, die Ämter im NS-Regime bekleideten waren „Sühnefolgen“¹⁶⁶ preisgegeben und wurden auch bei der Entfernung von Kriegsschäden eingesetzt.¹⁶⁷ Man unterschied zwischen den „Illegalen“, die schon vor 1938 der (damals verbotenen) NSDAP angehörten und den Kern der Nationalsozialisten bildeten, und den Personen, die nach dem Anschluss der Partei beitraten.¹⁶⁸ Diese Personen wurden als „Mitläufer“ deklariert.

„1946 waren in Österreich 536.000 ehemalige Nationalsozialisten registriert, davon etwa 100.000 ‚Illegale‘.“¹⁶⁹

Das am 26. Juni 1945 beschlossene Kriegsverbrechergesetz implizierte alle Verbrechen, die während des Krieges, aus politischer Gehässigkeit oder in Ausübung dienstlicher Gewalt begangen worden waren.¹⁷⁰

1947 trat ein modifiziertes Entnazifizierungsgesetz in Kraft: Es unterschied „belastete“ (solche, die eine bestimmte Stellung innerhalb der NSDAP hatten) und „minderbelastete“ Nationalsozialisten (einfache Parteimitglieder), von 537.000 Registrierten galten nun nur noch 42.000 als „belastet“. Bereits ein Jahr später, 1948, erfolgte die allgemeine Amnestie der „Minderbelasteten“. „Die Einteilung in Belastete und Minderbelastete

¹⁶⁵ Vgl. Schausberger, 25.

¹⁶⁶ Stiefel 2001, 209.

¹⁶⁷ Vgl. Stiefel 1986, 32.

¹⁶⁸ Vgl. Stiefel 2001, 209.

¹⁶⁹ Stiefel 1986, 32.

¹⁷⁰ Vgl. Marshall.

richtete sich durchwegs nach der Position und Funktion in der NS-Partei- und/oder Staatshierarchie.“¹⁷¹

Weitreichende Amnestien der „Belasteten“ fanden nach der Wiedererlangung der Souveränität 1955 und erneut 1957 statt.¹⁷²

Das Kriegsverbrechergesetz wurde 1957 aufgehoben, von nun an galten für NS-Gewaltverbrechen das österreichische Strafgesetz und die Strafprozessordnung (zuständig für Mord, Totschlag, boshafte Sachbeschädigung, schwere körperliche Beschädigung etc.). Das Verbotsgesetz wurde ebenfalls in fast allen Bestimmungen 1957 aufgehoben.¹⁷³

Volksgerichte

Sogenannte Volksgerichte wurden nach Kriegsende eingerichtet, um Straftaten, die durch die beiden Gesetze als rechtswidrig benannt wurden, zu prüfen. Die Volksgerichte bestanden aus drei Schöffen und zwei Berufsrichtern und fanden bei den vier Oberlandesgerichten in Graz, Wien, Linz und Innsbruck ihren Platz.¹⁷⁴

„Diese Volksgerichte entschieden grundsätzlich in erster und einziger Instanz unter Ausschluß eines ordentlichen Rechtsmittels.“¹⁷⁵

Ende des Jahres 1945 fand jedoch eine Veränderung statt, ab sofort war es dem Präsidenten des Obersten Gerichtshofes möglich, eine Prüfung von den Urteilen, die in den Volksgerichten gefällt wurden, zu überprüfen, was eine Begünstigung oder auch eine Benachteiligung für den Angeklagten mit sich brachte. Diese Überprüfung wurde durch einen Dreirichtersenat am Obersten Gerichtshof durchgeführt.

Bei Unstimmigkeiten konnte der Oberste Gerichtshof ein Urteil aufheben und die Verhandlungen an ein anderes Volksgericht leiten.¹⁷⁶

„Bis 1955 fällten die Volksgerichte 13.600 Schuldsprüche, darunter 43 Todesurteile und 34 Mal lebenslänglich.“¹⁷⁷

¹⁷¹ Tschögl, Rudolf (1979): Tagespresse, Parteien und Alliierte Besatzung. Grundzüge der Presseentwicklung in der unmittelbaren Nachkriegszeit 1945 – 1947. Dissertation an der Universität Wien. Hier S. 237.

¹⁷² Vgl. Stiefel, 33.

¹⁷³ Vgl. Josef, Markus: Die Strafverfolgung von nationalsozialistischen Gewaltverbrechen und die völkerrechtliche Verantwortung Österreichs. In: Meissl, Sebastian/ Mulley, Klaus-Dieter/ Rathkolb, Oliver (1986): Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945 – 1955. Verlag für Geschichte und Politik, Wien. S. 137 – 149. Hier S. 142.

¹⁷⁴ Vgl. Schausberger, 25 f.

¹⁷⁵ ebd., 26.

¹⁷⁶ Vgl. ebd.

Sieben Monate nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages wurden die Volksgerichte aufgehoben. Somit wurden die nationalsozialistischen Straftaten nicht mehr per Sonderrecht geahndet, sondern von „(...) der ordentlichen Gerichtsbarkeit unter Anwendung der Grundsätze des allgemeinen österreichischen Strafrechts (...)“.¹⁷⁸

Während der Phase, in der die Volksgerichte tätig waren, agierten daneben auch die Gerichte der Besatzungsmächte.

Zudem soll noch vermerkt werden, dass viele Personen von der sowjetischen Besatzungsmacht aufgrund ihrer Kriegsverbrechen ohne Gerichtsverfahren in die Sowjetunion deportiert wurden.¹⁷⁹

4.5 Integration ehemaliger Nationalsozialisten in Gesellschaft und Politik

Trotz Entnazifizierungsmaßnahmen waren im Jahre 1946 nach wie vor drei Prozent bekennende Nationalsozialisten in höheren Positionen im öffentlichen Bereich tätig.¹⁸⁰

Es war offensichtlich, dass man eher einen „erfahrenen“ nationalsozialistischen Experten in Spitzenpositionen haben möchte als einen Sozialisten oder noch schlimmer – einen Kommunisten.¹⁸¹

Die ÖVP begann bald um die ehemaligen NSDAP-Mitglieder zu werben, obwohl die SPÖ anfangs zögerte und ihre antifaschistische Haltung nicht untergraben wollte, begann sie dann doch nach den Wahlen im November 1945 das Wähler-Potential der ehemaligen Nazis zu erkennen.

Dadurch, dass die Entnazifizierung fast ein Viertel der österreichischen Bevölkerung direkt betraf oder tangierte, hatte es, rein wahlarithmetisch, eine große Bedeutung für die politischen Parteien, die sich um die Wählerstimmen bemühten.¹⁸²

¹⁷⁷ Stiefel 1986, 32.

¹⁷⁸ Schausberger, 26.

¹⁷⁹ Vgl. ebd., 29.

¹⁸⁰ Vgl. Rathkolb, Oliver: NS-Problem und politische Restauration: Vorgeschichte und Etablierung des VdU. In: Meissl, Sebastian/ Mulley, Klaus-Dieter/ Rathkolb, Oliver (1986): Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945 – 1955. Verlag für Geschichte und Politik, Wien. S. 73 - 99. Hier S. 79.

¹⁸¹ Vgl. ebd.

Schon vor der Entschließung über die Grundsätze des Nationalsozialistengesetzes 1947 nahmen auch die Politiker der beiden Großparteien von einer umfassenden Entnazifizierung Abstand, eine Konsequenz bei den „Säuberungen“ war nicht mehr gegeben.¹⁸³

Der Alliierte Rat, der eine zielstrebige Entnazifizierung durchführen wollte, wurde von den Großparteien als der Sündenbock dargestellt.

Die Bildung des VdU hängt stark mit der Minderbelastetenamnestie zusammen. Mit dem Entzug des Wahlrechtes der ehemaligen Nazis, also dem Eingriff in die Bürgerrechte entstand in gewisser Weise eine Notwendigkeit und eine Möglichkeit, ein neues Lager zu bilden.

Durch diesen Umstand war die Gründung des VdU fast gegeben. Als Gründungstag der vierten Partei gilt der 4. Februar 1949, Herbert Kraus verlautbarte die Erstellung eines „Verbandes der Unabhängigen“.¹⁸⁴

Kraus war es wichtig, die ehemaligen Nationalsozialisten in die „Demokratie“ zu integrieren und sie in das politische Gefüge wieder aufzunehmen. Durch das politische Vorantreiben dieser Idee war die Isolierung der ehemaligen Nazis gebrochen, sie bildeten keine Gefahr mehr für Österreich.

Die vielen Amnestierungs-Anträge der „Ehemaligen“ waren eine Gelegenheit für die ÖVP, um ehemalige Nazis für sich zu gewinnen. Dieses dringende Vorgehen bei den Amnestierungen zeigt sehr stark die Furcht der ÖVP auf, diesen großen Wählerpool an eine Vierte Partei zu verlieren.¹⁸⁵

Im Mai 1949 trafen sich die ÖVP-Führungsriege, unter anderem Julius Raab, Karl Brunner und Alfred Maleta in dessen Haus in Oberweis bei Gmunden mit ehemaligen

¹⁸² Vgl. ebd. 79 f.

¹⁸³ Vgl. Dachs, Herbert: Die Entnazifizierung in der Salzburger Presse. In: Weinzierl, Erika/ Stadler, Karl R. (Hg.) (1977): Justiz und Zeitgeschichte. Veröffentlichung des Ludwig-Boltzmann-Institutes für Geschichte der Gesellschaftswissenschaft. Wien/ Salzburg. S. 227 – 247. Hier S. 242.

¹⁸⁴ Die „Urgeschichte“ der VdU reicht weiter zurück, nämlich zu der Geschichte Leopold Stockers, Gründer des „Deutschen Bauernbundes in Steiermark“ im Jahre 1918, der als Vorgänger des Landbund für Österreich gilt, sowie Gründer des „Leopold Stocker Verlages“. siehe: Höbelt, 11.

¹⁸⁵ Vgl. Rathkolb 1986, 81.

führenden Nationalsozialisten, um mit ihnen über mögliche Wählerpotentiale zu diskutieren.¹⁸⁶

Durch die Kontakte, die man mit der ehemaligen „Führungsriege“ der Nationalsozialisten knüpfte, gab es für ihre Anhänger dann auch keinen Grund mehr, ihre Ideologien zu verstecken, man wurde regelrecht umworben.¹⁸⁷

In der ÖVP war man der Auffassung, dass das NS-Gesetz nicht das gebracht hätte, was man sich erhofft hatte, sondern vielmehr Unruhe und Chaos stiftete.

Man beteuerte, von Anfang an eine klare Linie in der Politik gehabt zu haben und darum bemüht zu sein nur diejenigen Nazis zu bestrafen, die schuldig waren und alle anderen zu begnadigen. Deshalb, so Maleta, wurden die ÖVP-Politiker als Nazifreunde hingestellt und man hätte die schwierigen Aktivitäten nicht gewürdigt.

„Nicht wir also haben uns gewandelt, sondern die anderen haben sich unseren Ansichten angeschlossen, weil sich die Richtigkeit unserer Argumente durch die Praxis nachträglich erwies.“¹⁸⁸

Wenn die übrigen Parteien die gleiche Auffassung wie die ÖVP gehabt hätten, so Maleta, dann wäre es kein parteipolitisches Problem geworden. Man heftet sich den Grundsatz der Gerechtigkeit auf die Fahnen, denn dies wäre Basis für jede Rechtsgemeinschaft der Staaten.¹⁸⁹

Maleta, der selbst im KZ war, war davon überzeugt, dass man eine Ideologie nicht mit bloßer Gewalt und Unterdrückung beenden konnte – vielmehr würde dies nur mehr Hass und Gegenwehr schüren.

„Die Gerechtigkeit gebietet, daß jeder KZler, der an Leib, Leben und Vermögen Unbill erlitten hat, Gutmachung erfährt. So ist es recht und billig. Die Gerechtigkeit gebietet, daß jeder Nationalsozialist nur für sein persönliches Verschulden zur Verantwortung gezogen wird. So ist es recht und billig.“¹⁹⁰

¹⁸⁶ Vgl. Neugebauer, Wolfgang (1979): Gefahr von rechts. Dr.-Karl-Renner-Institut, Wien. Hier S. 5.

¹⁸⁷ Vgl. Rathkolb 1986, 82 f.

¹⁸⁸ Maleta, Alfred (1948): Die Amnestie für Nationalsozialisten. Ein Erfolg der Österreichischen Volkspartei. Politische Zeitprobleme, 1948/ Heft 26. Österreichischer Verlag, Druck- und Verlagsgesellschaft, Wien. Hier S. 1.

¹⁸⁹ Vgl. ebd., 2.

¹⁹⁰ Ebd., 2.

Gerechtigkeit stand bei den Argumenten der ÖVP an oberster Stelle, man war davon überzeugt, wenn man alle Nationalsozialisten an den Pranger stellte, dann wäre dies für die Demokratie Österreichs eine ungerechte Vorgehensweise. Der Nationalsozialismus wird als etwas „historisches“ abgetan, das kein politisches Problem mehr darstellt. Die Vergangenheitsforschung wäre nichts für Politiker sondern für Geschichtsforscher.¹⁹¹

Politiker hätten die Aufgabe, sich um die Gegenwart und das Wohl der Staatsbürger zu kümmern und dafür wären innere Zwiste unbrauchbar.

Einem erneuten Aufkeimen des Nationalsozialismus wird keine Bedeutung beigemessen, Maleta sieht nur ein Problem, das die Belebung des Nationalsozialismus fördern könnte – nämlich die Situation, die das NS-Gesetz geschaffen hätte.

Deswegen wird von der ÖVP Gerechtigkeit gefordert, um die Personen „(...) die schon längst sehnsüchtig nach neuen Ufern streben“¹⁹², aus dieser Angelegenheit beiseite zu schaffen.

Die ehemaligen Nationalsozialisten wolle man nicht nur einfach in die Gesellschaft aufnehmen, damit sie ihre Pflichten vergessen – sie sollen dabei aktiv mitwirken, eine „europäisch-abendländische Kulturgemeinschaft“¹⁹³ zu erhalten.

Grundsätzlich kann man erkennen, dass je näher die Nationalratswahl 1949 rückte, desto stärker wurde die Tendenz zur Rehabilitierung, zur Unterstützung, zu einer Bewusstseinsbildung und vor allem, zum Stimmenlukrieren.¹⁹⁴ Die Nazifrage wurde also somit zu einem Politikum.

4.6 Neonazisten

Das rechtsextreme Lager in Österreich hat zwei geschichtliche Strömungen, die austrofaschistische (Heimwehren) und die Deutschnationale.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war das austrofaschistische Lager unbedeutend, es konnte sich nicht organisieren und verlor an Wirkungskraft – im Gegensatz zum deutschnationalen Lager.

¹⁹¹ Vgl. ebd., 3.

¹⁹² Maleta, 4.

¹⁹³ Ebd., 6.

¹⁹⁴ Vgl. Helmer, Oskar (1957): 50 Jahre erlebte Geschichte. Wiener Volksbuchhandlung, Wien. Hier S. 318.

Zwischen den Kriegen war der nationalsozialistische Gedanke hauptsächlich von Akademikern und Beamten sowie kleinen Unternehmern getragen worden.

Die nationalsozialistische Bewegung „(...) fügte der Ideologie der Volksgemeinschaft, der Autorität und Hierarchie, die für alle faschistischen Bewegungen typisch ist, den Deutschnationalismus mit extrem rassistischen Zügen hinzu.“¹⁹⁵

Nach 1945 hatte diese Bewegung eine gewichtige Bedeutung, waren doch viele hundert tausende Menschen ehemalige Mitglieder der NSDAP, die man als Anhänger gewinnen konnte.¹⁹⁶

Kaum war der Zweite Weltkrieg vorüber, gab es also erneut nationalsozialistische Gruppierungen in Österreich. Mitglieder waren ehemalige Wehrmachtssoldaten, Offiziere der SS oder auch der Waffen-SS, unterste Chargen der NSDAP bis zu ehemaligen Gauleitern und Mitglieder der damaligen Hitlerjugend. Man wollte das Tausendjährige Reich nicht so leicht untergehen sehen.

„Der Schoß war fruchtbar noch, und alles, was kriechen konnte, kroch.“¹⁹⁷

Auch die Verbindungen zu Faschisten im Ausland dienten zum Wiederaufbau rechtsextremer Organisationen mit internationalem Charakter. Hier wird besonders das Faschistentreffen in Malmö erwähnt, das Anfang der fünfziger Jahre stattfand. Damals entstand die „Europäische Soziale Bewegung“ (ESB) als erstes supranationales Bündnis der international agierenden Neonazisten.¹⁹⁸

Nach dem Krieg wurden des Öfteren Gruppen von zusammengeschlossenen Nazis von der Wiener Staatspolizei aufgegebelt.

Gegen Ende des Jahre 1947 entdeckte man die Untergrundbewegung „Soucek-Rössner-Verschwörung“, bei der viele Nationalsozialisten aktiv tätig waren. Die Behörden gaben an, von Anfang an über diese Verschwörung gewusst zu haben. Es sollte ein Orden gegründet worden sein, der auch über ein Parteiprogramm, von dem ehemaligen SS-

¹⁹⁵ Vgl. Langbein, Kurt: Das Organisationsspektrum. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (1979): Rechtsextremismus in Österreich nach 1945. Österreichischer Bundesverlag, Wien. S. 128 – 172. Hier S. 128

¹⁹⁶ Vgl. ebd.

¹⁹⁷ Montalcino, Julia: Neonazistische Gründerjahre. In: „Zoom“ 1996/4-5: Es muss nicht immer Gladio sein. Attentate, Waffenlager, Erinnerungslücken. Hier S. 90.

¹⁹⁸ Vgl. ebd.

Brigadeleiter Walter Raffelsberger (sein Zuständigkeitsbereich in der NS-Zeit war die Beschlagnahme jüdischen Eigentums) verfügte.¹⁹⁹

Die Hauptangeklagten Theodor Soucek, in der NS-Zeit bei der HJ, Mitglied der NSDAP und schließlich der SA, und Hugo Rössner wurden im Jahre 1949 zum Tode verurteilt, aber von Bundespräsidenten Theodor Körner begnadigt. Rössner und Soucek gaben beide im Gerichtsverfahren an, dass sie im Kontakt mit den westlichen Besatzungsmächten standen und eine „Partisanengruppe“ gründeten, um einen möglichen sowjetischen Besatzungskrieg zu unterbinden.²⁰⁰

Dieser „Counter Intelligence Corps“ (CIC) der amerikanischen Besatzungsmacht spielte in der Nachkriegsgesellschaft eine wesentliche Rolle. Nachdem die Entnazifizierung von der Bildfläche verschwunden wurden die „Ehemaligen“ wieder zurück ins „demokratische“ Boot geholt. Angesichts des anrollenden Kalten Krieges wurde die Sowjetische Besatzungsmacht zum Schreckgespenst und zur potentiellen Bedrohung Österreichs, der Antikommunismus bildete den neuen Grundkonsens der österreichischen Politik sowie der westlichen Besatzungsmächten.²⁰¹

Von dem CIC wurden ehemalige Nationalsozialisten angeworben und als Spione eingesetzt um im Untergrund gegen den Kommunismus agieren zu können.

Später wurde bekannt, dass der CIC-Agent Robert Jan Verbelen, in der NS-Zeit Kommandant der Flämischen Allgemeinen SS, die Tätigkeit des Geschäftsführers für die SORBE von Soucek einnahm. Die „Sozialorganische Ordnungsbewegung Europas“ wurde 1957 in Graz von Soucek gegründet, im Oktober 1958 vom Innenministerium verboten, im darauffolgenden Jahr durch den Verfassungsgerichtshof wieder zugelassen.²⁰²

Eine wirkliche Erklärung zu den Verbindungen von nationalsozialistischen „Verschwörern“ mit der Regierung und den Alliierten wurde noch nicht gänzlich geklärt, jedoch ist bekannt, dass Persönlichkeiten wie Otto Rösch mit diesen Verschwörungen verbunden waren.²⁰³

¹⁹⁹ Vgl. ebd., 96.

²⁰⁰ Vgl. Montalcino, 98.

²⁰¹ Vgl. Weidinger, Bernhard (2015): „Im nationalen Abwehrkampf der Grenzlanddeutschen“. Akademische Burschenschaften und Politik in Österreich nach 1945. Böhlau, Wien/ Köln/ Weimar. Hier S. 54.

²⁰² Vgl. Gatterer Kein Volk, 47.

²⁰³ Vgl. Montalcino, 98.

Nach einer dreijährigen Gefängnisstrafe war Soucek wieder frei und betätigte sich unter anderem im „Bund Heimattreuer Jugend.“

Der „Bund Heimattreuer Jugend“ wurde 1951 gegründet und agierte zunächst nur in der Steiermark, wurde aber 1953 verboten, aber danach umbenannt zu „Steirischer Jugendbund“ (SJB).²⁰⁴

Die Gründung des BHJ lässt sich aber möglicherweise auf das Verbot eines Vereins, der einen ähnlichen Namen - „Bundesverband Heimattreuer Kameradschaft“ (BHK) - trug, zurückverfolgen. Dieser entstand 1950 als Nachfolger einer Kameradschaft, die sich für die Unterstützung der Kriegsversehrten einsetzte. Das Sprachrohr dieses Vereins, „Der Kamerad“, wurde von Fritz Stüber gegründet, einem Dichter der NS-Zeit. Alfred (Fred) Borth, im Nationalsozialismus Mitglied der HJ, war bei der Zeitschrift „Der Kamerad“ Mitglied der Redaktionsleitung und Mitglied des VdU, wenn auch nur für kurze Zeit.

Stüber war Nationalratsabgeordneter des VdU, wurde aber 1953 wegen „Rechtsabweichung“ abbestellt.²⁰⁵ Stüber war auch Mitbegründer der „Österreichischen Landsmannschaft“ sowie des „Eckartboten“ im Jahre 1953, wo er den Posten des Schriftleiters bis zum seinem Tod 1978 bekleidete.²⁰⁶

Es gab in den fünfziger Jahren unterschiedliche neonazistische Organisationen, zunächst die „radikalen“ wie der „BHJ“, die „Legion Europa“, die „Österreichische Sozialbewegung“.

Zusätzlich gab es die studentischen Korporationen und die mit ihnen in Verbindung stehenden Verbände.

Im Jahre 1952 bildeten sich Kameradschaftsbünde und Soldatenbünde, deren Hauptziel es war, die „Heldentaten“ der Soldaten hervorzuheben. Viele dieser Organisationen wurden wiedergegründet, auch viele unter einem neuen Namen. Die Vorgänger dieser Organisationen waren zumeist Verbände aus der Ersten Republik und ab den dreißiger Jahren dann Träger des aufkommenden Nationalsozialismus.²⁰⁷

²⁰⁴ Vgl. ebd., 93.

²⁰⁵ Vgl. Montalcino, 93.

²⁰⁶ Vgl. ebd., Anmerkung 1.

²⁰⁷ Vgl. Bailer, Brigitte/ Neugebauer, Wolfgang: Abriß der Entwicklung des Rechtsextremismus in Österreich. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.) (1993): Handbuch des ö. Rechtsextremismus. 2. Auflage. Deuticke, Wien. S. 97 – 101. Hier S. 98.

Auch der „Österreichische Turnerbund“ (ÖTB) durfte ab 1952 wieder aktiv sein. Der ÖTB bekannte sich ganz offenherzig zu seinen Wurzeln, dem Deutschen Turnerbund, der in Verbindung mit dem nationalsozialistischen Putsch im Jahre 1934 stand und auch danach dem deutschnationalen Geist frönte. Der Bund bekam öffentliche Gelder und Subventionen.²⁰⁸

Die „Aula“ war Sprachrohr dieser studentischen Riege, auch Nationalratsabgeordnete der ÖVP meldeten sich mit unterschiedlichen Artikeln zu Wort.

Die ÖVP pflegte die Kontakte zum „Allgemeinen Deutschen Kulturverband“ (Gründer: Mirko Jelusich) sowie zum „Neuen Klub“, der Nachfolger des „Deutschen Klubs“ – dessen damaliger Rechtsberater der NSDAP, Erich Führer, war.

Der „Kulturverband“ und der „Neue Klub“ waren Organisationen, mit denen eine Verbindung zwischen dem Konservatismus der ÖVP mit dem „nationalen Lager“ vollzogen wurde.²⁰⁹

5 Die Österreichische Presse in der Nachkriegszeit

Die letzte Zeitung in Österreich wurde am 7. („Völkischer Beobachter“) bzw. 8. April 1945 („Neues Wiener Tagesblatt“) herausgebracht, die Kriegstage danach waren gekennzeichnet davon, dass es keine Informationskanäle mehr gab, keine Zeitung und auch keinen Rundfunk. Druckereien wurden von der Sowjetunion eingenommen.²¹⁰

Im vom Krieg erlösten Wien wurde am 15. April 1945 von der Sowjetischen Besatzungsmacht die „Österreichische Zeitung“ publiziert.²¹¹

Adolf Schärf vermerkt, dass am 18. April 1945 im Rathaus eine Sitzung stattfand, um eine Zeitungsgründung herbeizuführen. Da ein großer Papiermangel herrschte und lediglich eine Druckerei unbesetzt war, war nur die Herausgabe einer Zeitung möglich. Der Wunsch nach einer Parteizeitung wurde nicht realisiert, sondern es entstand das „Neue Österreich“, ein „objektives“ Blatt, um den demokratischen Aufbau in der

²⁰⁸ Vgl. Dworzak, 142.

²⁰⁹ Vgl. Gatterer, Claus: Kein Volk, kein Reich und viele Führer (II). Die österreichischen Neonazi und ihre Publikationen. In: FORVM Heft 75, 3/1960. Hier S. 89.

²¹⁰ Vgl. Schärf, 169.

²¹¹ Vgl. ebd.

Gesellschaft zu stützen.²¹² In diesem „Neuen Österreich“ war ein großer Einfluss der Kommunistischen Partei Österreichs zu vernehmen.²¹³

Am 5. August wurden schlussendlich drei Parteizeitungen gedruckt, die „Arbeiter-Zeitung“ der Sozialistischen Partei, die „Österreichische Volksstimme“ der Kommunisten und das „Kleine Volksblatt“ der Volkspartei. Das „Neue Österreich“ erschien weiterhin.²¹⁴

Den österreichischen Parteizeitungen wurden Papierrestriktionen auferlegt, von denen die alliierten Zeitungen verschont blieben.

Die österreichische Journalistik wies, trotz der strengen Papierzuteilung der Alliierten, ein großes Kritikpotential auf, teilweise gab man sich auch provokant gegenüber der Besatzung. Besonders die „Arbeiter-Zeitung“ nimmt hier eine wichtige Rolle ein, die auch bis nach 1955 auflagenstärkste Zeitung Österreich war.²¹⁵

Der „Wiener Kurier“ wurde am 26. August 1945 von den Amerikanern veröffentlicht, am 18. September dann die „Weltpresse“ der britischen Besatzungsmacht. Ein paar Tage später erschien zum ersten Mal die „Wiener Zeitung“ und am 12. November die „Welt am Montag“ als Zeitung der französischen Streitkräfte.

Anzumerken ist, dass die Zeitungen der Alliierten nicht der österreichischen Gerichtsbarkeit unterstanden. Es herrschte eine Vorzensur, jeder Artikel wurde einem Presseoffizier (bei der „Arbeiter-Zeitung“ beispielsweise ein sowjetischer Presseoffizier) vorgelegt, der dann entschied ob der Text gedruckt wurde.²¹⁶

Am 1. Oktober 1945 erfolgte ein alliierter Beschluss über das Pressewesen in Österreich, bis dahin war die Zensur des Pressewesens direkt von den Alliierten kontrolliert worden. Mit dem „Dekret über die Pressefreiheit in Österreich“ wurde die Vorzensur abgeschafft. Die Nachzensur blieb allerdings weiterhin in Kraft. Das Gesetz erlaubte Veröffentlichungen von Zeitungen, solange sie zu keiner Gefährdung der militärischen Sicherheit der Besatzungsmächte führte und keine Zwietracht unter den Alliierten säte. Zudem war die Verbreitung jedes nationalsozialistischen, großdeutschen und

²¹² Vgl. ebd., 62.

²¹³ Vgl. ebd., 69.

²¹⁴ Vgl. Schärf, 69 f.

²¹⁵ Molden, Berthold: Die Ost-West-Drehscheibe. Österreichs Medien im Kalten Krieg. In: Rauchensteiner, Manfred (2010): Zwischen den Blöcken. Nato, Warschauer Pakt und Österreich. Böhlau, Wien/Köln/Weimar. S. 687 – 774. Hier S. 694.

²¹⁶ Vgl. Schärf, 170.

militaristischen Gedankengutes verboten.²¹⁷ Man wollte jedoch weiterhin die Zulassung anderer Zeitungen kontrollieren, sowie die Papierzuteilung.²¹⁸ Bei allfälligen Zensurenentscheidungen beriefen sich die Mächte in der Regel auf das Dekret.²¹⁹

Hier ist wichtig, dass nach dem Wirksamwerden der „(...) Deklaration über die demokratische Presse vom 1.10.1945 (...) keine Entnazifizierung durch die Alliierten, wohl aber Verbote bezüglich nazistischer Wiederbetätigung (...)“ gegeben hat.²²⁰

Auch war die Herausgabe einer Zeitung an die Zuteilung von Papier gebunden.²²¹

Die politischen Parteien Österreichs legten untereinander fest:

„1. Die politische Grundhaltung und Tendenz der Tageszeitungen auf die positive Zusammenarbeit, Schicksalsverbundenheit und das gemeinsame Aufbauprogramm abzustellen; 2. in allen Fällen, wo sich in grundsätzlichen, sachlichen und taktischen Fragen Verschiedenheiten in der Auffassung zwischen den Parteien ergeben, die Stellungnahme unter Voranstellung des gemeinsamen Aufbauwillens bei aller Eindeutigkeit notwendiger Klarstellung rein sachlich zu führen und die sich daraus ergebene Polemik in Inhalt und Ton auf diesem Niveau zu halten; 3. jede persönliche Polemik, vor allem aber eine solche, die ins Privatleben eingreift, soweit ihr nicht strafbare kriminelle Handlungen zugrunde liegen, zu vermeiden.“²²²

In den ersten Jahren der Zweiten Republik, während der Besetzung Österreichs durch die Alliierten, war die österreichische Medienlandschaft vor allem dadurch geprägt, dass es kaum unabhängige Printmedien gab.

Mit Ende des Zweiten Weltkrieges brachten die alliierten Truppen alle Medienkanäle unter ihre Kontrolle, um sie für Zwecke der „Re-Education“ und der Propagierung des eigenen Systems zu verwenden. Die nationalsozialistische Presse wurde ausgeschaltet, Druckereien und Redaktionen wurden von den Alliierten übernommen, geführt und für die Herausgabe eigener Zeitungen benutzt. Bald war der Aufbau der einzelnen alliierten

²¹⁷ Vgl. Sieder, 103.

²¹⁸ Vgl. Tschögl, 206.

²¹⁹ Vgl. Moser, Karin: Propaganda und Gegenpropaganda. Das „kalte“ Wechselspiel während der alliierten Besetzung in Österreich. In: „Medien & Zeit“ 2002/1. S. 27 – 42. Hier S. 29. (Online unter: http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/moser_propaganda.pdf 14.2.14)

²²⁰ Tschögl, 234.

²²¹ Vgl. Schärf, 171.

²²² Ebd.

Propaganda- und Informationsapparate in Österreich soweit fortgeschritten, dass die gesamte Medienlandschaft unter alliierter Kontrolle stand.²²³

Die meisten Zeitungen standen entweder in einem direkten Naheverhältnis zu den Besatzungsmächten oder waren Parteizeitungen, die wiederum auch der Zensur durch die Alliierten unterlagen.²²⁴

Eine Zeitung, die in enger Verbindung zu der sowjetischen Besatzungsmacht stand war „Weg und Ziel“ mit dem Untertitel „Monatsschrift für Fragen der Demokratie und des wissenschaftlichen Sozialismus“ und wurde von der KPÖ herausgegeben. In dieser Zeitschrift wird der Sozialismus zum Kapitalismus verglichen und beschönigt, oft werden Lenin und Stalin zitiert, Amerika wird als gierige Übermacht dargestellt, die die ganze Welt unter ihre Kontrolle bringen möchte.

Die Alliierten gingen davon aus, dass der Nationalsozialismus die deutsche und österreichische Gesellschaft zur Gänze mit einer Krankheit befallen hatte und sie zu Propagandazwecken getrieben hätte. Die Re-orientierung des Kulturbereiches wurde als eine Art Therapie gesehen, um der Krankheit Faschismus den Gar auszumachen. Die Definition der zu erneuernden Kultur war eine traditionelle und europazentrierte.

Unterhaltungs- und Massenbeeinflussungsinstrumente wie Rundfunk, Film, Musik, Theater und Printmedien hatten das nationalsozialistische System im zweiten Weltkrieg aktiv in seiner Propaganda unterstützt und stellten daher für die „Re-Education“ eine potenzielle Gefahr dar, aber auch eine gewisse Möglichkeit.

Nach der militärischen Besetzung Österreichs und Deutschlands wurde ein Dekret exekutiert, wonach alle Zeitungen, Rundfunksender, Kinos, Verlage und Druckereien geschlossen wurden. Deren Eigentümer mussten, um eine Wiedereröffnung zu beantragen, ein Genehmigungsverfahren durchlaufen. Nach genauer Überprüfung wurde politisch „passenden“, also demokratisch gesinnten, Kulturschaffenden eine Lizenz erteilt und man durfte wieder aktiv werden.²²⁵

²²³ Vgl. Moser.

²²⁴ Vgl. Pollak, Alexander: Zwischen Erinnerung und Tabu – Die diskursive Konstruktion des Mythos von der „sauberen Wehrmacht“ in den österreichischen Medien nach 1945. In: „Folia Linguistica“ 2001/1-2. S. 131 - 157. Hier S. 140. (Online unter: http://web.a.ebscohost.com/ehost/pdfviewer/pdfviewer?sid=47835348-c00e-46b4-a8693f8b860bcad5%40sessionmgr4003&vid=1&hid=4101_14.2.14)

²²⁵ Vgl. Rathkolb, Oliver: Die Entwicklung der US-Besatzungskulturpolitik zum Instrument des Kalten Krieges. In: Stadler, Friedrich (Hg.) (2004): Kontinuität und Bruch. 1938 – 1945 – 1955. Beiträge zur österreichischen Kultur- und Wissenschaftsgeschichte. LIT Verlag, Münster. S. 31 – 50. Hier S. 35.

5.1 Zensur und Pressekontrolle

Erst nach der Aufteilung des österreichischen Staatsgebiets am 4. Juli 1945 war eine einheitliche Zensur möglich, die bis dahin unterschiedlich erfolgte.²²⁶

Auch nach der Nationalratswahl am 25. November 1945 kam es nicht sonderlich zu einer Veränderung des Zensurverhaltens der Alliierten, die sowjetische Besatzungsmacht wollte die Kontrolle intensivieren – und da bei den Westmächten noch Bemühungen um eine Einigkeit bestand, befürwortete man zunächst diese Entwicklung.²²⁷

Zu vermerken ist, dass die westlichen Besatzungsmächte die Zensurmaßnahmen jedoch auf eine bestimmte Zeit limitiert sahen, die sowjetische Besatzungsmacht forcierte die totale Kontrolle aller Kommunikationskanäle.²²⁸

Interessant sind hier die Proklamationen des Marshalls der Roten Armee, Iwanowitsch Tolbuchin, die dem Österreichischen Volk kurz nach dem Einmarsch der Truppen, auf Wänden öffentlich zugänglich gemacht wurden.

„Die Rote Armee verfolgt die deutsch-faschistischen Truppen und ist in Österreich einmarschiert. (...)“ Man weist ausdrücklich darauf hin, dass in der Moskauer Deklaration verankert sei, dass Österreich für die Teilnahme am Krieg im Zusammenschluss mit Hitlerdeutschland seine Verantwortung tragen muss. „Die NSDAP wird aufgelöst, doch die einfachen Mitglieder der nationalsozialistischen Partei werden nicht verfolgt, wenn sie sich den Sowjettruppen gegenüber loyal verhalten.“²²⁹

Man gab sich als Befreiungs- und nicht als Eroberungsarmee.

Wenige Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges waren die Zensurmaßnahmen von den westlichen Besatzungsmächten gemindert worden, man strebte nach einem Aufbau eines demokratischen Presse- und Rundfunksystem in Österreich.²³⁰

Kommunikationsmittel wurden von den Alliierten unter deren Kontrolle gebracht, dazu gehörten Briefe und Pakete, der Telegraphen-, Telefon- und Telegrammverkehr.²³¹

²²⁶ Vgl. Sieder, 22.

²²⁷ Vgl. ebd., 23.

²²⁸ Vgl. Dusek, Peter/ Weinzierl, Erika/ Pelinka, Anton (1995): Zeitgeschichte im Aufriß. Österreich von 1918 bis in die achtziger Jahre. TR-Verlagsunion, Wien. Hier S. 261.

²²⁹ Schärf, 37.

²³⁰ Vgl. Sieder, 25.

Es wurde eine „österreichische Zensurstelle“ eingerichtet, diese Einrichtung wurde vom österreichischen Steuerzahler finanziert, ausgenommen der amerikanische Anteil, und fungierte zunächst formal als Postverwaltungsstelle. 1947 wurde die Zensurstelle in das Innenministerium integriert, aber stand in Wirklichkeit unter der Kontrolle der Alliierten Kommission

Trotzdem hieß die Einrichtung weiterhin „österreichische Zensurstelle“, bis Ende 1951 bis Anfang 1952, nach Protest gegen die täuschende Bezeichnung, die Umbenennung in „Alliierte Zensurstelle“ erfolgte.²³²

Zu vermerken ist, dass die Sowjetische Besatzungsmacht in ihrer Politik den Großteil des Jahres 1946 sich sehr genau an das Kontrollabkommen hielt. Man glaubte an eine gemeinsame Verantwortung der Alliierten gegenüber Österreich, dies zeigte sich an wenigen Verboten. Erst mit dem voranschreitenden Kalten Krieg gab es eine Veränderung in dem strengen Verhalten der Sowjets. Bis Mitte 1948 wurden strikte Handhabungen bei österreichischen Presseprodukten gefordert, mit dieser Forderung stand die sowjetische Besatzungsmacht alleine da. In der sowjetischen Zone wurden in diesen Jahren nur unregelmäßig Maßnahmen gegen kleinere Druckwerke gesetzt, die Publikationen durften wegen faschistischer Propaganda nicht verbreitet werden.²³³

Die einzelnen Kontrollmächte übten gegen einzelne Zeitungen, auch gegen Zeitungen der Österreichischen Parteien, unterschiedlich gewichtete Kontrollmaßnahmen an.

Neben Erscheinungsverboten bis zur Auflösung wurden auch Chefredakteure bestraft, indem sie entfernt oder suspendiert wurden von ihrem Posten.²³⁴ Jegliche Verbote dieser Art waren rechtlich nicht zweifelsfrei. Die österreichischen Zeitungen nahmen die Restriktionen unterwürfig hin.

„Direkte Verbote gegenüber Tageszeitungen sprachen bis 1947 nur die Westalliierten aus.“²³⁵

²³¹ Vgl. Wetz, Ulrike (1971): Geschichte der Wiener Polizeidirektion von Jahre 1945 bis zum Jahre 1955. Dissertation an der Universität Wien. Hier S. 457 ff.

²³² Vgl. Stourzh 1996, 224.

²³³ Vgl. Stearman, William L. (1962): Die Sowjetunion und Österreich 1945 – 1955. Ein Beispiel für die Sowjetpolitik gegenüber dem Westen. Siegler & Co, Bonn/ Wien/ Zürich. Hier S. 85 ff.

²³⁴ Vgl. Tschögl, 209 f.

²³⁵ ebd. 212.

Mit zunehmender Zeit und intensiveren Konflikten zwischen West- und Ostmächten wurden auch die Kontrollmaßnahmen gegenüber Österreich förmlich zwiegespalten. Die amerikanische Position gegenüber Österreich zeichnete sich dadurch, dass man eine Stütze für Österreich sein möchte, und sich das Land demokratisch entfalten kann. Man sah ein „Eltern-Kind-Verhältnis“ und keine totalitäre Kontrolle.

Der Oberbefehlshaber der sowjetischen Besatzungsmacht Ivan Konev sah jedoch die Notwendigkeit einer härteren Bestrafung, insbesondere bei österreichischen Presseerzeugnissen. Er merkte an, dass er die Regeln des Dekrets vom 1. Oktober durch die österreichischen Zeitungen verletzt wurden. Die Pflichten der Österreicher seien missachtet worden und es bedürfe intensiverer Kontrolle.

Besonders sah er die Notwendigkeit einer härteren Bestrafung bei der „Arbeiter-Zeitung“, jedoch wurde die Suspendierung dieser Zeitung von den Briten und Amerikaner nicht angenommen.²³⁶

Es wurde von den USA der Versuch angestellt, der österreichischen Presse die gleichen Rechte zuzusprechen wie der alliierten Presse. Um dies zu erreichen, sollte die Deklaration vom 1. Oktober aufgehoben werden, jedoch wurde dieser Antrag von den anderen Besatzungsmächten nicht unterstützt.²³⁷

Nach weiteren Ungereimtheiten und Überprüfungen von Übertretungen der Deklaration vom 1. Oktober sowie weiteren Suspendierungen kam man zu keinem Ergebnis.

„Die Alliierte Kommission für Österreich überdauerte den aufkommenden Kalten Krieg zwar als Institution, gemeinsame Aktionen wurden aber nur noch sporadisch und bei wenig brisanten Angelegenheiten ausgeführt.“²³⁸

Die weiteren Jahre waren dadurch gekennzeichnet, dass es nur vereinzelt zu Suspendierungen kam, besonders bei rechtsextremen und neonazistischen Zeitungen. Die Deklaration vom 1. Oktober 1945 wurde schlussendlich im Juni 1955 aufgehoben.

²³⁶ Vgl. ebd., 214.

²³⁷ Vgl. ebd., 216.

²³⁸ Ebd. 220.

Diese restriktiven Zensurmaßnahmen hatten in dieser postfaschistischen Gesellschaft, die nach Freiheit und in gewisser Weise nach Demokratie strebte, einen repressiven Charakter.²³⁹

Die Hauptfunktion der Zensurmaßnahmen der Alliierten war nach dem Kriegsende die Bekämpfung nationalsozialistischer Ideologien sowie das Unternehmen einer „Re-education“, einer Umerziehung.

Jedoch wurde die Vernichtung des nationalsozialistischen Gedankenguts immer mehr marginalisiert.

„Je mehr der Kalte Krieg zugespitzt wurde, sich die Interessenskoalition der Alliierten als brüchig erwies und die Westzonen in den Westblock integriert wurden, umso deutlicher wurde die Zensur zum Mittel des Antikommunismus. (...) Aus der einst intendierten antifaschistischen Umerziehung war die interessensgeleitete ideologische Umorientierung zum erwünschten Proamerikanismus und Antikommunismus geworden, ohne daß die Form der Meinungsbildung demokratisiert worden wäre!“²⁴⁰

Elfriede Sieder merkt in ihrer Analyse an, dass diese Umstände nicht nur Westdeutschland sondern auch Österreich vorherrschten – im Besonderen die westlichen Alliierten betreffend.²⁴¹

Die Führung und Kontrolle der Presse in Österreich wurde am 30. Juni 1947 schlussendlich der österreichischen Bundesregierung anvertraut. Doch gab es danach oft Einsprüche der Alliierten im Pressebereich.

Die Pressekontrolle durch die Alliierten wurde mit der Zeit sowie mit dem sich zuspitzenden Kalten Krieg nicht mehr geordnet vollzogen, sondern vielmehr diffus durchgeführt, dadurch hatte sie sich selbst ihrer Macht beraubt.²⁴²

5.2 Folgen der Entnazifizierung für Presse und Pressewesen

²³⁹ Vgl. Rathkolb 2004, 35 f.

²⁴⁰ Kienzle, Michael: Logophobie, Zensur und Selbstzensur in der BRD. Ein geschichtlicher Abriß. In: Kienzle, Michael/ Mende, Dirk (Hg.) (1980): Zensur in der Bundesrepublik. Hanser, München/ Wien. S. 14 - 50. Hier S. 17 f.

²⁴¹ vgl. Sieder, 53.

²⁴² Vgl. ebd., 90 f.

Für minderbelastete und belastete Personen gab es unterschiedliche Abstufungen der Sühnfolgen.

Im Nationalsozialistengesetz 1947 wurde verankert, dass belastete Personen kein Dienstverhältnis zum Bund, zu den Ländern oder zu rechtlichen Körperschaften haben durften, auch nicht zu öffentlichen Anstalten, Betrieben oder der Nationalbank. Belastete hatten kein Recht auf Abfertigung, das Wirken an einer Uni als Lehrkörper war untersagt.²⁴³ Sie konnten nicht an einer Gestaltung einer Zeitung, eines Sammelwerkes oder einer Zeitungskorrespondenz mitwirken, sei es durch unregelmäßige oder regelmäßige Beiträge.²⁴⁴

Das Betätigungsverbot war zeitlich nicht fixiert.²⁴⁵ Auch war es ihnen nicht erlaubt, als freischaffender oder darstellender Künstler tätig zu sein.²⁴⁶

Minderbelastete durften sich bis zum 30. April 1950 nicht an der Gestaltung des Inhaltes einer Zeitung mit Ausnahme von Fachzeitschriften, einer Zeitungskorrespondenz oder eines Sammelwerks durch Beiträge beteiligen.²⁴⁷

Mittels der Entnazifizierungsgesetze hatten die Personen, die im NS-Regime als Journalisten gearbeitet hatten und nicht als „belastet“ oder „minderbelastet“ eingestuft wurden (also keine höheren Ämter im Regime innehatten) kein Betätigungsverbot.²⁴⁸

Die Journalistengewerkschaft Österreichs spielte eine wichtige Rolle bei der Entnazifizierung. Bereits im Mai 1945 wurde die Journalistengewerkschaft gegründet, es wurde ein Anmeldebogen für Journalisten erstellt, um eine mögliche NS-Mitgliedschaft herauszufiltern.

Eine organisierte Durchsetzung der Entnazifizierung erfolgte jedoch erst 1946.²⁴⁹

Trotz umfassender Entnazifizierungsmaßnahmen der Journalistengewerkschaft in den Jahren 1946 bis 1949 sowie eines zeitlich beschränkten Berufsverbotes gab es in den

²⁴³ Vgl. BGBl Nr. 25/1947, Punkt 14/§18/b. (Online unter: https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1947_25_0/1947_25_0.pdf 21.10.2014)

²⁴⁴ Vgl. ebd. Punkt 14/§18/h.

²⁴⁵ vgl. Tschögl, 238.

²⁴⁶ Vgl. BGBl 25/1947, Punkt 14/§18/p.

²⁴⁷ Vgl. BGBl 25/1947, Punkt 15/§19/f.

²⁴⁸ Vgl. Hausjell, Friedrich: Die mangelnde Bewältigung des Vergangenen. Zur Entnazifizierung und zum Umgang von Journalistinnen und Journalisten mit der nationalsozialistischen Vergangenheit nach 1945. In: Fabris, Hans Heinz/ Hausjell, Friedrich (Hg.) (1991): Die Vierte Macht. Zu Geschichte und Kultur des Journalismus in Österreich seit 1945. Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik. Band 53. Verlag für Gesellschaftskritik, Wien. S. 29 – 50. Hier S. 31.

²⁴⁹ Vgl. ebd., 30.

Jahren 1945 bis 1947 noch vermehrt Personen mit einer NS-Mitglied- oder Anwärterchaft.²⁵⁰

Journalisten, die in den fünfziger und sechziger Jahren tätig waren, erarbeiteten ein Bild Österreichs mit, in dem die Vergangenheit Österreichs verschwiegen und nicht aufgearbeitet wurde.²⁵¹

Die personellen Verstrickungen zwischen NS-Regime und der Zweiten Republik hatten auch einen inhaltlichen Einfluss auf die Medien. Besonders erkennbar wird dies, wenn man die Reaktionen der Presse auf Entnazifizierungsmaßnahmen/Gesetze und Bestrafungen der „Ehemaligen“ beleuchtet.

In einer Analyse von Herbert Dachs aus 1977, die sich mit Stellungnahmen zur Entnazifizierung in den Salzburger Tageszeitungen befasste, wird deutlich, dass besonders in den „Salzburger Nachrichten“, in der die Mehrheit der Journalisten einen nationalsozialistischen Hintergrund aufwiesen, die NS-Gesetzgebungen am heftigsten kritisierten.²⁵²

Viele der österreichischen Medien leisteten bis in die achtziger Jahre keinen bedeutenden Beitrag zur Geschichtsaufarbeitung in Österreich, vielmehr wurde sich die Opferthese einverleibt, von einer Mitschuld sprach keiner. Der Alliierte Rat, der eine zielstrebige Entnazifizierung durchführen wollte, wurde von den Großparteien als der Sündenbock dargestellt.

5.3 Neonazistische Zeitschriften

Mit dem Ende der Entnazifizierung im Jahre 1949 verstrich nicht allzu viel Zeit, bis wieder neonazistische Blätter erschienen.

Tageszeitungen veröffentlichten die Neonazis nicht, doch verfügten sie über Kontakte zu verschiedenen Redaktionen, die ihnen auch Vorteile verschafften. So zum Beispiel „Die neue Front“ oder „Der Alpenruf“, die sich in den 50ern vorsichtig ausdrückten.

Auch bei den steirischen Wochenzeitungen „Wiener Montag“ und „Wiener Samstag“ (Herausgeber: Wilhelm Kozak; Chefredakteur: Josef Pav), die über 100.000 Stück

²⁵⁰ Vgl. Hausjell, Friedrich (1989): Journalisten gegen Demokratie oder Faschismus. Eine kollektiv-biographische Analyse der beruflichen und politischen Herkunft der österreichischen Tageszeitungsjournalisten am Beginn der Zweiten Republik (1945 – 1947). Lang, Frankfurt/ New York/ Paris. Hier S. 118.

²⁵¹ Vgl. Hausjell 1991, 38.

²⁵² Vgl. Dachs 1977, 231.

Auflagen aufwiesen, fiel auf, dass sie ihre Ideologien unter Fach hielten, damit das Blatt nicht beschlagnahmt wurde.

Eines der wichtigsten Organe der Neonazi-Szene war die „Wegwarte – Kampfblatt für Volkstum und Heimat“, der Herausgeber dieser Gazette war ein ehemaliger Prager Abgeordneter Hans Wagner. Mitarbeiter von Hans Wagner waren unter anderem Konrad Windisch, Fred Borth oder Josef Hiess sowie Hermann Munk. Munk war bis 1960 verantwortlicher Redakteur des Blattes „Europarufs“²⁵³ und möglicherweise auch als Agent des deutschen Bundesnachrichtendienstes tätig.²⁵⁴

Hans Wagner war gebürtiger Tschechoslowake und wurde 1952 zum ersten Obmann der „Österreichischen Sozialen Bewegung“ (ÖSB) gewählt, in der er auch später als Obmannstellvertreter tätig war. Die ÖSB war das Zentrum der internationalen Faschisten.²⁵⁵

Ab 1953 wurde die ÖSB von Wilhelm Landig praktisch geführt, Landig war im NS-Regime Kreishauptstellenleiter der NSDAP.

1948 ging Landig zur VdU, danach schloss er sich Fritz Stüber an und wurde schließlich Obmann der „Demokratisch-nationalen Arbeiterpartei“ (DNAP), zusätzlich hatte er Einfluss in völkischen Korporationen.

Wilhelm Landig war auch Herausgeber der Zeitschrift „Europa-Korrespondenz“, der verantwortliche Redakteur Josef Kavina war illegales Mitglied der NSDAP. Kavina wurde 1954 Kandidat für Stübers „Freiheitlichen Sammlung Österreichs“ (FSÖ) für die Wiener Gemeinderatswahlen.²⁵⁶

Die dreimal jährlich veröffentlichte Wiener Zeitschrift „Kunst ins Volk“ (Herausgeber: Karl Strobl) wurde von der Neonazi-Zeitung „Nation Europa“ aus Coburg als Wortführer im Kampf gegen jegliches „Andersartige“ bezeichnet.²⁵⁷

Der BHI veröffentlichte mehrere Zeitschriften, darunter die Gazette „Der Angriff“, Gustav Etzelt war Herausgeber dieser Kampfschrift des BHI Wiens.

Im April 1959 war Etzelt als Mitglied einer militärischen Untergrundgruppe verhaftet worden, er hatte mit ideologischen Anhängern Maschinengewehre, Flinten,

²⁵³ Vgl. Gatterer Kein Volk II, 90.

²⁵⁴ Vgl. Montalcino, 94.

²⁵⁵ Vgl. Gatterer Kein Volk, 47

²⁵⁶ Vgl. Gatterer Kein Volk, 48.

²⁵⁷ Vgl. Gatterer kein Volk II, 98 f.

Handgeschosse und Munition aus einem österreichischen Militärdepot gestohlen und gebunkert.²⁵⁸

Weitere Publikationen des BHI waren „Nationaler Pressedienst der Jugend – Berichte und Informationen der nationalen Jugend Österreichs“ (Herausgeber: Alfred Hokisz), „Der Kamerad“ (Herausgeber: Bund volkstreuer Jugend Tirols/ Verantwortlicher war Walter Bacher), „Die Grenzmark – Organ für Ostfragen im Dienste der Freiheit Europas“ mit der Beilage „Die Plattform – Völkische Monatsschrift Österreichs für Einigkeit, Recht und Freiheit“ (Herausgeber: Siegfried Stiegl aus Gmunden), die „Trompete“ (Herausgeber: Europäische Einheitsbewegung Österreichs/ Chefredakteur: Karl Essl) und „Der Trommler – Kampfschrift der Nationalen Jugend“.

Der Herausgeber des „Trommlers“, Konrad Windisch, wurde 1932 in Wien geboren und trat 1952 einer nationalen Jugendgruppe in Wien bei. 1955 gründete er dann die „Arbeitsgemeinschaft nationaler Jugendbünde Österreichs“ (ANJÖ) und gab auch ab 1955 die Kampfzeitschrift „Der Trommler – Kampfschrift der nationalen Jugend in Österreich“ heraus.²⁵⁹

Der „Trommler“ war eine Kampfschrift der rechtsextremen Jugendszene, die offen neonazistische Tendenzen hatte.

Windisch wurde mehrere Male wegen der Publikation neonazistischer Werke verhaftet und zu Gefängnisstrafen verurteilt. Auch hatte er Verbindungen zu anderen neonazistischen Zeitschriften wie „MUT“, „Nation Europa“ und „D-8630 Coburg“.²⁶⁰

Trotz der offiziellen Auflösung des ANJÖS wurde „Der Trommler“ weiterhin veröffentlicht.

Diese Zeitungen des BHI verfügten über intensive Verbindungen zueinander und bildeten so ein gut funktionierendes Kommunikationsnetz.

Eine Re-Integration ehemaliger Nationalsozialisten kann man auch an der Veröffentlichung des „Mein DBG-Buch“ (1953 – 1964) beobachten, der Kundenzeitschrift der „Deutschen Buchgemeinschaft Wien“.

²⁵⁸ O.V., o.D.: Austrian Police Strike at Nazi Terror Gang Working in Army In: The Global Jewish News Source. (Online unter: <http://www.jta.org/1959/04/28/archive/austrian-police-strike-at-nazi-terror-gang-working-in-army> 20.1.2015)

²⁵⁹ DÖW-Ordner RE-1180/2/0 – BHI/ANJÖ – Bund Heimattreuer Jugend (ANJÖ), Konrad Windisch.

²⁶⁰ DÖW-Ordner RE-1180/2/0 – BHI/ANJÖ – Bund Heimattreuer Jugend (ANJÖ), Konrad Windisch.

Am repräsentativsten für die Literatur der 1950er Jahre war zweifellos „Wort in der Zeit“ (1955 – 1966), nicht zuletzt weil der Herausgeber Rudolf Henz (ein ehemaliger Austrofaschist) sich genau dieses Ziel gesetzt hatte. Auch in der Nachfolgerzeitschrift „Literatur und Kritik“, sind die Programmatiken fast deckungsgleich.²⁶¹

In Österreich wurden auch viele neonazistische Publikationen aus Deutschland vertrieben wie die „Nation Europa,“ aus Coburg.²⁶²

Doch neonazistische publizistische Tätigkeiten passierten nicht nur durch organisierte Gruppierungen der „Ehemaligen“ im Hintergrund, auch auf parteipolitischer Ebene gab es Druckerzeugnisse in denen Deutschtümelei ausgelebt wurde, eine wichtige Persönlichkeit in dieser Szene war Viktor Reimann.

Reimann kam bereits vor dem Anschluss in den Kontakt mit der NSDAP, durch das Studium der Germanistik und Geschichte an der Universität wurden seine ideologischen Überzeugungen gefestigt, vor allem durch Professoren wie Josef Nadler.²⁶³

Nach dem Anschluss erkannte er jedoch, dass die österreichischen Nationalsozialisten in ihren Rechten eingeschränkt wurden. Er schloss sich einer Oppositionsgruppe innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung unter der Führung des Klosterneuburger Chorherrn Karl Scholz an, dessen Antrag auf Mitgliedschaft bei der NSDAP abgelehnt wurde.

Reimann wurde im Februar 1941 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt, dort konnte er erste Erfahrungen als Journalist bei der Gefängniszeitung machen.²⁶⁴

Nach dem Ende des Krieges bekam er eine sofort eine Anstellung als Kulturredakteur bei den, von den Amerikanern betriebenen, „Salzburger Nachrichten“, da er ja als Opfer des Nationalsozialismus galt. Er wurde auch 1945 stellvertretender Chefredakteur der „Salzburger Nachrichten“.²⁶⁵

Nach „Versöhnung“ mit den ehemaligen Nationalsozialisten lehnte er sich mit den Inhalten seiner Artikel immer mehr an seine ursprünglichen Ideologien an.

²⁶¹ Englerth, Holger/ Gausterer, Tanja/ Kaukoreit, Volker: Österreichs Literaturzeitschriften 1945-1990 im Überblick. Eine Einleitung. In: Literaturzeitschriften 1945-1990. Ein Webportal der Österreichischen Nationalbibliothek. (Online unter: <http://www.onb.ac.at/oe-literaturzeitschriften/Einleitung.pdf> 20.1.2015)

²⁶² Vgl. Gatterer Kein Volk II, 90.

²⁶³ Vgl. Rathkolb, Oliver: Viktor Reimanns Publizistik zwischen 1945 und 1955. In: „Medien & Zeit“ 1989/1. S. 35 – 39. Hier S. 35. Sowie: Biographie von Viktor Reimann (Online unter: http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01653/21.1.2015)

²⁶⁴ Vgl. ebd.

²⁶⁵ Vgl. Benz, Wolfgang (Hg.) (2013): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Gegenwart und Geschichte. Band 6: Publikationen. De Gruyter, Berlin/ Boston. Hier S. 325.

Aufgrund des fortschreitenden Kalten Krieges wurden die deutlichen Verletzungen der alliierten Pressegesetze nicht mehr bestraft.²⁶⁶

Reimann war unter anderem auch Chefredakteur bei der Salzburger Kulturwochenzeitschrift „Die Woge“. Zudem war er auch Mitbegründer des VdU, er lernte Herbert Kraus kurz nach Ende des Krieges kennen.

Nachdem am 25. Februar 1949 die Erstausgabe der Wochenzeitung "Neue Front", das neu entstandene Sprachrohr des VdU, erschien, fungierte Reimann als Chefredakteur für das Blatt.²⁶⁷

Zufällig war es nicht, dass Reimann mit seinen politischen Aktivitäten bei der Gründung des VdU, der sich durchaus als Interessensvertretung ehemaliger Nationalsozialisten sah, an vorderster Front stand.

Kraus rekrutierte Reimann wegen seiner Wortgewalt gegen die Entnazifizierungsmaßnahmen, die er offen kundtat, Kraus wollte ihn politisch nützen und machte ihn zum Pressechef.²⁶⁸

Vage Formulierungen in den neonazistischen Gazetten, die sich in teils verworrenen und teils schwülstigen Satzkonstruktionen finden lassen, zeigen auf, dass man Dinge nur anspielen möchte um etwaiger strafrechtlicher Verfolgung zu entgehen. Die Personen, die diese Zeitschriften konsumierten wussten durchaus, was die Verfasser der Artikel ihnen mitteilen wollten, diese subtile „Deuschtümelei“ kann man nicht als abgeschwächt bezeichnen sondern eher als taktisch „klug“.

6 Empirische Untersuchung

6.1 Methodik

6.1.1 Der Textbegriff

²⁶⁶ Vgl. Rathkolb 1989, 36.

²⁶⁷ Vgl. Weissensteiner, Friedrich (2004): Herbert Kraus, Gründer des VdU. In: Wiener Zeitung.at (Online unter: http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/archiv/?em_cnt=155031&em_cnt_page=2 1.3.2015)

²⁶⁸ Vgl. Reimann, 106.

Bevor der Diskursbegriff näher erläutert wird, soll zunächst auf die Frage eingegangen werden, was ein Text eigentlich ist, da der Begriff „Text“ aus diskursanalytischer Sicht ein recht unscharfer ist.

Siegfried Jäger sieht einen Text als Produkt einer Sprechfähigkeit, das dazu generiert wurde, Gedanken zu versprachlichen um sie für andere Personen begreifbar zu machen.²⁶⁹ Hier führt Jäger die Tätigkeitstheorie von A.N. Leontjew an, die er aber als zu satzebenen-bezogen kritisiert. Jäger sieht die Notwendigkeit einer Integration von Bedeutungsebenen – also Inhalten.²⁷⁰ Auch werden Texte nicht als individuelle Gebilde begriffen, sondern auch sozial und historisch gebunden, sie enthalten also Elemente eines „sozio-historischen“²⁷¹ Diskurses, der über dem Individuum steht. Diese Elemente werden von Jäger als Diskursfragmente bezeichnet. Diskursfragmente sind Bestandteile von Diskurssträngen, die als eine Aneinanderreihung von Diskursfragmenten mit gleichem Gegenstand zu beschreiben sind.

Jene Diskursstränge bewegen sich auf unterschiedlichen Diskursebenen, die als Punkt bzw. Ort, von denen aus geredet wird (z.B.: Politik, Wissenschaft, Alltag, Medien), bezeichnet werden und gemein gesehen als Gesamtdiskurs einer Gesellschaft gesehen werden können. Diskurse sind auch Ausgangspositionen für den weiteren Ablauf gesellschaftlicher Diskurse.²⁷²

Ein Text besteht also aus Diskurselementen und ist ein Produkt menschlichen Handelns.

Siegfried Jäger sieht einen Text als:

- Ein sprachlich formuliertes Resultat eines verflochtenen individuellen Handelns bzw. eines komplexen, individuellen Denkprozesses.
- Der Nutzen dieses Textes ist die Überlieferung an andere Personen oder an die eigene Person.
- Die Prämissen für die Herstellung des Textes ist die Notwendigkeit von Wissen, das durch einen Lernprozess, ausgelöst durch das Existieren in gesellschaftlichen Diskursen, generiert wurde.
- Diese wissenden Personen folgen in spezifischen Situationen gewissen Bedürfnissen

²⁶⁹ Vgl. Jäger, Siegfried (2004): Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. Band 3. 4. Auflage. Unrast-Verlag, Münster. Hier S. 113.

²⁷⁰ Vgl. ebd.

²⁷¹ Jäger 2004, 117.

²⁷² Vgl. ebd.

- und verfügen über ein Motiv,
- dadurch wird das Wissen mit einer „Wirkung(s-Absicht)“²⁷³ weitergesponnen.
- Dies geschieht „unter Beachtung der Rezeptionsbedingungen durch andere“.²⁷⁴
- Zudem werden gewisse sprachlich-gedankliche Mittel (Grammatik, Syntax, Pragmatik, Wortschatz) benützt, die für das Generieren verbundener sprachlich-gedanklicher Handlungsabläufe bzw. Themen benötigt werden und schriftliche sowie mündliche Texte als Endprodukt erzeugen.²⁷⁵

Texte können rationell erstellt worden sein, sie können einer sprachlichen Regelmäßigkeit entsprechen, auch verschiedene Themen bearbeiten, strukturiert sein oder ungegliedert. Ein Text ist immer das Ergebnis einer „erfolgreichen“ Handlung, aber er muss nicht immer eingängig oder gelungen sein um als Text charakterisiert zu werden.²⁷⁶

Die Analyse und Interpretation eines Textes, mit dem Ziel ihn in seiner Wirkung zu erfassen, und seine „ (...) damit verbundenen mehr oder minder eigennützigen Interessen einschätzen zu können, ihn als Bestandteil(e) eines gesellschaftlichen und historisch verankerten Gesamtdiskurs und oder eines oder mehrerer Diskursstränge begreifen zu können, erfordert es, ihn als ganzen in diesem vorerst noch grob skizzierten Zusammenhang zu sehen.“²⁷⁷

Dadurch formt sich die Textanalyse zu einer Diskursanalyse. Eine linguistische Analyse des Textmaterials ist eine existenzielle Komponente der Diskursanalyse, wichtig hierbei ist, den Text als Bestandteil von Diskursen zu verstehen.²⁷⁸

6.1.2 Diskurstheorie

Das Diskursverständnis ist nicht einheitlich, es bestehen unterschiedliche Definitionen.

²⁷³ Jäger 2004, 118.

²⁷⁴ Ebd.

²⁷⁵ Gesamte Aufzählung vgl. Jäger 2004, 118.

²⁷⁶ Vgl. ebd., 119.

²⁷⁷ Ebd.

²⁷⁸ Vgl. ebd.

Der französische Philosoph Michel Foucault (1926 – 1984) wurde mit seiner Konzeption des Diskursbegriffes populär, die er in den Werken *L'Archéologie du savoir* (1969) und *L'ordre du discours* (1970) publizierte.²⁷⁹

Viele Wissenschaftler wie Jürgen Link oder Norman Fairclough greifen auf die Foucaultsche Definition zurück. Der Diskursbegriff hat auch bei Foucault eine breitgefächerte Bedeutung.

In seinem Werk „*L'Archéologie du savoir*“ (Archäologie des Wissens) bezeichnet Foucault den Diskurs als eine Anhäufung von Aussagen, „(...) die in einem gleichen Formationssystem zusammengehören.“²⁸⁰

Foucault sieht die Notwendigkeit, den Diskurs nicht als eine Anzahl von Zeichen oder als reines Textstück zu begreifen sondern vielmehr als ein Konglomerat an Aussagen, welche als „(...) Gesamtheit der Aussagen, die das Subjekt der Diskurse (ihr eigenes Subjekt) zum ‚Objekt‘ gewählt haben (...).“²⁸¹

Nach dieser Annahme kann man den Diskurs als etwas sehen, was etwas anderes generiert und nicht als etwas, das isoliert und ungebunden vorhanden ist.²⁸²

6.1.3 Diskursanalyse

Die Diskursanalyse stellt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit und kann auch nicht als linguistisches Analysewerkzeug gesehen werden, obwohl sie unter anderem auch auf linguistische Instrumentarien greift.

Man kann die Methode als ein Analyseverfahren sehen, das auf einer Theorie, der Diskurstheorie Foucaults, aufgebaut ist bzw. sich an dieser ausrichtet.²⁸³

Bei der Diskursanalyse wird davon ausgegangen, dass jegliches sprachliche Ereignis aus realen Abläufen entspringt und diese sprachlichen Ereignisse sich auf diese realen Abläufe auswirken.²⁸⁴

²⁷⁹ Vgl. Keller, Reiner (2007): *Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen*. 3. Auflage. VS-Verlag, Wiesbaden. Hier S. 42.

²⁸⁰ Foucault, Michel (1981): *Archäologie des Wissens*. Suhrkamp, Frankfurt. Hier S.156.

²⁸¹ ebd. 46.

²⁸² Vgl. Mills, Sara (2007): *Der Diskurs*. A. Francke Verlag, Tübingen/ Basel. Hier S. 19.

²⁸³ Vgl. Jäger 2004, 158.

²⁸⁴ Vgl. Jäger, Siegfried (1992): *BrandSätze. Rassismus im Alltag*. 2. Auflage. Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung, Duisburg. Hier S. 19 f.

Der Diskurs, also der mündliche und schriftliche Gebrauch der Sprache, wird als eine Form des sozialen Handelns gesehen. Die Diskursanalyse stützt nicht andere sozialwissenschaftliche Instrumente, sondern verwächst mit ihnen transdisziplinär.²⁸⁵

Zudem bringt die Diskursanalyse Fragen an, die für andere Wissenschaften, auch die Linguistik, dienlich sein können.

Es soll nun die Methodik der Diskursanalyse nach Jäger mit ihren einzelnen Analyseschritten näher erläutert werden.

Diskursstruktur

Mit der üppigen Präsenz von Diskursen und ihrer Komplexität bedarf es Begrifflichkeiten um die Struktur von Diskursen erfassbar zu machen:

Spezialdiskurs und Interdiskurs

Bei der Diskursanalyse unterscheidet man zwischen Spezialdiskursen (zum Beispiel in der Wissenschaft) und dem Interdiskurs, wobei hier die Interdiskurstheorie von Jürgen Link zu erwähnen ist. Link führt hier die Verwendung von Kollektivsymbolen als "kulturelle Stereotypen" (auch *topoi* genannt) an. Diese bilden ein Regelwerk, das sich in allen Diskursen wiederfindet und Menschen dabei hilft, die gesellschaftliche Wirklichkeit zu verbildlichen.²⁸⁶

Mithilfe dieses Zusammenhangs, der durch die Kollektivsymbole generiert wird, ist es möglich, Widersprüche zwischen Aussagen und Erfahrungen zu mindern und somit in das System einzugliedern.

Der gesellschaftliche Diskurs wird von einem synchronen System kollektiver Symbole zusammengefasst, Link bezeichnet dieses System kurz als "Sisykoll". Dieses System prägt die Mitglieder der Gesellschaft und ihre Ansichten der Realität. Ohne das Wirken kollektiver Symbole können mediale oder politische Einflussnahmen nicht untersucht

²⁸⁵ Vgl. Jäger 2004, 158.

²⁸⁶ Vgl. Drews, Axel/Gerhard, Ute/Link, Jürgen: Kollektivsymbole. Eine diskurstheoretisch orientierte Einführung mit Auswahlbibliographie (Teil I) In: „Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur“ (IASL) 1985/1 Sonderheft: Forschungsreferate. Tübingen. S. 265 - 375. Hier S. 265.

werden.²⁸⁷

Die Systeme kollektiver Symbolik sind keine genuinen Bilder und weisen auch keinen anthropologischen Ursprung auf. Sie wandeln sich mit der Zeit und sind von Kultur zu Kultur verschieden.²⁸⁸ Das „Ssyskoll“ und Kultur sind eng miteinander verbunden, das System der Kollektivsymbolik ist ein wichtiges Element des Interdiskurses.²⁸⁹

Diskursfragmente

Wie bereits oben erwähnt ist ein Diskursfragment als Text oder als Bestandteil eines Texts zu sehen, der eine gewisse Thematik behandelt. Unter einem Thema versteht Jäger den zentralen Kern einer Aussage.²⁹⁰

Diskursstränge

Diskursstränge beinhalten Diskursfragmente, die ein gleiches Thema behandeln. Der Diskursstrang beinhaltet zwei Dimensionen, die synchrone und die diachrone Dimension. Bei einem synchronen Schnitt weist der Diskursstrang ein bestimmtes qualitatives (und begrenztes) Spektrum auf. Hier kann erforscht werden, was zu einem momentanen oder vergangenen Zeitpunkt gesagt wurde, gesagt wird, „sagbar“ war oder ist.²⁹¹ Jeder Diskursstrang hat bei einem synchronen Schnitt, so Jäger, auch eine diachron-historische Dimension²⁹² da der Diskurs in sich entstanden ist.

Diskursstränge sind, historisch gesehen, Reihenfolgen von thematisch identen Diskursfragmenten.²⁹³ Die Verschränkungen von Diskurssträngen ergeben den gesamtgesellschaftlichen Diskurs.²⁹⁴

Diskursebenen

Diskursstränge können sich auf unterschiedlichen diskursiven Ebenen wie Politik, Alltag, Medien, Wissenschaften usw. manifestieren.

²⁸⁷ Vgl. Jäger, Siegfried (1999): Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. 2. Auflage. Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung, Duisburg. Hier S. 134.

²⁸⁸ Vgl. ebd.

²⁸⁹ Vgl. Link, Jürgen: Kollektivsymbolik und Mediendiskurse. In: „kulturRRevolution“ 1982/1. S. 6 - 21. Hier S. 11.

²⁹⁰ Vgl. Jäger 1999, 159.

²⁹¹ vgl. Jäger 2004, 160

²⁹² vgl. Jäger 2001, 105.

²⁹³ Vgl. Jäger 2004, 160.

²⁹⁴ Vgl. ebd., 166.

Jäger beschreibt die Diskursebenen als „soziale Orte“²⁹⁵ und betont die Wirkungen der einzelnen Diskursebenen aufeinander, den Nutzen untereinander und die starke Verflechtung miteinander.

Diskurspositionen

Eine Diskursposition kann ein beliebiger Standpunkt einer Person oder eines Mediums sein. Margret Jäger definiert die Diskursposition als einen Ort, ausgehend von ihm passiert die Teilnahme am Diskurs. Jeder Mensch durchlebt verschiedene Diskurse und ist in sie verstrickt, im Zuge dessen formt er dadurch immer wieder gewisse ideologische Standpunkte – die Diskursposition resultiert daraus.²⁹⁶ Diskurspositionen werden durch die Diskursanalyse ermittelt.

Der gesamtgesellschaftliche Diskurs

Diskursstränge erzeugen in einer Gesellschaft den gesamtgesellschaftlichen Diskurs, der ein Gemenge aus unterschiedlichen miteinander verflochtenen Diskurssträngen aufweist. Die Diskursanalyse hat eine Entwirrung dieses Sammelsuriums zum Ziel, zunächst ist jedoch die Herausarbeitung der einzelnen Diskursstränge nötig. Weiters ist es von Notwendigkeit, die Beziehung einzelner diskursiver Ebenen eines Diskursstranges zu beleuchten.²⁹⁷

Ein Text kann unterschiedliche Diskursfragmente aufweisen, sie sind in der Regel miteinander verflochten. Eine solche „Diskursverschränkung“²⁹⁸ ergibt sich dann, wenn ein Text verschiedene Themen aufweist.

Margret Jäger betont die Wichtigkeit der Betrachtung von Diskurssträngen als Element des gesamtgesellschaftlichen Diskurses heraus, eine rein isolierte Untersuchung sollte nicht erfolgen. Ein Individuum ist immer in Diskurse verflochten, eine Aussage ist demnach nie eine rein individuelle sondern auch soziale.²⁹⁹

6.2 Die Analyseschritte

²⁹⁵ Ebd., 163.

²⁹⁶ Vgl. Jäger, Margret/ Jäger, Siegfried (Hg.) (1996): Baustellen. Beiträge zur Diskursgeschichte deutscher Gegenwart. Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung, Duisburg. Hier S. 47.

²⁹⁷ Vgl. Jäger 2004, 166.

²⁹⁸ Ebd.

²⁹⁹ Vgl. Jäger 1992, 24.

Siegfried Jäger beschreibt fünf Analyseschritte, anhand derer das Diskursfragment untersucht werden soll, wobei die angeführte Reihenfolge nicht beibehalten werden muss.³⁰⁰

1. Institutioneller Rahmen: Ein Diskursfragment weist immer einem institutionellen Bezugsrahmen auf. Das impliziert das Medium, den Autor selbst, Vorkommnisse oder Anlässe für den Artikel.
2. Text-Oberfläche: Hier wird die graphische Gestaltung näher betrachtet, wie etwaige Fotos, der Einsatz von Graphiken, auffällige Über- oder Unterschriften usw.
3. Sprachlich-rhetorische Mittel: Eine Analyse der sprachlich-rhetorischen Mittel beinhaltet die Untersuchung von Logik, möglichen Anspielungen, Wortspiele, Stil, das Verwenden von Kollektivsymbolik, bestimmte Argumentationstaktik usw.
4. Inhaltlich-ideologische Aussagen: In diesem, für diese Arbeit besonders wichtigen Punkt, werden die Ideologien der Artikel gefiltert, also die Vorstellungen, die der Verfasser von der Volksgemeinschaft hat oder beispielsweise sein Demokratieverständnis.
5. Interpretation: Nach der Durchführung der ersten vier Schritte ist nun eine Analyse und Interpretation des Diskursfragments möglich, hier werden die unterschiedlichen Ergebnisse miteinander verknüpft.³⁰¹

Die einzelnen Analyseschritte werden nun im Detail erörtert.

1. Institutioneller Rahmen

Da sich jedes Diskursfragment in einem institutionellen Kontext befindet, muss zunächst die Zeitschrift charakterisiert werden. Hier werden Fragen aufgeworfen wie: „An wen wendet sich dieses Blatt?“ oder „Wie ist die Aufmachung der Zeitschrift?“ Hier ist auch die Angabe von Seitenumfang oder etwa Papierqualität bedeutend.

Die Angabe von Zusatzpublikationen wie Beilagen oder Sonderausgaben wird hier auch miteingebunden sowie etwaige Leitartikel. Auch die Platzierung des zu analysierenden Artikels ist von Bedeutung, sowie die Ermittlung der Textsorte (Nachricht, Kommentar,

³⁰⁰ Vgl. Jäger 2004, 174.

³⁰¹ Gesamte Aufzählung vgl. Jäger 2004, 175.

Bericht, Interview.)³⁰² Auch auf die mögliche Wirkungsabsicht von den Artikeln soll eingegangen werden.

Ein Untersuchungsaspekt ist das Erwähnen von historischen Ereignissen in den Artikeln, auch der Verfasser des Artikels (Lebenslauf, Auszeichnungen, Veröffentlichungen) wird analysiert und auch seine allgemeine Diskursposition.³⁰³

Auch das Wirken anderer Autoren ist von Wichtigkeit und ob bzw. inwiefern sie die Blattlinie der Zeitschrift bestimmen.

Weiters soll auch die Redaktion des Blattes geschildert, auf ihre Entstehung und ihre Herkunft eingegangen werden. Etwaige Abspaltungen in zugehörigen Organisationen oder auch die Verbindung zu anderen Gruppierungen oder Parteien gehören in die Analyse eingebaut.³⁰⁴

2. Text – Oberfläche

In dieser Analyseebene soll eine Zusammenfassung des Textinhalts erstellt werden, dazu schlägt Jäger vor, Zeilen (inklusive Überschrift) durchzunummerieren und Absätze zu kennzeichnen. Den einzelnen Abschnitten sollen Überschriften zugeteilt werden, die die Abschnitte kurz umreißen.

Durch die Inhaltsangabe soll das Vorhaben, die Motivation des Textautors ermittelt werden. Hier ist jedoch anzumerken, dass damit nicht die Intention des Verfassers im Blickfeld steht sondern vielmehr die Verbindung zum Einfluss des Diskurses, wobei es zu deren Erforschung zusätzlich noch viele Hinweise aus anderen Diskursfragmenten bedarf.

Auch ist die Verknüpfung mit weiteren Diskurssträngen notwendig, sowie auch das Einbeziehen nicht nur von Haupt-, sondern auch von Unter-Themen, die sich herauskristallisiert haben.

Die graphische Gestaltung des zu untersuchenden Texts, sein Layout, Anordnungen, Hervorhebungen und die Verwendung von Graphiken und Fotos (sowie deren Bedeutung für den Text) sind hier ebenso Untersuchungsgegenstand. Weiters ist auch das Verwenden von Kollektivsymbolen in etwaigen Graphiken und Fotos forschungsrelevant.³⁰⁵

³⁰² Vgl. ebd., 176.

³⁰³ Vgl. Jäger 2004, 177.

³⁰⁴ Vgl. ebd.

³⁰⁵ Vgl. Jäger 2004, 118 f.

3. Sprachlich-rhetorische Mittel

Hier liegt das Hauptaugenmerk auf Beginn und Ende von Gesamttexten sowie auf Übergängen bei Textstellen.

Auch auf die Gliederung des Gesamttextes soll eingegangen werden und auf die Frage, ob gewisse Bausteine des Textes ein bestimmtes Ziel des Autors beinhalten. Ruft der Aufbau des Textes vertraute Formen in Erinnerung wie bestimmte literarische Textsorten wie Dramen, Märchen oder Sagen? Dies könnte ein Hinweis auf mögliche Wirkungsabsichten des Autors sein.

Das Vorkommen von etwaigen Kollektivsymbolen im Text und deren Funktion, das Verwenden von Metaphern oder Wortspielen, die auf Vorwissen beruhen (wie Vergleiche mit Heldensagen, Märchen usw.) sind hier relevant.³⁰⁶

Hinweise auf soziale Gruppierungen, die vom Autor angesprochen werden, bilden einen wichtigen Punkt. Auch mögliches Vermeiden von bestimmten (nachweislich richtigen) Informationen im Text soll erörtert werden sowie das Verwenden von milieubedingter Umgangssprache – hier können auch Vermutungen angestellt werden, ob der Autor durch das Verwenden eines bestimmten Slangs eine gewisse Zielgruppe damit ansprechen möchte oder sie möglicherweise damit aufziehen will.

Durch das Rezipieren von gewissen sprachlichen Elementen, die mit einem bestimmten Vorwissen gekoppelt sind, bekommen diese Bausteine eine „Fährenfunktion“.³⁰⁷

Es nisten sich also gewisse Inhalte bei den Rezipienten ein, durch die Fährenfunktion können sich auch andere Inhalte, die an die sprachlichen Elemente gebunden sind, in dem Bewusstsein festsetzen.

Dieser Effekt kann bei dem Leser eine Entfaltung einer bestimmten Diskursposition herbeiführen. Auch die Häufigkeit des Verwendens von Kollektivsymbolen oder „Fähren“ kann einen Einfluss auf die Verstärkung des Inhaltes bei dem Rezipienten haben.³⁰⁸

Argumentationsstrategien bilden einen großen Bereich auf dieser Untersuchungsebene, auch Objektivierungen oder nicht zulässige thematische Sprünge werden hier analysiert. Auch auf auffallende Besonderheiten wie beispielsweise direkte Rede oder

³⁰⁶ Vgl. ebd., 179 f.

³⁰⁷ Jäger 2004, 181.

³⁰⁸ Vgl. ebd., 181 f.

Akzentuierungen soll Acht gegeben werden.³⁰⁹

4. Inhaltlich-Ideologische Aussagen

In jedem Artikel oder Diskursfragment kann man Anzeichen auf bestimmte ideologische Einstellungen im Bezug auf das Gesellschaftsbild, Normen und Werte, Ansichten bei Technologieentwicklung oder politische Gegebenheiten erkennen.³¹⁰ Ein prägnantes Beispiel hierbei ist der Biologismus als faschistische Ideologie.

5. Interpretation

In den vorherigen vier Untersuchungsschritten wurden Fakten zusammengetragen, die nun zur eigentlichen Diskursanalyse des Diskursfragments verwendet und in Beziehung zueinander gestellt werden.

Auch zu beachten ist, dass das untersuchte Diskursfragment immer als Teil eines Diskurses ist. Das analysierte Diskursfragment ist hier als Stichprobe zu sehen, dem der Rezipient immer wieder ausgesetzt ist. Es ist notwendig, mehrere Texte gleichzeitig zu untersuchen, um den Diskursstrang, dem das Diskursfragment angehört, gänzlich erfassen zu können.³¹¹

Jäger führt hier „Grundfragen“³¹² an, anhand derer das Untersuchungsmaterial beleuchtet werden soll. Welche Botschaft wird in dem Text an die Leser übermittelt? Welche Zielgruppe wird angesprochen?

Auch ist der Bezugsrahmen, den das einzelne Diskursfragment aufweist, von Wichtigkeit. Hier könnte die Frage nach vorherrschenden Diskursen (gesellschaftlich, politisch usw.) im Diskursfragment gestellt werden oder, ob und welche gesellschaftlichen Bedingungen im Diskursfragment Einzug finden.³¹³

Auswahl der Artikel

³⁰⁹ vgl. ebd., 183 f.

³¹⁰ vgl. ebd., 184.

³¹¹ Vgl. ebd.

³¹² Jäger 2004, 185.

³¹³ Vgl. ebd.

Bei der Untersuchung ist es von Wichtigkeit, einen diskursiven Rahmen, in dem das Thema behandelt wird, zu beachten und ihn miteinzubauen. Das impliziert Vorkommnisse, die das Thema in einer Art beeinflussen und sie somit zu „diskursiven Ereignissen“ machen. Durch diskursive Ereignisse kann die Strukturierung eines Diskursstranges erfolgen.³¹⁴

Bei der Materialsammlung zum Thema (auf verschiedenen oder einer Diskursebene) sollen die Artikel in zeitlicher Reihenfolge gegliedert und gelesen sowie mit kurzen Stichworten erfasst werden. Diese Notizen bilden die Diskursfragmente des Themas oder der Themen. Bei der Voranalyse der Artikel werden bestimmte Merkmale wie Verfasser, Kollektivsymbole, oder die Verwendung von Bildern untersucht.

Danach wird der gänzliche Diskursstrang (beispielsweise einer Zeitschrift) genau inhaltlich verortet und abgehandelt, also in seinen Grundelementen dargelegt – somit ergibt sich die Strukturanalyse.³¹⁵

Durch die Strukturanalyse zeigt sich, welche formalen, inhaltsspezifischen und ideologischen Charakteristiken sich in den Zeitschriften manifestieren. Somit kann darauf geschlossen werden, welche Diskursfragmente wesenshaft sein könnten.

Jäger nennt folgende Kriterien für die Auswahl kennzeichnender Artikel:

- Eine Diskursposition der Zeitschrift, die schon möglicherweise geläufig ist, und die man durch die Wahl der behandelten Themen oder jene Verschriftlichung erkennen kann.
- Ein Themenschwerpunkt des Diskursstrangs in der Zeitschrift
- Eine ungefähre Bemessung von „Unter-Unterthemen“³¹⁶, die sich durch die Strukturanalyse generieren lassen
- Die Verstrickung mit anderen Diskurssträngen
- Die Stilart der Berichterstattung (etwa demagogisch, aufbausend usw.)
- Formale Merkmale der Berichte wie verwendete Kollektivsymbole, beliebte Textsorten, Strategien bei Rechtfertigungen und Argumentationen.

³¹⁴ Vgl. Jäger 2004, 190.

³¹⁵ Vgl. ebd., 191.

³¹⁶ Jäger 2004, 193.

- Eine mengenmäßige Einschätzung³¹⁷

Um eine Gesamtinterpretation eines Diskursstranges zu generieren, werden alle zusammengetragenen Daten miteinander in Verbindung gesetzt, wobei – wie erwähnt – das Berücksichtigen des diskursiven Kontexts hier von großer Wichtigkeit ist. Danach kann eine Gesamtbewertung über den Diskursstrang in der untersuchten Zeitschrift gemacht werden.³¹⁸

6.3 Aspekte und Probleme der Diskursanalyse als Untersuchungsmethode

Die Diskursanalyse stellt kein einheitliches Untersuchungsinstrument dar und kann sich keinem genauen Methodenapparat bedienen.³¹⁹

Eine methodische Herangehensweise durch die Diskursanalyse birgt bei Betrachtung des Gegenstandes einige Aspekte, die man beachten sollte.

Die Diskursanalyse beleuchtet Deutungen politischer und sozialer Handlungszusammenhänge sowie deren Verbindung zu Ereignissen, sie „(...) rekonstruiert, wie diese Deutungen als mehr oder weniger kollektiv verbindliche Deutungen institutionalisiert und damit als legitime Deutungen festgeschrieben werden.“³²⁰

Hier sind weniger die Bedeutungen der einzelnen Diskursbeiträge primär, sondern vielmehr die Verbindungen zu den Trägern der diskursiven Beiträge. Somit sind diskursive Konstellationen vorrangig, die die Diskursanalyse untersucht, die Darstellung dieser Konstruktionen erfolgt nicht mittels einer quantitativen Auswertung sondern einer qualitativen.

Das Problem der Methodik liegt darin, dass man öffentliche Auseinandersetzungen

³¹⁷ Gesamte Aufzählung vgl. ebd.

³¹⁸ Vgl. Jäger 2004, 194.

³¹⁹ Vgl. Schwab-Trapp, Michael: Methodische Aspekte der Diskursanalyse. Probleme der Analyse diskursiver Auseinandersetzungen am Beispiel der deutschen Diskussion über den Kosovokrieg. In: Keller, Reiner/ Hierseland, Andreas/ Schneider, Werner/ Viehöver, Willy (Hg.) (2004): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 2: Forschungspraxis. 2. Auflage, VS-Verlag, Wiesbaden. S. 169 – 195. Hier S. 169.

³²⁰ Vgl. ebd., 170.

untersucht, in denen von vielen Akteuren eine große Anzahl an Diskursen produziert werden und man anhand einer diskursanalytischen Untersuchung legitimen Deutungen aus den diskursiven Konstellationen erörtern möchte, jedoch durch das qualitative Analyseverfahren nur eine beschränkte Anzahl an Datenmengen bearbeitbar ist.³²¹

Eine „exemplarische“ Analyse, also eine auf wenigen Diskursbeiträgen basierende Untersuchung, da sich erst durch die Verbindungen sämtlicher Beiträge der Diskurs erstellt und die Diskursanalyse auf die Erhebung dieser „diskursiven Formationen“ aus ist.³²²

Wichtig ist hier vor allem, dass eine interpretative Analyse passieren muss, bei der man Verbindungen zwischen den einzelnen Diskursbeiträgen knüpft und man den Text nicht als Ganzes betrachtet und ihm eine Bedeutung beimisst, sondern vor allem die Diskursbeiträge untereinander analysiert und die Beziehungen zu anderen Diskursen wahrnimmt.³²³

6.4 Untersuchungsdesign

Es soll, wie schon in der Beschreibung der Methodik vermerkt werden, dass die Diskursanalyse nach Jäger keine einheitliche methodische Vorgehensweise angibt, somit wird diese für die vorliegende Forschungsarbeit analysebedingt modelliert, mit Anlehnung an den Leitfaden Jägers.

Die Darstellung des institutionellen Rahmens der Zeitschriften sowie deren Gestaltung, erfolgt anhand von Portraits der „Aula“ und des „Eckartboten“. Die Gewinnung der dazu notwendigen Daten erfolgte in erster Linie durch generelle Sichtung der Zeitschriften sowie einer gründlichen Literaturrecherche.

Für die Untersuchung des inhaltlich-ideologischen Rahmens wurden alle Ausgaben der „Aula“ und des „Eckartboten“ von 1952 bzw. 1953 bis 1955 zunächst grob anhand fünf forschungsleitender Fragen gefiltert und einzelne Artikel ausgewählt, um prägnante Diskursfragmente zu ermitteln. Danach wurden übergeordnete Diskursstränge erstellt, denen die einzelnen Diskursfragmente zugeordnet wurden. Diese Diskursstränge werden schlussendlich zu einem Diskurs zusammengefasst und dargestellt, anhand der Diskurse erfolgt die Beantwortung der forschungsleitenden Fragen.

³²¹ Vgl. ebd., 171 f.

³²² vgl. ebd., 171.

³²³ Vgl. ebd.

Die sprachlich-rhetorischen Mittel finden in dieser Analyse keine nähere Bearbeitung, da das Hauptaugenmerk auf den ideologischen Positionen der Artikelverfasser liegt.

Die Erörterung der Ergebnisse wird aufgeteilt auf beide Zeitschriften, ein Vergleich wird in der anschließenden Interpretation gezogen um etwaige Gemeinsamkeiten und Unterschiede aufzuzeigen.

Es wurde der Versuch angestellt, aufgrund der großen Menge an einzelnen untersuchungsrelevanten Diskursfragmenten, die Unüberschaubarkeit zu vermeiden und möglichst prägnante Diskursfragmente den Diskurssträngen zuzuordnen.

Zudem wurden bei der Analyse der Artikel nicht nur direkte Zitate aus den Quellen übernommen sondern auch mit eigenen Bemerkungen versehen, um auch den gesamten Kontext des Artikels zusammenzufassen.

6.4.1 Forschungsleitende Fragen

Folgende forschungsleitende Fragen wurden generiert:

1. Gab es Inhalte in den Gazetten, die der Demokratie dienlich waren (auch im Hinblick auf den Staatsvertrag)?
2. Kann man eine Zensur in den Artikeln erkennen bzw. wurden „Tarnmechanismen“ in den Artikeln verwendet (Angst vor etwaigen persönlichen Nachteilen für Autor, Angst vor Zensur)?
3. Welche Inhalte in den Zeitschriften sprechen als Argumente für das „Gute“ des Krieges und des Nationalsozialismus? Lassen sich demagogische Redewendungen oder Hetzparolen (kriegsverherrlichend, holocaust-leugnend, propagandistisch) in den Artikeln erkennen?
4. Wurde in den Artikeln eine „unfaire Behandlung“ der ehemaligen Nationalsozialisten erwähnt, mit besonderem Bezug auf die Entnazifizierungsmaßnahmen?

5. Welche Nachwirkungen des Weltkrieges bzw. Umstände in der Nachkriegszeit werden in den Artikeln erwähnt (z.B.: Hungersnöte, Obdachlosigkeit, Besatzung, Ost-West-Konflikt)?

6.5 Die Zeitschriften

6.5.1 „Die Aula“

6.5.1.1 Portrait

„Der freiheitliche Akademiker - Mitteilungsblatt des Akademikerverbandes Österreichs Landesgruppe Steiermark und Kärnten“, das Vorgängerblatt der „Aula“, erschien zum ersten Mal im Oktober 1951.

Finanziellen Rückhalt bekam die Zeitschrift von Grazer Apotheken, Baufirmen oder Gasthäusern, die im Blatt inserierten.³²⁴

Nach einem Jahr änderte man den Titel zu „Die Aula – Monatszeitschrift Österreichischer Akademikerverbände“, Eigentümer und Herausgeber dieser Gazette war der „Freiheitliche Akademikerverband Österreichs, Landesverband Steiermark und Kärnten“. Gründer der „Aula“ war Josef Papesch, die Position des verantwortlichen Schriftleiters nahmen kurzzeitig die Korporierten Max Kortschak und Josef Dorn ein.

Karl Heinz Marauschek war geschäftsführender Obmann des „Freiheitlichen Akademikerverbandes Steiermark“ (FAV-St.) sowie der Sozial- und Wirtschaftsreferent des Verbandes.³²⁵

In der ersten Ausgabe des „Freiheitlichen Akademikers“ wurde die Blattlinie von Landesgruppenleiter Karl Heinz Marauschek erörtert:

„Mit wenigen Ausnahmen, die man an den Fingern abzählen kann, vernebeln das Gros der Zeitungen, Zeitschriften, Hefte und Magazine die Hirne der Menschen und trüben ihren klaren Blick. Sie stacheln die niedrigen Instinkte wie Neid und Haß auf, hetzen den

³²⁴ Vgl. Höller.

³²⁵ Vgl. Österreichischer Hochschulführer (1960) Aula-Verlag, Graz. Hier S. 210.

*einen gegen den anderen. Wüste Beschimpfungen und Ehrabschneidungen sind an der Tagesordnung; mit wahrer Wollust wühlt eine Asphaltpresse in Korruptionsangelegenheiten, Familienaffären und perversen Verbrechen.*³²⁶

Der „Freiheitliche Akademiker“ distanzieren sich von dieser Art von Presse und will Werte und Normen hervorheben, die aus einem umsorgenden Elternhaus und aus Traditionen entsprungen sind.

Traditionsverbundenheit wird hier besonders hervorgehoben, sowie die Liebe zum Vaterland. Das Blatt will akademische Personen ansprechen, der Leserkreis schließt Fachleute wie Lehrer, Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure aller Kategorien, höhere Landwirte und Beamte ein.³²⁷

Es wird ein Absinken des Lebensstandards und das Fortschreiten des Proletariats befürchtet – man will dagegenwirken, indem man die „eingestaubten“ Werte wie Traditionsbeflissenheit wieder aufleben lassen.

*„Die ‚moralische Wiederaufrüstung‘ in den Kreisen geistig schaffender Menschen, trotz tiefster Enttäuschung, harter Not und Bedrängnis den wertvollen inneren Kern unseres Lebens der Umwelt aufzeigen. Mit Liebe und Aufopferung will ‚der freiheitliche Akademiker‘ der Wissenschaft, der Pflege wahrhafter österreichisch-deutscher Kultur und ehrlicher, hilfsbereiter Kameradschaft dienen, sowie für die Sauberkeit des privaten und öffentlichen Lebens einzutreten.*³²⁸

Man sieht sich klar als eine wortgewandte Interessensvertretung, die über die Notlage des akademischen Standes berichten muss. Man will für bessere Lebensbedingungen kämpfen und sieht sich gezwungen, in drastischen Notsituationen zu Mitteln zu greifen, „(...) die manchmal nicht mehr den altgewohnten Sinn ‚akademischen‘ Stil tragen, dafür aber deutlich und vor allem erfolgreich sind.“³²⁹

Es sollen marode Bedingungen im politischen Alltag angesprochen werden, Parteikorruption und das Nichtehren von Leistungen. Man sieht die Aufgabe darin, in den

³²⁶ Der Freiheitliche Akademiker, 1951/10, S. 1.

³²⁷ Vgl. Papesch, Josef: Gute und andere Bücher. In: Die Aula 1955/12, S. 19.

³²⁸ Der freiheitliche Akademiker 1951/10, S. 2.

³²⁹ Vgl. ebd.

unterschiedlichen Standesvertretungen Eingang zu erhalten und das Land ideologisch von Innen wieder aufzubauen.³³⁰

Interessant ist, dass auch der Proporz angesprochen und verurteilt wurde, man strebte eine Gesellschaft an, wo nicht das Parteibuch entscheidet, sondern die Ideologie.

Die Umbenennung des „Freiheitlichen Akademiker“ zur „Die Aula“ wird kurz in der ersten „Aula“-Ausgabe im Oktober 1952 erwähnt.³³¹

In finanzieller Hinsicht war die Zeitschrift unabhängig, ihre materiellen Grundlagen waren auf den Abonnementgebühren und den Einnahmen für den Inseratenteil aufgebaut. Die Werbung für die „Aula“ wurde durch die Akademikerverbände der einzelnen Bundesländer Österreichs, durch den „Ring freiheitlicher Studenten“ sowie durch studentische Korporationen durchgeführt.³³²

Der Schriftleiter der „Aula“ war ab der ersten Ausgabe im Oktober 1952 Josef Papesch bis 1962, ab dann übernahm Adalbert Aidinger.³³³ Alle Schriftleiter der „Aula“ waren ab der Gründung der Zeitschrift Korporierte.³³⁴

Die Verbindung zu den Burschenschaften kann man schon allein anhand der Inhaberschaft des Blattes erkennen, die „Freiheitlichen Akademikerverbände“ (FAV) bestehen primär aus Personen des völkischen Korporationswesens.³³⁵

Die „Aula“ war von Anfang an das Sprachrohr der Burschenschaften in Österreich, die Beilage des Blattes („Akademisches Leben“) beinhaltete Informationen für Korporierte und wurde mit jeder Ausgabe der Abschnitt „Akademisches Leben“, in der sich Vorkommnisse der verschiedenen Burschenschaften finden.

Auch in den „Verbandsnachrichten“ wurden Neuigkeiten der Akademikerverbänden und Burschenschaften aus den einzelnen Bundesländern gedruckt und in der Rubrik „Männer aus unseren Reihen“ wurden kooperierte Männer vorgestellt, hier finden sich auch Nachrufe.

Man kann eine enge Verbundenheit der völkischen Korporationen und der „Aula“ auf thematischer und formaler Ebene erkennen.

³³⁰ Vgl. ebd., S. 3.

³³¹ Vgl. Aula /1952/10, Jg. 2, S. 14.

³³² Ebd.

³³³ Vgl. Weidinger, 379.

³³⁴ Vgl. ebd.

³³⁵ Vgl. ebd.

Im Jahre 1955 wurde von der Burschenschaft Libertas bei dem ADC-Tag³³⁶ 1955 das Bekenntnis zur „Aula“ als ihr offizielles Organ offengelegt.³³⁷

6.5.1.2 Gestaltung

Der Umfang einer „Aula“-Ausgabe beträgt in der Regel 24 Seiten, der Text wird zweispaltig gedruckt.

Auf der Titelseite befindet sich zunächst der Name der Zeitschrift in großen Lettern, ein Leitartikel, der sich meist über weitere Seiten hinwegstreckt. Ein kleines Inhaltsverzeichnis („Aus dem Inhalt“) wird in den Fließtext eingebaut. Es befinden sich fünf bis sechs Artikel (inklusive Leitartikel) in einer Ausgabe, eine Rubrik, die sich in jedem Heft finden lässt ist „Gute und andere Bücher“ von Josef Papesch, in der er verschiedenste Literatur erörtert. Im Laufe der Zeit heißt diese Rubrik meist nur mehr „Gute Bücher“.

Nach dieser Rubrik beginnt der Abschnitt „Akademisches Leben“, in der sich Vorkommnisse der verschiedenen Burschenschaften finden. Die Rubrik „Verbandsnachrichten“ gliedert die Ereignisse in Akademikerverbänden und Burschenschaften nach den einzelnen Bundesländern, wobei sich dies meist auf zwei Seiten beschränkt. Hier erscheint ab und zu ein Unterkapitel mit dem Titel „Männer aus unseren Reihen“, in dem kooperierte Männer aus verschiedenen Bundesländern vorgestellt werden.

Der Abschnitt „Wir bieten – Sie suchen“, zumeist auf der vorletzten Seite einer Ausgabe, erstreckt sich maximal über eine halbe Seite. Hier werden Angebote und Nachfragen verschiedener (hauptsächlich) akademischer Personen angeführt.

Auf der letzten Seite werden die Werbungsinserate in Form von kleinen rechteckigen Grafiken mit Schrift gedruckt, auch häufig von bekannten Geschäften wie Gehmacher (Textilfachhandel) oder Tomaselli (Café) aus Salzburg, oder der Österreichischen Brau-Aktiengesellschaft. Auch ganzseitige Werbegrafiken werden hin und wieder verwendet. Werbung findet man auch auf einzelnen Seiten auf der rechten oder linken Spalte, in oder zwischen einzelnen Artikeln oder am unteren Ende einer Seite.

³³⁶ Der ADC-Tag war ein jährlich abgehaltenes Treffen des „Allgemeinen Delegierten Convents“ (ADC), welcher ein Zusammenschluss der akademischen Burschenschaften in Österreich darstellt. Siehe: vgl. Weidinger, 612.

³³⁷ Vgl. Libertas, Wiener akad. B! (Verf.: Hermann Peters und Fritz Franke) (1967): Libertas. Die Geschichte einer Wiener Burschenschaft. Band 3. Eigenverlag, Wien. Hier S. 184.

In den ersten Ausgaben wurde merklich weniger Werbung eingebaut als im späteren Verlauf.

Es werden in den vereinzelt Heften immer wieder neue Rubriken begonnen wie „Zuschriften“, „Spanische Bilder“, „Umblicke“ oder „Technische Rundschau“, die aber nur in seltenen Fällen sich über mehrere Ausgaben erstreckten.

Die Versicherungsecke bildet eine weitere Rubrik, die ihren Namen ständig änderte und sich auch unterschiedlich von Heft zu Heft platztechnisch verortete. Man beschreibt in kurzen Sätzen die Vorteile von bestimmten Versicherungen (wie die KFZ-Insassenversicherung oder eine Unfall- und Schadenversicherung), auch werden Vorteile für „Aula“-Abonnenten genannt.

Im Jänner 1953 hält eine neue Rubrik „Tatsachen und Berichte“ in der „Aula“ Einzug, die sich nach den Artikeln und vor den Buchrezensionen oder der Rubrik „Akademisches Leben“ findet. In dieser Rubrik werden Ereignisse, die sich auf das Weltgeschehen beschränken, kurz und bündig verfasst. Diese Rubrik wird im Mai 1953 in „Tatsachen“ umbenannt.

Immer wieder wird um Mundpropaganda für die „Aula“ gebeten, man weist dabei auf die Wichtigkeit des Organs hin.

Nach der Papierpreiserhöhung im April 1954 wurde der Abonnementpreis der „Aula“ gesteigert, die Abonnenten werden um Verständnis gebeten, denn die Zeitung möchte weiterhin frei nach dem Idealismus des freiheitlichen Akademikers sein – was auch eine finanzielle Unabhängigkeit bedeute. Auch weist man darauf hin, dass eine Monatszeitschrift niemals die Auflagenstärke einer Tageszeitung erreichen kann und dementsprechend teuer ist.³³⁸

In der Novemberausgabe 1953 wurden begonnen, schwarz-weiße Fotos in das Blatt einzubauen, entweder halbseitig (auf einer Spalte), oder vereinzelt im Fließtext.

Ab dem Juli-August 1954 fällt auf, dass zum ersten Mal die Autorennamen bei den Artikeln abgekürzt werden.

Der Änderung des Untertitels der Zeitschrift wurde im Juli-August 1954 per Preisausschreibung angekündigt, denn man wäre der Ansicht, dass in den freiheitlichen

³³⁸ O.V.: An unsere Leser. In: Eckartbote 1954/4, S. 15.

akademischen Kreisen die Auffassung herrsche, der Bezug der „Aula“ wäre an eine Mitgliedschaft bei einer kooperierten Akademikerschaft gebunden. Deswegen sollte der neue Untertitel keinen politischen Unterton besitzen, die freiheitliche Gesinnung widerspiegeln, eine überparteiliche Haltung zeigen sowie eine Verbundenheit zum deutschen Kulturpreis aufweisen.

Unterstrichen wird aber, dass die „Aula“ nach wie vor ihrer Grundhaltung treu bleiben werde und die Qualität der Artikel weiterhin gegeben sei, auch in den Rubriken für Kooperierte.

Immer wieder wird eine Ausgabe einem Bundesland gewidmet, dessen Industrie und Wirtschaftslage in den Hauptartikeln erläutert.

Oft werden die Artikel als Werbefläche verwendet, aber nicht als bezahlt gekennzeichnet. Es fällt auf, dass immer wieder Artikel veröffentlicht werden, die eine oberflächliche Behandlung von Themen wie Bauingenieurswesen, Medizin oder Naturwissenschaften beinhalten, sich jedoch subtiler Deutschtümelei bedienen.

Auch sind die Leitartikel der „Aula“ die Leitartikel merklich länger sind als im „Eckartboten“, auch die übrigen Artikel sind seitenlang, es gibt wenige kurze Kommentare oder kurze Glossen.

6.5.1.3 Die Autorenschaft

Josef Papesch

Josef Papesch, der Gründer der Gazette, war in der Steiermark eine der die mächtigste Persönlichkeit im NS-Kulturbereich. Er war Gauhauptstellenleiter für Kultur der NSDAP und Regierungsdirektor der Abteilung II (Volksbildung, Erziehung, Kultur- und Gemeinschaftspflege) und unter anderem zuständig für die Anstellung, Entlassung, Beförderung und Versetzung von Lehrpersonal sowie für die Genehmigung von Lehr- und Lernmitteln und Schulbüchern. Papesch war stets versucht, seine nationalsozialistische Ideologie mit der steirischen Volkskultur zu verknüpfen, dabei steirische Traditionen fortleben zu lassen und sich nationalsozialistisch zu artikulieren.³³⁹

³³⁹ Vgl. Karner, 275.

„Das ‚steirische Grün‘ sollte das ‚Braun der Nationalsozialisten‘ ersetzen. Damit wurde die steirische Kulturpolitik von der NS-Kulturpolitik nicht abgelöst, sondern weitgehend übergeführt.“³⁴⁰

Josef Papesch war Gymnasiallehrer für Latein und Deutsch, ebenso war er Schriftleiter der „Alpenländischen Monatshefte“ und ab 1938 Kulturreferent in der Steiermark.

Seine schwerst behinderte Tochter wurde durch das Euthanasieprogramm getötet, Papesch trat aus der NSDAP aus, verweilte aber bis zum Jahre 1945 als Regierungsdirektor der Kulturarbeit.³⁴¹

Sechs Jahre nach Kriegsende (1951/1952) amnestierte er, bedacht mit einer Pension, und wandte sich der „Kultur- und Schutzarbeit“ zu, besonders im Rahmen des „Alpenländischen Kulturverbandes“ (Nachfolger des „Deutschen Schulvereins Südmark“) und der Herausgabe des national-freiheitliche Monatsblatts „Die Aula“.³⁴²

Josef Papesch war Pressereferent des „Freiheitlichen Akademikerverbandes Steiermark“ (FAB-St.) und Burschenschafter im Verein deutscher Studenten „Sudetia“ in Graz (BDST!).³⁴³

Wilhelm Stapel

Wilhelm Stapel, ein deutscher Schriftsteller, verstarb im Sommer, 1954 in Groß Flottbek bei Hamburg. Er war ein deutscher Schriftsteller und gab die Zeitschrift „Deutsches Volkstum“ heraus, zusätzlich verfasste er mehrere Bücher über „politische, kulturelle und literarische Fragen“ wie „Der christliche Staatsmann“ oder „Volksbürgerliche Erziehung“.³⁴⁴

Günther Berka

Günther Berka, Mitglied der Burschenschaft Libertas, war lange in der völkischen Schutzarbeit (beispielsweise im „Deutschen Schulverein Südmark“) tätig.

³⁴⁰ Ebd.

³⁴¹ Vgl. Jontes, 29 ff. Sowie eigenhändiger Lebenslauf Josef Papesch: Archivalien Papesch, Forschungsstelle Österreichische Literatur im Nationalsozialismus. Universitätsarchiv, Universität Graz.

³⁴² ebd.

³⁴³ Vgl. Österreichischer Hochschulführer, 210.

³⁴⁴ Vgl. B.J.: (Rubrik: Tatsachen) In: Aula 1954/7-8, S. 22.

Er war ein emsiger Verfasser von Arbeiten und Artikeln, die das akademische Leben und den nationalpolitische Ideologien zum Thema hatten, welche in einschlägigen Gazetten publiziert wurden.³⁴⁵

Mithilfe von Thesenblättern wollte er den Burschenschaften in Österreich eine Orientierung nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches geben. Sein „Grundsatzkatalog“ wurde 1952 von der Libertas als „Programmatik“ des Bundes übernommen.³⁴⁶

Helfried Pfeifer

Pfeifer wurde am 31.12.1896 in Wien geboren und starb am 26.4.1970 in Schwarzach/St.Veit.³⁴⁷

Von 1918 bis 1921 studierte er Rechts- und Staatswissenschaften an der Universität Wien und Innsbruck, danach trat er 1922 in den höheren Verwaltungsdienst als Beamtenanwärter ein und wurde dann Polizeireferent der Bezirkshauptmannschaft in Scheibbs in Niederösterreich, in dieser Zeit gehörte er auch der Großdeutschen Volkspartei an.³⁴⁸

Er engagierte sich früh für die NSDAP und wurde nach dem Anschluss als „Altparteigenosse“ eingestuft.

Nach seiner Habilitation für Verwaltungslehre und Österreichisches Verwaltungsrecht 1935 bekam er die Lehrbefugnis der Gebiete Allgemeine Staatslehre und Deutsches Staatsrecht. Im Nationalsozialismus war er Mitglied der NSDAP ab 1938, bis zum Kriegsende war er Mitglied des Justizprüfungsausschusses am Oberlandesgericht in Wien.

Während der Entnazifizierung wurde bei Pfeifer eine „Erkenntnis“ eingeschätzt, durch die Sonderkommission wurde er als „nicht tragbar“ eingestuft und in den frühen Ruhestand versetzt. Am 5.7.1945 wurde er suspendiert³⁴⁹, die Pension wurde ihm zu 50% gekürzt. Nach Nationalsozialistengesetz war er als „Minderbelasteter“ eingestuft, jedoch kam das Ende der Sühnefolgen mit dem Amnestiegesetz 1948.

³⁴⁵ Vgl. Libertas, 20.

³⁴⁶ Vgl. ebd., 32 f.

³⁴⁷ Biographie von Helfried Pfeifer (Online unter: http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01191/2.3.2015)

³⁴⁸ Vgl. Pfefferle, Roman/ Pfefferle, Hans (2014): Glimpflich entnazifiziert. Die Professorenschaft der Universität Wien von 1944 in den Nachkriegsjahren. V&R unipress, Göttingen. Hier S. 222 f.

³⁴⁹ Vgl. ebd. 211.

Nach Ende des Krieges bekam er die Lehrbefugnis zurück für Allgemeine Staatslehre, Verwaltungslehre und Verwaltungsrecht (im August 1956), Verfassungsrecht ab Mai 1959. 1965 wurde er „wieder“ zum ordentlichen Professor ernannt, durch einen Entschluss des Bundespräsidenten.³⁵⁰

Pfeifer war Mitglied zum Nationalrat (WdU) von November 1949 bis Juni 1956, danach, als FPÖ-Mandatar, von Juni 1956 bis Juni 1959.³⁵¹

In der Nachkriegszeit frönte auch Pfeifer seinen nationalsozialistischen Ideologien.

Karl Heinz Marauschek

Marauschek war steirischer Akademikerverbands-Obmann und in der „Aula“ für die Beilagen, die das Verbindungswesen der studentischen Korporationen betraf, zuständig wie auch für das Anzeigengeschäft der Zeitschrift. Er selbst war Mitglied bei der Burschenschaft Allemannia Graz und bei der Gründung der FPÖ im Jahre 1955 war er, wenn auch nicht offensichtlich, maßgeblich beteiligt. (vgl. Weidinger, 379 sowie 73)

Felix Haen

Felix Haen war das Pseudonym von Wolfgang Wolfram von Wolmar. Wolmar war Mitglied der Burschenschaft Alemannia Wien und Cheruskia Graz, zudem war er SS-Hauptsturmführer, ging mehreren Funktionärstätigkeiten während des Zweiten Weltkriegs nach und verfasste den Roman „Daisy. Ein Mädels erlebt den Führer“.³⁵²

6.5.1.4 Diskurse

Diskurs: Demokratie

Die Relevanz der Demokratie in den „Aula“-Artikeln muss verbunden werden mit dem Umstand, dass die „Aula“ eine enge Beziehung zum korporierten Studentenwesen aufwies. Viele der Artikelverfasser waren Hochschullehrer, Wissenschaftler oder Politiker, die nachweislich auch im NS-Regime tätig waren und aufgrund ihrer Position nach 1948 keine Sühne mehr leisten mussten.

³⁵⁰ Vgl. ebd. 225.

³⁵¹ Vgl. ebd. 336.

³⁵² Vgl. Dvorak, Helge (2006): Biographisches Lexikon der Deutschen Burschenschaften. Band 1: Politiker. Universitätsverlag Winter, Heidelberg. S. 376 ff.

Zudem kann angenommen werden, dass das Demokratieverständnis der Artikelverfasser natürlich nicht dem Geist von 1945 entspricht, vielmehr wird bei der Beantwortung dieser Forschungsfrage darauf hingewiesen, dass mit „Demokratie“ hier gemeinschaftsfördernde, keine deutschnationalen, national-freiheitlichen oder völkischen Ideen gemeint sind.

Es werden viele Vorschläge gemacht, wie man das Land neu gestalten sollte, besonders aber wird Kritik an der Regierung geübt. Bereits in den ersten Vorgaben wird das Fehlen einer gegenwartsnahen Gesamtvorstellung, besonders für die Jugend, angesprochen, die moralische Förderung der Jugend sieht man als eine große Verantwortung. Das Gefühl der Mitverantwortung wird regelrecht geschürt in den Artikeln über den demokratischen Sinn, die Verfasser der Artikel befürchten regelrecht einen Absturz in einer haltlosen und führerlosen Gesellschaft. Auch die studentische Nachkriegsgeneration bekomme viel zu wenig Mittel vom Staat zur Verfügung gestellt.

Der Aufbau der Demokratie solle von unten nach oben geschehen, angefangen in der Schule, wo die Jugend zum europäischen Gedanken erzogen werden solle.³⁵³

Die Rolle der Jugend spielt bei der Auffassung der Autoren über die Demokratiefähigkeit des Landes oft in den Kontext mit ein. Jedes Land in Europa stehe vor dem gleichen Problem – der zukünftigen Führerliga – denn dafür würde der Nachwuchs fehlen. „Die ‚Herrschaft der Greise‘ ist heute nicht nur ein demagogisches Schlagwort.“³⁵⁴

Was auch auffällt ist ein häufiger Bezug zu der Verbindung Österreichs zu Europa, man will einer gestärkten Union angehören. Nicht nur der politische Kontext, sondern auch wirtschaftspolitische Themen werden diesbezüglich vermerkt.

So steht man einer Agrarunion der 15 Staaten Europas durchwegs positiv gegenüber, da es den Lebensstandard der europäischen Völker verbessern würde. Die Agrarpolitik in der Nachkriegszeit wird häufig kritisiert, da jahrelang ausländische landwirtschaftliche Erzeugnisse zu hohen Preisen gekauft werden und im Inland mit staatlichen Geldern unter den eigenen Entstehungskosten abgegeben werden.³⁵⁵

Dem Aufbau der Staatsorgane steht man zumeist skeptisch gegenüber, dennoch ist man der Überzeugung, dass Parlamente notwendig seien für eine demokratische

³⁵³ Rohrbach, Paul: Hoffnung für Deutschland. In: Aula 1952/10, S. 4.

³⁵⁴ Giselher, Wirsing: Die Zukunft der Parlamente. In: Aula 1953/3, S. 13 f.

³⁵⁵ Vgl. Hauer-Grottenhof, Eckehard: Plan einer europäischen Agrarunion. In: Aula 1952/12, S. 6 f.

Selbstkontrolle. Jedoch ist man mit der Verteilung der Aufgaben und der Hierarchien im Parlament nicht zufrieden, die österreichische Politik werde durch kleine Grüppchen von Berufspolitikern gelenkt. Das Beamtentum, ein wichtiger Pfeiler des Staates, wurde durch die Weimarer Republik und die „nationalsozialistischen Epoche“ geschwächt und schlussendlich durch die Entnazifizierung gelöscht.

„Der Beamte werde durch eine Schicht ersetzt, die das jeweils richtige Parteibuch besitzt.“³⁵⁶ Die Rolle des Staates sei zudem noch zu dominierend, die Bewirtschaftungsgesetze sehr eng gefasst und die Steuern zu hoch.³⁵⁷

Im Jänner 1955 wird dann der wirtschaftliche Aufschwung in allen europäischen Ländern erwähnt, man schließt dies unter anderem auf die Aufrüstung der Westmächte zurück, die den Osten damit überholen wollen.

Dennoch wird hervorgehoben, dass Hilfsmaßnahmen für Rentenbezieher aufgenommen wurden und der Bau der Autobahn von Salzburg nach Wien begonnen hätte, auch die Elektrifizierung der Bundesbahnen sei ein Fortschritt. Auch die Einwanderungspolitik gegenüber den vertriebenen Deutschen hätte sich verbessert.³⁵⁸

Diskurs: Deutschtum

Pflichterfüllung, Treue, Opfermut – diese Begriffe finden sich oft in den Artikeln der „Aula“. Mit diesen Worten will man kundtun, dass man sich für den Zusammenhalt der Großdeutschen Idee einsetzen möchte.

Der Zusammenbruch des Deutschen Reiches ist vielfacher Ausgangspunkt der Artikel, was man aufs bitterste bekämpfen möchte, ist die Trennung zu Deutschland, mit dem man sich geistig und ideologisch verbunden sieht.

Es wird bekrittelt, dass politische Aktionen die Auffassung verbreiten, die Österreicher wären keine Deutschen mehr, sondern eine Mischung vieler Völker und Rassen und mit den Deutschen nur die Sprache gemeinsam haben.³⁵⁹

Das Gründen von landsmannschaftlichen Vereinigungen der Sudetendeutschen im Jahre 1948 wurde untersagt, da eine Gefahr des Entstehens von nationalen Minderheiten in

³⁵⁶ Giselher, Wirsing: Die Zukunft der Parlamente. In: Aula 1953/3, S. 13 f.

³⁵⁷ Vgl. Schneefuß, Walter: Jahr des Friedens und der Rüstung. In: Aula, 1955/1, S. 1.

³⁵⁸ Ebd.

³⁵⁹ vgl. Berka, Günther: Sind Österreicher Deutsche? In: Aula 1952/11, S. 3 f.

Österreich, die sich nicht als Österreicher, sondern als Deutsche fühlen, bestand – man empfindet das als grotesk.

Man erwähnt auch, dass die Salzburger Nachrichten in der Ausgabe vom 3.8.1949 einen Artikel veröffentliche, und damit die Bestrebungen der kommunistischen Partei Österreichs, durch das Verbreiten der eigenen Sprache und durch das Aufnehmen von Dialektwörtern, sowie der Einsatz von Fremdwörtern, die deutsche Sprache in Österreich zu verfälschen und zu verdrängen.³⁶⁰

Ein künstlicher Unterschied soll zwischen Österreich und Deutschland erzeugt werden und ein Keil zwischen beide Länder getrieben werden.

Der völkische Gedanke findet oft seinen Platz in den Artikeln, so werden auch zwei Prämissen genannt, um sich zum deutschen Volk zugehörig fühlen zu können, nämlich die Zugehörigkeit aufgrund der Abstammung und aufgrund der „gefühlsmäßigen Bindungen“.

Nur Deutschland käme als Abstammungsland für Österreich in Frage, nur gefühlte Verbindungen für eine Volkszugehörigkeit würden nicht reichen, die Abstammung wird sehr groß geschrieben.³⁶¹

Die Rettung Europas würde einzig und allein von dem Wiederaufstieg Deutschlands abhängen, der Fall des Bolschewismus wäre dafür notwendig.

Bestrebungen einzelner intellektueller Österreicher, das Deutschtum nicht abzulehnen sondern weiterzuleben, werden eingehend behandelt. Auch wird darauf hingewiesen, dass solche Bewegungen nicht nur von den „alten Nationalen“ sondern von breiten Kreisen der österreichischen Bevölkerung ausgehen.³⁶²

Diskurs: Besatzung und Ost-West Konflikt

Man kreidet dem Amerikaner an, dass er den Frieden nicht erstrebt mit den Waffen des Friedens (Wahrheit, Gerechtigkeit und Liebe) und stattdessen mit Atombomben, Giftgasen und Dollar den Frieden sichern wollen.

„Wenn es zum Krieg zwischen Amerika und Sowjet-Russland kommen sollte, so hauptsächlich wegen den negativen Friedenspolitik Amerikas in einem Zeitraum von

³⁶⁰ Vgl. ebd.

³⁶¹ Vgl. ebd.

³⁶² Vgl. ebd.

*sieben Jahren und weil wir mit Deutschland nicht Frieden schlossen, so lange es am besten möglich war.*³⁶³

Ende das Jahres 1953 kann man teilweise eine negative Haltung gegenüber der Sowjetunion erkennen.

Es wird darauf hingedeutet, dass Moskau bisher darum bemüht wäre, eine fixe Trennung von Ost und West in der Zwischenzone herbeizuführen. Diese Teilung wurde auch von England und Frankreich geduldet, Amerika wolle den russischen Einflussbereich mittlerweile wieder minimieren, da die sowjetische Kraft nun erwacht.

Die Besatzungsmächte würden nicht mehr die Teilung der Zwischenzone forcieren, sondern vielmehr ihre eigenen politischen Pläne verfolgen – es wird aber hier darauf hingewiesen, dass dies nur so lang funktioniert bis der Osten wieder so stark wäre, um erneut anzugreifen.³⁶⁴

Man befürchtet auch, dass die Wiedererlangung der Souveränität an die deutsche Frage geknüpft werde, der Artikelverfasser betont jedoch die Abhängigkeit aufgrund der geographischen Lage und des gemeinsamen Schicksals, aus dem man nicht loskommen könne. Der österreichische Staatsvertrag werde also nicht vor der Einigung mit Deutschland beschlossen, sondern gemeinsam mit ihr, *„(...) als eines der Zugeständnisse, die Rußland zu gewähren von vorneherein bereit ist, für die es aber im weiteren Rahmen möglichst viel einhandeln will. Die Weltmächte dagegen hatten gewünscht, daß Rußland diese Karte vorher ausspielt, d. h. daß es dem Staatsvertrag als Zeichen seines guten Willens zustimme.*³⁶⁵

Russland wird zu dieser Zeit noch als „freundlich“ gesehen aufgrund der Aufhebungen von Zonengrenzen, Amnestien von Kriegsgefangenen sowie der Aufhebung der Zensur. Man betont aber nach wie vor die Grundforderungen: den Staatsvertrag und die Räumung.

Immer mehr wird dennoch in den Artikeln deutlich, dass sich das politische Blatt gewendet hatte, die Sowjetunion nun ihr wahres Gesicht zeigt und der Kalte Krieg wirklich zur Bedrohung Österreichs werden könnte.

³⁶³ Reichenberger, E.J.: Hintertüre zum Kriege. In: Aula 1953/1, S. 7.

³⁶⁴ Schneefuß, Walter: Zwischen Westen und Osten. In: Aula 1953/10, S. 1.

³⁶⁵ Ebd.

Man hofft darauf, dass Amerika Taten setzt, um der sowjetischen Machtergreifung Einhalt zu gebieten. Die schwachen Staaten in der Mitte Europas seien ohne Kraft und Macht, daher muss Europa seine Hoffnung außerhalb suchen, „(...) so betrüblich das auch für die einstigen Herren der Erde sein mag.“³⁶⁶

Nach den Pariser Verträgen im Jahre 1954 wird die sowjetische Politik in der DDR häufig angesprochen, so sieht man im Oktober 1955 eine misslungene Vorgehensweise der Sowjetunion in der „Deutschen Demokratischen Republik“, da viele arbeitsfähige Menschen in die BRD flüchten und somit die Wirtschaftskraft der DDR minimieren würden.

Die Sowjetunion müsse nun Taten setzen, um der BRD ein Gegengewicht bieten zu können.

Eisenhower hingegen wird als „Kreuzritter des Friedens dargestellt, weil er Deutschland nicht wegen der sowjetischen Gefahr in die NATO geholt hatte, sondern weil man verhindern möchte, dass Deutschland selbst wieder zur Bedrohung wird.

Konrad Adenauer, der sich mit dem Westen verbündet hatte, wird daraufhin als nicht vertrauenswürdig eingestuft, seine Macht wäre nur vom Kalten Krieg getragen worden – durch die zukunftsnahe Beendigung des Kalten Krieg wäre das Vertrauen in ihn am Schwinden.³⁶⁷

Diskurs: Krieg und Nationalsozialismus

Krieg wird auf der einen Seite als etwas Positives betrachtet, als Verteidigung des deutschen Volkes. Auf der anderen Seite beklagt man den Preis des Krieges mit seinen vielen gefallenen Kriegern und Landsleuten.

Die Größe und Bedeutsamkeit des deutschen Volkes wird herausgekehrt, es wäre nicht verwunderlich gewesen, dass auf dem Grund, auf dem das deutsche Volk herrscht, immer wieder Kämpfe passieren. Auch gäbe es in Deutschland viele unterschiedliche Ideologien und Ziele, die man nicht einfach über einen Kamm scheren kann, so wie Hitler dies mit seiner Machtergreifung forcierte. Diese unterschiedlichen Ideologien sollten aber keine Feindschaft schüren. Man deutet darauf hin, dass der Kalte Krieg zwischen Russland und den USA viel mehr Hass heraufbeschwören würde als religiöse Konflikte.

³⁶⁶ Schneefuß, Walter: Im Lauf der Jahre. In: Aula 1954/1, S. 2.

³⁶⁷ Vgl. Haen, Felix: Deutschland zwischen Moskau und Genf. In: Aula 1955/10, S. 1 f.

Die staatliche Trennung Deutschlands nimmt man als gegeben und sieht sie als Ergebnis politischer Machtverhältnisse. Man hofft auf die Überwindung durch die Verstärkung des europäischen Gemeinschaftsgedanken.

Auch wird angemerkt, dass die Unabhängigkeit Österreichs für das Land und für die Ruhe Europas von Wichtigkeit sei. Die Vertreter dieser Unabhängigkeit hätten Recht gegenüber den Personen, die für Österreich eine glücklichere Zukunft im Reich sehen und das auch angestrebt haben.³⁶⁸

„Leider ist es (...) in allen deutschen Sprachinseln mit dem Siege des Nationalsozialismus im Mutterlande zu schweren inneren Zwistigkeiten gekommen, weil die sogenannten „Erneuerer“, die bisher verdienten alten Führer im jugendlichen Ungestüm beiseite drängten.“³⁶⁹

Der Sinn des Krieges wird von unterschiedlichen Autoren auch in unterschiedlichen Worten gefasst, so sieht Wilhelm Stapel dass durch die zwei Weltkriege viele intelligente deutsche Männer umgekommen seien, „ (...) die das Ethos unseres Volkes wahren gegenüber den Hirnlosen und Herzlosen, gegenüber einem reichen und armen Gesindel, in deren Seele die Gier herrscht.“³⁷⁰

Interessant ist, dass das Nazi-Regime oft als eine schlecht durchgeführte Möglichkeit gewesen wäre, ein Großdeutsches Reich zu etablieren.

„(...) wie klein wäre dieser nationale Gedanke, hätte er sich nur im nationalstaatlichen Zusammenschluss erschöpfen sollen, wie ihn der geschichtliche Versuch 1938 darstellt. Mußte dieser zwar dem national denkenden Österreich als Erfüllung seines Traumbildes erscheinen und er daher in tragischem Gegensatz zum alten Kaiserstaat und noch mehr zu dessen rechtsstaatlichem Erben geraten, so ließ doch die Katastrophe, in die dieser Nationalismus die Menschheit geführt hat, die Notwendigkeit erkennen, daß wir zu neuen Formen einer europäischen Völkerordnung kommen werden.“³⁷¹

Auch Karl Hanfs schließt sich dieser Meinung an:

³⁶⁸ vgl. Schneefuß, Walter: Deutsche Zwietracht. In: Aula 1954/12, S. 1 f.

³⁶⁹ ebd.

³⁷⁰ Stapel, Wilhelm: Wiederum Kriegsbriefe gefallener Studenten. In: Aula 1953/6, S. 4.

³⁷¹ Berka, Günther: Recht und Pflicht nationaler Gesinnung. In: Aula 1954/11, S. 9 f.

„Leider ist es (...) in allen deutschen Sprachinseln mit dem Siege des Nationalsozialismus in Mutterlande zu schweren inneren Zwistigkeiten gekommen, weil die sogenannten „Erneuerer“, die bisher verdienten alten Führer im jugendlichen Ungestüm beiseite drängten.“³⁷²

Auf der anderen Seite werden die Personen angekreidet, die sich nicht zu ihren Taten im Nationalsozialismus bekennen.

„'Ich war nicht dabei!' Das ist die Behauptung, die sich wie ein roter Faden durch die Entschuldigungen so vieler hindurch zieht, die sich im Jahre 1945 und nachher jeder Verantwortung für das, was in Österreich als Ausdruck großdeutscher und nationalsozialistischer Gesinnung geschehen ist, ent schlagen wollten.“³⁷³

Hitler wird als ein Produkt des Versailler Friedens gesehen, da im Vertrag von Versailles verankert wurde, dass ein Kompromiss liberal genug sein müsse, dass Deutschland wieder empor steigen könne, aber zugleich war der Vertrag so direkt gefasst, dass die Nationalsozialisten wieder an die Macht kommen konnten, um die Demütigung des Deutschen Geistes zu vernichten. Aufgrund des Diktats von Versailles wäre ein wirklicher Friede nicht möglich gewesen.³⁷⁴

Im Bezug auf Hitler wird auch erwähnt, dass er eine Reihe von hilfreichen Maßnahmen getätigt hatte, die Arbeitslosigkeit eindämmte und schnell das Vertrauen der Bevölkerung gewann.

Jedoch hätte Hitler seine Macht nicht im Guten angewandt, die Rechtssicherheit gab es nicht mehr und jeder konnte von der Gestapo verhaftet werden, auch gab es Konzentrationslager für politische Gegner oder sonstige Missliebige gab es in großen Mengen. Als Tatsache sieht man an, dass die SA sich nicht mit Recht bewegte, sondern nur Gewalt anwendete. Auch würde es nie eine Aufklärung über eine Reihe von politischer Mordtaten geben.

Auch die Reichskristallnacht wird erwähnt, sowie der Umstand, dass zahllose Juden nur wegen ihres Glaubens in KZ gebracht und vernichtet wurden, in grausamer Art und Weise.

³⁷² Hanfs, Karl: Deutschtum im Südosten. In: Aula 1955/ 7-8, S. 13.

³⁷³ Berka, Günther: Das Buch Langoths. In: Aula 1953/4, S. 4.

³⁷⁴ Vgl. Rohrbach, Paul: Des Teufels Handschrift. In: Aula 1953/1, S. 5.

„Obwohl die Macht zu jeglicher gesetzlichen ‚Lösung‘ der Judenfrage gegeben war, wandte man nackte Gewalt gegen sie an.“³⁷⁵

Der Autor bekräftigt mit dieser Aussage, trotz der „Tatsachen“ die er bezüglich des Zweiten Weltkriegs anführt, seine völkisch-nationale Geisteshaltung.

Auch auf die Verbindung zu Amerika wird Bezug genommen, auf die Haltung zu Amerika im Ersten Weltkrieg und auf die guten, fast freundschaftlichen Beziehungen die nach Kriegsende herrschten – welche doch ein jähes Ende fanden nach der Machtübernahme Hitlers 1938.

Die unpassende Innenpolitik des „Dritten Reiches“ hatte zwei Probleme zur Folge, ein umgreifender Antisemitismus bedingte eine heftige antideutsche Beeinflussung des amerikanischen Volkes, da der Großteil der US-Informationseinrichtungen von Juden gesteuert wurde.³⁷⁶

Als sich der Kalte Krieg immer mehr zuspitzte sah man auch die Notwendigkeit einer Aufrüstung Deutschlands und Österreichs als einen Schutz gegen die „östlichen Gefahren“, umso mehr betonte man, dass die Deutschen – man erinnere sich an ihre „Kampfkraft!“ – für ein freies Deutschland zu kämpfen bereit sind wie damals.³⁷⁷

Artikel über die Nachwirkungen des Krieges drehen sich meistens um die drastisch reduzierte Geburtenrate und das Aussterben des deutschen Volkes. Man sieht Österreich im Vergleich zu anderen europäischen Ländern und deren Geburtsraten auf dem Tiefstand, besonders Wien, welches zu einer sterbenden Stadt verkommen ist.

„ (...) *Diese Stadt (Anm.: Wien), 1945 halb zerstört und verhungert, von vier fremden Mächten besetzt, von Revolution und Gegenrevolution verwirrt, bedrängt und zerrissen, heute wieder schmuck und sauber geworden ist und eine wirtschaftliche Aktivität entwickelt, die für die schweigende Kraft und Zähigkeit zeugt, die immer hinter der gelegentlich gerne zur Schau gestellten Leichtlebigkeit stand.*“³⁷⁸

³⁷⁵ Schneefuß, Walter: Tatsachen über Hitler. In: Aula 1955/9, S. 10 ff.

³⁷⁶ Walter, Elmar: Die Stellung der USA zum Nachkriegsdeutschland. In: Aula 1955/10, S. 4ff.

³⁷⁷ Schneefuß, Walter: Das Ziel heißt Europa. In: Aula 1954/3, S. 3.

³⁷⁸ Schneefuß, Walter: Das schweigende Wien. In: Aula 1954/10, S. 2.

Ein Problem, das oft behandelt wird, ist die Wohnungsfrage. Die großen Missstände in diesem Gebiet werden aufgerollt, man fordert Reformen des Mieterschutzgesetzes.

Wieder vergleicht man sich hier mit anderen Staaten, die in der ähnlichen schlechten Lage seien und mit dem Problem besser umgingen. Auch wird erwähnt, dass die Produktivität Österreichs bei der Erzeugung von Gütern, sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft, hinter anderen Ländern zurückfällt.³⁷⁹

Auch werden Handelsbilanzen und Volkseinkommen Österreichs aufgezeigt, oft verglichen mit Zahlen aus früheren Jahren. Die Angaben wurden jedoch nicht mit Quellen versehen.

Von politisch und rassistisch Verfolgten ist bis auf einen Artikel³⁸⁰ nie die Rede, vielmehr werden die Verluste des Deutschen Reiches während des Zweiten Weltkrieges angeführt, 6,3 Millionen Tote müsse man beklagen, die Opfer durch die Bombenangriffe und durch die Austreibungen der Deutschen aus den Ostgebieten des Reiches wären miteinbezogen.³⁸¹

Diskurs: Ungerechte Behandlung und Entnazifizierung

Es wird das Strafgesetz kritisiert, es sei die Notwendigkeit gegeben, einen gewissen Teil der Tatbestände aus dem kriminellen Strafrecht zu löschen damit nicht Personen als vorbestraft gelten, die nur etwas begangen haben, wo ein „Denkzettel“ als Bestrafung reichen würde.³⁸²

Nachdem der Staatsvertrag ratifiziert wurde, nahm man in einem Artikel im Dezember 1955 darauf Bezug, dass zwar die Freiheit wieder hergestellt wurde, dennoch Österreich schwere Lasten auf sich nehmen musste. Die „äußere“ Freiheit Österreichs würde noch nicht eine innere Freiheit bedingen, da noch Ausnahmegesetze aktiv wären, die gegen Grundrechte in der Verfassung verstoßen würden.

„Insbesondere verstoßen sie schärfstens gegen das fundamentale demokratische Grundrecht der Gleichheit aller vor dem Gesetz und gegen die in allen Kulturstaaten anerkannte Rechtsgrundsätze: ,kein Verbrechen und keine Strafe ohne vorausgegangenes

³⁷⁹ Vgl. Herzog, Franz Ludwig: Die Wohnungsfrage. In: Aula 1953/7-8, S. 13 f.

³⁸⁰ siehe Schneefuß, Walter: Tatsachen über Hitler. In: Aula 1955/9, S. 10 ff.

³⁸¹ Kein Autor: Deutsches Wunder. In: Aula 1955/10, S. 15 f.

³⁸² Schinnerer, Erich: Probleme der Strafrechtsreform. In: Aula 1955/6, S. 6.

*Gesetz' und ,keine strengere Strafe als die zur Zeit der Tat angedrohte'. Die Ausnahmegesetze heben den Gleichheitssatz für ehemalige Nationalsozialisten auf, degradieren sie zu Staatsbürgern minderen Rechtes und legen ihnen wegen ihrer früheren Parteizugehörigkeit unmenschliche Sühnefolgen und Strafen auf, ohne sie zu fragen, ob der also Gestrafte, ja in seiner Existenz Vernichtete irgend etwas Unrechtes getan hat.*³⁸³

Nach der Meinung Helfried Pfeifers soll eine unterschiedliche Behandlung von Staatsbürgern wegen politischen Ideologien gestoppt werden.

Österreich hätte mit der Herstellung der Souveränität allen Staatsbürgern, also auch allen Belasteten und Minderbelasteten Menschenrechte und Grundfreiheiten versprochen, diese Versprechungen sollen nun eingehalten werden.

Die freiheitlichen Abgeordneten setzten sich dafür ein, dass eine Erlassung einer politischen Generalamnestie passieren soll. Dafür wurde am 28. Oktober 1955 ein Gesetzesantrag im Nationalrat eingebracht, der weiterfasst als die am 18. Juli 1952 vom Nationalrat beschlossenen Amnestiegesetze (Vermögensverfallamnestie und Belastetenamnestie).

Nach dem freiheitlichen Antrag werden für alle Belasteten die Sühnefolgen, wenn sie mit den Grundrechten nicht widersprüchlich sind, beendet werden.

Wenn eine Strafe bei Verbrechen nach dem Kriegsverbrechergesetz noch nicht verbüßt ist, ist sie zu entschuldigen, wenn das Verhalten zur Tatzeit nicht sträflich war oder wenn die Strafe fünf Jahre Kerker nicht überschreitet.³⁸⁴

Einzelbegnadigungen sollen großzügig gewährt werden, außerdem soll das entzogene Vermögen muss den Amnestierten zurückerstattet werden.³⁸⁵

Die unfaire Behandlung von den Heimatvertriebenen, also (deutsche) Flüchtlinge, Verjagte und Kriegsgefangene sowie Sudetendeutsche, Siebenbürgern, Schwaben und Buchenlanddeutsche, wird, im Vergleich zum „Eckartboten“ gering beleuchtet. Den Heimatvertriebenen solle das Recht auf Heimat zugesprochen werden, dies wäre ein

³⁸³ Pfeifer, Helfried: Der Stand der Befriedungsbestrebungen. In: Aula 1955/12, S. 3 ff.

³⁸⁴ vgl. ebd.

³⁸⁵ Vgl. ebd.

gesamtdeutsches Problem und solle auch von den politischen Machthabern so wahrgenommen werden.³⁸⁶

Diskurs: Der Staatsvertrag

Der Diskurs über den Staatsvertrag findet sich vor 1955 nur marginal in den Artikeln, meistens im Bezug auf die deutsche Frage oder auf die Einschränkungen durch die Besatzungsmächte.

Man kritisiert den Staatsvertrag im April 1955 als einen „aufgezwungenen Friedensvertrag“, obwohl Österreich ja, was auch in der Moskauer Erklärung verankert wurde, das erste Opfer Hitlerdeutschlands ist.

Besonders Artikel 11 des Vertrages wird hervorgehoben, Österreich sei demnach dazu verpflichtet, alle Personen, die beschuldigt werden, Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen den Frieden oder der Menschlichkeit getätigt zu haben, auszuliefern. Darüber echauffiert sich der Artikelverfasser, Helfried Pfeifer, das würde die österreichische Gerichtshoheit verletzen.

An den Wunsch der Besatzungsmächte, Österreichs Souveränität bald wieder gewährleistet zu sehen – aus der Moskauer Erklärung 1943, sieht man als unverfälscht, denn obwohl die Besatzungsmächte den Anschluss 1939 für nichtig erklärten, die Regierung 1945 förmlich anerkannten und der Wiederherstellung der Verfassung aus dem Jahre 1920 zustimmten, hat man durch die, mittlerweile zehn Jahre andauernde, Besetzung und die Kontrolle das schon immer bestehende Recht auf Souveränität nicht gewährt.³⁸⁷

Die Beschränkung von Einbürgerungen deutscher Staatsangehöriger in Österreich würde die Souveränität Österreichs untergraben, hier beruft sich der Artikelverfasser auf den Staatsvertrag von St. Germain 1919, allen Staatsangehörigen sollen ohne Diskriminierung von Rasse, Geschlecht, Sprache oder Religion Menschenrechte gewährt werden, so wie die Freiheit der Meinungsäußerung, der Religionsausübung und die politische Meinung. Man trete diese Rechte jedoch mit Füßen, die 1945 eingeführten Ausnahmegesetze verletzen den Gleichheitssatz immens.

Zudem hat man auch Bedenken, dass der Staatsvertrag die Macht in die Hände der Alliierten spielt. Eine einfache Unterschrift würde auch nicht die Souveränität Österreichs einfach wieder herstellen, das zweite Kontrollabkommen solle von einem Staatsvertrag

³⁸⁶ Vgl. Rohrbach, Paul: Hoffnung für Deutschland. In: Aula 1952/12, S. 10.

³⁸⁷ Pfeifer, Helfried: Der Staatsvertragsentwurf. In: Aula 1955/4, S. 1 ff.

abgelöst werden und die Besatzungsmächte sollen aus dem österreichischen Gebiet abziehen.³⁸⁸

Nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages gibt es keine Jubelrufe in der „Aula“.

Die Wiederherstellung Österreichs Souveränität wäre zwar bestätigt worden, allerdings wurden Österreich Beschränkungen auferlegt, die mit der Unabhängigkeit in Widerspruch stehen.

Es ginge nicht um die einzelnen Fragen, wie die wirtschaftliche Vereinigung mit Deutschland, die Aufrüstung der Wehrmacht oder die Rückkehr der Habsburger, vielmehr ginge es darum, diese Fragen alle nach freiem Ermessen entscheiden zu können als unabhängiger Staat, was durch diesen Vertrag nicht gewährleistet ist.

Dennoch wird die Regierung, Bundes- und Nationalrat in Schutz genommen, denn wenn man vor die Wahl gestellt werde zwischen der Beibehaltung der Besatzungssituation und der Unterzeichnung dieses Staatsvertrages, könne man sich nur für das kleinere Übel entscheiden.

Artikel 4 des Vertrages bietet einen besonderen Ausgangspunkt, er verbietet eine politische oder wirtschaftliche Vereinigung mit Deutschland.

„Österreich wird im zweiten Absatz dieses Artikels dazu verpflichtet, innerhalb seines Gebietes jede Handlung zu verhindern, die geeignet wäre, eine solche Vereinigung mittelbar oder unmittelbar zu fördern und wird den Bestand, das Wiederaufleben und die Tätigkeit jeglicher Organisationen, welche die politische oder wirtschaftliche Vereinigung zum Ziele haben, sowie großdeutsche Propaganda zugunsten der Vereinigung mit Deutschland verhindern.“³⁸⁹

Trotz dieser Auferlegung hätte aber jeder Österreicher das Recht darauf, so Günther Berka, seine Ideologien gen Westen auszurichten. Österreich wäre immer mit dem deutschen Volk verbunden, egal ob als Teil des Deutschen Bundes, des Heiligen Reiches, des Deutschen Reiches oder als Teil des Großdeutschen Reiches bis 1945.

³⁸⁸ vgl. ebd.

³⁸⁹ Berka, Günther: Staatsvertrag und Staatsgedanke in Österreich. In: Aula 1955/9, S. 1 ff.

Österreich war immer „Bollwerk und Brücke“ des deutschen Volkes und für die besten Österreicher war dies immer ein Ausdruck ihres „Kultur- und Ordnungsgedankens“. ³⁹⁰
Für die Akademikerschaft bestünde kein Anlass, an dieser Berufung Österreichs zu rütteln.

Diese „Sendung“ des österreichischen Volk wird stark betont, sowie die Idee des Abendlandes als Gegenwehr zum Bolschewismus.

„Es gäbe in Österreich kaum eine erst zu nehmenden Menschen, der die deutsche und europäische Sendung Österreichs und die daraus zu ziehenden Folgerungen bestreiten würde, wenn diejenigen, die unter der nationalsozialistischen Herrschaft in irgend einer Form unter die Räder gekommen sind, sich von ihren Haßgefühlen gegen alles, was deutsch ist, befreien könnten.“³⁹¹

Mit Artikel 6 des Staatsvertrages ist man mehr als unzufrieden, denn dieser solle allen Staatsbürgern ohne Beachtung ihrer politischen Neigungen die Grundfreiheiten und Menschenrechte sowie die Gleichheit vor dem Gesetz zusichern. Man würde nicht verstehen, dass man durch Ausnahmegesetze eine bedeutende politische Gruppe ihrer Rechte beraubt. ³⁹²

Betont wird aber, dass man keinen überspannten Radikalismus und keine Katastrophenpolitik möchte, sondern nur die Überlieferung der deutschen Idee und dies bedingt ein offenes Bekenntnis zum deutschen Volk. ³⁹³

Österreich hätte auch zwischen der Sowjetunion und dem Westen eine Vermittlerrolle als neutraler Staat, besonders da sich Fronten durch den Eintritt der BRD in das westliche Bündnis wieder aufgerichtet hätten – was man als Vorteil sieht. ³⁹⁴

6.5.2 „Der Eckartbote“

³⁹⁰ ebd.

³⁹¹ Ebd.

³⁹² Vgl. Pfeifer, Helfried: Staatsvertrag, Staats- und Völkerrecht. In: Aula 1955/11, S. 3 ff.

³⁹³ Berka, Günther: Staatsvertrag und Staatsgedanke in Österreich. In: Aula 1955/9, S. 1 ff.

³⁹⁴ vgl. Schneefuß, Walter: Zur Außenpolitik Österreichs. In: Aula 1955/12, S. 1 ff.

6.5.2.1 Portrait

Der „Eckartbote“ war das Sprachrohr des Österreichischen Schutzvereines nach dem Deutschen Schulverein „Österreichische Landsmannschaft“ und wurde im Mai 1953 gegründet.

Vorgänger des „Eckartboten“ war die Zeitschrift „Der getreue Eckart“, eine „völkische Hauspostille“³⁹⁵, die ihre Wurzeln in den Druckerzeugnissen des Deutschen Schulvereins Wien findet. Dessen Entstehung basiert auf den Schwierigkeiten der Nationalitäten in dem Vielvölkerstaat Habsburgs.

Die in den Grenzgebieten lebenden „Volksdeutschen“ sahen sich Mitte des 19. Jahrhunderts von der drohenden Slawisierung bedroht und forderten mehr Autonomie um ihre deutsche Volksgemeinschaft zu schützen.³⁹⁶

1880 wurde der „Deutsche Schulverein“ gegründet, um deutsche Sprachgrenzen zwischen Osten und Süden der Habsburgermonarchie zu wahren. Zu den Aufgaben gehörte Aufbau und Förderung von deutschen Kindergärten und Schulen in dieser Gegend.³⁹⁷

Die Entstehung der Schutzvereine ist also eng mit dem Aufkeimen deutschnationaler Strömungen verknüpft.³⁹⁸

Mit dem Anschluss 1938 wurde der „Deutsche Schulverein“ aufgelöst und in den „Volksbund für das Deutschtum im Ausland“ (kurz VDA) überführt.³⁹⁹

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde im Jahre 1953 die Österreichische Landsmannschaft als Nachfolger des „Deutschen Schulvereins“ gegründet.⁴⁰⁰ Der Schutzverein

³⁹⁵ Schreier, Evelin (1996): „Ein wahrer und großer Hausgenosse in der Zeit der großen deutschen Not“. Zur Ideologie der österreichischen Familien- und Kunstzeitschrift *Der getreue Eckart*. Diplomarbeit an der Universität Wien. Hier S. 4.

³⁹⁶ Vgl. ebd., 7.

³⁹⁷ Vgl. Ritter von Motawa, August (1905): *Der Deutsche Schulverein 1880-1905. Eine Gedenkschrift*. Kapitel 1. Wien. Zit. Nach: Dohle, Oskar/ Mitterecker, Thomas (Hg.) (2014): *Salzburg im Ersten Weltkrieg. Fernab der Front – Dennoch im Krieg*. Böhlau, Wien/ Köln/ Weimar. Hier S. 416 f.

³⁹⁸ Vgl. Dohle, Oskar/ Mitterecker, Thomas (Hg.) (2014): *Salzburg im Ersten Weltkrieg. Fernab der Front – Dennoch im Krieg*. Böhlau, Wien/ Köln/ Weimar. Hier S. 416.

³⁹⁹ Vgl. Brückner, Wolfgang (1998): „Arbeit macht frei“. Herkunft und Hintergrund der KZ-Devise. *Otto-von-Freising-Vorlesungen an der Katholischen Universität Eichstätt*. Band 13. Leske + Budrich, Opladen. Hier S. 40.

⁴⁰⁰ Vgl. ebd., 40.

„Österreichische Landsmannschaft“ war und ist nach wie vor Eigentümer, Verleger und Herausgeber der Zeitschrift.⁴⁰¹

Gegründet wurde die österreichische Landsmannschaft von Rosa Ebenhöf, Hermann Reisinger und Ernst Schögl.⁴⁰²

Ernst Schögl, ein umtriebiger Journalist, aus der deutschen Jugendarbeit kommend, fungierte in den 30er und 40er Jahren des 20. Jahrhunderts als Leiter der nationalsozialistischen „Rundpost“ (Untertitel: Deutsches Gemeinschaftsblatt – später: Wiener Wochenzeitung), publiziert durch den Adolf Luser-Verlag.⁴⁰³ Er war Schriftleiter des „Eckartboten“ von 1899 – 1975.⁴⁰⁴

Fritz Stüber hatte mit dem Initiator der „Österreichischen Landsmannschaft“ sowie des „Eckartboten“ Hermann Reisinger, bereits vor dem Entstehen des ÖLM eine Wiedergründung des „Deutschen Schulvereins“ beredet und als Publizist auch Gefallen an der Tätigkeit als Schriftleiters gezeigt, jedoch aus politischen Gründen das Amt nicht angenommen.⁴⁰⁵

Hermann Reisinger war schon in den zwanziger Jahren mit dem niederösterreichischen Dichter und Essayist Friedrich Sacher befreundet⁴⁰⁶, dessen Gedichte und Prosa zahlreich in den ersten Jahrgängen des „Eckartboten“ publiziert wurden.

In den frühen fünfziger Jahren bot der „Eckartboten“ besonders niederösterreichischen Schriftstellern Wirkungsmöglichkeiten. Hermann Reisinger formulierte bei der Schaffung der Landsmannschaft und dem „Eckartboten“ den Sinn deren Konzeption. Demnach sollte dieser „Landeskulturbund“ als Plattform und Sprachrohr für geistig Schaffende des Landes Niederösterreich gesehen werden.⁴⁰⁷

Mit der Zeit entwickelte sich die Zeitschrift zu einer wichtigen publizistischen Heimat für niederösterreichische Autoren und Dichter wie Friedrich Sacher, Wilhelm Franke,

⁴⁰¹ Vgl. Fischer, Bernhard/ Dietzel, Thomas (1992): Deutsche Literarische Zeitschriften 1945-1970. Ein Repertorium. Band 1. De Gruyter Saur, München, New York, Paris. Hier S. 219 f.

⁴⁰² Vgl. Reiter, Andrea Ilse Maria (1984): Der „Eckartbote“ 1952 – 1982: Modell einer computerunterstützten Zeitschriftenanalyse als Beitrag zur Kritik völkisch-nationale Ideologie. Dissertation an der Universität Salzburg. Hier S. 3.

⁴⁰³ Vgl. Fackelmann, Christoph (2005): Die Sprachkunst Josef Weinhebers und ihre Leser. Annäherung an die Werkgestalt in wirkungsgeschichtlicher Perspektive. Band 1: Darstellung. LIT Verlag, Wien. Hier S. 152.

⁴⁰⁴ Vgl. Reiter Andrea, 32.

⁴⁰⁵ Vgl. ebd.

⁴⁰⁶ Vgl. Fackelmann, 152.

⁴⁰⁷ Vgl. Fackelmann, 153.

Wilhelm Szabo, Imma von Bodmershof, Franz Karl Ginzkey, Josef Pfandler, Josef Marshall, Franz Kießling, Ernst Wurm oder Walter Zettl.

Es wurden nicht nur deren Werke abgedruckt, der „Eckartbote“ bot sich an als eine Diskussionsplattform oder Forum, es wurde kleine Rezensionen abgedruckt wie auch Kommentare oder Glossen.

Jedoch wurden keine Texte abgedruckt, die sich einer gewissen geschmacklichen Ideologie näherten.⁴⁰⁸

Schon in den frühen Erscheinungsjahren war eine Person inhaltlich von Wichtigkeit, Josef Weinheber. Der Wiener Weinheber war der berühmteste Lyriker mit nationalsozialistischen großdeutschen Ideologien, schon von 1931-1934 war er Mitglied der österreichischen NSDAP.

Der Dichter Weinheber wurde durch Huldigungsgedichte wie "Hymnus auf die Heimkehr", "Dem Führer" und "Ode an die Straßen Adolf Hitlers" berühmt. 1945 nahm er sich, kurz vor der Niederlage, das Leben.⁴⁰⁹

Die Gründung des ÖLM stellt eine der Folgen der größtenteils bereits wiedergewonnenen Freiheiten von Personen und Personenkreisen dar, die nach Kriegsende wegen der aktiven Teilnahme an den nationalsozialistischen Verbrechen sanktioniert wurden (sei es mittels Strafverfolgung oder durch Minimieren ihrer Bürgerrechte). Der Schutzverein und sein Sprachrohr, der „Eckartbote“, gaben diesen Gruppierungen Instrumente in die Hand, um ihre Ideologien wieder aufzunehmen und sich zu organisieren. Auch die Einbindung in Vorbereitungen zur Erstellung parteipolitischer Foren im dritten Lager ist hervorzuheben.⁴¹⁰

Von 1953 bis 1960 hieß das Organ mit vollem Titel „Eckartbote der österreichischen Landsmannschaft“, im Impressum wurde nur „Eckartbote“ angeführt.

Im Jahre 1961 wurde der Titel zu „Eckartbote deutscher Kultur- und Schutzarbeit“ geändert und bis 1970 verwendet.⁴¹¹

Bis zur Gründung des „Eckartboten“ 1953 war es nur über vereinzelte Rundbriefe möglich, den Mitgliedern des Schutzvereines Informationen zukommen zu lassen.

⁴⁰⁸ Ebd.

⁴⁰⁹ Vgl. Berger, Alfred: Josef Weinheber (1892 – 1945) In: „Kritische Ausgabe“ 2004/12: Literatur und Drittes Reich. S. 80 – 82. Hier S. 80. (Online unter: <http://www.kritische-ausgabe.de/hefte/reich/berger.pdf> 10.9.2014)

⁴¹⁰ Vgl. Fackelmann, 152.

⁴¹¹ Vgl. Fischer/Dietzel, 219 f.

In der Programmatischen Äußerung, auf der ersten Seite des ersten Ausgabe des „Eckartboten“ im Mai 1953 ging man aber einen Schritt weiter, indem man diesen Mitteilungen eine feste Abfolge gibt, sie sechsmal jährlich veröffentlichen will, dass der Umfang dieses „Eckartboten“ mindestens vier Seiten betragen solle.⁴¹²

„Der Name birgt einen Hinweis: „Der getreue Eckart“ war jahrzehntelang das Familienblatt des Deutschen Schulvereines, der Spiegel einer in Volkstum und Heimat verwurzelten Kulturgesinnung und Kulturleitung. In angemessener Zeit soll der Getreue Eckart wiedererstehen. Also setzen wir bedächtig Schritt vor Schritt: Der kleine Eckartbote, den wir ab jetzt aussenden, soll mithelfen, die Freunde zu sammeln und den Wurzelboden zu festigen, der den kommenden Eckart irgendwann einmal sicher trägt.“⁴¹³

Im Oktober 1954 erschien eine Monatszeitschrift mit dem Namen „Der getreue Eckart“, woraufhin im November 1954 vom „Eckartboten“ Stellung erklärt wurde, dass diese Zeitschrift nichts mit der Familienzeitschrift des deutschen Schulvereins Südmarks oder dem Alpenländischen Kulturverein am Hut hätte.

Die Herausgeberschaft des neuen „Der getreue Eckart“ wurde der Schriftleitung des „Eckartboten“ angeboten, jedoch aus sachlichen Gründen abgelehnt.

Im Oktober 1955 wurde vermerkt, dass ein „Deutscher Schulverein“ gegründet wurde, der jedoch nichts mit dem 1880 gegründeten „Deutschen Schulverein“ zu tun hätte. Es wurde daraufhin Beschwerde beim Verfassungsgericht eingereicht.⁴¹⁴

Es konnte trotz gründlicher Recherche keine Urheberschaft bei beiden Vorfällen herausgefunden werden.

6.5.2.2 Gestaltung

Zunächst erschien die Zeitschrift alle zwei Monate, im Jahre 1954 aber wurden elf Ausgaben pro Jahr publiziert, die Juli- und August-Ausgaben wurden ab da zusammengelegt.

⁴¹² vgl. Eckartbote 1953/5, S. 1.

⁴¹³ Ebd.

⁴¹⁴ Vgl. Eckartbote 11/1954, S. 4.

In der ersten Ausgabe des „Eckartboten“ im Mai 1953 beträgt der Umfang der Zeitschrift vier Seiten.

Am Ende der vierten Seite befindet sich der „Eckart Ratgeber“, der bereits im Vorgänger „Der getreue Eckart“ gedruckt wurde und hier nun weitergeführt wird. Die Hauptaufgabe dieser Rubrik liegt darin, praktische Tipps für die Leser anzuführen.

„Der getreue Eckart‘ hat in seinem Eckart-Ratgeber eine vorbildlich praktisch-wirtschaftliche Ergänzung. Die Anzeigen im Eckart-Ratgeber waren gleich wertvoll für den, der Gediegenes suchte, wie für den, der es in seinem Gewerbe darzubieten hatte. Auch im Eckart-Boten wollen wir ein solches Bezugsquellen-Verzeichnis des preiswert Schönen, Nützlichen und Gediegenen anlegen. Dieser erste Beginn ist freilich sehr lückenhaft. Möge jeder, dem an künftiger Lückenlosigkeit gelegen ist, das Seine dazu beitragen.“⁴¹⁵

Die Einschaltungen in dieser Rubrik sind als Kameradschaftsdienst zu sehen und deswegen kostenfrei. Hier inseriert auch die „Aula“.

Auf der ersten Seite befinden sich, neben einem Leitartikel, der den Großteil der Seite einnimmt, in einer kleinen Spalte am rechten Rand kurze Informationen zu Gedenktagen, sowie Informationen über wichtige Personen der Landsmannschaft, Gedichte oder kleine Artikel. Auch findet man hier eine (meist katholische) Graphik, von einer Kirche, eine Persönlichkeit, oder Blumen und Bäume, um die Naturverbundenheit darzustellen.

Auf den Seiten zwei bis vier wird der Text in drei Spalten gedruckt, auf der linken Spalte befinden sich Gedichte wie Erzählungen über persönliche Ereignisse.

Im zweiten Heft bekam die Gazette neue Rubriken: „Unsere Umschau“, sowie „Unsere Werkschau“. Auch findet sich auf der vierten Seite in der rechtesten Spalte die Rubrik „Unter uns“, in der Mitteilungen, die die Zeitschrift betreffen, veröffentlicht werden.

Darunter ist die Rubrik „Sehenswerte Filme“, und, neben dem Eckart-Ratgeber, werden Veranstaltungen angeführt.

Im September 1953 wird auf der zweiten Seite in der unteren Spalte eine neue Rubrik „Der Mensch im Dichter“ eingeführt, die fortlaufend mit Leseproben aus Werken heimischer Dichter gefüllt werden soll.

⁴¹⁵ O.V.: Eckart Ratgeber. In: Eckartbote 1953/5, S. 4.

Fotos finden sich in den ersten Erscheinungsjahren sehr wenige, gegen Ende 1953 werden sie dann vermehrt in die Zeitschrift miteingebunden.

In der Rubrik „Unsere Umschau“ finden sich kleine Kurzartikel, in denen Neuigkeiten aus aller Welt, aber nur wenn sie im Bezug zu dem Deutschen Volk, der deutschen Sprache oder dem deutschen Volkstum stehen, veröffentlicht werden.

In der Dezemberausgabe 1953 erscheint zum ersten Mal, neben der Rubrik „Unter Uns“, „Aus der Freundschaft“, wo befreundete und verbundene Vereine oder Blätter über ihre Tätigkeiten oder Veranstaltungen kurz informieren.

Im Jänner 1954 wird angekündigt, dass der „Eckartbote“ bald achtseitig veröffentlicht werden soll, dabei solle es auch belassen werden, damit „Der getreue Eckart“ bald wieder seinen Platz neben ihm finden kann.⁴¹⁶ Diese Erweiterung wird drei Monate später verwirklicht, begründet wird dieser Ausbau damit, dass eine gesteigerte Anzahl von Beziehern dies möglich gemacht hätte und dass vermehrt Firmen im Eckart-Ratgeber inserieren wollen würden. Ab April 1954 fällt auf, dass vermehrt Werbeinserate abgedruckt werden.

Auch wird eine neue Spalte „Der gute Dienst“ gedruckt, in der Wünsche und Anliegen von Eckartlesern veröffentlicht werden.

Immer wieder kommen Rubriken hinzu oder werden erweitert wie „Die Bunte Seite“, auf „Zwei bunten Seiten“. Später wurde dann die Rubrik durch „Kunterbunt“ abgelöst. Weitere kurzlebige Rubriken waren: „Lesestunde der Landsmannschaft“⁴¹⁷, „Kleine Lebensberichte“⁴¹⁸, „Unsere Toten“, „Empfehlenswertes aus dem Büchereinkauf“, „Was zu berichten ist“, „Briefkasten“ sowie „Von deutscher Art und Kunst“⁴¹⁹. Eine Kritik an einem Eckartartikel wurde zum ersten Mal in der Rubrik „Umschau“ im September 1955 abgedruckt.

Der Umfang des „Eckartboten“ wuchs mit der Zeit, im Jahre 1955 hatte eine Ausgabe 12 Seiten.

⁴¹⁶ Vgl. O.V.: Rückschau und Vorhaben. In: Eckartbote 1954/1, S. 4.

⁴¹⁷ Beispielsweise im Eckartboten 1954/10

⁴¹⁸ Beispielsweise im Eckartboten 1955/7-8

⁴¹⁹ Beispielsweise im Eckartboten 1955/9

6.5.2.3 Die Autorenschaft

Heinrich Zillich

Heinrich Zillich, 1898 geboren, war ein deutscher Schriftsteller, seine Texte zeigten schon vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland seine völkischen Ideologien auf.

Seine rassistischen Einstellungen bauen auch auf dem Antikommunismus auf, der dem „Untermensch-Stereotypen“ der Nationalsozialisten entsprach.

Er war Herausgeber der Zeitschrift "Südostdeutsche Vierteljahresblätter" (von 1951-57: Heimatblätter) in der er viele Artikel, Essays und Gedichten publizierte, an denen die Entnazifizierungen nach 1945 keine Spuren hinterlassen haben.⁴²⁰

Zillichs Gedichte wurden auch in „Die Lesestunde“ Festschrift der Deutschen Buch-Gemeinschaft gedruckt (galt als nationalsozialistisch). Er wird in dem Buch „Die Pennalie“ von Oskar Waas aus dem Jahre 1967 als „bedeutender Schriftsteller und Coetist“ bezeichnet.⁴²¹

Josef Nadler

Josef Nadler wurde am 23. Mai 1884 in Neudörfel (Nordböhmen) geboren und starb am 14. Jänner 1963 in Wien. Er war Professor der Deutschen Sprache und Literatur ab 4.9.1931 an der Universität Wien.⁴²² Nadler studierte in Prag an der katholischen Universität in Freiburg, war Ordinarius in der Schweiz von 1914 bis 1925 und anschließend in Königsberg von 1925 – 1931, danach kam er nach Wien.⁴²³

Nadler war noch vor dem Anschluss österreichischer Staatsbürger geworden, im Nationalsozialismus war er Mitglied im Sudetendeutschen Heimatbund, des „Reichsbundes der Deutschen Beamten“⁴²⁴ (RDB) und des „Reichsluftschutzbundes“

⁴²⁰ Vgl. Totok, William: Die Finger zu rostigen Krallen gebogen". Heinrich Zillich und die Topographie der Verdrängung. In: Zeitfelder 1933 - 1945, Halbjahresschrift für südosteuropäische Geschichte, Literatur und Politik 1993/1. S. 57 - 72. (Online unter: <http://www.halbjahresschrift.homepage.t-online.de/zill.htm#Finger> 3.4.2015)

⁴²¹ Waas, Oskar (1967): Die Pennalie. Ein Beitrag zur ihrer Geschichte. Aula-Verlag, Graz. Hier S. 401.

⁴²² Vgl. Pfefferle, 300.

⁴²³ Vgl. Weinheber, Hedwig/ Nadler, Josef (1968): Josef Weinheber und die Sprache. Schriftenreihe des Vereines „Muttersprache“, Heft 1. 2. Auflage. Verlag Verein „Muttersprache“, Wien. Hier S. 16.

⁴²⁴ Vgl. Pfefferle, 364.

(RLB). Im August 1938 wurde er Mitglied der NSDAP, in der Zeit zwischen 1938 und 1945 war er Direktor des Seminars für Deutsche Philologie.⁴²⁵

In den dreißiger Jahren war ein prominenter Vortragender an der Universität, auch während des Krieges, die Vorlesungen waren sehr beliebt unter den Studenten. Auch korrigierte er Dissertationen schnell und verhalf vielen Studenten zu Promotionen, habilitierte jedoch keinen.⁴²⁶

Nadler interessierte besonders das österreichische Volksgefüge und die österreichische Literaturgeschichte.⁴²⁷ Er veröffentlichte zahlreiche Schriften in den Jahren von 1947 bis 1962 über Johann Georg Hamann, Franz Grillparzer oder Josef Weinheber.⁴²⁸

Nadler war großer Liebhaber der Dichtkunst Josef Weinhebers. Nachdem man Weinheber am 18.3.1942 das Ehrendoktorat verliehen hatte wurde er von der Wiener Studentenschaft im Sommersemester 2014 eingeladen, Vorlesungen über die künstlerische Sprache und Sprachpflege abzuhalten, was Nadler sehr begeisterte.⁴²⁹

Nadler bekam 1960 die Adalbert-Stifter-Medaille überreicht, auch war er Mitglied der „Österreichische Akademie der Wissenschaften“ (ÖAW) (im Inland von Mai 1933 bis Mai 1934, wirkliches Mitglied von Mai 1934 bis Jänner 1963.)⁴³⁰

Er wurde am 4.8.1945 seines Amtes enthoben, gegen ihn wurde von der Zentralkommission zur Säuberung von NS-Literatur im Jahre 1949 ermittelt, er wurde von den „besonderen Listen“ nach dem Nationalsozialistengesetz 1947 entfernt.⁴³¹

Roland Timmel

Roland Timmel war ehemaliger SS-Offizier und Blutordenträger⁴³² und bekleidete auch nach dem Krieg einige führende Funktionen in einschlägigen Kreisen. Er war Ehrenvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Freiheitlichen Akademikerverbände

⁴²⁵ Vgl. ebd., 300.

⁴²⁶ Vgl. Schmidt-Dengler, Wendelin: Germanistik in Wien 1945 – 1960. In: Grandner, Margarete/ Heiss, Gernot/ Rathkolb, Oliver (Hg.) (2005): Zukunft mit Altlasten. Die Universität Wien 1945 bis 1955. StudienVerlag, Innsbruck/ Wien/ München/ Bozen. S. 211 – 235. Hier S. 212.

⁴²⁷ Vgl. Weinheber 1968, 16

⁴²⁸ Vgl. Pfefferle, 300.

⁴²⁹ Vgl. Weinheber 1968, 16.

⁴³⁰ Vgl. Pfefferle, 300.

⁴³¹ Vgl. ebd.

⁴³² Vgl. Langbein, Kurt: Methoden und Aktivitäten. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (1979): Rechtsextremismus in Österreich nach 1945. Österreichischer Bundesverlag, Wien. S. 193 – 206. Hier S. 202

Österreichs, Gründer der Freiheitlichen Akademikerverbände,⁴³³ und auch Mitglied der Burschenschaft Corps Hilaritas, sowie danach Saxonia.⁴³⁴

Timmel war auch Obmann des „Ring Volkstreuer Verbände“ (RVV), ein Verband des rechtsextremen Lagers mit deutsch-nationalem Charakter, der sich stets um die Sonnwendfeier bemühte und dafür auch jährlich ein Flugblatt als Einladung zu dieser Feier veröffentlichte. Eigentümer dieser Publikation war die Österreichische Landsmannschaft.

Er verstarb am 27.6.1977.⁴³⁵

Der „Ring volkstreuer Verbände“ galt als Dachorganisation der gesamten nazistischen Organisationen. Timmel war Obmann und auch Festredner bei der Schiller-Feier vom 17. Oktober 1959. Timmel „ein typischer Fall von ‚nationaler‘ Ämterkumulierung“⁴³⁶, war auch Obmann des Südtiroler Aktions-Komitees.

Hans Wagner, Herausgeber der Zeitung „Wegwarte“, war stellvertretender Ring-Obmann.⁴³⁷

6.5.2.4 Diskurse

Diskurs: Demokratie

Im Eckartboten finden sich sehr wenige Vorschläge für eine Förderung der Demokratie, man bezieht sich hauptsächlich auf die natürlich gewachsene Volksgemeinschaft und das Erbe des deutschen Volkes. Jedoch finden sich viele „formende“ Gedanken, also Vorschläge, die eine Gestaltung des Staates und seiner Gesellschaft forcieren.

Der Staat sei zwar für die Herstellung der sozialen Gerechtigkeit zuständig, sowie für die Förderung der Wirtschaft und der Kultur, man sieht sich aber nicht als Teil dieses Staates sondern weist auf die Notwendigkeit hin, die Gesetzesflut des Staates, der mittlerweile schon zu mächtig wurde, einzudämmen.⁴³⁸

Diskurs: Besatzung und Ost-West Konflikt

⁴³³ Vgl. Langbein, Organisationsspektrum, 137

⁴³⁴ Vgl. Weidinger, 118.

⁴³⁵ Vgl. Langbein Organisationsspektrum, 157.

⁴³⁶ Gatterer Kein Volk, S. 47.

⁴³⁷ Vgl. ebd.

⁴³⁸ Vgl. R., H.: Wir und der Staat. In: Eckartbote 1955/6, S. 1.

Zu der Besetzung und der Situation Österreichs zwischen der Sowjetunion und den USA werden erst relativ spät im Untersuchungszeitraum (Anfang 1955) Artikel im Eckartboten gedruckt.

Erst nachdem die Geheimdokumente von Jalta veröffentlicht wurden findet man zynische Artikel, die auch einzelne Pressestimmen aufweisen, wie die Haltung der „Arbeiter-Zeitung“, der „Neuen Tageszeitung“ und der „Presse“.

Man spricht sich dafür aus, solche Konferenzen nicht mehr hinter verschlossenen Türen zu halten, da dadurch die Politiker gezwungen wären, mehr Rücksicht auf Gerechtigkeit und Menschlichkeit zu nehmen.⁴³⁹

Die Zehn-Jahres-Gedenkfeier der Befreiung findet man grotesk, angesichts der Veröffentlichung der Dokumente. „Wer (...) nach der Veröffentlichung der Dokumente von Jalta die Geschichte der abgelaufenen Jahrzehnte immer nur in Weiß und Schwarz sieht, der hat keine Scham und keine Ehre im Leibe.“⁴⁴⁰

Die Besetzungssituation in Deutschland findet auch viel Aufmerksamkeit in den Artikeln, im Mai 1955 erörtert man die Lage der östlichen „Reichshälfte“ in Deutschland, da viele in die Westhälfte flüchten würden um dort ein besseres Leben führen zu können.⁴⁴¹

Diskurs: Heimatvertriebene

Die Heimatvertriebenen sind auch im Eckartboten ein wichtiges Thema.

Die heimatvertriebene „Staatsbürger“ hätten keine freundliche Aufnahme gefunden, viele würden noch in Baracken wohnen. Man drängt die politischen Verantwortungsträger und auch die Kirche dazu, den Heimatvertriebenen zu helfen.⁴⁴²

Auch im Jahre 1955 wird wieder darauf hingewiesen, dass nun schon lange eine große Ungerechtigkeit herrsche und man nach wie vor die Heimkehrer, die nach Österreich zurückkamen, schlecht behandle.

„Müssen wir etwa dafür büßen, dass wir ein Leben lang Österreichs Schild im Auslande blank erhielten? Halten es unsere Machthaber für richtig, dass die vertriebenen und heimgekehrten Landsleute, Österreicher ihres Fleisches und Blutes, für immer von der Hausratshilfe ausgeschlossen bleiben, dass sie auf keine soziale Betreuung Anspruch

⁴³⁹ Vgl. O.V.: Das Echo auf die Viehhändler-Protokolle von Jalta (Rubrik: Die bunte Seite) In: Eckartbote (1955/4), S. 4.

⁴⁴⁰ O.V.: Nach Zehn Jahren. In: Eckartbote 1955/5, S. 7.

⁴⁴¹ O.V.: Die Ostzone weint ... (Rubrik: Wir halten Umschau) In: Eckartbote 1955/9, S. 10.

⁴⁴² Vgl. Reisinger, Hermann: Kein Titel. In: Eckartbote 1953/10, S. 2 f.

erheben dürfen, keine Krankenkasse haben und keine Arbeitslosenunterstützung, (...) und nur ein paar Hundert Schilling im Monat bekommen?“⁴⁴³

Man kreidet der Regierung an, dass vertriebene Auslandsösterreicher, die zurückkehrten, nicht als Heimatvertriebene anerkannt wären und somit keine finanzielle Hilfe bekämen, man fordert Taten der Regierung und „keine schönen Worte“⁴⁴⁴.

Auch das Mitspracherecht der Heimatvertriebenen wäre zu gering, es gäbe keine Interessensvertretung im Nationalrat für diese Volksgruppe und nur einen einzigen Mandatar im oberösterreichischen Landtag.⁴⁴⁵

Man erklärt sich solidarisch mit den Heimatvertriebenen und den Kriegsgefangenen, denen, so Hermann Reisinger, viel Leid und Unrecht wiederfahren ist.⁴⁴⁶

Man weist auch darauf hin, dass die Schicksale der heimatvertriebenen Volksgruppen nicht bekannt sind, weil die Zeitungen der Heimatvertriebenen nur von Heimatvertriebenen gelesen werden würden. Deswegen wird der Leser aufgefordert, die Zeitungen „Wegwarte“, „Neuland“ und „Heimat“ zu lesen.⁴⁴⁷

Die Verbindungen zu den einzelnen „deutschen“ Volksgruppen werden hervorgehoben, beispielsweise zu den Siebenbürger Sachsen. Nach der Völkerentrechtung hat man die Furcht, dass der Brauchtum und die Tracht verloren geht, die Zusammenschließung von Heimatverbänden wäre wichtig, um an Traditionen festzuhalten.⁴⁴⁸

Der Zusammenschluss von Landsmannschaften der Heimatvertriebenen bildet bei diesem Vorhaben auch eine wichtige Instanz, sie sollen das Bild der Heimat weitertragen damit das Volkstum weiter wachsen kann.

„Die Landsmannschaften der Heimatvertriebenen sind mehr als bloße Interessensgemeinschaften, sie sind Ausdruck der sittlichen Kraft und des Bewusstseins von Gemeinschaften. Heimat nicht aufgeben.“⁴⁴⁹

⁴⁴³ O.V.: Zur Lage der rückgewanderten Auslands-Österreicher (Rubrik: Wir halten Umschau) In: Eckartbote 1955/5, S. 6.

⁴⁴⁴ O.V.: Undankbares Österreich. In: Eckartbote 1955/9, S. 3.

⁴⁴⁵ Vgl. O.V.: Kleinlicher Egoismus (Rubrik: Wir halten Umschau) In: Eckartbote 1955/11, S. 8.

⁴⁴⁶ Vgl. R., H.: Kein Stück Brot sollte uns schmecken. In: Eckartbote 1953/11, S. 1.

⁴⁴⁷ Vgl. O.V.: Kein Titel. In: Eckartbote 1953/11, S. 3.

⁴⁴⁸ Vgl. Henning, Thusnelda: Der Siebenbürger Sachsen Siedlung und Sendung. In: Eckartbote 1955/2, S. 6 ff.

⁴⁴⁹ R., H.: Die neue Aufgabe. In: Eckartbote 1955/4, S. 8 f.

Der Österreicher muss von dem Schicksal der Heimatvertriebenen wissen und ihre großen Leistungen, die sie als deutsches Volk vollbracht haben. Man weist darauf hin, auch Teil dieser gemeinsamen Heimat gewesen zu sein bis 1918, für die man bitter gekämpft und gelitten hat.⁴⁵⁰

Nach der Ratifizierung des Staatsvertrages im Mai 1955 sieht man sich im Eckartboten gezwungen, einen Appell an die Regierung zu richten: Man fordere nach wie vor die Heimholung aller volksdeutschen und österreichischen Kriegsgefangenen und Verschleppten.⁴⁵¹

Diesbezüglich wird auch erwähnt, dass man die Befreiung erst dann feiern könne, wenn jeder einzelne Heimatvertriebene wieder heimgekehrt wäre.⁴⁵²

Als Konrad Adenauer im August 1955 nach Moskau reiste wurde ihm von der Österreichischen Landsmannschaft ein Schreiben gesendet, das man auch in dem Eckartboten abdruckte. Er wäre nun für das Schicksal aller Deutschen, in Österreich, in den beiden Reichshälften (also DDR und BRD) und für Deutsche in den Ostländern zuständig.⁴⁵³

Diskurs: Südtirol

Das „Problem Südtirol“ findet oft Behandlung in den Artikeln des Eckartboten, man weist auf die politische Not im Land hin und die Trennung zu den deutschen Wurzeln.⁴⁵⁴

Im Jänner 1955 wurde begrüßt, dass im österreichischen Parlament wurde über die Südtirol-Angelegenheit offen und deutlich gesprochen wurde.

Man beanstandet die Förderung der italienischen Regierung einzelner Teile Südtirols, um damit die Volksgemeinschaft zu unterjochen. Auch kritisiert man die Nichteinhaltung der (vertraglich) garantierten Gleichberechtigung deutscher und italienischer Sprache. Weiters will man dem Zurückdrängen der deutschen Südtiroler in Ämtern, Krankenhäusern usw. Einhalt gebieten, da sie, obwohl die Zweisprachigkeit vertraglich zugesichert ist, arbeitslos sind.

⁴⁵⁰ Vgl. O.V.: Was du ererbt von deinen Vätern ... In: Eckartbote 1955/2, S. 10.

⁴⁵¹ Vgl. O.V.: Regierung, nun handle! In: Eckartbote 1955/6, S. 5.

⁴⁵² Vgl. O.V.: Wir grüßen unsere Heimkehrer und warten auf den letzten! In: Eckartbote 1955/7-8, S. 3.

⁴⁵³ Vgl. O.V.: Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer, derzeit Moskau. In: Eckartbote 1955/9, S. 2.

⁴⁵⁴ Vgl. O.V.: Kulturelle Hilfe für Südtirol. In: Eckartbote 1955/7-8, S. 4.

„Das Verhalten der demokratischen Regierung Italiens unterscheidet sich von dem der faschistischen nur durch die Art des Vorgehens, das Ziel ist das gleiche geblieben: Verwelschung so oder so!“⁴⁵⁵

Den Südtirolern steht als Angehörige des deutschen Volkes ein Recht auf ihre Muttersprache zu.

Man weist auch des Öfteren darauf hin, dass sich Italien in den Pariser Verträgen dazu verpflichtete, Südtirol Autonomie zu gewähren, aber man hätte die Autonomiestatute für Südtirol bis heute nicht erlassen.

Öffentliche Ämter in Südtirol würden hauptsächlich von Italienern bekleidet, die Krankenhausschwester hätten keine Deutschkenntnisse.

Das Rahmenabkommen in Paris besagt, Italien habe insbesondere Schulen in der Muttersprache, Gleichstellung der deutschen und italienischen Sprache, Gleichstellung bei Anstellungen usw. zu gewähren.

„Italien will aus dem Pariser Abkommen den wesentlichen Punkt nicht wahrhaben, daß nämlich Italien dazu verpflichtet ist volklichen (=ethnischen) Besitzstand Südtirols auf der Ebene von 1946 zu bewahren und nicht durch planmäßige Unterwanderung auf ‚kaltem‘ Wege zu verfälschen. Österreich ist als Vertragspartner ohne weiteres in der Lage ein Schiedsgericht zu verlangen. Es ist verpflichtet, das zugunsten der Südtiroler abgeschlossene Abkommen zu bewahren.“⁴⁵⁶

Im Eckartboten wird oft auf diese kulturellen „Missstände“ hingewiesen, auch werden Weihnachtssammlungen in der Zeitschrift angekündigt, um Buchspenden für die Südtiroler zu entrichten. Im September 1955 kündigt man an, dass die kulturelle Abtrennung zwischen den Deutschen in Österreich, den Deutschen im Reich und den Deutschen in Südtirol nicht mehr bestünde und es wieder legal wäre, sich um die Volksbrüder kulturell zu kümmern. Explizit wäre hier der Dank der Österreichischen Landsmannschaft auszusprechen.⁴⁵⁷

Auch die Rückstellungen der entzogenen Vermögenswerte betreffe die Südtiroler, deutsche Abgeordnete habe in Südtirol schon 1945 ein Memorandum an die Regierung

⁴⁵⁵ O.V.: Das unverlierbare Volkstumsrecht (Rubrik: Die bunte Seite) In: Eckartbote 1955/1, S. 5.

⁴⁵⁶ O.V.: Was Italien vertragswidrig unterlassen und verfügt hat. In: Eckartbote 1955/10, S. 4.

⁴⁵⁷ Vgl. H., Ch.: Ein Frontbericht aus Südtirol. In: Eckartbote 1955/9, S. 8.

gerichtet, um die Rückgabe der Vermögen zu fordern. Das Geld solle dafür genutzt werden, Heimatvertriebene, die ohne Hab und Gut sind, wieder anzusiedeln.⁴⁵⁸

Diskurs: Deutschtum, Heimat und Kultur

Österreich wird als Heimat bezeichnet, „deutsch“ als das Volkstum, dem man sich angehörig fühlt. Man betont immer wieder, dass man Volk und Vaterland gleichermaßen lieben würde.⁴⁵⁹

Das deutsche Volk wird als eine Schicksalsgemeinschaft dargestellt, die 1945 zerfiel. Jedoch möchte man nicht dualistisch denken in allen Bereichen, besonders nicht im völkischen Leben. Die Stärkung der völkischen Geisteshaltung wird hervorgehoben und auch als eine der Tätigkeiten des Schutzbundes genannt.

Das deutsche Volk wird als Gründer der Reichsidee dargestellt, andere Völker werden als eine Art „Bauhelfer“ gesehen um eine Gemeinschaft zu gründen, die als ‚Dritte Kraft‘ zwischen Amerika und Asien fungiert.

„Die fremden Eroberer kommen und gehen – wir gehorchen, aber wir bleiben stehen!“⁴⁶⁰

Das deutsche Volk wäre für ein vereintes Europa, jedoch möchte man gleichzeitig die natürlichen Unterschiede zwischen Volk und Volk, Rasse und Rasse hervorheben, denn eine Mischung von vielen Völkern wäre das Ende der europäischen Kultur.

Die Schutzarbeit muss für eine Pflege des Volkes eintreten, die Notwendigkeit von Familie aufzeigen, die Gleichstellung der Heimatvertriebenen mit dem deutschen Volk fördern und der sittlichen Verflachung und Überfremdung der Kultur entgegenstehen.⁴⁶¹

Auch die Bezeichnungen des Reiches werden diskutiert, das Reich wäre ab 1933 genauso wie zuvor das Deutsche Reich gewesen, nach 1938 war es das „Großdeutsche Reich“.

Im damaligen Deutschen Reich waren alle Bürger des deutschen Volke auch deutsche Staatsbürger, heute ist man in Österreich zwar deutscher Volksbürger aber österreichischer Staatsbürger. Österreich wird als deutsches Land und die Österreicher als deutsche Menschen gesehen. „Jede engere Verwendung des deutschen Land- und

⁴⁵⁸ Vgl. O.V.: Auch die Südtiroler haben Rückstellungsansprüche (Nachdruck aus: „Die Furche“ 1954/11) In: Eckartbote (1955/1), S. 6.

⁴⁵⁹ Vgl. O.V.: Klare Begriffe, klare Ziele. In: Eckartbote 1953/6, S. 2.

⁴⁶⁰ Nelböck, Fr.: Unsere drei Aufgaben. In: Eckartbote 1955/9, S. 1.

⁴⁶¹ Vgl. R., H.: Geist und Aufgaben volklicher Schutzarbeit. In: Eckartbote 1953/9, S. 1.

Volksnamens nur für die Gebiete jenseits des Inns stellt uns Österreicher außerhalb des Volkstumsbegriffes.“⁴⁶²

Akkurat würde man es empfinden, wenn man in Österreich zu den Staatsbürgern des ehemaligen Deutschen Reiches einfach wieder Reichsdeutsche sagen würde.

Die Liebe zur Heimat wäre bei jedem Österreicher tief im Herzen verankert, man müsse aber auf den Staat so wie er jetzt ist, stolz sein können und nicht auf das vergangene glorreiche Österreich, bei dem man keinen Verdienst hatte. Österreich solle zum Vorbild eines europäischen Staates werden, dazu müssen aber alle Bürger des Staates gleichberechtigt werden.⁴⁶³

Das Heil des Volkes hängt von der Gemeinschaft ab, nicht von denjenigen, die sich mit einer kämpferischen Haltung durchsetzen wollen. Man deutet auf die Wichtigkeit hin, viel zu schaffen und zu arbeiten und an diesem Ziel, dem Heil des Volkes, festzuhalten.

„Daß der einzelne Mensch den Lauf der Dinge nicht zu wenden vermag, daß auch der Veitstanz um den Götzen Organisationen ein Volksschicksal nicht wendet, wissen wird. Dennoch! Dies soll unser Stolz sein: die kleinen Pflichten gegenüber dem Leben und unserem Volke zu erfüllen, die großen finden dann gewiss von selbst ihre Erfüllung!“⁴⁶⁴

Nach Inkrafttreten des Staatsvertrages bemüht man sich eingehend, die österreichische Kultur wieder hochleben zu lassen und kritisiert die Einflüsse der Alliierten, die sich über die Jahre im Land gefestigt haben.

Besonders wird die Rückholung der Haydn-Hymne als Landeshymne gefordert, dies wäre die einzige volkstümliche Hymne und soll das fast völlig befreite Österreich nun gänzlich von Hammer und Sichel befreien.⁴⁶⁵

An einer Rechtschreibreform, die im Mai 1955 von Vertretern aus Deutschland, der Schweiz und Österreich besprochen werden sollte, hatte man wenig Interesse, man deutete zwar darauf hin, kein Gegner einer Reform zu sein, aber man würde nicht die Notwendigkeit erkennen, besonders nicht in einer Zeit wo man geistig und politisch um

⁴⁶² Bosek-Kienast, Karl: Deutschland oder Deutsches Reich? In: Eckartbote 1955/12, S. 11.

⁴⁶³ Vgl. R., H.: Friede uns selber. In: Eckartbote 1955/12, S. 2 f.

⁴⁶⁴ O.V.: Was willst du: dich einsetzen oder dich durchsetzen? (Rubrik: Wir halten Umschau) In: Eckartbote 1955/11, S. 8.

⁴⁶⁵ O.V.: Haydn-Hymne – Symbol der Freiheit! In: Eckartbote 1955/9, S. 2.

Souveränität und Selbstbehauptung kämpfen muss, und ein junger Mensch nicht mehr an seine deutschen Wurzeln denkt, sondern sich durch russische und amerikanische Angebote regelrecht verseuchen lässt. Es wäre ein schlechter Zeitpunkt, das deutsche Schrifttum als veraltet darzustellen.⁴⁶⁶

Diskurs: Krieg und Nationalsozialismus

Der Zweite Weltkrieg wird im Eckartboten auch wie in der Aula immer mit gemischter Wortwahl beschrieben. Was aber auffiel war, dass, wie auch in der Aula, der Nationalsozialismus oft als „herrsüchtige Idee“ beschrieben wird.

„Man sagt, Ideen seien unsterblich. Da dem so ist, muß jede Idee Ausdruck zumindest eines Fünkchen einer ewigen Wahrheit sein, das der Herr immer wieder aufleuchten läßt, weil eine immer wiederkehrende Notwendigkeit es erfordert. Leider aber gab es bisher immer nur herrschende Ideen und keine dienende.“⁴⁶⁷

Man sieht, dass die heimatliche Verbundenheit, das menschliche Mitgefühl viele Existenzen gerettet haben, jedoch sind viele, die sich noch nicht aus den Folgen der Schicksalsjahre herauswinden konnten, damit sind keine rassistisch verfolgten Opfer gemeint sondern vielmehr Angehörige des „deutschen“ Volkes, die durch den Befreiungskrieg vertrieben worden sind oder durch Bomben Haus und Hof verloren hatten.⁴⁶⁸

Der Wille zum Frieden sei da, er wäre sogar größer als der Widerwille gegen den Krieg. Jedoch gibt es beim Menschen einen natürlichen Kampfinstinkt, er hat in besonderen Situationen einen kämpferischen Geist beispielsweise wenn er Angst hat, Habsucht oder wenn der Selbsterhaltungszweck es verlangt. Die kämpferische Haltung des Menschen kann sich in endlose Tiraden ziehen, und drohen, auszuarten. Es wird angeführt, dass man selbst gedacht hatte, der Kampf sei die Lösung aller Dinge, das Forsche, Anpackende, das Schneidige, Angreifende. Aber man habe erkannt, dass es besser ist, das Problem schöpferisch zu lösen. „Der Kampf sei ein bequemer Ausweg.“⁴⁶⁹

⁴⁶⁶ Vgl. R., H.: Zur Reform der deutschen Rechtschreibung. In: Eckartbote 1955/1, S. 8.

⁴⁶⁷ O.V.: Ideologen oder Idealisten. In: Eckartbote 1953/6, S. 2.

⁴⁶⁸ Vgl. R., H.: Es ist soweit. In: Eckartbote 1954/3, S. 1.

⁴⁶⁹ Hofmann, W. A.: Wer soll aus dem Krieg lernen – wenn nicht wir? In: Eckartbote 1955/2, S. 1 f.

Auch werden andere Nachwirkungen des Krieges genannt, wie der Geburtenrückgang in Österreich, der in Europa im Jahre 1953 der höchste in ganz Europa sei (Die Annahme wird nicht mit einer Quelle untermauert).⁴⁷⁰

In einem anderen Artikel wird Österreich das geburtenärmste Land des Kontinents genannt, gleichzeitig merkt man an, dass die Österreich auch die Höchstzahl an unehelichen Geburten aufweist, damit würde man sich unmoralisch verhalten.⁴⁷¹

Oft wird in den Artikeln vermerkt, dass das deutsche Volk nach wie vor eine sehr wichtige Rolle in der internationalen Gemeinschaft spielt. In einem Nachdruck aus der „Aula“ kann man lesen, dass das deutsche Volk zwar es zweitgrößte Volk nach den Russen sei, aber es wäre durch die Geburtenschwäche lebensmüde geworden. Diese Lebensmüdigkeit könne aber durch ein „starkes politisches Erlebnis“ schnell vergehen, man weist diesbezüglich hin auf Deutschland im Jahre 1933 und Österreich im Jahre 1938.⁴⁷²

Auch die Landflucht wäre nach Kriegsende immer mehr geworden, viele Bauernhöfe hätten keine Hoferben mehr. Die Landflucht begründet man damit, dass immer niedrigere Löhne in den Landwirtschaften gezahlt werden und das Stadtleben einen gewissen Reiz bieten würde.⁴⁷³

Das Leben am Land wird als karg und gnadenlos dargestellt und dass das Stadtleben nicht so viele Probleme mit sich brächte. Auch wird kritisiert, dass die Menschen, die in der Stadt leben, nichts mehr von der Landwirtschaft und dem Boden der Heimat wüssten.⁴⁷⁴

Im Eckartboten kann man die Haltung zu Rasse und Volkszugehörigkeit des Öfteren in Artikeln lesen, wie beispielsweise in einer Meldung über die Besatzungskinder. Sie werden als ungewollt dargestellt, nicht jedes Soldatenkind wäre wie das andere und die Liebe wäre oft anscheinend stärker wie das nationale Ehrgefühl und das Nationalbewusstsein.

⁴⁷⁰ Vgl. O.V.: Kampf um den Volkstod. In: Eckartbote 1953/6, S. 3.

⁴⁷¹ Vgl. R., H.: Das uneheliche Kind. In: Eckartbote 1954/5, S. 5.

⁴⁷² Schneefuß, Walter: Deutsche Bestandsaufnahme 1954 (Nachdruck von Aula) In: Eckartbote 1954/7-8, S. 1.

⁴⁷³ Vgl. O.V.: Landflucht. In: Eckartbote 1954/7-8, S. 4 f.

⁴⁷⁴ Vgl. Von Bodmershof, Imma: Ein Jahr ist um. In: Eckartbote 1955/1, S. 2 f.

*„Wer aber erfreut sich über ein Mischlingskind? Scham überkommen, beim Anblick. Auch in der Demokratie und gerade in ihr darf man sich über ein zwar ungeschriebenes, aber so eindeutig und allgemein anerkanntes Blutgesetz nicht einfach hinwegsetzen.“*⁴⁷⁵

Um dies zu untermauern wird noch vorgeschlagen, dass man den farbigen Besatzungskindern eine Auswanderung schmackhaft macht, da sie in Österreich fremd wären.

Auch Ab- und Auswanderungen sind hier ein Thema, so wird die Auswanderung vieler ostdeutscher junger Männer nach Westdeutschland als negativ gesehen, da sich so ein „biologisches Ungleichgewicht“ entwickeln würde.⁴⁷⁶

Auch die Auswanderung in andere Länder wie USA, Kanada oder Australien findet man bedenklich, da nur Personen auswandern, die gesund und intelligent sind. Somit würden die Besten des deutschen Volks der Heimat den Rücken zukehren.⁴⁷⁷

Diskurs: Ungerechte Behandlung und Entnazifizierung

Verglichen zur Aula findet sich im Eckartboten eine Vielzahl an Artikeln die die NS-Gesetze und die „unfaire“ Behandlung ehemaliger Nationalsozialisten behandeln. Man dürfe kein Pauschalurteil über eine Partei machen, auch, dass die Alliierten dagegen wären, das NS-Gesetz zu lockern wäre ein Ausdruck einer politischen Lüge.

Die Fairness in der Politik wäre nicht gegeben, man würde aber an das Volk glauben und auch daran, dass diese politische Lüge nun endlich bald eine Ende findet. Der Autor erkennt in den Vorgehensweisen der Alliierten eine angenommene „Kollektivschuld“ der Österreicher.⁴⁷⁸

Auch als der Alliierte Rat zwei Gesetze zur „inneren Befriedung“ Österreichs ablehnte, gingen die Wogen hoch. Die Gesetze über die Rückgabe konfiszierter Vermögen und das Gesetz über die Zuerkennung von Pensionen ehemaliger Nationalsozialisten wären anscheinend nicht der Vorstellung der Großmächte entsprechend und die Ablehnung wäre deswegen erfolgt, weil zuerst die Opfer der NS-Zeit entschädigt werden müssten. Die Forderungen der Juden an Österreich wären aber so hoch, dass man an eine innere Befriedung hier gar nicht denken könnte. Auch wird darauf hingewiesen, dass die Juden

⁴⁷⁵ O.V.: Besatzungskinder. In: Eckartbote 1955/5, S. 2 f.

⁴⁷⁶ Vgl. O.V.: Raum ohne Manneskraft (Rubrik: Wir halten Umschau) In: Eckartbote 1955/9, S. 10.

⁴⁷⁷ Vgl. O.V.: Kein Titel (Rubrik: Die bunte Seite) In: Eckartbote 1955/1, S. 5.

⁴⁷⁸ Vgl. R., H.: Um der Gemeinschaft willen. In: Eckartbote 1954/9, S. 1.

ein reiches Volk seien und das bei den Rückstellungen berücksichtigt werden sollte. Forderungen aufgrund einer Kollektivschuld wären Rache und seien von Unrecht geleitet, Unrecht solle man nie mit Unrecht begleichen.⁴⁷⁹

Auch wenn man mit deutschen Staatsbürgern zusammenkommt dann wird in den internationalen Stimmen laut, dass man neue Anschlusskundgebungen plant und einem Neonazismus frönt.

Man vergleicht Zusammenkünfte zwischen England und den USA mit Österreich und Deutschland, denn wenn man es so halten würde wie die englischsprachige Welt, dann wäre das nicht in Ordnung. Auch vergleicht man die Situation mit dem Judentum, denn zwischen Israel und dem Weltjudentum würde auch eine enge geistige und moralische Verbindung bestehen, wenn man das als Österreicher behaupten würde, wäre das der reine Neonazismus!⁴⁸⁰

Man bezeichnet den „Nazi“ als den Prügelknaben der heutigen Zeit, man möchte nicht in einen Topf geworfen werden, die NS-Gesetzgebung wird als „Unrecht“ bezeichnet.

„Ach, der Prügelknabe unserer Zeit, der Nazi, er wird uns wohl alle und lange überleben!“⁴⁸¹

Man sieht durch die NS-Gesetzgebung die Freiheit eingeschränkt und fragt offen, wenn dieses Unrecht ein Ende habe. Die Worte „Nazi“ „Nationalsozialisten“ und „deutschnational“ werden, verglichen mit der Aula, viel öfter und schamloser verwendet. Die Verwendung der Begriffe durch politische Gegner wird kritisch beleuchtet, denn man erkennt eine falsche Verwendung und viele Unklarheiten.

„Der eine politische Führer ist zu sehr national, der andere zu wenig oder gar nicht, jener mehr freiheitlich als national, der mehr nationalen Gruppe stellt man eine mehr soziale gegenüber, und wenn man nach der Bedeutung des Wortes ‚national‘ fragt, dann kann man, im Kreise von Gesinnungsgenossen innerhalb einer Stunde erleben, wie das Wort ‚national‘ als Rechtsradikalismus verstanden wird, ein andermal dem sozialen Gedanken gegenübersteht, dann wieder diesem gleichgesetzt wird, und dann wird der

⁴⁷⁹ Vgl. O.V.: No und Njet! In: Eckartbote 1954/9, S. 6.

⁴⁸⁰ Vgl. R., H.: Das ungleiche Maß. In: Eckartbote 1954/9, S. 6.

⁴⁸¹ O.V.: Es wird Nazi geben, und mir werd'n nimmer leben! (Rubrik: Die bunte Seite) In: Eckartbote 1955/2, S. 9.

*Nationalismus für alle Geschehnisse in der nationalsozialistischen Herrschaft verantwortlich gemacht.*⁴⁸²

Auch der Ausdruck „deutschnational“ wird erörtert, auf die Entstehung des Begriffes in der Monarchie wird hingedeutet. Auch, dass es wichtig war für die deutschen Völker auf die Vertretung ihrer Volksinteressen bedacht zu sein, somit war ein nationaler Gedanke primär, besonders nach Zusammenbruch der Monarchie. Der Anschluss wäre ein Sieg für den nationalen Gedanken gewesen, doch wird auch erwähnt, dass die Durchführung dieser Idee durch das NS-Regime „den Boden des Rechtes“ verlassen hätte und somit die Gelegenheit für das deutsche Volk nun endgültig der Retter des Erdteils zu werden, versäumt.

Durch diese Vorkommnisse sieht der Autor des Artikels den nationalen Gedanken in Verruf geraten, man habe in der Landsmannschaft die Aufgabe, diese Missverständnisse aufzuräumen. Die politischen Gegner würden aufgrund ihrer Bequemlichkeit „nationaldenkende“ Menschen als Faschisten oder Neofaschisten bezeichnen.⁴⁸³

Auch die Handhabe der Mächte in Nürnberg über die deutschen Offiziere wird angesprochen, man bezeichnet die Vorgehensweise als „frevlerische Heuchelei“, auch wäre es falsch, die Deutschen in die Kerker zu stecken aufgrund ihrer „Kriegsverbrechen“.

*„Es wird Zeit, daß wir unser nationales, moralisches Selbstbewusstsein vor der Welt wiederfinden, wenn wir auch heute unter uns niemals vergessen wollen, was an Geschehen wir vor uns selber nicht rechtfertigen können.“*⁴⁸⁴

Der nationale Gedanke hätte noch nie einen Krieg heraufbeschworen, denn er würde jedes andere Volkstum anerkennen.⁴⁸⁵

Die Mitmenschen, die sich aus öffentlichen und politischen Kreisen zurückziehen und sich vor jeglicher Stellungnahme hüten, würden auf Nummer Sicher gehen. Sie wären nicht mehr an der Volksgemeinschaft interessiert, sondern wären gegenüber den politischen Geschehnissen gleichgültig. Die Personen werden Heuchler genannt, sie

⁴⁸² Berka, Günther: National? – Sie sollen es lassen Stahn! In: Eckartbote 1955/3, S. 1 f.

⁴⁸³ vgl. ebd.

⁴⁸⁴ O.V.: Zehnmal Lidice. (Rubrik: Wir halten Umschau) In: Eckartbote 1955/9, S. 10.

⁴⁸⁵ Vgl. R., H.: Wir und der Staat. In: Eckartbote 1955/6, S. 1.

würden sich scheinheilig freundlich geben und damit unehrlich gegenüber dem deutschen Volke sein.

„Die politisch Neunmalklugen wollen im Zeitalter des Fragebogens nachträglich zu unbeschriebenen Blättern werden. Sie gehen der persönlichen Entscheidung aus dem Wege und ordnen sich damit in das Kollektiv der zwischen den Gezeiten Treibenden ein.“⁴⁸⁶

Die Freiheit, seine Meinung kundzutun wäre in der heutigen Welt nicht mehr angebracht:

„Es ist typisch, dass ein politischer Publizist kürzlich eine Broschüre unter dem Titel „Das Wagnis der Freiheit“ herausgab. Wir unterstreichen die uns damit gegebene Formel: Freiheit ist Wagnis! Weil wir leben wollen, müssen wir tapfer sein. So gehört es zur Grundarbeit des Volkserziehers, den Angstkomplex durch Aussprache von Mensch zu Mensch völlig zu beseitigen.“⁴⁸⁷

Diskurs: Staatsvertrag

Wie auch in der Aula findet sich im Eckartboten die explizite Behandlung des Themas „Staatsvertrag“ erst im Jahre 1955, jedoch nicht im umfassenden Maße.

Im April 1955 wird die Realisierung des Staatsvertrages angezweifelt, man bekräftigt den Wunsch nach Souveränität und Freiheit.

Auch wird darauf hingewiesen, dass Österreich ein deutscher Staat sei und sich das auch nicht durch irgendeine Klausel im Staatsvertrag ändern ließe. Der Versuch, der politischen Gegner, den nationaldenkenden Menschen „großnationale“ (also nationalsozialistische) Einstellungen unterzujubeln wird vorausgesagt, auch dass man durch politische Fragen wie das deutsche Eigentum versucht, eine Feindlichkeit zwischen Deutschland und Österreich heraufzubeschwören. Man pocht auf die gerechte Lösung des „NS-Problems“ und fordert die Gemeinschaft auf, weiter deutsch zu denken.⁴⁸⁸

Die Neutralität ist für die Nationalen etwas, auf das man sich nicht einlassen möchte. Das wird in den Artikeln des Eckartboten oft betont. Man möchte sich nicht „verschweizern“

⁴⁸⁶ Jahn, H.E.: Angst – Heuchelei- Rückversicherung. In: Eckartbote 1955/11, S. 1.

⁴⁸⁷ Ebd.

⁴⁸⁸ Vgl. H., R.: Wach bleiben in der Pflicht! In: Eckartbote 1955/5, S. 1.

lassen, sondern die Sendung, die Österreich als deutscher Staat hat, wieder aufzunehmen.⁴⁸⁹

Neutralität sieht man als eine militärische Neutralität, die nach außen signalisieren soll, dass man in Frieden leben möchte. Jedoch betont man, sich geistig nicht neutralisieren zu wollen.⁴⁹⁰

Nach Unterzeichnung des Staatsvertrages stellt man fest, dass es in der Politik keine Verbesserung bei den Heimkehrern gegeben hätte. Besonders kreidet man der Regierung an, dass man die Kundgebungen zur Feier des Gedächtnistages der Vertriebenen verboten hätte.

Man möchte den Staatsvertrag erst würdigen, wenn der letzte Besatzungssoldat Österreich verlassen hätte und auch der letzte Kriegsgefangene wieder heimgekehrt wäre.⁴⁹¹

Das Schicksal der Heimatvertriebenen findet auch im Zuge des Staatsvertrags-Diskurs wieder seine Verwendung, besonders im Bezug auf die Menschenrechte und die nationale Selbstbestimmung.

Die „staatspolitische Umerziehung“, die auf der tagespolitischen Agenda stünde, verweigert man im Eckartbote und betont, dass man das Jahrtausend, das hinter dem deutschen Volk liegt, nicht verleugnen könne.⁴⁹²

6.6 Ergebnisse und Interpretation

6.6.1 Ergebnisse „Die Aula“

Demokratie und Staatsvertrag (ad Forschungsleitende Frage 1)

In der Aula finden sich viele Artikel, die auf eine Neugestaltung des Landes anspielen, hier werden nicht nur rein nationale oder völkische Gedanken eingebracht sondern man sieht auch beispielsweise die Notwendigkeit eines Parlaments und die Mitgliedschaft in supranationalen Organisationen, um die Wirtschaftslage Österreichs zu verbessern.

⁴⁸⁹ Vgl. O.V.: Vor und nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages. In: Eckartbote 1955/6, S. 2 f.

⁴⁹⁰ Vgl. O.V.: Minister Helmer. In: Eckartbote 1955/9, S. 2.

⁴⁹¹ Vgl. O.V.: Vor und nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages. In: Eckartbote 1955/6, S. 2 f.

⁴⁹² Vgl. R., H.: Wir und der Staat. In: Eckartbote 1955/6, S. 1.

Man weist auch des Öfteren auf positive Entwicklungen im Land hin, wie den Bau einer Autobahn oder etwaige Verbesserungen in der Einwanderungspolitik. Die Förderung der Jugend wird hier groß geschrieben, man befürchtet einen Absturz in eine Gesellschaft, die keinen demokratischen Sinn mehr hat und über kein Mitverantwortungsgefühl besitzt.

Mit den österreichischen Staatsorganen ist man, obwohl man deren Tätigkeiten als notwendig betrachtet, nicht zufrieden, da die Rolle des Staates nach wie vor zu dominierend sei und die wichtigen Entscheidungen nur von gewissen Gruppen gemacht werden. Das Parteibuch wird hier als Schlüssel zur Mitsprache gesehen.

Der Staatsvertrag wird nur wenig in den Artikeln behandelt, meistens im Bezug auf die deutsche Frage oder auf die Einschränkungen durch die Besatzungsmächte. Es werden einzelne Artikel des Vertrages kritisiert, besonders bemängelt werden die einzelnen Einschränkungen bei Einbürgerungen deutscher Staatsangehöriger in Österreich. Man befürchtet, dass der Staatsvertrag die Macht über Österreich in die Hände der Alliierten spielt. Auch nach der Unterzeichnung des Vertrages gibt es keine positiven Worte über den Staatsvertrag, vielmehr wären die vielen Beschränkungen nicht mit einer wirklichen Souveränität vereinbar.

Tarnmechanismen und Zensur (ad Forschungsleitende Frage 2)

Auffällig ist in der „Aula“, dass die meisten Autoren der Artikel mit ganzem Namen versehen werden.

Dies verbindet sich auch mit dem Umstand, dass man sich grundsätzlich wenig kriegsverherrlichender Ausschweifungen bedient, vielmehr wird darauf geachtet, dass man durch verworrene Wort- und Satzkonstruktionen eine objektive Behandlung der Themen mimt.

Auch werden in einzelnen Ausgaben Artikel gedruckt, die oberflächlich Themen behandeln wie das Bauwesen oder die Wasserkraft, hier lassen sich jedoch eindeutige ideologische Haltungen erkennen – unter dem Deckmantel eines „harmlosen“ Themas.

Krieg, Nationalsozialismus, Demagogie und Hetze (ad Forschungsleitende Frage 3)

Es fällt auf, dass in der „Aula“ ein Unterschied zwischen Krieg per se und dem Zweiten Weltkrieg gezogen wird.

Auf der einen Seite sieht man den Krieg als etwas Positives, denn er diene zur Verteidigung des (deutschen) Volksstammes. Jedoch wird auch betont, dass durch den Krieg viele Personen fallen (Krieger und Landsleute).

Das deutsche Volk wird als groß und bedeutungsvoll beschrieben, das seinen Boden verteidigen müsse – deswegen würden auf deutschem Boden immer wieder Kämpfe passieren.

Hitler hätte keine unterschiedlichen Meinungen geduldet, jedoch wird angemerkt, dass solche verschiedenen Ideologien normal wären in einem großen Reich wie dem deutschen. Mit dem Aufstieg des Nationalsozialismus wäre kein Frieden gekommen, so ist man sich in der „Aula“ einig darüber. Hitler hätte viele gute Maßnahmen gesetzt um das deutsche Volk wieder zu stärken, doch wäre ihm die Macht zu Kopf gestiegen.

Die Machtposition Hitlers und die Willkürlichkeit bei Verhaftungen werden als negativ beschrieben, auch die Konzentrationslager für politische Gegner werden erwähnt, sowie die Reichskristallnacht und die Tötung vieler Juden (wobei hier vermerkt werden muss, dass die Anführung dieser Tatsachen nur ein einziges Mal vorkam).

Der nationale Gedanke, den der Hitlerstaat versuchte durchzuführen, wird als tonangebend empfunden, die Durchführung dieser Idee wäre jedoch durch die Machtgier des NS-Regimes gescheitert. Der Zweite Weltkrieg wird regelrecht als Katastrophe bezeichnet.

Jedoch werden Personen, die sich nicht zu den Taten im Nationalsozialismus bekennen angekreidet, weil sie nicht zur Durchführung der großdeutschen Gesinnung stehen würden. Man vermerkt auch, dass es andere Möglichkeiten gegeben hätte, die „Judenfrage“ zu lösen.

Solche eindeutig deutschtümelnden Inhalte sind in der „Aula“ eine relative Seltenheit, die „großdeutsche“ Idee wird aber dennoch oft, meist subtil, in die Artikel eingebaut, offen hetzerische oder demagogische Aussagen lassen sich hingegen nicht in der „Aula“ finden. Wichtige Themen sind auch die Pflichterfüllung des deutschen Volksangehörigen gegenüber dieser Idee und die Notwendigkeit des Zusammenhalts der deutschen Gemeinschaft. Man sieht sich mit Deutschland geistig verbunden und bekämpft jegliche wirtschaftliche, geographische oder ideologische Trennung.

Die Autoren sehen sich als deutsche Volksangehörige und verbieten sich jegliche Auffassung, dass die Österreicher eine Mischung aus verschiedenen Rassen und Völkern

seien. Es wird auch darauf hingewiesen, dass nicht nur die „alten Nationalen“ das Deutschtum fördern würden sondern diese Einstellungen sich in weiten Kreisen der österreichischen Bevölkerung befänden. An solchen Anführungen kann man die grundsätzlich positive Haltung gegenüber der „großdeutschen Idee“ erkennen, jedoch merkt man immer wieder an, dass die Durchführung der Idee (der Nationalsozialismus) eine schlechte war.

Ungerechte Behandlung und Entnazifizierung (ad Forschungsleitende Frage 4)

Die „unfaire“ Verfolgung von ehemaligen Nationalsozialisten wird nur sehr subtil behandelt, man kritisiert Strafgesetze, durch die Personen als vorbestraft gelten würden, wo eigentlich ein „Denkzettel“ gereicht hätte.

Besonders in Verbindung zum Staatsvertrag kann man die Kritik an der „Strafverfolgung“ erkennen, man weist darauf hin, dass eine äußere Freiheit Österreichs nicht bedeutet, dass man im Land auch „frei“ sein könne, besonders wenn noch Ausnahmegesetze verankert wären, die gegen die Grundrechte in der Verfassung verstoßen würden. Hier wird besonders Bezug die Degradierung ehemaliger Nationalsozialisten angeführt, weil man sie aufgrund ihrer Parteizugehörigkeit als minderwertig betrachten würde und bei allen Mitgliedern der NSDAP gleich annehmen würde, dass sie etwas Unrechtes getan hätten. Besonders Helfried Pfeifer beleuchtet des Öfteren die unterschiedliche Behandlung, auch das entzogene Vermögen der Amnestierten wird als unrecht betrachtet, sowie die „unfaire“ Behandlung deutschen Heimatvertriebenen, denen das Recht auf Heimat nicht zugestanden werden würde. Auf die konkreten Entnazifizierungsmaßnahmen wird kein Bezug genommen.

Nachkriegszeit und Besatzung (ad Forschungsleitende Frage 5)

Artikel über die Nachwirkungen des Krieges behandeln zumeist das „Aussterben des deutschen Volkes“, damit ist die reduzierte Geburtenrate nach dem Krieg gemeint. Des Öfteren vergleicht man die Geburtenrate Österreichs mit den anderen Ländern, hierzu werden Zahlen angeführt, ohne jegliche Quellenangaben. Auch die Wohnungsnot in den Städten, besonders in Wien, wird erörtert, hier werden auch oft die Missstände aufgrund fehlender Reformen der Mieterschutzgesetze genannt.

Zahlenangaben zu verschiedenen Themen wie Opferzahlen (wobei hier vermerkt werden muss, dass in den Artikeln von politisch und rassistisch Verfolgen nie die Rede ist), wirken sehr willkürlich und ohne jeglichen Realitätsbezug.

Interessant ist, dass sich die Haltung zu den USA und der Sowjetunion immer wieder änderte, je nach den gesetzten Handlungen der Besatzungsmächte bzw. die Auslegung der Artikelverfasser über alliierte Maßnahmen.

So werden die Amerikaner einerseits kritisiert, dass sie den Frieden nur mittels Waffengewalt und dem Dollar sichern wollen, bei einem möglichen Krieg zwischen den USA und Sowjetunion, der auch immer wieder angesprochen wird, wäre auf jeden Fall die USA schuld. Nachdem die BRD der NATO beigetreten war, wurde die USA kritisiert, dies nur forciert zu haben, damit Deutschland nicht wieder zu einer Gefahr werden würde. Ende des Jahres 1953 kann man teilweise eine negative Haltung gegenüber der Sowjetunion erkennen, auch wird angemerkt, dass die Besatzungsmächte nur mehr an den eigenen politischen Plänen interessiert wären und diese in den Besatzungszonen durchsetzen wollen.

Russland wird zwar immer noch auf der einen Seite als „freundlich“ gesehen, besonders als Kriegsgefangene vermehrt amnestiert und die Zensur aufgehoben wurde. Jedoch weist man darauf hin, sich dem Umstand bewusst zu sein, neben der deutschen Frage auf internationaler Ebene die zweite Geige zu spielen.

Nachdem der Kalte Krieg fortgeschritten war wurde in den Artikeln deutlich, dass sich das politische Blatt gewendet hatte und Amerika der Sowjetunion Einhalt gebieten müsse, da man in Europa „zu schwach“ sei.

Immer wieder wird auch auf die „Reichsteilung“ in Deutschland eingegangen, besonders im wirtschaftlichen Sinn – man befürchtet einen Wirtschaftsrückgang im Osten aufgrund der sowjetischen Machthabe.

6.6.2 Ergebnisse „Der Eckartbote“

Demokratie und Staatsvertrag (ad Forschungsleitende Frage 1)

Eine Förderung der Demokratie⁴⁹³ wird im „Eckartboten“ nicht in die Artikel eingebaut, der Fokus hier liegt auf dem natürlichen Wachstum der Volksgemeinschaft und vor allem der „großdeutschen Idee“ als Grundbaustein für das deutsche Volk.

Man sieht sich nicht als Teil des Staates, der für die Herstellung der sozialen Gerechtigkeit zuständig ist, sondern vielmehr als eine Instanz, die dem mächtigen Staat Einhalt gebieten muss in der Willkür und der Gesetzesflut.

Auch der Staatsvertrag wird nur in wenigen Artikeln und spät im Untersuchungszeitraum (April 1955) behandelt.

Hier wird vor allem bekräftigt, dass man nationaldenkenden Menschen sofort nationalsozialistische Einstellungen anhängt, man sich seiner deutschen Wurzeln aber absolut nicht entledigen möchte, auch wenn das im Staatsvertrag forciert wird. Auch weist man darauf hin, dass man das „NS-Problem“ bald gelöst haben möchte.

Die Neutralität ist hier ein wichtiger Punkt, im „Eckartboten“ ist man gänzlich gegen eine Neutralisierung Österreichs, hier ist vor allem der kriegerische Gedanke des deutschen Volkes präsent, sowie die positive Haltung zum Krieg als Durchsetzungsmöglichkeit der großdeutschen Idee.

Das Schicksal der Heimatvertriebenen, dem prinzipiell viel Raum in den Artikeln eingeräumt wird, will man ein Ende bereiten und hofft diesbezüglich auf Taten der Regierung und weist auf die Einhaltung der, im Staatsvertrag verankerten, Menschenrechte hin.

Klar wird deutlich, dass man sich mehr Mitbestimmung in der politischen Agenda wünscht und die „politische Umerziehung“ der führenden Politik ablehnt.

Tarnmechanismen und Zensur (ad Forschungsleitende Frage 2)

Verglichen zur „Aula“ ist der Eckartbote in der Verwendung von Tarnmechanismen um einiges emsiger. Viele Artikel werden nicht versehen mit dem vollen Namen des Autors, sondern mit den jeweiligen Abkürzungen der Namen.

Die meisten Artikel wurden mit H.R. gekennzeichnet, es wird die Vermutung angestellt, dass es sich hier um einen Gründer des Eckartboten, Hermann Reisinger handelt. Nur ein einziger Artikel Reisingers wurde, kurz nach Entstehung des „Eckartboten“, auch mit seinem vollen Namen versehen.

⁴⁹³ Zur Demokratieauffassung siehe Punkt 6.5.1.4.

Zudem werden einzelne Glossen oder kleine Wortmeldungen gedruckt, ohne einen Namensvermerk. Prinzipiell macht die Zeitschrift den Eindruck, verglichen zur Aula, nur als Sprachrohr für Mitglieder der „Österreichischen Landsmannschaft“ zu fungieren, es werden tendenziell wenig Informationen zu Ereignissen gedruckt, vielmehr wird auf die Volksgemeinschaft eingegangen und der völkische Gedanke immer wieder eingebaut in den Artikeln, teilweise auch sehr direkt und ohne Umschweife.

Krieg, Nationalsozialismus, Demagogie und Hetze (ad Forschungsleitende Frage 3)

Der Krieg wird, wie auch in der „Aula“ unterschiedlich beschrieben, wobei man generell den Krieg als etwas Positives sieht und den Nationalsozialismus als eine „herrschtüchtige Idee“ betitelt. Doch werden auch negative Folgen eines Krieges, wie die vielen (deutschen) Opfer, die durch die Befreiungskriege vertrieben wurden, vermerkt. Auf politisch Verfolgte oder Opfer des Rassismus wird nicht eingegangen.

Der Mensch hat, in der Auffassung des „Eckartbote“, einen natürlichen Kampfinstinkt, den er in wichtigen Situationen einsetzt um sein Hab und Gut zu verteidigen. Gleichzeitig wird aber angemerkt, dass der Kampf auch ausarten kann und ein Krieg nicht der einzige Ausweg ist.

Angenommen wird hier, dass der Verfasser des Artikels nicht den Krieg, den die Nationalsozialisten führten, meint, sondern vielmehr den Befreiungskrieg und Kalten Krieg, also den Krieg rein im Bezug auf die Großmächte.

Nach Inkrafttreten des Staatsvertrages bemüht man sich eingehend, die österreichische Kultur wieder hochleben zu lassen und kritisiert die Einflüsse der Alliierten, die sich über die Jahre im Land gefestigt haben.

Die Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes wäre 1945 zerfallen, die deutsche Schutzarbeit müsse den Zusammenhalt des deutschen Volkes wieder aufbauen und dafür sorgen, dass auch die zukünftige Generation sich ihrer Wurzeln besinnt.

Ein europäischer Gedanke wird auch im „Eckartboten“ getragen, jedoch wird oft darauf verwiesen, dass man wohl auf Volksunterschiede und Rassenunterschiede achten möchte.

Die Beziehung zu Deutschland sieht man als natürlich und möchte auch durch den Schutzbund weiter die geistige Verbindung zu Deutschland forcieren. Der Reichsgedanke wird auch hier oft eingebaut, man sieht die Notwendigkeit einer großen „Bauidee“ für

jedes Volk, das Großdeutsche Reich wäre nicht viel anders gewesen als eine Vereinigung der Europäischen Staaten, die man heute anstrebt.

Das deutsche Volk ist der Träger dieser Reichsidee und will sie wieder verwirklichen. Man will kulturelle Verflachung durch die Besatzungsmächte eindämmen und wieder eine deutsche Kultur verbreitet sehen, was man auch als Tätigkeit des Schutzbundes sieht. Es lassen sich, durch das häufige Erwähnen des Reichsgedanken und der großdeutschen Idee, nach wie vor nationalsozialistische Ideologien im „Eckartboten“ erkennen. Man bedient sich zwar nicht offen hetzerischer oder demagogischer Ausdrücke, doch kann man eine klare Geisteshaltung erkennen, die mit subtilen Satzkonstruktionen und durch das Anführen von unrühmlichen Gegebenheiten der NS-Zeit, unauffällig verpackt wird.

Ungerechte Behandlung und Entnazifizierung (ad Forschungsleitende Frage 4)

Im „Eckartboten“ finden sich einige Artikel, die die NS-Gesetze und die „unfaire“ Behandlung der „Ehemaligen“ kritisieren.

Hier wird diesbezüglich immer wieder darauf hingewiesen, dass man nicht alle Personen mit nationaler Einstellung über einen Kamm scheren kann, die „Kollektivschuld“, die man von den Alliierten zugeschoben bekommt würde nicht der Wahrheit entsprechen.

Als Gesetze über die Rückgabe konfiszierter Vermögen und der Zuerkennung von Pensionen ehemaliger Nationalsozialisten dem Alliierten Rat vorgelegt und von ihm abgelehnt wurden, empörte man sich über diese Vorgehensweise und merkt zynisch an, dass diese Ablehnung erfolgt wäre, weil die Opfer der NS-Zeit zuerst entschädigt werden müssten. Angesichts dessen, dass die Juden ein reiches Volk seien wären die Entschädigungsforderungen viel zu hoch gegriffen.

Grundsätzlich kann man erkennen, dass sich die Autoren der „Eckartboten“-Artikel nachteilig behandelt fühlen, besonders hinsichtlich der Beziehung zu Deutschland. Der Vorwurf, man würde einem Neonazismus frönen, nur weil man eine Zusammenkunft mit deutschen Volksangehörigen hält.

Man verwendet offen die Wörter „Nationalsozialistisch“, „Nazi“ und „deutschnational“, meist in zynischer Art und Weise. Damit will man offensichtlich die Verwendung der Wörter durch die politischen Gegner bekritteln.

Durch die „schlechte“ Durchführung der deutschnationalen Idee im Zweiten Weltkrieg wäre der nationale Gedanke in Verruf geraten, was sich die politischen Mächten nun zu Nutze machen würden.

Die Verurteilungen in Nürnberg werden als Frevel bezeichnet, man lehnt grundsätzlich jegliche Bestrafung der Deutschen ab.

Wie auch in der „Aula“ werden Personen, die sich nicht zu ihren nationalen Wurzeln bekennen, als Heuchler und unehrlich dargestellt.

Nachkriegszeit und Besatzung (ad Forschungsleitende Frage 5)

Die Nachwirkungen des Krieges, die in den Artikeln behandelt werden sind meist die Landflucht, die Abwanderung der deutschen Volksangehörigen in andere Länder und der Geburtenrückgang. Hier werden auch Zahlen genannt, ohne Quellenverweis.

Diese Geburtenschwäche wird oft verbunden mit der Kraftlosigkeit des deutschen Volkes durch die Geschehnisse, die die großdeutsche Idee zu schwächen versuchten.

Jedoch wird aber der Wille betont, durch ein „starkes politisches“ Erlebnis wieder Kraft tanken zu wollen, und dass das deutsche Volk dies schon durch die Ereignisse im Jahre 1938 gezeigt hätte.

Hier wird wieder klar ein subtiler Hinweis auf den Anschluss deutlich, der sich in vielen Artikeln fand und eine klare nationalsozialistische Ideologie aufweist. Auch ein Artikel über Besatzungskinder zeigt offen die rassistische Haltung der Artikelverfasser im „Eckartboten“, man dürfe sich auch nicht in einer Demokratie über natürliche Blutgesetze hinwegsetzen.

Die Besatzung wird in den Artikeln kaum behandelt, vielmehr geht man auf die Situation in der DDR und der BDR ein und bekrittelt eine Abwanderung des Ostens in den Westen, was für ein biologisches Ungleichgewicht sorgen würde. Deutschland wird in den Artikeln immer wieder als Deutsches Reich bezeichnet, die DDR und die BDR als Ost- und Westhälfte des Reiches.

Die Konferenz von Jalta sieht man, nachdem die Geheimdokumente über die Konferenz veröffentlicht wurden, als ein unfaires Machtspiel, bei dem die normalen Bürger kein Wort mitzureden hatten.

6.6.3 Interpretation

Die „Aula“ zeigt im Untersuchungszeitraum von 1952 bis 1955 zwar eine eindeutige Ideologie auf, nämlich das Weiterforcieren der deutschen Idee, jedoch wird in den

Artikeln viel Bezug auf politische Gegebenheiten genommen und nicht nur die völkische Idee verbreitet.

Verglichen zum „Eckartboten“ kann man einen höheren weltpolitischen Bezug erkennen, im „Eckartboten“ wird meist der völkische Aspekt der Gemeinschaft behandelt, was sich im Abdruck vieler Gedichte sowie Berichten aus dem ländlichen Bereich zeigt.

Dieser Umstand lässt sich besonders bei der Beantwortung der forschungsleitenden Frage 1 erkennen, in der „Aula“ wird vermehrt Bezug genommen auf die Maßnahmen des Staates zur Errichtung eines demokratischen Systems, wogegen man im „Eckartboten“ kaum Bezug nimmt auf potentiell positive Errungenschaften, vielmehr werden viele Aspekte der staatlichen Kontrolle kritisiert so wie der Mangel an Mitsprachrecht der Bürger. Auch werden die politischen Umstände in der „Aula“ teilweise seitenlang behandelt, wobei im „Eckartboten“ die Länge der Artikel vergleichsweise kurz ist, besonders am Anfang des Erscheinens.

Die Wortwahl in den beiden Gazetten ist relativ unterschiedlich, in der „Aula“ werden zwar immer wieder subtile Andeutungen gemacht, was auf gewisse Ideologien der Autoren hindeutet, der „Eckartbote“ bedient sich einer viel deutlicheren Sprache, besonders im Hinblick auf den Nationalsozialismus, dem Dritten Reich sowie die Rassenhygiene und das „deutschen Erbe“.

Dies schlägt sich vermutlich auch in den Tarnmechanismen der beiden Zeitschriften nieder, in der „Aula“ finden sich nur wenige Hinweise darauf, dass man die Verfasser unkenntlich machen wollte wobei im „Eckartboten“ viele Artikel ohne Autoren gedruckt werden, oder nur ein abgekürzter Namen angeführt wird.

Im „Eckartboten“ wird deutlich, dass der landsmannschaftliche Gedanke und die Schutzarbeit der „Österreichischen Landsmannschaft“ eine große Rolle spielt, man sieht sich als ein Sprachrohr einer deutschen Gemeinschaft, die mit vielen Ungerechtigkeiten konfrontiert wird und sich zusammenschließen muss um die „großdeutsche Sendung“ wahrnehmen zu können. Nach Durchsicht der Artikel wird klar, dass sich die Autoren des „Eckartboten“ das Wiederbeleben des Deutschen Reiches wünschen, dies wird immer wieder bekräftigt.

Aufgrund der Verbindung der „Aula“ zum korporierten Studentenwesen und den Burschenschaften lässt sich eine andere Formulierung dieser Wünsche erkennen, man verzichtet auf Direktheit und verpackt den Wunsch einer deutschen Gemeinschaft in subtilere Satzkonstruktionen. Man war sich hier durchaus bewusst, wie man sich zu

artikulieren hatte, um auch in der politischen Landschaft Österreichs zumindest ideologisch mitmischen zu können.

Im Hinblick auf den Staatsvertrag führen beide Gazetten die gleichen Argumente an, man ist einerseits unzufrieden, dass nach wie vor Ausnahmegesetze aktiv wären, die ehemalige Nationalsozialisten degradieren, andererseits betont man auch die Angst vor einer Machtübernahme durch die Besatzungsmächte, dies spiegelt sich in der Ablehnung der Neutralität, besonders im „Eckartboten“ wider.

Die Haltungen zu der USA und der Sowjetunion ist sehr unterschiedlich und hängt von den getätigten Maßnahmen der Besatzungsmächte ab, auch auf internationaler Ebene. Mit der Zeit lässt sich jedoch verstärkt eine ablehnende Haltung gegenüber der Sowjetunion erkennen.

Auf konkrete Entnazifizierungsmaßnahmen wurde von beiden Zeitschriften wenig in den Artikeln eingegangen, jedoch werden die Folgen der Maßnahmen, wie Enteignungen und gesellschaftliche Degradierung der „Ehemaligen“ eingebaut.

7 Conclusio

Anhand der Analyse wird eines ganz klar deutlich:

Nach dem Krieg verwurzelten sich die neonazistischen Tendenzen vermehrt in den gesellschaftlichen Bereichen, in der Politik und auch in den einschlägigen Druckerzeugnissen. Das ideologische Fundament der nationalsozialistischen Kreise war ungebrochen, man empfand den Misserfolg des NS-Regimes nur als gescheiterten Versuch, das Deutsche Reich wieder zusammenzuschließen.

Die „Unschuld“ Österreichs, getragen von den alliierten Besatzungsmächten und den staatlichen Kräften in Österreich, hatte einen immensen Einfluss auf die Selbstwahrnehmung der Autoren in den Zeitschriften „Der Eckartbote“ und „Die Aula“, wieso sollte man für etwas büßen, was man selbst nicht angefangen oder mitgetragen hatte? Hier wird besonders die Diskrepanz deutlich bei der Auffassung des Nationalsozialismus und der Auffassung der „großdeutschen Idee“, von der man immer wieder in den Artikeln liest.

Der Nationalsozialismus als Krieg wird oft als etwas Negatives bzw. als eine schlechte Durchführung einer „guten Idee“ dargestellt, diese Idee wird als etwas behandelt, das über dem NS-Regime steht, und einer anderen Durchführung bedarf.

Im „Eckartboten“ scheute man sich nicht davor, diesen Wunsch auch mit antisemitischen Kommentaren zu versehen was eine Kontinuität nationalsozialistischer Gesinnungen verdeutlicht.

Auch anhand der vorgestellten Portraits der einzelnen Autoren der „Aula“ und des „Eckartboten“ kann das Fortleben einschlägiger Weltanschauungen erkannt werden, diese Personen, viele im korporierten Bereich und durchaus auch in höheren Positionen als Universitätsprofessor, Arzt, Richter oder auch Nationalratsabgeordneter tätig, waren offenkundige Nationalsozialisten, die trotz (laschen) Entnazifizierungsmaßnahmen weiterhin ihrer ideologischen Gesinnung frönen konnten und im politischen und gesellschaftlichen System integriert wurden. Hier muss angemerkt werden, dass man sich zwar nicht hetzerischen oder propagandistischen Äußerungen bediente, doch war das Tanzen um den heißen Brei auch eine Notwendigkeit, um freiheitliche Gedanken auch publizieren zu können.

Die Leser der Gazetten wussten genau, um was es sich bei den Inhalten der Artikel handelte, da brauchte es keine demagogische Wortwahl und keine Hetze. Die Zeitschriften wurden zudem auch als Plattform genutzt, um sich untereinander zu vernetzen und um die deutsche Volksgemeinschaft wieder zu stärken.

Der Traum der übergroßen deutschen, natürlich gewachsenen und blutreinen Gemeinschaft, die auf deutschem Boden endlich ihre Heimat finden soll, war noch nicht mit dem Ende des Krieges gestorben.

Im späteren Verlauf, als sich der Abschluss des Staatsvertrages immer mehr abzeichnete, waren auch die Strafmaßnahmen der Alliierten gegenüber den deutschtümelnden Neonazisten einer Gleichgültigkeit gewichen, man konzentrierte sich darauf, die gefürchtete Machtübernahme der Sowjetunion zu unterbinden.

Angesichts dieses Kalten Krieges, den gelockerten und anschließend beendeten Entnazifizierungsmaßnahmen sowie der Machthunger der österreichischen Parteien und dem Verschleiern neonazistischer Tendenzen auf außenpolitischer Ebene war es kein Wunder, dass sich solche rechtsextremen Tendenzen, die man auch noch heutzutage zur Genüge in (nicht nur in) Österreich vorfindet, bilden konnten.

8 Literaturverzeichnis

Bailer, Brigitte (1993): Wiedergutmachung kein Thema. Österreich und die Opfer des Nationalsozialismus. Löcker, Wien.

Bailer, Brigitte/ Neugebauer, Wolfgang: Abriß der Entwicklung des Rechtsextremismus in Österreich. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.) (1993): Handbuch des ö. Rechtsextremismus. 2. Auflage. Deuticke, Wien. S. 97 – 101.

Brückner, Wolfgang (1998): „Arbeit macht frei“. Herkunft und Hintergrund der KZ-Devise. Otto-von-Freising-Vorlesungen an der Katholischen Universität Eichstätt. Band 13. Leske + Budrich, Opladen.

Benz, Wolfgang (Hg.) (2013): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Gegenwart und Geschichte. Band 6: Publikationen. De Gruyter, Berlin/ Boston.

Csáky, Eva-Marie (1980): Der Weg zu Freiheit und Neutralität. Dokumentation zur österreichischen Außenpolitik 1945-1955. Braumüller, Wien.

Dachs, Herbert: Die Entnazifizierung in der Salzburger Presse. In: Weinzierl, Erika/ Stadler, Karl R. (Hg.) (1977): Justiz und Zeitgeschichte. Veröffentlichung des Ludwig-Boltzmann-Institutes für Geschichte der Gesellschaftswissenschaft. Wien/ Salzburg. S. 227 – 247.

Dohle, Oskar/ Mitterecker, Thomas (Hg.) (2014): Salzburg im Ersten Weltkrieg. Fernab der Front – Dennoch im Krieg. Böhlau, Wien/ Köln/ Weimar.

Drews, Axel/Gerhard, Ute/Link, Jürgen: Kollektivsymbole. Eine diskurstheoretisch orientierte Einführung mit Auswahlbibliographie (Teil I) In: „Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur“ (IASL) 1985/1 Sonderheft: Forschungsreferate. Tübingen. S. 265 - 375.

Dusek, Peter/ Weinzierl, Erika/ Pelinka, Anton (1995): Zeitgeschichte im Aufriß. Österreich von 1918 bis in die achtziger Jahre. TR-Verlagsunion, Wien.

Dvorak, Helge (2006): Biographisches Lexikon der Deutschen Burschenschaften. Band 1: Politiker. Universitätsverlag Winter, Heidelberg.

Dworczak, Hermann: Neuformierung und Entwicklung des Rechtsextremismus nach 1945. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (1981): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. 5. Auflage. Österreichischer Bundesverlag, Wien. S. 139 – 149.

Fackelmann, Christoph (2005): Die Sprachkunst Josef Weinhebers und ihre Leser. Annäherung an die Werkgestalt in wirkungsgeschichtlicher Perspektive. Band 1: Darstellung. LIT Verlag, Wien.

Figl, Leopold: Österreich kämpft um den Staatsvertrag. Politische Zeitprobleme, 1947/20. Österreichischer Verlag, Druck- und Verlagsgesellschaft. Wien.

Fischer, Bernhard/ Dietzel, Thomas (1992): Deutsche Literarische Zeitschriften 1945-1970. Ein Repertorium. Band 1. De Gruyter Saur, München, New York, Paris.

Fischer, André (2012): Zwischen Zeugnis und Zeitgeist. Die politische Theologie von Paul Althaus in der Weimarer Republik. Vandenhoeck & Rupprecht, Göttingen.

Forster, David (2001): „Wiedergutmachung“ in der BRD und in Österreich im Vergleich. StudienVerlag, Innsbruck/ Wien/ München.

Foucault, Michel (1981): Archäologie des Wissens. Suhrkamp, Frankfurt.

Gatterer, Claus: Kein Volk, kein Reich und viele Führer. Die österreichischen Neonazi und ihre Auslandsverbindungen. In: FORVM Heft 74, 2/1960.

Gatterer, Claus: Kein Volk, kein Reich und viele Führer (II). Die österreichischen Neonazi und ihre Publikationen. In: FORVM Heft 75, 3/1960.

Grigat, Stephan: Transformation der postnazistischen Demokratie – Postfaschismus als Begriff der Kritik. In: Grigat, Stephan (2003): Transformation des Postnazismus. Der deutsch-österreichische Weg zum demokratischen Faschismus. ça ira-Verlag, Freiburg. S. 9 – 16.

Hartung, Günter: Völkische Ideologie. In: Puschner, Uwe (Hg.) (1996): Handbuch zur „Völkischen Bewegung“ 1871–1918. Saur, München. S. 22 – 41.

Hausjell, Friedrich: Die mangelnde Bewältigung des Vergangenen. Zur Entnazifizierung und zum Umgang von Journalistinnen und Journalisten mit der nationalsozialistischen Vergangenheit nach 1945. In: Fabris, Hans Heinz/ Hausjell, Friedrich (Hg.) (1991): Die Vierte Macht. Zu Geschichte und Kultur des Journalismus in Österreich seit 1945. Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik. Band 53. Verlag für Gesellschaftskritik, Wien. S. 29 – 50.

Hausjell, Friedrich (1989): Journalisten gegen Demokratie oder Faschismus. Eine kollektiv-biographische Analyse der beruflichen und politischen Herkunft der österreichischen Tageszeitungsjournalisten am Beginn der Zweiten Republik (1945 – 1947). Lang, Frankfurt/ New York/ Paris.

Helmer, Oskar (1957): 50 Jahre erlebte Geschichte. Wiener Volksbuchhandlung, Wien.

Hilberg, Raul (1982): Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust. Verlag Olle & Wolter, Berlin.

Holzer, Willibald I.: Neonazismus, Neofaschismus, angepaßter Faschismus. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (1981): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. 5. Auflage. Österreichischer Bundesverlag, Wien. S. 13 – 18.

Höbelt, Lothar (1999): Von der Vierten Partei zur Dritten Kraft. Die Geschichte des VdU. Leopold Stocker Verlag, Graz/ Stuttgart.

Jagschitz, Gerhard: Regierungs- und Verwaltungsaufbau in Österreich 1945 im Spannungsfeld sowjetischer Besatzung. In: Hilger, Andreas/ Schmeitzner, Mike/ Vollnhals, Gerhard (2006): Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945 – 1955. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen. S. 367 – 416.

Jarren, Otfried/ Donges, Patrick (2006): Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung. 2. Auflage. VS-Verlag, Wiesbaden.

Jäger, Siegfried (1992): BrandSätze. Rassismus im Alltag. 2. Auflage. Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung, Duisburg.

Jäger, Margret/ Jäger, Siegfried (Hg.) (1996): Baustellen. Beiträge zur Diskursgeschichte deutscher Gegenwart. Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung, Duisburg.

Jäger, Siegfried (1999): Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. 2. Auflage. Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung, Duisburg.

Jäger, Siegfried (2004): Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. Band 3. 4. Auflage. Unrast-Verlag, Münster.

Jontes, Günther/ Schilhan Günther (2007): Vom Anschluss bis zum Staatsvertrag. Die Steiermark 1938-1955. Akademische Druck- und Verlagsanstalt, Graz.

Josef, Markus: Die Strafverfolgung von nationalsozialistischen Gewaltverbrechen und die völkerrechtliche Verantwortung Österreichs. In: Meissl, Sebastian/ Mulley, Klaus-Dieter/ Rathkolb, Oliver (1986): Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945 – 1955. Verlag für Geschichte und Politik, Wien. S. 137 – 149.

Karner, Stefan (2005): Die Steiermark im 20. Jahrhundert. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur. Styria, Graz/ Wien/ Köln.

Keller, Reiner (2007): Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen. 3. Auflage. VS-Verlag, Wiesbaden.

Kennedy, Michael (2002): Cultural Formations of Postcommunism. Emancipation, Transition, Nation, and War. University of Minnesota Press, Minneapolis.

Kienzle, Michael: Logophobie, Zensur und Selbstzensur in der BRD. Ein geschichtlicher Abriß. In: Kienzle, Michael/ Mende, Dirk (Hg.) (1980): Zensur in der Bundesrepublik. Hanser, München/ Wien. S. 14 - 50.

Knight, Robert (2000): „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen.“ Böhlau Verlag, Wien/ Köln/ Weimar.

Kubik, Jan: Kulturtheoretische Ansätze. In: Kollmorgen, Raj/ Merkel, Wolfgang/ Wagener, Hans-Jürgen (Hg.) (2015): Handbuch Transformationsforschung. Springer VS, Wiesbaden. S. 111 – 124.

Langbein, Kurt: Das Organisationsspektrum. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (1979): Rechtsextremismus in Österreich nach 1945. Österreichischer Bundesverlag, Wien. S. 128 – 172.

Langbein, Kurt: Methoden und Aktivitäten. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (1979): Rechtsextremismus in Österreich nach 1945. Österreichischer Bundesverlag, Wien. S. 193 – 206.

Libertas, Wiener akad. B! (Verf.: Hermann Peters und Fritz Franke) (1967): Libertas. Die Geschichte einer Wiener Burschenschaft. Band 3. Eigenverlag, Wien.

Link, Jürgen: Kollektivsymbolik und Mediendiskurse. In: „kulturRRevolution“ 1982/1. S. 6 - 21.

Luther, Kurt Richart: Die Freiheitlichen (F). In: Gerlich, Peter/ Gottweis, Herbert, Dachs, Herbert (Hg.) (1997): Handbuch des politischen Systems Österreich. Manz'sche, Wien. S. 286 – 303.

Maleta, Alfred (1948): Die Amnestie für Nationalsozialisten. Ein Erfolg der Österreichischen Volkspartei. Politische Zeitprobleme, 1948/ Heft 26. Österreichischer Verlag, Druck- und Verlagsgesellschaft, Wien.

Marcinkowski, Frank (1993): Publizistik als autopoietisches System. Politik und Massenmedien. Eine systemtheoretische Analyse. Westdeutscher Verlag, Opladen.

Marschall, Karl (1987): Volksgerichtsbarkeit und Verfolgung von nationalsozialistischen Gewaltverbrechen in Österreich. Eine Dokumentation. 2. Auflage. Bundesministerium für Justiz, Wien. S. 6 - 14.

Merkel, Wolfgang/ Gerschewski, Johannes: Demokratische Transformationen nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Kollmorgen, Raj/ Merkel, Wolfgang/ Wagener, Hans-Jürgen (Hg.) (2015): Handbuch Transformationsforschung. Springer VS, Wiesbaden. S. 339 – 351.

Merkel, Wolfgang/ Heyne, Lea: Transformationsphasen. In: Kollmorgen, Raj/ Merkel, Wolfgang/ Wagener, Hans-Jürgen (Hg.) (2015): Handbuch Transformationsforschung. Springer VS, Wiesbaden. S. 733 – 739.

Messerschmidt, Astrid (2009): Weltbilder und Selbstbilder. Bildungsprozesse im Umgang mit Globalisierung, Migration und Zeitgeschichte. Brandes & Apsel, Frankfurt.

Mills, Sara (2007): Der Diskurs. A. Francke Verlag, Tübingen/ Basel.

Molden, Berthold: Die Ost-West-Drehscheibe. Österreichs Medien im Kalten Krieg. In: Rauchensteiner, Manfred (2010): Zwischen den Blöcken. Nato, Warschauer Pakt und Österreich. Böhlau, Wien/Köln/Weimar. S. 687 – 774.

Montalcino, Julia: Neonazistische Gründerjahre. In: „Zoom“ 1996/4-5: Es muss nicht immer Gladio sein. Attentate, Waffenlager, Erinnerungslücken.

Mueller, Wolfgang (2004): Die politische Mission der sowjetischen Besatzungsmacht in Österreich 1945 – 1955. Dissertation an der Universität Wien.

Neugebauer, Wolfgang (1979): Gefahr von rechts. Dr.-Karl-Renner-Institut, Wien.

Oberreuter, Heinrich (1982): Übermacht der Medien. Erstickt eine demokratische Kommunikation? Interform, Zürich.

Österreichischer Hochschulführer (1960) Aula-Verlag, Graz.

Pfefferle, Roman/ Pfefferle, Hans (2014): Glimpflich entnazifiziert. Die Professorenschaft der Universität Wien von 1944 in den Nachkriegsjahren. V&R unipress, Göttingen.

Puschner, Uwe: Völkische Diskurse zum Ideologen „Frau“. In: Schmitz, Walter/ Vollnhals, Clemens (Hg.) (2005): Völkische Bewegung – Konservative Revolution – Nationalsozialismus. Aspekte einer politisierten Kultur. Thelem, Dresden. S. 45 – 76.

Rajal, Elke (2010): Erziehung nach/über Auschwitz. Holocaust Education in Österreich vor dem Hintergrund kritischer Theorie. Diplomarbeit an der Universität Wien.

Rathkolb, Oliver: NS-Problem und politische Restauration: Vorgeschichte und Etablierung des VdU. In: Meissl, Sebastian/ Mulley, Klaus-Dieter/ Rathkolb, Oliver (1986): Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945 – 1955. Verlag für Geschichte und Politik, Wien. S. 73 - 99.

Rathkolb, Oliver: Viktor Reimanns Publizistik zwischen 1945 und 1955. In: „Medien & Zeit“ 1989/1. S. 35 – 39.

Rathkolb, Oliver: Wie homogen war Österreich? Innenpolitische Optionen. In: Kos, Wolfgang/ Rigele, Georg (Hg.) (1996): Inventur 45/55. Österreich im ersten Jahrzehnt der Zweiten Republik. Sonderzahl, Wien. S. 157 – 180.

Rathkolb, Oliver: Die Entwicklung der US-Besatzungskulturpolitik zum Instrument des Kalten Krieges. In: Stadler, Friedrich (Hg.) (2004): Kontinuität und Bruch. 1938 – 1945 – 1955. Beiträge zur österreichischen Kultur- und Wissenschaftsgeschichte. LIT Verlag, Münster. S. 31 – 50.

Reimann, Viktor (1980): Die Dritte Kraft in Österreich. Molden, Wien/ München/ Zürich.

Reiter, Andrea Ilse Maria (1984): Der „Eckartbote“ 1952 – 1982: Modell einer computerunterstützten Zeitschriftenanalyse als Beitrag zur Kritik völkisch-nationale Ideologie. Dissertation an der Universität Salzburg.

Reiter, Margit (2001): Unter Antisemitismus-Verdacht. Die österreichische Linke und Israel nach der Shoa. Studien-Verlag, Innsbruck/ Wien.

Ritter von Motawa, August (1905): Der Deutsche Schulverein 1880-1905. Eine Gedenkschrift. Kapitel 1. Wien. Zit. Nach: Dohle, Oskar/ Mitterecker, Thomas (Hg.) (2014): Salzburg im Ersten Weltkrieg. Fernab der Front – Dennoch im Krieg. Böhlau, Wien/ Köln/ Weimar.

Sarcinelli, Ulrich: Mediale Politikdarstellung und politisches Handeln. Analytische Anmerkungen zu einer notwendigerweise spannungsreichen Beziehung. In: Jarren, Otfried (Hg.) (1994): Politische Kommunikation in Hörfunk und Fernsehen. Elektronische Medien in der Bundesrepublik Deutschland. Leske + Budrich, Opladen. S. 35 – 50.

Sartor, Ralph (2000): Symbolische Politik. Eine Neubewertung aus Prozess- und rezeptionsorientierter Perspektive. Deutscher Universitäts-Verlag, Wiesbaden.

Schaller, Christian: Demokratie ist nicht gleich Demokratie In: Dachs, Herbert/ Fassmann, Heinz (Hg.) (2002): Politische Bildung. Grundlagen – Zugänge – Materialien. Verlag öbv & hpt, Wien. S. 14 – 21.

Schausberger, Manfred: Die Verfolgung von NS-Gewaltverbrechen in Österreich. In: Kuretsidis-Haider, Claudia/ Garscha, Winfried R. (Hg.) (1998): Keine „Abrechnung“. NS-Verbrechen, Justiz und Gesellschaft in Europa nach 1945. Akademische Verlagsanstalt, Leipzig/ Wien. S. 25 - 31.

Schärf Adolf (1960): Österreichs Wiederaufrichtung im Jahre 1945. Zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien.

Schmidt-Dengler, Wendelin: Germanistik in Wien 1945 – 1960. In: Grandner, Margarete/ Heiss, Gernot/ Rathkolb, Oliver (Hg.) (2005): Zukunft mit Altlasten. Die Universität Wien 1945 bis 1955. StudienVerlag, Innsbruck/ Wien/ München/ Bozen. S. 211 – 235.

Schreier, Evelin (1996): „Ein wahrer und großer Hausgenosse in der Zeit der großen deutschen Not“. Zur Ideologie der österreichischen Familien- und Kunstzeitschrift Der getreue Eckart. Diplomarbeit an der Universität Wien.

Schwab-Trapp, Michael: Methodische Aspekte der Diskursanalyse. Probleme der Analyse diskursiver Auseinandersetzungen am Beispiel der deutschen Diskussion über den Kosovokrieg. In: Keller, Reiner/ Hierseland, Andreas/ Schneider, Werner/ Viehöver, Willy (Hg.) (2004): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 2: Forschungspraxis. 2. Auflage, VS-Verlag, Wiesbaden. S. 169 – 195.

Sieder, Elfriede (1983): Die alliierten Zensurmaßnahmen zwischen 1945-1955. Unter besonderer Berücksichtigung der Medienzensur. Dissertation an der Universität Wien.

Spehr, Christoph: Der postfaschistische Konsens und seine Radikalisierung. In: „Alaska“ 1997/ 216. S. 13 – 16.

Stearman, William L. (1962): Die Sowjetunion und Österreich 1945 – 1955. Ein Beispiel für die Sowjetpolitik gegenüber dem Westen. Siegler & Co, Bonn/ Wien/ Zürich.

Steininger, Rolf (2005): Der Staatsvertrag. Österreich im Schatten von deutscher Frage und Kaltem Krieg 1938 – 1955. StudienVerlag, Innsbruck.

Stiefel, Dieter (1986): Nazifizierung plus Entnazifizierung = Null? Bemerkungen zur besonderen Problematik der Entnazifizierung in Österreich. In: Meissl, Sebastian/ Mulley, Klaus-Dieter/ Rathkolb, Oliver (1986): Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945 – 1955. Verlag für Geschichte und Politik, Wien. S. 28 – 36.

Stiefel, Dieter (2001): Die österreichischen Lebensversicherungen und die NS-Zeit. Wirtschaftliche Entwicklung, Politischer Einfluß, Jüdische Polizzen. Böhlau, Wien/ Köln/ Weimar.

Stourzh, Gerald (1985): Geschichte des Staatsvertrages 1945-1955. Österreichs Weg zur Neutralität. 3. Auflage. Styria, Graz/ Wien.

Stourzh, Gerald (1996): Um Einheit und Freiheit. Die Geschichte des österreichischen Staatsvertrages 1945 – 1955. Böhlau, Wien/ Köln/ Graz.

Stourzh, Gerald (1998): Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreich 1945 – 1955. 4. Auflage. Böhlau, Wien/ Köln/ Graz.

Stüber, Fritz (1974): Ich war Abgeordneter. Die Entstehung der freiheitlichen Opposition in Österreich. Leopold Stocker Verlag, Graz/ Stuttgart.

Strohmeier, Gerd (2004): Politik und Massenmedien. Eine Einführung. Nomos, Baden-Baden.

Tenscher, Jens (2003): Professionalisierung der Politikvermittlung? Politikvermittlungsexperten im Spannungsfeld von Politik und Massenmedien. VS-Verlag, Wiesbaden.

Tornquist-Plewa, Barbara/ Stala, Krzysztof (Hg.) (2011): Cultural Transformations after Communism. Central and Eastern Europe in Focus. Nordic Academic Press, Lund.

Tschögl, Rudolf (1979): Tagespresse, Parteien und Alliierte Besatzung. Grundzüge der Presseentwicklung in der unmittelbaren Nachkriegszeit 1945 – 1947. Dissertation an der Universität Wien.

Verosta, Stephan (1947): Die internationale Stellung Österreich. Eine Sammlung von Erklärungen und Verträgen aus den Jahren 1938 und 1947. Manzsche Verlagsbuchhandlung, Wien.

Waas, Oskar (1967): Die Pennalie. Ein Beitrag zur ihrer Geschichte. Aula-Verlag, Graz.

Weidinger, Bernhard (2015): „Im nationalen Abwehrkampf der Grenzlanddeutschen“. Akademische Burschenschaften und Politik in Österreich nach 1945. Böhlau, Wien/ Köln/ Weimar.

Weinheber, Hedwig/ Nadler, Josef (1968): Josef Weinheber und die Sprache. Schriftenreihe des Vereines „Muttersprache“, Heft 1. 2. Auflage. Verlag Verein „Muttersprache“, Wien.

Wetz, Ulrike (1971): Geschichte der Wiener Polizeidirektion von Jahre 1945 bis zum Jahre 1955. Dissertation an der Universität Wien.

Wiedemann, Felix (2007): Rassenmutter und Rebellin. Hexenbilder in Romantik, völkische Bewegung, Neuheidentum und Feminismus. Königshausen & Neumann, Würzburg.

Wiesflecker, Oskar: Neonazismus in Österreich. In: „Wahrheit“ vom 13.4.1979 (Beilage). zitiert nach: Dworzak, Hermann: Neuformierung und Entwicklung des Rechtsextremismus nach 1945. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (1981): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. 5. Auflage. Österreichischer Bundesverlag, Wien. S. 139 – 149.

Zeitungsquellen

Marauschek, Karl Heinz: Der Freiheitliche Akademiker. In: Der Freiheitliche Akademiker (1951/10), S. 1 f.

Onlinequellen

Berger, Alfred: Josef Weinheber (1892 – 1945) In: „Kritische Ausgabe“ 2004/12: Literatur und Drittes Reich. S. 80 – 82. <http://www.kritischeausgabe.de/hefte/reich/berger.pdf> (10.9.2014)

Biographie von Helfried Pfeifer (Stand: 2.1.1990): http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01191/ (2.3.2015)

Biographie von Viktor Reimann (Stand: 14.10.1996): http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01653/ (21.1.2015)

Englerth, Holger/ Gausterer, Tanja/ Kaukoreit, Volker: Österreichs Literaturzeitschriften 1945-1990 im Überblick. Eine Einleitung. In: Literaturzeitschriften 1945-1990. Ein Webportal der Österreichischen Nationalbibliothek. <http://www.onb.ac.at/oe-literaturzeitschriften/Einleitung.pdf> (20.1.2015)

Höller, Herwig G. (2011): Die Schriftleiter der Steiermark. In: ZeitOnline. <http://www.zeit.de/2011/48/A-Stocker> (10.2.14)

Moser, Karin: Propaganda und Gegenpropaganda. Das „kalte“ Wechselspiel während der alliierten Besetzung in Österreich. In: „Medien & Zeit“ 2002/1. S. 27 – 42. http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/moser_propaganda.pdf (14.2.14)

Nationalsozialistengesetz (BGBl Nr. 25/1947) https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1947_25_0/1947_25_0.pdf (21.10.2014)

O.V., o.D.: <http://www.demokratiezentrum.org/bildstrategien/demokratie.html> (30.9.2014)

O.V., o.D.: Austrian Police Strike at Nazi Terror Gang Working in Army In: The Global Jewish News Source. <http://www.jta.org/1959/04/28/archive/austrian-police-strike-at-nazi-terror-gang-working-in-army> (20.1.2015)

Pollak, Alexander: Zwischen Erinnerung und Tabu – Die diskursive Konstruktion des Mythos von der „sauberen Wehrmacht“ in den österreichischen Medien nach 1945. In: „Folia Linguistica“ 2001/1-2. S. 131 - 157. <http://web.a.ebscohost.com/ehost/pdfviewer/pdfviewer?sid=47835348-c00e-46b4-a8693f8b860bcad5%40sessionmgr4003&vid=1&hid=4101> (14.2.2014)

Totok, William: Die Finger zu rostigen Krallen gebogen". Heinrich Zillich und die Topographie der Verdrängung. In: Zeitfelder 1933 - 1945, Halbjahresschrift für südosteuropäische Geschichte, Literatur und Politik 1993/1. S. 57 - 72. <http://www.halbjahresschrift.homepage.t-online.de/zill.htm#Finger> (3.4.2015)

Weissensteiner, Friedrich (2004): Herbert Kraus, Gründer des VdU. In: Wiener Zeitung.at http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/archiv/?em_cnt=155031&em_cnt_page=2 (1.3.2015)

Sonstige Quellen

DÖW-Ordner RE-1180/2/0 – BHJ/ANJÖ – Bund Heimattreuer Jugend (ANJÖ), Konrad Windisch

DÖW Akte 4145: Anklageschrift, 8 f. zitiert nach: Rathkolb, Oliver: Viktor Reimanns Publizistik zwischen 1945 und 1955. In: „Medien & Zeit“ 1989/1.

Eigenhändiger Lebenslauf Josef Papesch: Archivalien Papesch, Forschungsstelle Österreichische Literatur im Nationalsozialismus. Universitätsarchiv, Universität Graz.

9 Abkürzungsverzeichnis

ADC:	Allgemeiner Delegierten Convent
ANJÖ:	Arbeitsgemeinschaft nationaler Jugendbünde Österreichs
AVÖ:	Akademikerverband Österreichs
BDST:	Bund Deutscher Studenten
BHJ:	Bund Heimattreuer Jugend
BHK:	Bundesverband Heimattreuer Kameradschaft
BRD:	Bundesrepublik Deutschland
CIC:	Counter Intelligence Corps (militärische Spionageabwehreinrichtung der USA)
DBG:	Deutsche Buchgemeinschaft
DDR:	Deutsche Demokratische Republik
DNAP:	Demokratisch-nationale Arbeiterpartei
EAC:	European Advisory Commission (Europäische Beratungskommission)
ESP:	Europäische Soziale Bewegung
FAV:	Freiheitliche Akademikerverbände
FAV-St.:	Freiheitlicher Akademikerverband Steiermark
FPÖ:	Freiheitliche Partei Österreichs
FSÖ:	Freiheitliche Sammlung Österreichs
HJ:	Hitlerjugend
KPÖ:	Kommunistische Partei Österreichs
NATO:	North Atlantic Treaty Organization (Nordatlantikpakt-Organisation)
NSDAP:	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
ÖAW:	Österreichische Akademie der Wissenschaften
ÖLM:	Österreichische Landsmannschaft
ÖSB:	Österreichische Soziale Bewegung
ÖTB:	Österreichischer Turnerbund
ÖVP:	Österreichische Volkspartei
RDB:	Reichsbund der Deutschen Beamten
RLB:	Reichsluftschutzbundes
RVV:	Ring Volkstreuer Verbände

SS:	Schutzstaffel
SORBE:	Sozialorganische Ordnungsbewegung Europas
SPÖ:	Sozialdemokratische Partei Österreichs (bis 1991 Sozialistische Partei Österreichs)
VDA:	Volksbund für das Deutschtum im Ausland
VdU:	Verband der Unabhängigen
WdU:	Wahlpartei der Unabhängigen

10 Anhang

10.1 Untersuchungsmaterial

„Die Aula“

Besatzung und Ost-West Konflikt

Rohrbach, Paul: Des Teufels Handschrift. In: Aula (1953/1), S. 5 f.

Die Konferenz von Jalta, die im Februar 1945 stattfand, wurde auch oft erwähnt. Roosevelt hatte Stalin „alles gegeben“ ohne dafür etwas zu verlangen und darauf vertraut, dass Stalin aufgrund dessen keine fremden Länder annektiert und mit ihm eine demokratische Welt und ihren Frieden arbeiten wird.

Hitler sei ein Produkt des Versailler Friedens gewesen in dem stand, dass ein Kompromiss liberal genug sein müsse, um Deutschland wieder hochleben zu lassen, aber zugleich so direkt gefasst, dass die Nationalsozialisten wieder an die Macht kommen konnten, um das zu vernichten, was eine Erniedrigung für die Deutsche Seele ausmachte. Die letzte Stunde des ersten Weltkrieges war die Geburtsstunde des Zweiten, da aufgrund des Diktats von Versailles ein wirklicher Friede nicht möglich war.

Reichenberger, E.J.: Hintertüre zum Kriege. In: Aula (1953/1), S. 7.

„Wenn es zum Krieg zwischen Amerika und Sowjet-Russland kommen sollte, so hauptsächlich wegen den negativen Friedenspolitik Amerikas in einem Zeitraum von sieben Jahren und weil wir mit Deutschland nicht Frieden schlossen, so lange es am besten möglich war.“

Man kreidet den Amerikaner an, dass er den Frieden nicht erstrebt mit den Waffen des Friedens (Wahrheit, Gerechtigkeit und Liebe) und stattdessen versucht mit Atombomben, Giftgasen und Dollar Friede sichern wollen.

Schneefuß, Walter: Grundlagen der deutschen Politik. In: Aula (1953/3), S. 3.

Roosevelt hätte Europa einfach an den Osten verschenkt.

Deutschland war im Zweiten Weltkrieg (anders als im Ersten Weltkrieg) unzweifelhaft der Angreifer. Es hat daher die Forderung nach Entwaffnung und Entmilitarisierung, nach grundsätzlich pazifistischer Politik auf sich genommen und bejaht. Deutschland treibt den Pazifismus nicht bis zum Extrem einer prinzipiellen Wehrlosigkeit.

Ullmann, Hermann: Entspannung. In: Aula (1953/5), S. 1.

„Die vielfache Überschätzung verschiedener bolschewikischer Zugeständnisse in der letzten Zeit ist vor allem psychologisch zu werten. Kein Bedürfnis ist in der Welt augenblicklich stärker als das nach Entspannung, im kleinen wie im großen, im privaten wie im politischen Leben.“

Schneefuß, Walter: Zwischen Westen und Osten. In: Aula (1953/10), S. 1 f.

Bisher wäre man in Moskau bemüht gewesen, in der Zwischenzone zwischen dem östlichen und westlichen Einflussbereich eine scharfe Abgrenzung herbeizuführen. Diese Teilungspolitik fand den stillschweigenden Beifall Frankreichs und die wohlwollende Duldung Englands. Jedoch wird eine Zurückdrängung des russischen Einflussbereichs seitens der Amerikaner erwartet, da sich die sowjetrussische Durchsetzungskraft anscheinend nunmehr gewandelt hatte.

Die Parole heißt nicht mehr die Teilung der Zwischenzone sondern die Ausgestaltung zu einem eigenen politischen Gebilde, neutral zwischen Ost und West. (zumindest so lange, bis der Osten wieder so stark ist, um erneut anzugreifen).

Diese Zwischenzone sei eine gegenpolitische Erscheinung zwischen Ost und West, die das Schicksal des deutschen Volkes unvorteilhaft beeinflusst hätte.

Es hätte sich ein Spannungszustand entwickelt. Konrad Adenauer befürwortet den Amerikanischen Kurs, und will die Russen aus Ostdeutschland hinausdrängen. Eine Neutralisierung würde das amerikanische Interesse an Deutschland verschwinden lassen. Auch Österreich liege inmitten der Spannungszone, von Walter Schneefuß wird betont, dass Österreich in diesen Gesprächen auch ein Kernstück bilden sollte.

Seitens Amerika sehe es jedoch so aus, dass man Österreich nicht von Deutschland abhängig sehe. Der Artikelverfasser betont jedoch die Abhängigkeit aufgrund der geographischen Lage und des gemeinsamen Schicksals, aus dem man nicht loskommen könne. Der österreichische Staatsvertrag werde also nicht vor der Einigung mit Deutschland beschlossen, sondern gemeinsam mit ihr, „ (...) als eines der Zugeständnisse, die Rußland zu gewähren von vorneherein bereit ist, für die es aber im weiteren Rahmen möglichst viel einhandeln will. Die Weltmächte dagegen hatten gewünscht, daß Rußland diese Karte vorher ausspielt, d. h. daß es dem Staatsvertrag als Zeichen seines guten Willens zustimme.“

Moskau hätte dies natürlich nicht getan.

„Aber sonst zeigt es sich Österreich gegenüber von seiner freundlichsten Seite. Bisher hat Österreich von den amerikanischen Dollars gelebt und hat, nach Rußlands Meinung, nur Washingtoner Befehle ausgeführt. Jetzt steht es wirtschaftlich auf eigenen Beinen, ziemlich fest sogar, und seit Bundeskanzler Raab die Regierung übernommen hat, gibt es auch wieder so etwas wie eine eigene österreichische Außenpolitik. Auch diese sollte, nach Rußlands Wunsch, zu einer Neutralisierung, nach Österreichs Zugeständnissen wenigstens zu freundschaftlichen Verhältnissen auch nach Osten hin führen. Dafür (und für sein propagandistisches gutes Gesicht) gibt Rußland ein kleines Geschenk nach dem anderen: die Aufhebung der Zonengrenze, die Amnestie der zurückbehaltenen Kriegsgefangenen, die Aufhebung der Zensur, die Übernahme der Besatzungskosten, die Übergabe von Ybbs-Persenbeug – alles Dinge, die schon lange fällig waren, die aber bisher nicht zu erreichen gewesen waren.“

Österreich hatte all diese Dinge angenommen, aber nie vergessen, an die Grundforderung zu erinnern – nämlich den Staatsvertrag und die Räumung.

Schneefuß, Walter: Im Lauf der Jahre. In: Aula (1954/1), S. 2.

Man hofft auf die Amerikanische Aktivität, die der sowjetrussischen Sabotage ein Ende setzt, das wäre die größte Hoffnung von heute. Amerika würde sich bei seinem Bemühen um Ordnung und Zusammenfassung des Westens auf Dauer nicht stoppen lassen. Die Staaten in der Mitte seien schwach und ohne Macht, daher muss Europa seine Hoffnung nach außen richten, so betrüblich das auch für die einstigen Herren der Erde sein mag.

Ullmann, Hermann: Europa – Mitte des Weltkonfliktes. In: Aula (1954/6), S. 6.

Europa ist bedroht, Exponent des angelsächsisch-amerikanischen Machtsystems auf der einen Seite und des bolschewistischen-asiatischen Machtgefüges auf der anderen Seite zu werden. Das bedeutet, dass Europa zwischen diesen beiden Mächten zerreißen würde.

Zillich, Heinrich: Wert und Wesen des Volkstums. In: Aula (1954/7-8), S. 9.

„(...) osteuropäische Herren im nicht waschechten demokratischen Emigrantenteppich (...)“

Tschamer, Fritz: Befehl der Zeit. In: Aula (1954/7-8), S. 19 f.

Das Chaos der heutigen Weltordnung lässt einen nahen Zusammenbruch erahnen, auch aufgrund politischer Raserei und „Kollektivhalluzinationen“. Der gegenwärtige Menschheitssturz zeigt andere Charakteristiken als vergangene Krisen.

Man hätte sich nicht zu entscheiden zwischen West und Ost, weil beide Wege zu einer Atombombe führen würden. Man würde sich entscheiden müssen zwischen sozialer Desintegration oder einer Ausrichtung einer neuen Gesellschaftsordnung, die zu einer sozialen Integration führen würde.

Haen, Felix: Kalte Schatten über Deutschland. In: Aula (1954/11), S. 1.

Nichttratifizierung des Vertrags über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft in Brüssel, es sei der gefährlichste Schwächeaugenblick seit 1945 gewesen. Man hätte geglaubt, das künftige Europa per Unterschriften und durch das Herumwütenlassens des Sowjetgespenstes, Herr der politischen Lage zu werden.

„(..) wie oft hatte man aus dem Munde höchster Persönlichkeiten hören müssen, es gebe keine Alternative zur EZB, wie oft hatte man erleben müssen, daß ernsthafte, erfahrene Männer als „Neutralisten“ oder „Nationalisten“ diffamiert wurden, sobald sie, gestützt auf ihr Wissen um die französische Geschichte und Mentalität, auf die in der Luft liegende Gefahr hinwiesen, daß die französische Nationalversammlung am Ende jene Verträge nicht ratifizieren werde, deren geistiger Urheber Frankreich selbst gewesen ist!“

Schneefuß, Walter: Jahr des Friedens und der Rüstung. In: Aula (1/1955), S. 2.

In der österreichischen Presse wäre die Pariser Konferenz als Triumph dargestellt worden, in dem man verlautbarte, dass die Bundesrepublik Deutschland wieder Souveränität erhalten hat. Der Verfasser des Artikels bekrittelt dies, es sei nur eine Hälfte der Bundesrepublik souverän geworden, zudem sei dies nur passiert, weil Frankreich Ansprüche auf das Saargebiet (als unbestrittenes Gebiet Deutschlands) stellte und dem nachgegangen worden war.

Frankreich hatte sich dann dazu bereit, der formal lockeren „Westeuropäischen Union“ zuzustimmen.

O.V.: (Rubrik: Tatsachen) In: Aula (1955/2), S. 12.

„Die slawischen Völker haben seit 1945 drastische Beweise nationalistischen Überschwanges gegeben, u. a. auch durch die Ausmerzungen aller deutschen Markenbezeichnungen, sind doch auch die ehemals von Nichtslawen betriebenen Erzeugungsstätten „volkseigen“ geworden.“

Pfeifer, Helfried: Zehn Jahre Besatzungsregime. In: Aula (1955/3), S. 1 f.

„Die Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika waren 1943 der Meinung, daß Österreich das erste freie Land, das der tückischen Angriffspolitik Hitlers zum Opfer fallen sollte, von deutscher Herrschaft befreit werden soll.“

Der Anschluss Österreichs durch Deutschland wäre nichtig, sie würden ein freies unabhängiges Österreich wiederherstellen wollen und auch den Nachbarstaaten, die das ähnliche Schicksal ereilte, zu geleiten auf dem Weg zur politischen und finanziellen Sicherheit.

Österreich, dass bei der Teilnahme am Krieg an der Seite Hitler-Deutschlands kämpfte, trägt allerdings eine Verantwortung, dem es nicht entkommen kann. Der Autor nennt die Annektierung „Eingliederung“, und dass Österreich damals ein untergeordnetes Land des Deutschen Reiches wurde, und in sieben Reichsgaue aufgelöst wurde.

Nach der Unabhängigkeitserklärung 1945 und der Erklärung der Republik Österreich wurde die Regierung Renner mit der Gesetzgebungs- und Vollzugsgewalt bedacht, natürlich unter der Führung der Besatzungsmächte. Diese nahmen die oberste Gewalt für sich in Anspruch und übten sie zunächst jede in ihrer Zone selbstständig aus. Der Wirkungskreis der provisorischen Staatsregierung reichte aber nur soweit als die russische Besatzungszone, von den westlichen Alliierten wurde sie noch nicht anerkannt. Im Juli 1945 wurde das Abkommen über die Besatzungszonen und die Verwaltung der Stadt Wien unterzeichnet. Im Monat darauf bildete sich der Alliierte Rat und übernahm die oberste Macht in Österreich.

Gesetze für ganz Österreich wurden nur erlassen, wenn sie vorher dem Alliierten Rat vorgelegt wurden und diesen zugestimmt wurde.

Heute herrsche noch das Zweite Kontrollabkommen vom Juni 1946, obwohl nach sechs Monaten Veränderungen versprochen wurden.

Haen, Felix: Deutschland zwischen Moskau und Genf. In: Aula (1955/10), S. 1 f.

Nach der Julikonferenz der Großen Vier in Genf stand fest, dass die Führung der Roten Armee sich in der Deutschlandfrage in einem Gegensatz zum politischen Führungskollektiv im Moskauer Kreml befand.

Sowjetgeneralstab hatte die Meinung, dass er einer möglichen Neutralität Deutschlands nach der Wiedervereinigung zustimmen würde.

Im militärischen Führungstreifen der Sowjetunion wusste man darüber bescheid, dass jeder vierte Bürger der Bundesrepublik ein Vertriebener aus dem Osten ist, auch, dass in etwa 350 Deutsche täglich aus der Sowjetzone als Flüchtlinge um Asyl in der BR ansuchen, die Mehrheit der Flüchtlinge arbeitsfähige Männer seien. Auch weiß man, dass hier die Menschen voll arbeitsfähig sind und vom westdeutschen Arbeitsmarkt mühelos aufgenommen werden.

Durch diesen ost-westlichen Menschenfluss weist die Sowjetzone Deutschlands einen Überschuss an Frauen auf.

Die misslungene Deutschlandpolitik der Sowjets hat zum Schwund der Volkskraft in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands und auch, dass der westliche Teil des ehemaligen Reiches über das gesamte Intelligenzpotential des deutschen Volkes verfügt.

Die Sowjetzonenrepublik würde, so wird vom roten Generalstab befürchtet Konzessionen machen müssen um ein Gegengewicht gegen die Bundesrepublik am Leben zu erhalten.

Andere Satelliten der UdSSR würden bald misstrauisch werden, so der Generalstab.

Der Roten Armeeführung schwebte die Schaffung eines soliden Bollwerks zwischen der UdSSR und ihren „natürlichen“ Satelliten einerseits, und dem Westen mit ganz Deutschland andererseits vor. Verlässliche Satelliten seien den Marschällen Sowjetrusslands lieber als eine künstliche fortgesetzte deutsche Teilrepublik.

Das Führerkollektiv im Kreml war anderer Meinung, man fürchte gefährliche Wirkungen auf die übrigen Satelliten, Vertrauensschrumpfung bei Polen, Tschechen, Bulgaren, Ungarn und Rumänien sobald die Sowjetunion die „Deutsche Demokratische Republik“ im Stich lasse.

Die Meinungsverschiedenheit im sowjetischen Lager ließ die politische Macht bei der Konferenz in Genf nicht sehr stark erscheinen.

Eisenhower als Kreuzfahrer für den Frieden, mit der Beschwörung, dass Deutschland nicht etwa wegen der sowjetrussischen Gefahr in die Atlantikorganisation in die europäische Verteidigungsunion aufgenommen wurde sondern nur, um zu verhindern, dass es selbst wieder zu einer Bedrohung Europas werde. Das vielgerühmte Vertrauen, das Bundeskanzler Adenauer für Deutschland erringen konnte, sei unecht gewesen da es nur in der Zugluft des Kalten Krieges existieren konnte.

Da sich im Moment die Aussicht auf die Beendigung des Kalten Krieges zu zeigen beginnt, scheint es, als ob dieses Vertrauen sich in Nichts aufzulösen beginnt.

Die Sowjets hatten Adenauer kurz vor der Genfer Konferenz nach Moskau eingeladen. Somit hatten sie einen Vorsprung bei der Behandlung der Deutschlandfrage und lenkten ein, dass man das Ergebnis des bevorstehenden Zwiesgesprächs Bundesrepublik- Moskau abwarten müsse bevor man zu einer Entscheidung komme.

Walter, Elmar: Die Stellung der USA zum Nachkriegsdeutschland. In: Aula (1955/10), S. 4 ff.

Der Autor erwähnt, dass nicht die individuellen Einstellungen eines Amerikaners dargestellt wird sondern seine missliche Herangehensweise wenn es um darin geht sich den Auffassungen der Konvention zu widersetzen.

Weiters werden die Wurzeln des deutsch-amerikanischen Antagonismus dargelegt, bis zum Ende der Bismarck Ära hätte es keinen Grund gegeben sich mit der Beziehung zwischen Deutschland und Amerika auseinanderzusetzen.

Die USA hätte Deutschland wegen seines optimalen „Menschenreservoir“ geschätzt, Deutschland wiederum sah Amerika als Ventil für sein Bevölkerungsübermaß an.

Eine intensivere Freundschaft begann zwischen 1890 und 1914, dies war teilweise darauf zurückzuführen, dass sich Deutschland gesellschaftlich immer mehr entwickelte.

Jedoch entwickelte sich zeitgleich ein anglo-deutscher „Wettkampf“, der schlussendlich zum ersten Weltkrieg führte. Nach einem mehrjährigen Propagandazug waren die USA mit Haut und Haaren gegen Deutschland und auch gegen deutschstämmige Amerikaner in den USA. Nach dem Krieg jedoch löste sich diese Anspannung zwischen den zwei Völkern auf, es schien, als wären alle Antipathien vergessen und man war wieder zu einer Zusammenarbeit bereit.

Diese für Deutschland vorteilhafte Situation hatte mit der Machtübernahme Hitlers im Jahre 1938 ein jähes Ende gefunden. Die unpässliche Innenpolitik des „Dritten Reiches“ brachte gleich zwei Probleme mit sich. Der allumfassende Antisemitismus bedingte eine intensive antideutsche Beeinflussung des amerikanischen Volkes, da sich der Großteil der US-Informationseinrichtungen in jüdischer Hand befand.

Die Liquidierung der deutschen Sozialdemokratie veranlasste bei bis dahin noch relativ neutralen politischen Kreisen eine antideutsche Einstellung. Damit wäre die intellektuelle Linke gemeint, die bis heute sich Deutschland gegenüber ablehnend verhält und sich nach wie vor als Propagandainstrument der deutschablehnenden „Finanzaristokratie“ benutzen lässt.

Dieser geschlossenen Front gegenüberstehend befindet sich das kleine Konglomerat an isolationistischer Rechtsextremen ohne Chance.

„Drei Elemente: Anglophile, Linksintellektuelle und Zionisten bestimmen den außenpolitischen Weg der USA für 20 entscheidende Jahre, sie sind der Schlüssel zum

offiziellen Verhalten der Staaten nicht nur im und unmittelbar nach dem letzten Krieg, sondern noch in der Gegenwart.“

Die US-Gesellschaft in wie die deutsche auch in Klassen unterteilt, ein Aufstieg in eine Grenze ist jedoch leicht möglich da diese Überschreitung im Wesentlichen mit Geld verflochten ist.

Auf die Einwanderung angewendet bedeutet dies, das jeder Einwanderer, egal welcher Herkunft „von unten anfangen“ muss, so verhält sich die Gesellschaftspyramide in den USA. Die Finanzaristokratie ist hauptsächlich englischer Herkunft.

Der irisch-deutsch-jüdische Reichtum ist begrenzt auf ein paar Gebiete oder Domänen.

Auch trifft die Gleichung „Geld = Einfluß“ in den Staaten viel mehr zu als bei den Deutschen, da weniger Personen als unabhängige Geschäftsleute arbeiten, was ein zuverlässiger Weg zu finanziellem Erfolg sei.

Ein ständiges Wiederholen antideutscher Artikel in wenig guten Zeitschriften, die von der prodeutschen Mittelschicht gelesen werden, untergräbt auch die letzten Standbeine der Deutschfreundlichkeit.

Walter, Elmar: Die Stellung der USA zum Nachkriegsdeutschland. In: Aula (1955/11), S. 12 ff. (Fortsetzung vom Artikel aus „Die Aula“ 1955/10)

„Hat Deutschland also von einem wesentlichen Teil der rechtsstehenden Oberschicht wenig zu erhoffen, so kaum mehr von all denen, die 1933 das Reich ungewollt verließen – oder deren Geninnungsgenossen in den USA.“

Die antideutsche Einstellung der Konservativen stammt aus linksintellektueller politisch-persönlichen Motiven.

Es sind Personen, die das Weimarer Deutschland unterstützten und den Nationalsozialismus als große Desillusion empfanden. Es sind jene Personen, die für Jalta und Nürnberg verantwortlich sind und einen Gegensatz zum dem immer größer werdenden US-Rechtsnationalismus bilden.

„Der für den Deutschen recht bedauerliche Zustand, daß sowohl Eigentümer als auch Mitarbeiter der meisten Informationsmittel sich in der Ablehnung Deutschlands einig sind, machte die dementsprechende Beeinflussung der Massen zu einer leichten Arbeit.“

Antideutsche Propaganda und deutschfeindliche Einstellungen in Amerika werden unter dem Volk geschürt. Die Änderung der deutschfeindlichen Einstellung in Amerika könne nur langsam vollzogen werden, es würde eine gewisse Beharrlichkeit verlangen.

Die Entlastung der angespannten deutsch-amerikanischen Beziehungen wäre Aufgabe der Linksintellektualität, „(...) natürlich erst, nachdem die jetzige von persönlichem Haß erfüllte Generation von der politischen Bühne abgetreten sein wird.“

Haen, Felix: 1955 – ein deutsches Schicksalsjahr. In: Aula (1955/12), S. 5 ff.

„Es bewahrheitete sich, was gut informierte westdeutsche Politiker bereits geahnt hatten: nämlich, dass die westlichen Mächte sich in Genf mit der Erwähnung des Vorwands, alles in ihrer Macht stehende getan zu haben, um freien im ganzen Deutschland durchzubringen. Es wurde der deutschen Öffentlichkeit auch gezeigt, dass die Sowjets nur durch ihre Politik die Wiedervereinigung sabotiert hätten.“

Demokratie und Staatsgedanken

Rohrbach, Paul: Hoffnung für Deutschland. In: Aula (1952/10), S. 4.

Man erkennt das Fehlen einer gegenwartsnahen, politischen Gesamtvorstellung für die Jugend, die man als haltlos und führungslos erkennt. Der europäische Gedanke solle gepflegt werden, die Jugend soll moralisch so gefördert werden, dass sie begreifen, eine Mitverantwortung in jeglichen Tätigkeitsbereichen zu haben. Im demokratischen Sinne soll dies bedeuten, dass ein Aufbau von unten nach oben geschehen solle, angefangen mit der Schule, wo man beginne, die Jugend aufzuziehen.

Schneefuß, Walter: Eisenhower und wir. In: Aula (1952/12), S. 5 f.

Auf Amerika eingegangen, auf deren Politik uns soziale Gegebenheiten, auf die Präsidentschaftswahl.

Die Präsidentschaftswahl sei für die Außenpolitik wichtig, die führende Gruppe der Demokraten gäbe es die sogenannte Morgenthau-Clique, welche Feinde der Deutschen seien, und im Bunde mit Juden, Tschechen und Polen noch immer dann eine antideutsche Bewegung entfesseln konnten und das auch getan haben, wenn sich im Laufe der Entwicklung deutschfreundliche Kräfte geregt haben.

„Daß Angehörige jener Völker, die unter der deutschen Macht zu leiden hatten, eine solche Stellung einnehmen, kann verstanden werden; bedauerlich zumindest für das deutsche Volk ist es nur, daß Amerika diesen Einflüssen folgt. Hier mag sich vielleicht ein Wandel anbahnen, weil mit der demokratischen Herrschaft eben auch der Einfluss der Morgenthauer beseitigt ist. Freilich nicht der Juden und der meist sehr judenfreundlichen Freimaurerlogen, aber doch der erklärtesten, unversöhnlichsten Deutschfeinde.“

Hauer-Grottenhof, Eckehard: Plan einer europäischen Agrarunion. In: Aula (1952/12), S. 6 f.

Es wird als entscheidender Erfolg gesehen, dass sich die 15 Staaten Europas zusammengefunden haben um eine Agrarunion zu organisieren, um Erzeugnisse innerhalb Europas besser zu verteilen und den Lebensstandard der europäischen Völker zu heben.

Österreichische Bauernschaft begrüße diese Bemühungen. Der österreichische Bauer erhofft sich davon, seine Lebensmöglichkeit in größeren Raum besser gewahrt zu werden., Beendigung der merkwürdigen Agrarpolitik, die darin besteht, dass seit Jahren ausländische landwirtschaftliche Erzeugnisse zu höheren Preisen als im Inland gekauft und im Inland mit staatlichen Geldern unter den eigenen Entstehungskosten abgegeben werden.

Durch beide Kriege und einer siebenjährigen Besetzung ist die Landwirtschaft geschwächt.

Es wird eine Notwendigkeit einer einheitlichen Agrarpolitik in den Teilnehmerländern gefordert, denn ein einheitlicher Agrarmarkt ist nur vorteilhaft wenn alle Staaten ihre Landwirtschaften nach einem einheitlichen Agrarplan hinsichtlich Erzeugung und Absatz lenken.

Giselher, Wirsing: Die Zukunft der Parlamente. In: Aula (1953/3), S. 13 f.

Parlamente seien unentbehrlich für die demokratische Selbstkontrolle, aber sie bieten keine Lösung des immer dringender werdenden Problems der Rangordnung der Aufgaben.

„Politik wird zur Sache der kleinen abgeschlossenen Gruppen von Berufspolitikern, deren Appell an das Volk immer unter der Voraussetzung geschieht, daß die Parteiapparate die fast unbeschränkte Möglichkeit haben, die Kandidaten auszuwählen.“

Alle europäischen Demokratien stehen vor dem gleichen Problem, daß ihnen der Nachwuchs lebendiger Kräfte fehle. Die „Herrschaft der Greise“ ist heute nicht nur ein demagogisches Schlagwort.

Der Parteienstaat zwingt in seiner Natur nach zu einer Politik der kurzfristigen Mittel und die Beamtenhierarchie wird diskontinuierlich. (der Beamtenkörper wäre mit Vehemenz in der Weimarer Staat, in der nationalsozialistischen Epoche und schließlich in der Entnazifizierung zerfetzt worden.) Der Beamte werde durch eine Schicht ersetzt, die das jeweils richtige Parteibuch besitzt. Parteibuchbeamte ohne ausreichende Qualifikation belasten auf Dauer das Ansehen der jeweiligen Partei. Solche Erscheinungen werden aber hingenommen, da der Aberglaube herrscht, die einzige Alternative zum Parteistaat sei die Diktatur.

Schneefuß, Walter: Jahr des Friedens und der Rüstung. In: Aula (1955/1), S. 1.

Im Jännerheft 1955 wird der wirtschaftliche Aufschwung in allen europäischen Ländern erwähnt, man schließt dies unter anderem auf die Aufrüstung der Westmächte zurück, die den Osten damit vorsprungstechnisch überholen. Die Rolle des Staates sei noch zu dominierend, die Bewirtschaftungsgesetze sind sehr eng gefasst und die Steuern zu hoch. Den Volksdeutschen seien jedoch eine Erleichterung bei der Einbürgerung gegeben wurde, auch die Hilfsmaßnahmen für Rentenbezieher wurden aufgenommen und den Bau Autobahn von Salzburg nach Wien hätte man begonnen, auch die Elektrifizierung der Bundesbahnen sei ein Fortschritt.

Dem Staatsvertrag sein man noch nicht näher gekommen, da die Russen bekundet hatten, auch nach dem Staatsvertrag ihre Truppen in Österreich belassen zu wollen, was natürlich abgelehnt wurde.

Pfeifer, Helfried: Zehn Jahre Besatzungsregime. In: Aula (1955/3), S. 3.

Österreich sei also ein völkerrechtlich anerkannter, aber kein souveräner Staat, da die Selbstbestimmung im Inneren und die Unabhängigkeit nach außen fehle. Seine demokratische Verfassung bestünde schon fast zehn Jahre. Man kann nach diesen Ereignissen erkennen, dass die Erklärungen von Moskau, die Freiheit und Souveränität versprochen, nicht wahr waren. „Denn die zehnjährige Besetzung Österreichs entbehrt jeder rechtlichen und moralischen Grundlage und knechtet ein Volk, das man zu befreien vorgab.“

Deutschtum

Berka, Günther: Sind Österreicher Deutsche? In: Aula (1952/11), S. 3 f.

„Der Zusammenbruch des Großdeutschen Reiches und die Besetzung Österreichs durch die Alliierten gab Anlaß zu politischen Aktionen, die nicht nur die Vernichtung der Nationalsozialistischen Partei und deren Idee sondern – darüber weit hinausgehend – die völlige Loslösung Österreichs vom deutschen Geistes – und Wirtschaftsleben anstrebten. Die Ideenmäßige Grundlage dieser Bestrebungen ist der Satz, daß die Österreicher keine Deutschen sind, sondern in besonderes, aus der Mischung vieler Völker und Rassen entstandenes Volk darstellen, das mit den Deutschen nur die Sprache gemeinsam hat.“

Die ersten, die diesen Grundsatz aufstellten, waren bezeichnenderweise Kommunisten, die schon während des Krieges in Londoner Emigrantenkreisen den Begriff „Österreichische Nation“ zur Erörterung stellten. Auch in Österreich verfehlten die Kommunisten nicht, nach dem Jahre 1945 diese Parole aufzugreifen und sich hierüber in Zeitungen und Zeitschriften eingehen zu verbreiten.

Das Gründen von landsmannschaftlichen Vereinigungen der Sudendenten im Jahre 1948 wurden untersagt, da eine Gefahr des Entstehens von nationaler Minderheiten in Österreich, die sich nicht als Österreicher, sondern als Deutsche fühlen, bestand. – man empfindet das als grotesk.

„Die gesamte österreichische Presse hat den ‚volksösterreichischen‘ Standpunkt dadurch erkannt, daß das Wort „deutsch“ in der Bezeichnung österreichischer Stämme nur in der Wortverbindung „deutschsprachig“ gebraucht, also zwar von Kärntner Slowenen, aber nie von Deutschkärntnern oder Deutschsüdtirolern, sondern von deutschsprachigen Kärntnern und Südtirolern geschrieben wird.“

Die Salzburger Nachrichten beschrieben in der Ausgabe vom 3. August 1949, dass die kommunistische Partei in Österreich, bestrebt sei, durch Popularisierung und Erweiterung von Spracheigenheiten und auch Sprachfehlern, durch Aufnahme von Dialektwörtern und

den Einsatz von Fremdwörtern, die deutsche Sprache in Österreich zu verfälschen und verwässern.

Ein künstlicher Unterschied soll zwischen Österreich und Deutschland erzeugt werden, und ein Keil zwischen beide Länder getrieben werden.

Man beschreibt zwei maßgebliche Umstände für die Zugehörigkeit einer Menschengruppe zu einem Volke:

1. die Zugehörigkeit auf Grund der Abstammung
2. die Zugehörigkeit auf Grund gefühlsmäßiger Bindungen

Es wird dezidiert angemerkt, dass nur Deutschland als Abstammungsland für Österreich in Frage käme und dass erst kürzlich der zweite Punkt bei einzelnen Gruppen in Österreich vertreten werde und das so nicht hinzunehmen sei.

Bestrebungen einzelner Intellektuellen Österreicher, das Deutschtum nicht abzulehnen sondern weiterzuleben, wird eingehend behandelt. Auch wird darauf hingewiesen, dass solche Bewegungen nicht nur von den „alten Nationalen“ sondern von breiten Kreisen der österreichischen Bevölkerung ausgehe.

Zillich, Heinrich: Der Kindermord. In: Aula (1953/1), S. 2.

„Es ist aller Deutschen Teil, für das Abendland stellvertretend zu handeln, zu planen, zu kämpfen und zu leiden. Jede Abkehr von dieser opfervollen Pflicht durch Schrumpfung auf die provinzielle Hausgenügsamkeit führt zur Unfruchtbarkeit. Die kurze Reichszugehörigkeit knapp vor und im zweiten Weltkrieg riß Österreich vorübergehend wieder ins große Geschehen, die Wiegen füllten sich, und heute, aufs neue in die Enge gedrückt, sind seine Kinderbetten leerer als je.“

Schneefuß, Walter: Freiheit die ich meine. In: Aula (1953/2), S. 1 ff.

„Im blutigen Frühjahr 1945 haben unzählige Deutsche ihrem Leben ein Ende gemacht. Viel mehr noch glaubten damals, daß es für sie keinen anderen Weg geben werde. Die wenigsten waren dabei von Schuldbewußtsein und schlechtem Gewissen beherrscht. Mehr schon hatten Heimat, Heim und Angehörige verloren und wussten nichts mehr mit ihrem Leben anzufangen. Die meisten aber sahen voll Grauen in die Zukunft und wollten das, was da komme, nicht mehr sehen, nicht mehr miterleben, nicht mehr miterleiden.“

Pflichterfüllung, Treue, Opfermut wurden als Verbrechen geahndet und Deserteure, Überläufer und Verräter gepriesen und belohnt. Es drohte die Eingliederung in die Termitenstaaten östlicher Prägung, in denen es keine menschliche Würde oder Werte gab.

„Sieben Jahre nach dem Krieg sind die Grundzüge die gleichen geblieben. Deutschland ist zerschlagen in verschiedene Staaten. Nur mit großer Mühe und nach langer Zeit gelang es die selbstverständlichen Rechte der Gleichstellung zu verschaffen. In Österreich wurde lange Zeit alles Undeutsche gefördert, ob es sich nun um die kleinen Gruppen slawischer Minderheiten handelte oder um die von aller Welt betreuten nichtdeutschen Flüchtlinge; die Deutschen hingegen bekamen oft genug Ausbrüche von Haß und Feindschaft zu spüren und zu hören. Selbst der Name des deutschen Volkes blieb lange Zeit verehmt und bis heute noch hat sich kein führender Politiker zu der Selbstverständlichkeit bekannt, daß wir Österreicher, wie immer sich unter staatlichen Schicksal gestaltete, Angehörige des deutschen Volkes sind.“

Als Freiheit sieht der Autor nicht dem Umstand, dass öffentliche Einrichtungen oder der Staat den Wünschen entsprechen müssen. Das die Art zu Denken und zu werten allgemein gültig sein müsse, oder dass die Richtlinien, die Gesetze und die Anschauungen der Öffentlichkeit unserem Wollen entsprechen müssen.

Es ist nur wichtig, dass sie leben, denken und werten dürfen, wie es uns richtig und notwendig erscheint, dass wir den Spielraum dazu haben, den öffentlichen Einrichtungen, die ihnen nicht gefallen, Mißfallen auszusprechen – aber dann auch natürlich nichts von ihnen zu verlangen.

Schneefuß, Walter: Das Ziel heißt Europa. In: Aula (1954/3), S. 3.

„Ein geschlossenes und wieder bewaffnetes Deutschland wäre der sicherste Schutzwall gegen die östlichen Gefahren, denn die Deutschen, deren Kampfkraft noch in aller Erinnerung ist, würden für ein freies Deutschland, wenn es sein muß, kämpfen wie einst. Das heißt: besser und zäher als die meisten anderen Völker.“

Berka, Günther: Recht und Pflicht nationaler Gesinnung. In: Aula (1954/11), S. 9 f.

Man sieht sich als Übergeordnete Instanz der Vorkommnisse der letzten Jahrzehnte und hält am nationalen Gedankengut fest.

Man hätte verschiedene Staatsformen und Regierungen kommen und gehen gesehen über die Jahre, aber man sei sich treu geblieben, besonders ein Wert sei nach wie vor am bedeutensten: „Volk“. Volk bedeute, national zu sein und sich zu einer Sprach- Kultur- und Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes zu bekennen.

„(...) wie klein wäre dieser nationale Gedanke, hätte er sich nur im nationalstaatlichen Zusammenschluss erschöpfen sollen, wie ihn der geschichtliche Versuch 1938 darstellt. Mußte dieser zwar dem national denkenden Österreich als Erfüllung seines Traumbildes erscheinen und er daher in tragischem Gegensatz zum alten Kaiserstaat und noch mehr zu dessen rechtsstaatlichem Erben geraten, so ließ doch die Katastrophe, in die dieser Nationalismus die Menschheit geführt hat, die Notwendigkeit erkennen, daß wir zu neuen Formen einer europäischen Völkerordnung kommen werden.“

Die Vorkommnisse nach 1945 hätten keine Überflüssigkeit oder Unzeitgemäßheit des freiheitlichen Gedankens gezeigt.

Berka, Günther: Der Volkspolitiker Ignaz Seipel. In: Aula (1954/12), S. 2 ff.

Irgendwann wäre Deutschland wieder eine aktive Kraft in der Welt der Politik, jedoch besser mit den Weltmächten als ohne sie.

Russland hätte bis jetzt keinen Deut nachgegeben, nicht in Österreich oder in Deutschland. Es hätte nur deswegen mitzureden in Deutschland und Österreich, weil es in der Asienkonferenz mit Einschluss von Rot-China sein Ziel erreicht hatte.

Die Berliner Konferenz wäre eine große Auseinandersetzung gewesen, die Standpunkte klar und deutlich aufgezeigt hatte.

Der Volkspolitiker Ignaz Seipel und seine Einstellung werden von Günther Berka erörtert. „Nach Hause geschickt ins Reich“. Man führt aber Seipels Einstellungen zum Anschluss deshalb nicht an weil sie aufzeigt wie sehr Seipel von der dem Bund von Österreich und Deutschland überzeugt war und wie sehr sich die österreichischen Politiker von seiner Überzeugung entfernt haben und die Zugehörigkeit Österreichs zum Deutschen Reich verleugneten und höchstens eine Sprachgemeinschaft sehen.

O.V.: Ein Schlußwort. In: Aula (1955/2), S. 8.

Urteil des Deutschen Verwaltungsgerichtshofes, das viel Staub aufwirbelte:

„Das Urteil des deutschen Verwaltungsgerichtshofes hätte sich wahrscheinlich vermeiden lassen, wenn zwischen Österreich und der Westdeutschen Bundesrepublik normale diplomatische Beziehungen bestünden. Solche würden es nämlich gestatten, diese und andere wichtige Themen rechtzeitig durch Verträge zu regeln.“ Alfons Gorbach (steirischer Abgeordneter in der Budgetdebatte des Nationalrats) sehe sich dazu gezwungen, Anklage gegen die politische Unvernunft der Besatzungsmächte zu erheben. Man rede zwar ständig von der Selbstständigkeit und Freiheit Österreichs, man entziehe diese dem Staat jedoch regelrecht. Die wirtschaftliche Lebensfähigkeit Österreichs ist unter schwierigen Umständen der neunjährigen Besatzung wieder ausgeglichen, aber diese Entwicklungen seien getragen worden von den Beziehungen zu dem Westdeutschen Staat. Auch die gemeinsame Sprache und Geschichte sei nicht zu verneinen, das gemeinsame Leid und das Zusammenwirken beim Abwehren von außereuropäischen Kräften. Die Anschlussbegeisterung sei vorüber, aber eine gegenseitige Freundschaft und Anteilnahme sei geblieben, die auch nicht getrübt werden kann.

Regula, Erich: Grenzlandfragen. In: Aula (1955/9), S. 22.

„In Zeiten der Stärke war das deutsche Volk berufen, Mittelpunkt und Mittler für ganz Europa zu sein, in Zeiten der Schwäche wurde der deutsche Raum zum Schlachtfeld Europas, wo die Nachbarn ihre heißen und kalten Kriege austrugen. Heute, nach zwei verlorenen Kriegen, erreichen die Staatsgrenzen der deutschen Teilstaaten nur noch an wenigen Stellen die Volks- und Sprachgrenze. Alle Nachbarvölker haben Teile des deutschen Volksbodens an sich gerissen und versuchten, das deutsche Volkstum in Sprache, Kultur und Wirtschaft zu unterdrücken. Diese Politik ist trotz aller Verdammung des deutschen Nationalismus niemals aufgegeben worden und wer glaubt, daß das in einem vereinten Europa besser sein wird, der dürfte sich getäuscht haben. Unterschiede zwischen West und Ost bestehen nur in der Art der Durchführung, nicht der Zielsetzung.“

Staatsvertrag

Pfeifer, Helfried: Der Staatsvertragsentwurf. In: Aula (1955/4), S. 1 ff.

Die Alliierten Besatzungsmächte wollen erst abziehen, wenn Österreich einen „Staatsvertrag“ unterzeichnet hat, der aber in Wahrheit einem besiegten Staat

aufgezwungenen Friedensvertrag ähnelt, obwohl Österreich keinen Krieg geführt hat, und nach der Moskauer Erklärung als erstes Opfer Hitlerdeutschlands bezeichnet wird.

Im Februar 1954 wurde eine österreichische Delegation zu den Verhandlungen über den Staatsvertrag hinzugezogen unter der Führung von Figl. Die Unterzeichnung des Staatsvertrages ging aber nicht vonstatten, da Molotow keine Festsetzung des Räumungstermins angeben wollte. Man solle also den Staatsvertragsentwurf soweit prüfen, ob er das was er vorgibt, also die Souveränität Österreichs, wiederherstellt oder wieder den Großmächten das Zepter in die Hand gibt.

Besonders Artikel 11 des Vertrages soll hervorgehoben werden. Demnach soll Österreich dazu verpflichtet werden, alle Personen, die beschuldigt werden, Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen den Frieden oder der Menschlichkeit getätigt zu haben, auszuliefern.

Nach der Moskauer Erklärung vom 30. Oktober 1943 wünschten Großbritannien, die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion ein freies und unabhängiges Österreich wiederhergestellt zu sehen.

Doch obwohl die alliierten Mächte den Anschluss Österreichs an Deutschland 1938 für nichtig erklärten, somit das Weiterleben der Republik Österreichs wollte, obwohl man wieder einen demokratischen Staat entstehen lassen wollte und auch die Staatsregierung 1945 förmlich anerkannte, dem Wiederinkrafttreten der Verfassung aus dem Jahre 1920 zugestimmt hatte und somit einen demokratischen Willen zeigte, hatte man durch die Aufrechterhaltung der Besetzung und durch die anhaltende Kontrolle durch die Alliierten das Recht auf Souveränität bereits zehn Jahre unterschlagen.

Man könne die Souveränität mit einer einfachen Unterschrift wiederherstellen, man müsse nur untereinander verhandeln, dass das 2. Kontrollabkommen vom Juni 1946 per 1. Juni 1955 außer Kraft tritt und die Streitkräfte der Alliierten und die alliierte Kommission Österreich verlassen.

Man hätte fast 10 Jahre an diesem Staatsvertrag (ohne Österreich) herumgetüftelt, erst bei der Berliner Konferenz 1954 hätte man eine österreichische Delegation teilnehmen lassen.

Man sollte den vorliegenden Staatsvertragsentwurf dahingehend überprüfen, ob er die Souveränität, das Stabile im Inneren und eine Unabhängigkeit nach Außen beinhaltet – und nicht den Großmächten die Stränge in die Hand gibt.

In der ersten Präambel lese man bereits, dass Österreich zu Kriegsbeginn nicht mehr existierte, sondern in die Reichsgaue aufgelöst wurde. Gleichzeitig mache man Österreich, fälschlicherweise, auch für eine Teilnahme am Krieg verantwortlich.

Weiters würde man die Souveränität Österreichs minimieren, indem man die Einbürgerung und den Aufenthalt deutscher Staatsangehöriger beschränkt. Nach dem Staatsvertrag von St. Germain 1919 soll man allen Staatsangehörigen ohne Diskriminierung von Rasse, Geschlecht, Sprache oder Religion Menschenrechte gewähren, wie die Freiheit der Meinungsäußerung, der Religionsausübung und die politischen Meinung.

Man trete diese Rechte jedoch mit Füßen, die 1945 eingeführten Ausnahmegesetze verletzen den Gleichheitssatz immens.

Artikel 16 verpflichtete Österreich, deutsche Staatsangehörige nach Deutschland abzutransportieren.

Österreich würde durch diesen Entwurf des Staatsvertrages seine Souveränität nicht zurückerlangen. Im Gegenteil, die „(...) Selbstbestimmung in wesentlichen Angelegenheiten des Staatslebens und die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit von den vier alliierten Mächten (..)“ werde weiterhin untersagt.

Der Entwurf wird als „Dokument der Unfreiheit“ bezeichnet, die Regierung müsse einen Weg finden, um die vollkommene Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs wieder zu bekommen und zu stabilisieren.

Berka, Günther: Staatsvertrag und Staatsgedanke in Österreich. In: Aula (1955/9), S. 1 ff.

Eine Menschenmenge jubelte am 15. Mai den Vertretern der „Alliierten und Assoziierten Mächte“ zu, die nach Unterfertigung des Staatsvertrages auf einem Balkon im Schloss Belvedere erschienen.

Es handelt sich nicht darum, ob eine politische oder wirtschaftliche Vereinigung mit Deutschland, ob die Ausstattung der österreichischen Wehrmacht mit bestimmten Spezialwaffen anzustreben, die Rückkehr der Habsburger nach Österreich zuzulassen ist oder nicht, wesentlich ist, daß die Entscheidung über all diese Fragen nicht dem freien Ermessen des unabhängigen Österreich überlassen bleibt, sondern daß durch Verbote das Recht der Entscheidung diesem Staat genommen wird.

Es soll kein Stein auf die Regierung und auf National- und Bundesrat geworfen werden, die dem Staatsvertrag zugestimmt haben. Vor die Wahl gestellt: Beibehaltung des bisherigen Zustandes verbunden mit dem Verbleiben der Besatzungstruppen in Österreich oder Staatsvertrag, blieb ihnen nichts anderes übrig, als sich für diesen als das kleine Übel zu entscheiden.

Man müsse nun prüfen, welche Forderungen dem Vertrag für diejenigen Österreicher zu ziehen sind, die zu ihrem Wohlbefinden nicht nur die Zugehörigkeit zum österreichischen Staate sondern auch das Bewusstsein, dem großen deutschen Volke anzugehören, benötigen.

Artikel 4 verbietet den Anschluss, Artikel 9 gebietet die Auflösung nazistischer Organisationen.

Artikel 4 verbietet also eine politische oder wirtschaftliche Vereinigung mit Deutschland, Österreich wird im zweiten Absatz dieses Artikels dazu verpflichtet, innerhalb seines Gebietes jede Handlung zu verhindern, die geeignet wäre, eine solche Vereinigung mittelbar oder unmittelbar zu fördern und wird den Bestand, das Wiederaufleben und die Tätigkeit jeglicher Organisationen, welche die politische oder wirtschaftliche Vereinigung zum Ziele haben, sowie großdeutsche Propaganda zugunsten der Vereinigung mit Deutschland verhindern.

Man kann aber feststellen, dass alle anderen Beziehungen und Verbindungen, vor allem solche kultureller Art zwischen Österreich und Deutschland legitim sind, sofern sie nicht die politische Unabhängigkeit Österreichs Deutschland gegenüber beeinträchtigen.

Durch solche Verbindungen, die dem österreichischen Volk auferlegt werden, hat aber jeder Österreicher das Recht, sich geistig nach Westen zu richten.

„Es war vorauszusehen, daß die Beendigung der Besetzung eine große Auseinandersetzung mit der Frage, welchen Sinn das nun befreite Österreich haben soll, hervorgerufen wird. Man erzählt in Wien, eine an sehr hervorragender Stelle stehende Persönlichkeiten habe ihren Mitarbeitern zugerufen: ‚Bringt mir doch den österreichischen Staatsgedanken!‘“

Gleichgültig, wie Österreich mit dem deutschen Volk verbunden war, ob nun als Teil des Heiligen Reiches oder des Deutschen Bundes, ob in völkerrechtlichem Bündnis mit dem

Deutschen Reiche, als zweiter deutscher Staat seit 1918 oder als Teil des Großdeutschen Reiches bis 1945, immer war es Bollwerk und Brücke des deutschen Volkes und des Abendlandes nach dem Südosten Europas und für die besten Österreicher hatte diese Sendung niemals imperialistischen Einschlag, sondern war Ausdruck eines auf durchaus ethischer Grundlage stehenden Kultur- und Ordnungsgedanken.

„Es besteht für uns nicht der geringste Anlaß, an dieser Sendung Österreichs irgend etwas zu ändern. Denn niemals war die Gefahr, die aus dem Osten droht, größer als jetzt und niemals stand Österreich in so ausgeprägter Vorpostenstellung der Welt des Ostens gegenüber wie heute. Daran ändern der Staatsvertrag und die Neutralität Österreichs nichts. Nur die Mittel, unsere Sendung zu erfüllen, sind andere geworden.“

Der Bolschewismus könne nur dann beseitigt werden, wenn seine Geisteswelt der Idee des Abendlandes gegenübergestellt wird, nicht nur in salbungsvollen Reden und Zeitungsaufsätzen, sondern in bedingungsloser Durchführung in allen nationalen und internationalen Beziehungen, auch dann, wenn die Durchführung der Menschenrechte dem französischen und italienischen Imperialismus, wie im Saarland und in Südtirol, nicht genehm ist.

„Ein Geist der Brutalität hat nun einmal die Menschheit ergriffen und daß dieser Geist auch deutsche Menschen, auch bei uns in Österreich, erfaßt hat, gehört zu den dunklen Blättern unserer Geschichte. Aber nur Selbsterkenntnis aller Beteiligten kann diesen Geist besiegen. Werden diese Haßgefühle überwunden, dann müßte eine Einigung über die künftige Sendung Österreichs unschwer auf der Grundlage erfolgen, daß weder die Treue zum deutschen Volke als Staatsverrat, noch die Treue zum österreichischen Staate als Volksverrat angesehen wird.“

Pfeifer, Helfried: Staatsvertrag, Staats- und Völkerrecht. In: Aula (1955/11), S. 3 ff.

Der am 15. Mai 1955 unterzeichnete Staatsvertrag zwischen den vier alliierten Mächten hätte die Wiederherstellung eines demokratischen und freien Österreichs zum Ziele gehabt. Der Titel „Staatsvertrag“ wäre jedoch trügerisch, Österreich wurden schwer zu tragende Souveränitätseinschränkungen auferlegt. Somit zeigt der Staatsvertrag einen verfassungsändernden Charakter auf.

„Ob er noch zur Wiederherstellung der durch die Ausnahmegesetze seit 1945 (Verbotsgesetz, Wirtschaftssäuberungsgesetz, NS-Gesetz usw.) noch immer schwer

gestörten demokratischen Verfassung beitragen wird, wird wesentlich von seiner Auslegung und Handhabung, insbesondere von der richtigen Auslegung und Anwendung des fundamentalen Art. 6 (Menschenrechte) abhängen.“

Die Außenminister der vier Mächte haben auch zu verstehen gegeben, dass eine andauernde Neutralität mit der Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen vereinbar wäre. Eine sowjetische Bedingung war die im Juni 1955 beschlossene Neutralitätserklärung, die durch ein Bundesverfassungsgesetz im Oktober 1955 untermauert wird, für Österreich ein schweres Zugeständnis. Österreich hat, im Hinblick auf diese, teilweise auch selbst auferlegten, Zugeständnisse, den Abzug aller Besatzungstruppen bis spätestens 25. Oktober 1955 erreicht, sowie die Heimsendung der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten.

Die konkrete Anwendung der Menschenrechte in ihrem Gleichheitssatz auf das politische Leben, bringen die Bestimmungen des Art. 8 über demokratische Einrichtungen dar. Materiell beinhalten sie nichts Neues, sie bringen eine Wiedergeburt demokratischer Grundsätze, durchlöchert und entwertet durch Ausnahmegesetzgebungen.

„Denn Österreich verbürgt allen Staatsbürgern ohne Ausnahme ein freies, gleiches Wahlrecht sowie das Recht, zu einem öffentlichen Amt gewählt zu werden, wodurch entgegenstehende Bestimmungen des Verbotsgesetzes aufgehoben erscheinen! Mit dieser demokratischen Grundeinstellung sind auch noch die Bestimmungen des Art. 9 vereinbar, wonach sich Österreich verpflichtet, alle Organisationen faschistischen Charakters aufzulösen, weil darunter solche verstanden werden, ‚welche die Bevölkerung ihrer demokratischen Rechte zu berauben bestrebt sind‘.“

Diese Verpflichtung wären durch den ersten Hauptteil des Verbotsgesetzes längst erfüllt worden. „Ein paar Bestimmungen des Art. 10 sind nicht nur eine mit der Souveränität unvereinbare Dezimierung der Gesetzeshoheit, sondern sie sind auch mit Art. 6 total unvereinbar.“

Dass rückwirkende Strafgesetze, die eine zum Zeitpunkt der Tat erlaubtes Verhalten im Nachhinein für als strafbar bezeichnen oder getätigte Verwaltungsübertretungen nachträglich als extreme Verbrechen bezeichnen, gegen allgemeine Handlungsregeln verstoßen ist gewiss.

Dass von Österreich keine Reparationen verlangt werden würde nicht mit der Realität zusammenpassen. Österreich hätte während der zehnjährigen Besetzung in unterschiedlicher Weise bezahlt, wie die Besatzungskosten, oder die Ausbeutung der österreichischen Ölvorräte, auch durch das Entgehen von Zöllen und Steuern.

Abgesehen von den vielen Souveränitätsbeschränkungen wäre Österreich auch nach Wirksamwerden des Vertrages und dem Ende der alliierten Besetzung unter einer gewissen politischen Kontrolle durch die Alliierten Mächte.

Schneefuß, Walter: Zur Außenpolitik Österreichs. In: Aula (1955/12), S. 1 ff.

Der Abzug der Besatzungstruppen ist nun erreicht und Österreich ist nicht nur im innersten Kern frei geworden, die verantwortlichen Politiker sind nunmehr für alles zuständig, was sie tun oder zu unterlassen haben, manchmal waren ja die Alliierten die Sündenböcke. Auch kann Österreich wieder die eigene Außenpolitik selbst angehen.

Österreich hat sich, im Gegenzug zu der Räumung und des Wirksamwerdens des Staatsvertrages, dazu verpflichtet, eine immerwährende Neutralität zu wahren, obwohl es in der westlichen Welt als Teil besteht und es auch so weiterhin sein möchte.

Diese Neutralität bedeutet, dass man in keinem Krieg der Welt teilnehmen darf und kein Bündnis eingehen darf, keinen fremden Mächten Stützpunkte gewähren darf – was man ja auch nicht will.

„Wirtschaftlichen und kulturellen Staatenbänden beizutreten, sich als Glied der westlichen Welt zu fühlen und zu bekennen, kann Österreich niemand verwehren.“

Die Neutralität abzusichern soll das erste und oberste Ziel der österreichischen Politik sein. Deshalb muss es über ein Heer verfügen, das einem Angreifer Widerstand leisten kann, auch wenn es nur „symbolisch“ ist, oder für Hilfeleistung für einen anderen Staat.

„Neben dieser Garantie erscheint die natürliche Folge aus der österreichischen Neutralität sein Bemühen, mit allen Staaten, in erster Linie mit seinen Nachbarn, in gute und freundschaftliche Beziehungen zu kommen. Dabei ist es das gute Recht, ja die Pflicht Österreichs, seine Unabhängigkeit zu wahren, seine Rechte und Interessen

wahrzunehmen und doch wohl auch gewisse ethische Grundlagen seiner Politik und der Politik überhaupt zu erhalten. Hierbei sei besonders an Südtirol erinnert.“

Ein paar Stimmen aus der Politik hätten sich aus wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit oder aus politischen Gründen darauf geeinigt, dass eine Deutschfeindlichkeit ein Beweis einer „guten österreichischen Gesinnung“ sei. Womit gezeigt wird, dass sie vom wirklichen Österreichertum und der Vorgeschichte nichts wissen.

Den Sowjets ist die größer werdende Zusammenarbeit und Geschlossenheit des Westens, vor allem nach dem Beitritt Westdeutschlands zum Atlantikpakt beängstigend.

„Vielleicht geht ihnen auch im Wettrüsten der Atem aus.“

Gleichzeitig warb man mit allen Mitteln um die Neutralen von Schweden bis Indien und besprach auf der ersten Genfer Konferenz freundlich, die westlichen Mächte waren beruhigt.

Moskau sah daraufhin, dass man den Westen zwar nicht ärgern dürfe, aber man sich auch nicht weiter zurückgehen müsse – auf der zweiten Genfer Konferenz wurde wieder die alte Politik des „Njet“ gefeiert. Russland unternimmt ein paar diplomatische Aktionen um einen kritischen Augenblick auszubügeln, nämlich wie Deutschland in das westliche Bündnis eintrat und zu aufrüsten begann. Nun richten sich die alten Fronten wieder auf.

Zwischen ihnen ist Österreich, ein neutraler Staat – man sieht dies als Vorteil, um als Vermittler in wirtschaftlichen Dingen agieren zu können.

Krieg und Nationalsozialismus

Schneefuß, Walter: Die Deutschen in der Welt. In: Aula (1952/10), S. 5 ff.

„Österreich hat 30.000 Gefallene und 160.000 zivile Opfer zu beklagen; seine Einwohnerzahl ist durch den Zustrom von Flüchtlingen und die natürliche Vermehrung gleichfalls bereits auf mehr als vor dem Krieg gestiegen, auf fast 7 Millionen. Darunter befinden sich etwa 400.000 volksdeutsche und gegen 200.000 fremdsprachige Flüchtlinge, von denen mehr als die Hälfte auf Auswanderungsmöglichkeit wartet.“

Manche deutsche Kriegsgefangene würden in einzelnen Ländern festgehalten werden, deutsche Bewohner würde man derzeit festhalten und in Arbeitsprozesse miteinbinden, gleich wie die Staatsbürger. Man geht auf das Flüchten der Deutschen aus Jugoslawien ein, wo etwa 225.000 Deutsche in der zweiten Jahreshälfte 1944 geflüchtet seien, die restlichen Personen wurden erschossen, verschleppt oder man ließ sie verhungern.

Man erwähnt am Ende des Texts, dass die Schätzungen der Zahlen mit gewissen Unsicherheiten verbunden ist, man aber eine Gesamtanzahl von 92 Millionen Deutschen auf der Erde berechnen konnte.

Zillich, Heinrich: Unseren Frauen im letzten Kriege. In: Aula (1952/10), S. 7 f.

In diesem Artikel wird auf das Leiden der deutschen Frauen kurz nach dem Krieg eingegangen. Man führt einen Aufruf eines Kremldichters (Ilja Ehrenburg) aus dem Jänner 1945 an, der auf Millionen Flugblättern gedruckt wurde und der roten Armee das Töten der Deutschen befahl.

„Tötet, tötet! Es gibt nichts, was an den Deutschen unschuldig ist, die Lebenden nicht und die Ungeborenen nicht. Folgt der Weisung des Genossen Stalin und zerstampft für immer das faschistische Tier in seiner Höhle. Brecht mit Gewalt, den Rassenhochhut der germanischen Frauen! Nehmt sie als rechtmäßige Beute! Tötet, Ihr tapferen, vorwärtsstürmenden Rotarmisten!“

Die Schändungen der Deutschen Frauen durch die Rote Armee werden in dem Artikel eingehend beschrieben. Die Ehrung dieser „Helden“ im Nachkriegsalter wäre eine demnach eine Schande.

„Deutsche Männer – deutsche Treue, deutsche Frauen – deutsche Säue!“ oder „Sechs Jahre gegen deutsche Männer, sechs Minuten gegen deutsche Frauen!“

Haen, Felix: Amerikaner rechtfertigen Stalin. In: Aula (1952/10), S. 14 f.

Die Durchführungen der Alliierten im Europa werden als Kreuzzug gesehen, man glaubt eine Allianz zwischen Amerika und Russland zu erkennen.

Der Ost- und Westvergleich findet Behandlung in einigen Artikeln, so wird im November 1952 die Behandlung der Intellektuellen in Amerika aufs Schärfste verurteilt. Der Handarbeiter verdiene mehr als ein Intellektueller, man stellt den Wert „frei“ in der freien

Welt in Frage. In der Sowjetunion hingegen hätte man die Löhne schon längst angeglichen, „Geistesarbeiter“ verdienen hier besser.

Sufani, Odorico: Der Arzt im freien Beruf. In: Aula (1953/3), S. 5.

„Im letzten Viertel des vergangenen Jahres war die Tagespresse voll von Berichten über die Budget-Beratungen von Bund, Ländern und Gemeinden. Industrie und Gewerbe, Landwirtschaft und Handel haben für ihre Berufe kostendeckende Preise gefordert und teilweise erkämpft und die unselige Subventionspolitik verdammt, war doch durch diese jede reele Bilanzierung und Kalkulierung unmöglich geworden und bildete sie die Grundlage von Protektionismus und Unsauberkeit jeder Art. (..) Seit den Währungsreformen der Jahre 45 und 47 sind wir Bettler geworden.“

Berka, Günther: Das Buch Langoths. In: Aula (1953/4), S. 4.

„Ich war nicht dabei!“ Das ist die Behauptung, die sich wie ein roter Faden durch die Entschuldigungen so vieler hindurch zieht, die sich im Jahre 1945 und nachher jeder Verantwortung für das, was in Österreich als Ausdruck großdeutscher und nationalsozialistischer Gesinnung geschehen ist, ent schlagen wollten.“

Stapel, Wilhelm: Wiederum Kriegsbrie fe fallener Studenten. In: Aula (1953/6), S. 4.

„In zwei Weltkriegen wurde zweimal ein großer Teil der heranwachsenden und herangebildeten deutschen Intelligenz vernichtet. Zweimal wurden solche Jünglinge und Männer getötet, die das Ethos unseres Volkes wahren gegenüber den Hirnlosen und Herzlosen, gegenüber einem reichen und armen Gesindel, in deren Seele die Gier herrscht.“

Herzog, Franz Ludwig: Die Wohnungsfrage. In: Aula (1953/7-8), S. 13 f.

Ein Problem, das oft behandelt wird, ist die Wohnungsfrage. Es gäbe kaum ein größeres Problem in der Gesamtwirtschaft als das der Wohnraumbeschaffung. Es herrsche Mangel und Missstände auf dem Gebiete des Wohnungswesens was dazu führe, das an sittlichen und biologischen Grundfesten des Staates gerüttelt wird. Es wird immer wieder um Reformen des Mieterschutzgesetzes gefragt, das dringend einer Reform bedarf.

Man weißt darauf hin, dass andere Staaten, die sich in einer ähnlichen oder noch schlechteren Lage befänden, größere Erfolge zu verzeichnen hatten.

Wohnungsnot sei das Problem Nummer Eins und müsste von allen verantwortlichen Lenkern des Staates behandelt werden.

Bräunlich, Kurt: Dogmen und Schlagwörter. In: Aula (1954/2), S. 4 f.

Die wirtschaftliche Situation Österreichs wird sehr oft behandelt, es werden die Gesetze der Regierung bekrittelt, man sieht sich in der Freiheit des eigenen Denkens bedroht.

Eine „freie Marktwirtschaft“ lehne man ab, von der sehr oft die Rede sei. Zu einer Stabilisierung sollten bis vor kurzem alle Mittel im Lande der aktiven Wirtschaftspolitik des Staates dienen sowie die Inflation bekämpfen.

Heute sieht man im Parlament, dass eine Vollbeschäftigung die richtige Lösung sei, man aber außer Acht lasse, dass die große Nachfrage nach Rohstoffen und Arbeitskräften die berüchtigte Preis-Lohn-Spirale wieder mobilisieren könnte.

Zu einer Stabilisierungspolitik gehört, dass ein Gleichgewicht der wirtschaftlichen Kräfte nicht nur durch Maßnahmen hergestellt wird die auf ein balanciertes Budget und ein starres Lohn-Preis-Niveau abzielen.

Der Autor bekrittelt, dass die Befürworter einer „freien“ oder „sozialen Marktwirtschaft“ diese Vorkommnisse als „kleine“ Nachkriegsfolgen betrachten bzw. als Reste der unliebsamen Planwirtschaft. Man glaube, dass durch die Ankurbelung der Wirtschaft mittels Finanzspritzen diese Folgen von selbst verschwinden werden.

O.V.: (Rubrik: Tatsachen) In: Aula (1954/3), S. 12.

In Wien wurde im Frühjahr 1954 das „Wiederaufbaugesetz 1954“ fertiggestellt. So soll in der Wohnungsnot der Wohnhauswiederaufbaufonds nicht nur der Wiederherstellung sondern auch der Schaffung neuen Wohnraumes genutzt werden.

Schneefuß, Walter: Neues Leben in der Wirtschaft. In: Aula (1954/5), S. 11 f.

Im Mai 1954 meldete das Blatt, das Österreich wieder im Stande sei, seine passive Handelsbilanz zu überwinden und sie durch Fremdenverkehrseinnahmen und dergleichen in der Zahlungsbilanz auszugleichen. Der Export sei gestiegen, der Import zeitweise zurückgegangen und die Einnahmen aus dem Fremdenverkehrsgewerbe seien auch

gewaltig gewachsen. Österreich kann mit seiner wirtschaftspolitischen Führung zufrieden sein. Nicht nur der Außenhandel und Zahlungsbilanz sondern auch die Produktivität sei gesteigen und die Spareinlagen der Bevölkerung gewachsen.

Pirchegger, Hans: Ein Rückblick. In: Aula (1954/9), S. 3.

„Im Altreich galt der Österreicher vielfach als minderwertig, als ein liebenswürdiger Genießer, wie ihn Rudolf Bartsch geschildert hat. Daß er ein ebenso ehrlicher und tüchtiger Arbeiter war, wie die im Reiche, daß er seinen Mann stellte, wenn es darauf ankam, das mußte man erst während der zwei Weltkriege feststellen“

Schneefuß, Walter: Das schweigende Wien. In: Aula (1954/10), S. 2.

„ (...) Diese Stadt (Anm. Wien), 1945 halb zerstört und verhungert, von vier fremden Mächten besetzt, von Revolution und Gegenrevolution verwirrt, bedrängt und zerrissen, heute wieder schmuck und sauber geworden ist und eine wirtschaftliche Aktivität entwickelt, die für die schweigende Kraft und Zähigkeit zeugt, die immer hinter der gelegentlich gerne zur Schau gestellten Leichtlebigkeit stand.“

Grengg, Hermann: Gelände, Wasser und Bauwerk. In: Aula (1954/11), S. 4 f.

Im November 1954 wird von Herman Grengg, Rektor der Technischen Hochschule Graz, ein Artikel über Gelände, Wasser und Bauwerk verfasst. Ein Auszug zeigt, dass es sich im Grunde nicht um diese Themen handelt.

„Das Gelände bedeutet für das Bauingenieurwesen sehr viel, denn er bildet es um, und muß es daher vorher begriffen haben. Der papierene Abklatsch in mechanistischer Höhenlinien, mag er dem Kenner auch vieles sagen, ersetzt dabei nicht die sorgfältige Beobachtung an Ort und Stelle. Das Schauen will gelernt sein, es ist das genaue Gegenteil zeitüblicher Flüchtigkeit. Der Bewuchs verdeckt viel und verrät doch mehr, als der bloß messende Beobachter ahnt.“

„Die Geschichte der Menschheit wird von Bauerwerken symptomatisch begleitet. Das Besondere an diesem Menschenwerk begreift am besten, wer seinen eigenen Entwurf oder seine eigene Bauausführung nach geraumer Zwischenzeit als etwas nunmehr Selbstständiges wieder sieht, und also Nacht und Nebel, im Sonnenlicht, von der Farbigkeit der Atmosphäre umspielt, als das Dauernde und Überlebende erlebt. Das

Bauwerk hat außerdem die ungewöhnliche Eigenschaft, den Geist seiner Urheber aller Öffentlichkeit preiszugeben; es ist also nicht geeignet, Gedanken zu verbergen (...)“

Schneefuß, Walter: Deutsche Zwietracht. In: Aula (1954/12), S. 1f.

Die Deutschen seien das größte Volk nach den Russen, und es ist bei dieser Größe nicht verwunderlich, wenn in diesem Land immer wieder Austragungsort von Kämpfen war. Deutsche seien auch nicht unter einen Hut zu bringen, es gebe viele Gedanken, Ziele und Absichten. Es kann daher nicht von der Aufgabe sein, diese Gegensätze zu vernichten, so wie es der Hitlerstaat versucht hatte. Es ist aber von Wichtigkeit, solche „trennenden Ideologien“ nicht in einer Feindschaft ausarten zu lassen. Auch die Feindseligkeit zwischen den beiden christlichen Konfessionen sei am Abnehmen: die USA und Russland mit den Atombomben und den Massenaustreibungen, der Konzentrationslager und der Volksgerichte hätten nicht mehr viel Gewichtung beim Schüren von Hass zwischen Christen verschiedener kirchlicher Ordnungen.

Die staatliche Trennung Deutschlands nimmt man als gegeben und sieht sie als Ergebnis politischer Machtverhältnisse. Man hofft auf die Überwindung durch die Verstärkung des europäischen Gemeinschaftsgedanken.

Es gebe in der Frage der Stellung im zweiten Weltkrieg zwei Anschauungsweisen: Die Einen sagen, sie haben ihre Heimat geschützt und damit die europäische Kultur verteidigt. Man habe gekämpft bis zum letzten Atemzug und damit sei Anspruch auf höchsten Ruhm gegeben, auch wenn es nicht immer von größter Klugheit war. Die Sieger hätten die Feindschaft spüren lassen, und die von Ihnen verfolgten seinen Kameraden.

Die anderen sagen, dass der Ausbruch des Krieges ein Verbrechen war, auch sein Fortleben. Recht hätten die Revolutionäre, die aus deutscher Nationalität die Hitlerherrschaft zu beenden versuchten um des Vaterlandes willen.

Auch wird angemerkt, dass die Unabhängigkeit Österreichs für das Land und für die Ruhe Europas von Wichtigkeit ist. Die Vertreter dieser Unabhängigkeit hätten Recht gegenüber den Personen, die für Österreich eine glücklichere Zukunft im Reich sehen und das auch angestrebt haben.

Der Autor fügt hinzu, dass beide Lager für die Aussöhnung Europas seien und jeder seinen Standpunkt zum Zweiten Weltkrieg hätte, aber auch die Standpunkte des jeweils anderen gelten müssen. Nur wer ehrlich gekämpft hätte, kann ehrlich Frieden schließen.

Schaerffenberg, Bruno: Geist und Verstand. In: Aula (1955/4), S. 12.

„Seit dem Ende des zweiten Weltkrieges hat dieser Prozess der allgemeinen geistigen Verarmung und Verflachung geradezu beängstigende Fortschritte gemacht und droht uns alle in den Strudel eines allgemeinen kulturellen Niederbruchs hineinzureißen.“

Hanfs, Karl: Deutschtum im Südosten. In: Aula (1955/4), S. 14.

Die Außenpolitik des dritten Reiches wäre voller schwerwiegender Fehler gewesen, besonders bei der sogenannte „Zivilverwaltung“ in den zurückeroberten Landesstreifen von Steiermark und Kärnten. „Die wirklich ehrliche Begeisterung, mit der die Deutschen und auch die große Mehrheit der slowenischen Landbevölkerung die Befreiung vom serbischen Joch durch das Deutsche Reich erwarteten, wurde durch die ungeschickte Verwaltungs- und Aussiedlungspolitik in Kürze zerstört. Auch der Bund mit dem Faschismus in Italien wie in Kroatien hat sich sehr nachteilig ausgewirkt.“

O.V.: (Rubrik: Tatsachen) In: Aula (1955/6), S. 21.

Das österreichische Volkseinkommen betrug 1954 71 Milliarden Schilling, 1953 63.2, und 1951 55.7 Milliarden.

Hanfs, Karl: Deutschtum im Südosten. In: Aula (1955/7-8), S. 13.

„Leider ist es (...) in allen deutschen Sprachinseln mit dem Siege des Nationalsozialismus im Mutterlande zu schweren inneren Zwistigkeiten gekommen, weil die sogenannten ‚Erneuerer‘, die bisher verdienten alten Führer im jugendlichen Ungestüm beiseite drängten.“

„Wir wollen es uns ersparen, von den Grausamkeiten zu sprechen, mit denen die Gegner ähnlich den Tschechen nach dem Abzuge der deutschen Wehrmacht über die nun schutzlosen Deutschen hergefallen sind, die zu Tausenden sowohl in Slowenien als auch in den kroatischen und serbischen, aber auch in den rumänischen und ungarischen Gebieten hingemordet worden sind oder verhungern mußten.“

„Das Schicksal unserer Brüder und Schwestern vor den Grenzen soll uns in den Alpengauen ernste Mahnung sein. Wir haben in kaum einem Menschenalter erlebt, daß

ihre Siedlungen bis auf kleine Reste in Siebenbürgen und dem Banat verschwunden sind. Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir nun selbst in vorderster Front stehen.“

Schneefuß, Walter: Tatsachen über Hitler. In: Aula (1955/9), S. 10 ff.

Die Regierungsübernahme Hitlers wäre völlig legal erfolgt, starke Machtpositionen blieben in den Händen der alten Oberschicht: das Heer, die Außenpolitik, die Regierung Preußens, die Wirtschaft. Schritt für Schritt, schlau und listig, aber ohne Gewalt wurden sie aus all diesen Positionen gedrängt.

Der Reichstag übertrug der Regierung Hitler mit der erforderlichen Stimmenzahl die Vollmacht, Gesetze, auch Verfassungsänderungen zu verfügen, wovon er dann reichlich Gebrauch machte. Erst nachdem wurden die alten Parteien aufgelöst, ohne Widerstand und ohne viel Trauer im Volk.

„Tatsache ist, daß die Regierung Hitlers eine ganze Reihe, notwendiger, erfolgreicher und heilsamer Maßnahmen traf. Sie beseitigte sehr schnell die Arbeitslosigkeit und stellte das Vertrauen zum Staat und zur Staatsführung her; Volksabstimmungen, die auch zahlreiche Nein-Stimmen aufwiesen, ergaben starke Mehrheiten für die Regierung. Die Übernahme der Funktion als Staatsoberhaupt wurde durch eine solche Volksabstimmung bestätigt. Gesetze, wie das Reichserbhofgesetz oder das Gesetz zum Schutz der deutschen Arbeit, Einrichtungen wie der Reichsarbeitsdienst oder die deutsche Arbeitsfront, die Volkswohlfahrt mit all ihren Zweigen, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht stellten Fortschritte im wohlverstandenen Interesse Deutschlands dar.

Tatsache ist aber auch, daß Hitler, der genug Macht besaß, um seine Ziele mit guten Mittel zu erreichen, sehr böse anwandte. Die Rechtssicherheit hörte auf und jeder war dem unkontrollierten Zugriff der Gestapo preisgegeben, Konzentrationslager für politische Gegner oder sonst Mißliebige wurden in wachsender Zahl errichtet. Tatsache ist, daß die drohende Revolte der SA nicht mit den Mitteln des Rechtes, sondern der Gewalt niedergeworfen wurde und niemals Aufklärung über eine Reihe politischer Mordtaten – nicht nur an den Verschwörern! – gegeben wurde. Sichtlich lag Hitler daran, zu zeigen, daß er sich nicht in den Schranken des Rechtes halte, als starke Drohung gegen alle etwaigen Gegner.“

„Tatsache ist, daß in einer Nacht, also organisiert, alle Synagogen niedergebrannt und jüdische Wohnungen geplündert wurden. Ebenso ist es Tatsache, daß zahllose Juden nur

ihres Judentums wegen in KZ's gebracht und vernichtet wurden, oft in grausamer Art. Die Zahl dieser Opfer ist umstritten, daß sie sehr hoch war, kann nicht bezweifelt werden. Tatsache ist, daß die meisten Völker der Welt sich über diese Maßnahmen empörten, ebenso aber auch, daß Deutschland unter Hitler eine Reihe außenpolitischer Erfolge erzielte – Aufrüstung, Zusammenarbeit mit Italien, Polen, England, Anschluß Österreichs unter Zustimmung der Großmächte.“

O.V.: Deutsches Wunder. In: Aula (1955/10), S. 15 f.

„Hitlers Dämonie“ wird von der anglo-amerikanischen Nachkriegsliteratur in keiner Weise harmlos dargestellt.

„Wie nie zuvor waren die politischen Akteure auf der Seite der Sieger Sklaven ihrer eigenen Kriegspropaganda.“

„Das Deutsche Reich hat während des ersten Weltkrieges 2,036.897 Menschen verloren, und während des zweiten Weltkrieges hatte es (ohne die österreichischen Verluste und ohne die 750.000 Verschleppten aus den Ostgebieten) 6.3 Millionen Tote zu beklagen. In diese Zahl sind die Verluste an den Fronten ebenso einbezogen, wie die Verlustzahlen der Zivilbevölkerung (Bombenkrieg) und diejenigen, die während der Austreibung der Deutschen aus den Ostgebieten zu beklagen waren.“

Deutschland hätte große geschichtliche Kulturleistungen vollbracht, außerdem bildeten sie die natürliche Mitte der Alten Welt – dies verzerrt die Tatsache, dass dieses große Volk zehn Jahre nach Kriegsende noch immer ohne staatliche Einheit leben muss.

Ungerechte Behandlung und Entnazifizierung

Schneefuß, Walter: Europäische Gemeinschaft. In: Aula (1954/7-8), S. 1 ff.

Der Staat der allumfassen war, verliert seine Macht in zweifacher Weise: Erstens würden die Entwicklungen der Weltwirtschaft, des Weltverkehrs und der Fortschritt der Technik die Grenzen sprengen, zweitens würde der Einzelne nach einer Lösung von Staat und Staatsgewalt.

Somit, so der Autor, wäre das Ende der Nationalstaatlichkeit der europäischen Geschichte nahegerückt. Nicht aber so wie in der Sowjetunion, wo man ganze Völker auslöscht zu Gunsten einer internationalen Menschenmasse, bei der Sprache nur noch ein Mittel zur Verständigung ist. Die Autonomie der einzelnen Völker ist der Grund für die ganze Kulturentwicklung in Europa, ohne sie würde Europa auch zugrunde gehen wie auch ohne Freiheit.

„Es handelt sich um die in unserer Epoche besonders kraß entwickelte Unbedenklichkeit, die Eigenart des Nebenmenschen bloß soweit zu dulden, als sie bestimmten Zwecken zu nützen schein. Von den Vorspiegelungen der mächtigen blind gemacht, gewöhnte man es sich ab, die Dinge beim Namen zu nennen. Wagen wir jedoch, Erscheinungen und Taten beim Wort, das ihnen gebührt, zu nehmen, so ist zu sagen: neben unerhörtem Heldenmut, Opferkraft und Gläubigkeit sind Raub und Raublust die Kennzeichen unserer Epoche, unser geschichtlich lebendiger Staat und sein politisches System blieb dabei schuldlos.

Was wäre denn anderes als Raub, wenn man sich in Kriegen nicht mit Grenz- und Machtverschiebungen begnügt, sondern die Bevölkerung eroberter Gebiete austreibt, um deren Heimat nach Tilgung aller Eigentumsrechte bis zur Brache entmenschlich zu behalten? Was wäre es anderes als Menschenraub, wenn Verschleppungen zur Zwangsarbeit samt der Folter möglich wurde? Was anderes als Raub der Gedankenfreiheit, wenn eine zu solchen Aufgaben errichtete Justiz sogar längst abgelegte Überzeugungen anklagen darf, um Freiheit und Habe von Millionen zu schmälern?“

Schinnerer, Erich: Probleme der Strafrechtsreform. In: Aula (1955/6), S. 6.

„1803 und 1855 konnte man per Strafgesetz den gesamten Umfang des Rechtsgebietes behandeln. Noch 1922 sind die Reformbestrebungen auf das Strafgesetzbuch konzentriert, weil das Nebenstrafrecht eigentlich systemwidrig ist. Mit der Zunahme staatlicher Aufgaben, mit der Anerkennung, daß der Staat regelnd in die soziale Ordnung eingreifen muss, ist es notwendig zu überprüfen, ob es nicht sinnvoll wäre, einen Teil der Tatbestände aus dem kriminellen Strafrecht auszuschalten, um auf die Weise zu verhindern, daß Leute als vorbestraft gelten, die doch nur ein Verhalten begangen haben, das eine Ahndung durch einen Denkwort rechtfertigen würde.

Die Abgrenzung zwischen kriminell und nichtkriminell Unrecht wird sich aber nicht auf die Nebengesetze beschränken, sondern auch zur Ausgliederung manchen

Tatbestandes aus dem Strafgesetz führen müssen. Darüber hinaus müssen aber die Nebengesetze selbst in die Reform einbezogen werden.“

Roth, Egmont: Ist das abendländischer Geist. In: Aula (1955/11), S. 2.

„Daß in Österreich zehn Jahre nach Kriegsende arglos nach Österreich einreisende deutsche Staatsbürger auf Geheiß eines Ostblockstaates verhaftet und monatelang in Haft gehalten wurden, ja, daß das Wiener Justizministerium, nachdem das in Auslieferungssachen höchste Gericht die Auslieferung an den Oststaat mit einem legitimen Gerichtsbeschluß abgelehnt hat, die kommunistische Regierung jenes Oststaates bittet, neue Beweismittel gegen die inhaftierten Deutschen zu liefern, gehört im Grunde in das gleiche Kapitel.“ (S. 2)

Pfeifer, Helfried: Der Stand der Befriedungsbestrebungen. In: Aula (1955/12), S. 3 ff.

Der Staatsvertrag hat Österreichs Freiheit nun wieder hergestellt. Um dies aber herzustellen musste Österreich schwere finanzielle Lasten auf sich nehmen, der Bundesvorschlag sieht für 1956 Ausgaben 1,172 Millionen Schilling vor.

Mit der „äußeren Freiheit“ Österreichs ist aber noch nicht das Recht und die Freiheit im Inneren wieder aktiv. Es sind noch Ausnahmegesetze aktiv, die gegen Grundrechte, die in der Verfassung verankert sind, verstoßen.

„Insbesondere verstoßen sie schärfstens gegen das fundamentale demokratische Grundrecht der Gleichheit aller vor dem Gesetz und gegen die in allen Kulturstaaten anerkannte Rechtsgrundsätze: ‚kein Verbrechen und keine Strafe ohne vorausgegangenes Gesetz‘ und ‚keine strengere Strafe als die zur Zeit der Tat angedrohte‘. Die Ausnahmegesetze heben den Gleichheitssatz für ehemalige Nationalsozialisten auf, degradieren sie zu Staatsbürgern minderen Rechtes und legen ihnen wegen ihrer früheren Parteizugehörigkeit unmenschliche Sühnefolgen und Strafen auf, ohne sie zu fragen, ob der also Gestrafte, ja in seiner Existenz Vernichtete irgend etwas Unrechtes getan hat.“

Nach der Wiederherstellung Österreichs Souveränität sollen nun diese Ausnahmegesetzregelungen mit Menschenrechten und den Grundfreiheiten koordiniert werden, Österreich sei laut Artikel 6 dazu verpflichtet.

Österreich hat allen Staatsbürgern, also auch allen Belasteten und Minderbelasteten Menschenrechte und Grundfreiheiten versprochen, diese Versprechungen sollen nun eingehalten werden. „Daraus folgt, daß Österreich nur jene Grundsätze der Ausnahmegesetze aufrechtzuerhalten und durchzuführen hat, welche die NS-Organisationen liquidieren und eine nationalsozialistische Betätigung unter Strafandrohung verbieten.“

Gewisse Bestimmungen der Ausnahmegesetze die gegen Menschenrechte und Grundfreiheiten vergehen, sollen nicht aufrechterhalten werden.

Die freiheitlichen Abgeordneten finden, dass eine Erlassung einer politischen Generalamnestie passieren soll. Man habe am 28. Oktober 1955 einen Gesetzesantrag im Nationalrat eingebracht, der weiterfasst als die am 18. Juli 1952 vom Nationalrat beschlossenen Amnestiegesetze (Vermögensverfallamnestie und Belastetenamnestie).

Nach dem freiheitlichen Antrag werden für alle Belasteten die Sühnefolgen, wenn sie mit den Grundrechten nicht widersprüchlich sind, beendet werden.

„Eine Strafverfolgung nach dem Verbotsgesetz – ausgenommen wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung – und nach dem Kriegsverbrechergesetz soll nicht mehr stattfinden, da beide Gesetze erlaubte Handlungen oder bloße Übertretungen im Nachhinein zu Verbrechen erklärt und mit unmenschlichen Strafen wie Todesstrafe, schwerste Kerkerstrafe und Verfall des gesamten Vermögens belegt haben. Hat jemand etwas nach dem allgemeinen Strafrecht Verpöntes getan, so soll er nach diesem Rechte gestraft werden.“

Einer noch nicht verbüßten Strafe bei Verbrechen nach dem Kriegsverbrechergesetz ist zu entschuldigen wenn das Verhalten zur Tatzeit nicht sträflich war oder aber wenn Strafe fünf Jahre Kerker nicht überschreitet.

Einzelbegnadigungen sollen großzügig gewährt werden, weil es ein um ein von Ausnahmerichtern verwendetes „Vergeltungsrecht“ betrifft und kein Rechtsmittel gegen das Volksgerichtsurteil vorhanden ist.

„Der Eckartbote“

Staatsgedanken

R., H.: Die Jugend steht abseits. In: Eckartbote (1954/2), S. 1.

„Ein großer Versuch der Neuordnung unseres Gemeinschaftslebens in Europa ist mißlungen, ein größerer muß nun gewagt werden. Die neue, in der unabweisbaren Notwendigkeit der Gegenwart liegende politische Idee kann nur in Europa heißen! Diese Idee ist groß genug, um unsere Jugend anzusprechen, die Aufgabe sie zu verwirklichen, gewaltig genug, um sie zu begeistern, ihr Sinn tief genug, um einen neuen Willen zur Gemeinschaft auf in der Jugend zu wecken. Von Österreich aus gesehen kann das nur unter einer Bedingung passieren: dass die Kündler und Kämpfer dieser Idee in unseren eigenen Lande bekennen, Österreicher sein heißt vaterländisch, heißt deutsch und heißt europäisch zugleich denken, fühlen und handeln!“

Lengenfelder, Rud.: Zum 1. Mai. In: Eckartbote (1954/5), S. 4.

„Unsere Staatsmänner können sich alles Gerede von Sozialismus und Menschenwürde sparen. Sie sollen Arbeit schaffen, viel Arbeit. Dadurch allein steigt der Mensch im Werte. Gibt es vielerlei und viel Arbeit, dann findet jeder die seine, die ihm gemäße; dann hat der Tüchtige freie Bahn; dann erwacht urplötzlich das Interesse des Unternehmers, des Brotherrn, für den Arbeiter als Menschen. Viel Arbeit macht den Arbeiter zum Mitarbeiter, arbeitslose Gezeiten zu billigen und mißachteten Ware.“

R., H.: Wir und der Staat. In: Eckartbote (1955/6), S. 1.

„Österreichs Ehre und Ansehen in der Welt zu mehren und mitzuwirken, dass eine wahre und echte Volksgemeinschaft Wirklichkeit werde, betrachteten wir von allem Anfang an als eine Aufgabe der ö. Landsmannschaft, denn wir lieben unser schönes Österreich aus ganzem Herzen und aus ganzer Seele.“

Aufgaben des Schutzvereins seien nicht ident mit den Aufgaben des Staates, der Staat für die Herstellung eines Zustandes der inneren Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit zuständig sowie für die Förderung der Wirtschaft und der Kultur. Die Aufgabe des Schutzvereines wäre, ein volkliches Zusammengehörigkeitsgefühl wachzuhalten.

„Es ist eine Notwendigkeit der Zeit geworden, sich der immer wilder wuchern Gesetze flut und der anschwellenden Allmacht des Staates entgegenzustemmen. Dazu hat

aber nur der das recht, der aus seiner volklichen Selbstverantwortung heraus willens ist, eben nicht alle Verantwortung dem Staate zuzusprechen, und der bereit ist, trotz Steuern und Abgaben immer noch freiwillig Opfer zu bringen, wo es nottut, wo der Gedanke der Volksgemeinschaft sich zu bewähren hat. (...)

Das bedingungslose Bekenntnis zu Österreich sei auch ein bedingungsloses Bekenntnis zur äußeren und inneren Freiheit des deutschen Vaterlandes.

Die Freiheit wäre nur eine hohle Phrase, wenn es weiterhin nicht erlaubt sei, für seine Kultur eintreten zu dürfen.

Der Nationale Gedanke hätte noch nie in der Geschichte Kriege heraufbeschworen, „ (...) denn er trägt in sich selber den Respekt und die Anerkennung jedes anderen Volkstums. Den Beweis dafür lieferte Alt-Österreich. (...)

Nur dort, wo der nationale Gedanke sich mit dem Staatsgedanken identifizierte, entartete er im Egoismus des Staatsnationalismus und der Staatspolitik, führte zu Haus- und Staatsmachtkriegen und im Zusammenleben mit Angehörigen anderer Völker zu einer Mischung von Eitelkeiten und Vorurteilen.“

O.V.: Minister Helmer. In: Eckartbote (1955/9), S. 2.

„Die Neutralität, zu deren Erklärung sich der österreichische Nationalrat nach Abzug der Besatzungsmächte versammeln wird, ist eine militärische Neutralität, die ausspricht, daß wir in Frieden und Freiheit leben wollen. (...)

Neutralität bedeutet keineswegs, daß wir uns auch geistig neutralisieren! Unsere Neutralität ist eine Frage der Vernunft, nicht aber des Herzens. Wir wollen auch in Zukunft dorthin gehören, wo wir uns nach unserer politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung verbunden fühlen. Das schließt nicht aus, daß wir mit anderen Völkern in Frieden leben.“

Kultur, Volk, Heimat

Quaifer, W.: Der landsmannschaftliche Gedanke. In: Eckartbote (1953/5), S. 2.

Ein Heimatvertriebener schreibt:

„ ... der landsmannschaftliche Gedanke, ethisch erfaßt, organisatorisch von der Nachbarschaft ausgehend, ist durchaus echt und von der Wurzel kommend. Er steht als „dritte Kraft“, bewährt in tausend Fällen der Verlassenheit, durchaus neben den Kräften Staat und Kirche, jedenfalls vor den Kräften der Parteien und der Gewerkschaften. Er zeigt vielleicht sogar einen Weg, den wir suchen, um zu einer uns zusagenden demokratischen Ausdrucksform zu gelangen ... liegt er doch im Zentrum der höchsten Tugend, der Nächstenliebe, und findet im Rüttelschwur herzhaften und eidgenössischen Ausdruck ...“

R., H.: Geist und Aufgaben volklicher Schutzarbeit. In: Eckartbote (1953/9), S. 1.

„Mensch und Volk wollen und sollen beide Gestalt werden. Solange es nun Völker gibt und diese Völker im Reichtum der Vielgestaltigkeit der Menschheit den Schöpfer selber loben und verehren, so lange wird volkliche Schutzarbeit al sein Auftrag empfunden werden.

Unsere volkliche Substanz zu bewahren, unsere Art und Eigenart zu pflegen, das ist eine überzeitige Aufgabe, die gestern notwendig war, die heute sich aufdrängt und die morgen aufzugreifen von neuem wieder notwendig sein wird.

Von den Notwendigkeiten der Zeit her aber enthält jede volkliche Schutzarbeit ihren besonderen Auftrag. Heute erscheint uns seine Notwendigkeit größer als die, über den beiden Pfeilern der Selbstachtung und der Achtung fremden Volkstums Brücken des Verstehens und des Friedens zu bauen von Volk zu Volk. Vor allem zu unseren Nachbarn. Denn es ist ein böses Wort, das da sagt, der Nachbar des Nachbarn sei kein Freund. Es hegt und pflegt den Keim des Krieges und des ewigen Streites. Das Wort des guten Willens und der Wahrhaftigkeit, das für die Beziehungen der Völker ebenso gilt wie in der Ehe, lautet: Ehret einander, wehret einander! (...)

Europa ist klein geworden, die Zeit der Nationalstaaten und des Staatsnationalismus scheint uns vorbei zu sein. Größere, übernationale Gemeinschaften müssen sich bilden. Die Freiheit eines jeden Volkstums liegt in der Zukunft in der Sicherung der Menschenrechte und in der Sicherung der unabdingbaren Rechtes auf die Heimat.

Noch haben wir kein vereintes Europa, die dafür eintreten, doch gleichzeitig die natürlichen Unterschiede zwischen Volk und Volk, Rasse und Rasse, leugnen und einer

wahl- und hemmungslosen Vermischung das Wort reden, meinen es mit Europa nicht ehrlich. Ein solcher Völkerbrei bedeutet das Ende der europäischen Kultur.“

„Schutzarbeit von heute muss verstärkte Volkspflege sein. Verantwortung von der Zukunft, die Notwendigkeit von Familie, Mutter und Kind im Mittelpunkt der Verantwortung und Obsorge der Gemeinschaft, Gleichstellung der Selbsthaftmachung unserer heimatvertriebenen Volksbrüder, die Unterstützung ihres Rechtsanspruches auf ihre verlorene Heimat, die engere Bindung unserer Landsleute im Auslande an die Heimat, Bewahrung des geistigen Vätererbes, dem Kampf gegen die Entsittlichung, Verflachung und Überfremdung der Kultur.“

Mitgliedergruppe der „österreichischen Landsmannschaft: Die Aufgaben des Schutzvereins (Mitteilungsblatt in der Zeitschrift). In: Eckartbote (1954/1), S. 5.

Die Tätigkeit des Schutzvereines „Österr. Landsmannschaft“ erstreckt sich über das ganze Bundesgebiet. Die Hauptlast der werbenden und praktischen Arbeit liegt in den übersehbaren Gemeinschaften mit engerer gebietlicher Umgrenzung in den örtlichen Mitgliedergruppen der „Österr. Landsmannschaft“.

Wer bereit ist, eine örtliche Mitgliedergruppe der „Österr. Landsmannschaft“ zu gründen, geht vom großen Gedanken der Volksfamilie aus.

R., H.: Das Lied der Heimat. In: Eckartbote (1953/9), S. 2.

„Es gibt doch etwas, das alle Völker gemeinsam haben und, wenn sie es recht verstünden, verwandt sein läßt. Neben dem Hunger, dem Bedürfnis nach sozialen Gerechtigkeiten, Wohlstand und Fortschritt als selbstverständlichen, auffälligen gesamt menschlichen Regungen, die uns nichts weiter über das tiefste Wese des Menschseins verraten, gibt es stille und feine Lebensgeheimnisse, für hellhörige Ohren bestimmt, die aber hinunterreichen bis an die Wurzeln unseres Seins und deswegen entscheidend sind; entscheidender als der Hunger!“

R., H.: Wie wir es halten. In: Eckartbote (1954/7-8), S. 11.

„Das Nationale ist eine Gesinnung, aber kein Programm. Freilich, wo wir dem Antinationalen, nicht dem Übernationalen, begegnen, dort bekämpfen wir es

leidenschaftlich, denn die Liebe zu unserem Volk muß auch hassen können, sonst ist sie nicht echt.“

O.V.: Volkliche Selbstbesinnung. In: Eckartbote (1955/10), S. 1 f.

„Ist es möglich, ein seicht gewordenes Volksbewusstsein, wieder zu stärken oder zu vertiefen?

Alle Bindekräfte des Volkes erwachsen aus ihm selbst gemäß seiner Bestimmung und aus dem tätigen Willen seiner Glieder. Wenn das Volk leben und gedeihen soll, müssen seine Zugehörigen gesund sein an Leib, Geist und Seele. Ein Volk, ein gesundes, fühlt sich als ein junges Volk.

Kein Volk tritt fertig in seine Zeit ein. Es wird durch die Geschichte und vergeht wieder in der Geschichte. Sie ist sein Baumeister und sein Abbruchunternehmer unter geheimnisvoller Mitwirkung führender Männer. Geschichte ist Entfaltung alles überindividuellen Lebens in der Zeit. In ihr prägen die Staaten die Völker und umgekehrt. (...)

Unser Volk ist aus der Hitlerzeit und den beiden Kriegen mit schweren Verlusten am Boden und wertvoller Menschenkraft und mit noch schweren Einbußen an Zukunftsglauben und inneren Werten hervorgegangen. Und doch hat es darin seine physische Vitalität und sei trotz allem noch vorhandene moralische Kraft unter Beweis gestellt, mit deren Hilfe es überlebt hat. Es hatte immer noch die Kraft, nach einem tiefen Fall wieder aufzustehen. So schnell verliert ein Volk solche Eigenschaften nicht, auch wenn sie verschüttet sind.“

O.V.: Was willst du: dich einsetzen oder dich durchsetzen? (Rubrik: Wir halten Umschau) In: Eckartbote (1955/11), S. 8.

„Das Freund, ist die Gewissensfrage, die wir selber uns immer wieder stellen müssen, denn von ihrer Beantwortung allein hängt es ab, ob unser Tun und Wollen gesegnet sein wird oder nicht.

Viele Menschen in dieser Zeit haben den Glauben an die Zukunft verloren und viele sind Menschenverächter geworden, sind es nicht die, die bloß nicht daran glauben, sich durchsetzen oder wieder durchsetzen zu können? (...)

Von denen, die sich selber durchsetzen wollen, kommt das Heil unseres Volkes nicht. Es wird auch von denen nicht kommen, die glauben, durch eine betont kämpferische Haltung es erzwingen zu wollen. Werken, schaffen und dienen und darin Haltung bewahren, scheint das Gebot der Zeit, ja der Stunde zu sein.

Was kann der, der nur ein Diener des Lebens uns eines Volkes sein will und sein wollte enttäuschen? Ein verlorener Krieg? Unrecht, das sich breit macht und triumphiert? Der drohende Untergang? Das alles entbindet ihn nicht der Pflicht des Dienens, es bestärkt ihn nur in seinem Tun.

Daß der einzelne Mensch den Lauf der Dinge nicht zu wenden vermag, daß auch der Veitstanz um den Götzen Organisationen ein Volksschicksal nicht wendet, wissen wird. Dennoch! Dies soll unser Stolz sein: die kleinen Pflichten gegenüber dem Leben und unserem Volke zu erfüllen, die großen finden dann gewiss von selbst ihre Erfüllung!“

R., H.: Friede uns selber. In: Eckartbote (1955/12), S. 2 f.

„Österreich ist ein kleiner Staat, aber man misst die Größe des Staates wie die wahre Größe eines Mannes nicht mit dem Metermaß. Groß ist ein Staat dann, wenn er Geist besitzt, der ihn beseelt, durch das Vorbild, das er abgibt, durch die kulturellen Leistungen die er setzt.

Nach dem ersten Weltkrieg, dem Verfall der österreichisch-ungarischen Monarchie, den der deutsche Stamm trotz kämpferischen Einsatzes, trotz aller Inkaufnahme nationaler Einbußen nicht verhindern konnten. (...)

Man fühlte sich in dem Rumpfstaate beengt, die Besten unter uns sahen den einzigen Sinn als Opfer des Krieges nun in der Möglichkeit, den deutschen Nationalstaat zu verwirklichen, genauso wie es die übrigen Völker Europas zuvor getan hatten. Hätte man uns nicht mit den untragbaren Lasten belegt, uns und den anderen deutschen Landen nicht das Selbstbestimmungsrecht vorenthalten, die Weltgeschichte hätte einen friedlicheren Verlauf genommen.“

Die Österreicher hätten in den Kriegsjahren viel erfahren, man hätte ihnen viel abgefordert. „Wir fühlen uns in unseren Grenzen nicht mehr so beengt wie nach 1918 und blicken, frei zitiert, in geistigen Erwartungen weder nach Bonn noch nach Pankow, weder nach New York oder Moskau, sondern in uns selbst. (...)

Uns ist klargeworden, daß es für eine organische Ordnung des mittel- und gesamteuropäischen Raumes keine Gewaltlösungen gibt und rein organisatorische

Zwangslösungen von kurzem Bestand sein wird. Auch die Machthaber von 1945 werden dies erfahren.“

„Die Liebe zur Heimat trägt jeder Österreicher tief im Herzen. Auf unseren Staat aber, nicht auf das gestrige glorreiche Österreich, an den wir Lebenden keinerlei Verdienst haben, auf unseren Staat in unserer Zeit müssen wir stolz sein können, um ihn lieben zu können. Man sei großzügig im Planen und Wollen. (...)

Unser kleines Österreich soll zum Vorbild eines freien, kulturbewussten europäischen Staates werden, dazu muss man aber das Bewusstsein schüren, dass wirklich alle Bürger des Staates gleichberechtigt und gleichgeachtet sind. „

R., H.: Zur Reform der deutschen Rechtschreibung. In: Eckartbote (1955/1), S. 8.

„Gewisse Reformen der Rechtschreibung seien zweifellos notwendig, und wären auch durchführbar. Die deutsche Rechtschreibung sei sehr eigenwillig, aber auch sehr zufällig und strotze nur so von Ausnahmen und Kompliziertheit. Wer könne schon von sich behaupten, die Rechtschreibung zu beherrschen?“

Man will darauf hinweisen, dass man grundsätzlich kein Gegner der Rechtschreibreform ist, jedoch stellt man sich die Frage, ob eine solche Reform schon spruchreif ist.

Die einen verstehen unter einer Vereinfachung eine Internationalisierung unserer Schreibe, als ob nicht jede Sprache eben ihr eigenes Gesetz hätte.

Für eine Verschiebung der Reform würde auch sprechen, dass man in einer Zeit, wo man geistig und politisch und Souveränität und Selbstbehauptung kämpfen müsse, wo ein junger Mensch nicht mehr die deutschen Wurzeln bräuchte, die ihn nähren und bilden, sondern sich von den amerikanischen und russischen Angeboten billig beliefern lassen könne, sollte man das deutsche Schrifttum nicht als veraltet darstellen.

„Im Mai 1955 werden Vertreter Westdeutschlands, Schweiz, Österreich und hoffentlich auch Ostdeutschlands, zusammentreffen um eine Schlusskonferenz über die Rechtschreibreform zu halten. Je weniger radikal die endgültigen Reformvorschläge sein werden, desto lebhafter werde man sie begrüßen.“

O.V.: Haydn-Hymne – Symbol der Freiheit! In: Eckartbote (1955/9), S. 2.

Die Hymne wäre das schönste Symbol für die Wiedererlangung der Freiheit nach Inkrafttreten des Staatsvertrages und der Befreiung der österreichischen Adler von der Kette, die sich nun gelöst habe, auch die Befreiung von Sichel und Hammer, den Zeichen

einer fremden Weltansicht. Man solle die einzige volkstümliche Hymne, die Haydn-Hymne, wieder erklingen lassen.

„Ein Stück der Kette der Unfreiheit hängt auch noch an unserem Staatsvertrag, aber unsere alte Hymne soll nun wieder erklingen in unserem befreiten, wenn auch nicht völlig freien Österreich.“

Heimatvertriebene

Reisinger, Hermann: Kein Titel. In: Eckartbote (1953/10), S. 2 f.

„Tatsache ist, daß auch die heimatvertriebenen österreichischen Staatsbürger selbst, ihrer 80.000, keine freundliche Aufnahme gefunden haben als die Volksdeutschen. Viele wohnen noch in Baracken und haben nicht minder harte Schicksale erfahren. Doch halten wir entgegen:

Ein gutes Wort findet auch in Österreich einen guten Ort! Was bisher versäumt wurde und wozu das Los der Heimatvertriebenen heute noch drängt wäre ein gemeinsamer Appell aller öffentlichen, politischen und kirchlichen Instanzen an das Herz und an die Volksbrüderlichkeit der gesamten Österreichischen Bevölkerung

Als nach 1945 Freiheit, Eigentum und Leben gar zu vieler Österreicher selbst bedroht waren, fanden sich gewiß nur wenige, die es erfaßten, daß das Einströmen deutscher Volksgruppen nach Österreich auch ein Einströmen neuer Volkskräfte war.

Die Zeit wird kommen, wo sich, was heute getrennt lebt, wieder als eine zwingende große und gute Lebensgemeinschaft finden muß.“

R., H.: Kein Stück Brot sollte uns schmecken. In: Eckartbote (1953/11), S. 1.

„Kein Stück Brot sollte uns schmecken, kein Glas Wein uns munden, wenn wir an unsere Kriegsgefangenen denken; wenn wir an das Leid denken, das der Krieg, und an das Unrecht, das Kriegsende und Nachkriegszeit mit sich gebracht haben. Tausende deutscher Menschen sind noch in Gefangenschaft, 40.000 Stammesbrüder, Donauschwaben, Karparthen- und Sudetendeutsche und Siebenbürgen Sachsen hausen in Österreich noch immer in Baracken.“

O.V.: Kein Titel. In: Eckartbote (1953/11), S. 3.

„Über die Schicksale und die Lage der vertriebenen Deutschen Volksgruppen wissen wir alle zu wenig. Auch deshalb, weil die Zeitungen der Heimatvertriebenen auch nur von den Heimatvertriebenen gelesen werden. Wir bitten euch, Landsleute, liest, bestellt und verlangt in allen Gast- und Kaffeehäusern die Zeitungen: Wegwarte, Neuland, Heimat.“

R., H.: Wahlbetrachtungen 1954. In: Eckartbote (1954/10), S. 4 f.

„Wieder werben die Parteien um die Gunst der Wähler, man verweist auf die wirtschaftliche Hochkonjunktur und die Vollbeschäftigung. Im Kampf um die Freiheit und die Unabhängigkeit unseres Landes hätte sich, das muß jeder zugeben, nicht viel mehr erreichen lassen als nichts. Trotzdem sei nicht übersehen, das allerlei faul ist im Staat:

Die Parteien haben sich, in des Wortes gröbster Wirklichkeit zu, Partei-Genossenschaften ausgewachsen. Zum anderen: Es darf nicht übersehen werden, was zehn Jahre nach dem Kriege noch immer nicht geschehen ist:

Noch immer schreit das Unrecht an vielen Kriegsoffern und alten, arbeitsunfähigen heimatvertriebenen Volksbrüdern zum Himmeln, noch kein Lastenausgleich stattgefunden. (...)

Soll man wählen? Ja, nicht wählen gehen bedeutet mehr Übel. Man soll sich für das kleine Übel entscheiden, Nicht wählen sei immer falsch. Man soll sich sein Gewissen zermartert, niemand soll nur seinen persönlichen Vorteil sehen, das Volk und Vaterland als Gewicht auf die Waage seiner Entscheidung legen.“

Henning, Thusnelda: Der Siebenbürger Sachsen Siedlung und Sendung. In: Eckartbote (1955/2), S. 6 ff.

Hier wird die Verbindung der Siebenbürger Sachsen zu den Deutschen hervorgehoben und unterstrichen.

„Nach der Flut der Völkerentrechtung hat ein gutes Fünftel der Siebenbürger Sachsen nach Österreich, Deutschland und schon über das Meer gespült. Allüberall setzt sich ihre Gediegenheit durch und allüberall schließen sie sich zu Heimatverbänden und Nachbarschaften zusammen, um Tracht und Brauchtum festzuhalten. Ein düsteres Kapitel bilden die Verschleppten für den Arbeitsdienst, Tausende ließen auf diesem Schlachtfeld Gesundheit und Leben. (...)

Den in der Heimat Verbliebenen nahm man Hof und Haus, Boden und Betrieb, sie fristen ihr Dasein mühselig von einem Tag zum anderen, erhellt von einem Hoffnungsschimmer.“

O.V.: Was du ererbt von deinen Vätern ... In: Eckartbote (1955/2), S. 10.

Neben der materiellen Fürsorge für die Heimatvertriebenen stünde, gleich wichtig, ihre seelische Beheimatung.

Ebenso müsse aber auch der Österreicher um das schwere Los der Heimatvertriebenen wissen, er muss ihre großen Leistungen auf allen Gebieten des Lebens kennenlernen, die sie in Jahrhunderten in ihrer alten Heimat vollbrachten hätten.

R., H.: Die neue Aufgabe. In: Eckartbote (1955/4), S. 8 f.

„Heimat und Volk sind zusammen der Wurzelboden für verantwortliche Persönlichkeiten.

17 Millionen Heimatvertriebene, oder doch die besten unter ihnen, bemühen sich, das Bild der Heimat in sich und ihrer Kinder nicht verblässen zu lassen, und sie haben sich zu Landsmannschaften zusammengeschlossen, um durch sie und in ihnen ihr angestammtes Wesen, die schöne Eigenart ihres Volkstums zu bewahren.

Die Landsmannschaften der Heimatvertriebenen sind mehr als bloße Interessensgemeinschaften, sie sind Ausdruck der sittlichen Kraft und des Bewusstseins von Gemeinschaften. (...) Heimat nicht aufgeben.“

O.V.: Zur Lage der rückgewanderten Auslands-Österreicher (Rubrik: Wir halten Umschau) In: Eckartbote (1955/5), S. 6.

„Der zivile Heimkehrer“, das Nachrichtenblatt der Sektion Rückwanderer des Bundes der Auslands-Österreicher schreibt. Nun erfüllt sich das erste Jahrzehnt, seit unser Jammer begonnen hat, seit wir unverschuldet in Not und Elend leben. Zehn Jahre der Ungerechtigkeit, der Diffamierung, der Gleichgültigkeit mussten wir hinnehmen, ohne daß wir wüssten, warum man uns eigentlich schlecht behandelt. Müssen wir etwa dafür büßen, dass wir ein Leben lang Österreichs Schild im Auslande blank erhielten? Halten es unsere Machthaber für richtig, dass die vertriebenen und heimgekehrten Landsleute, Österreicher ihres Fleisches und Blutes, für immer von der Hausratshilfe ausgeschlossen

bleiben, dass sie auf keine soziale Betreuung Anspruch erheben dürfen, keine Krankenkasse haben und keine Arbeitslosenunterstützung, (...) und nur ein paar Hundert Schilling im Monat bekommen?“

O.V.: Regierung, nun handle! In: Eckartbote (1955/6), S. 5.

Mit der Ratifizierung des Staatsvertrags wurde das Dringlichste betont: Die Heimholung aller österreichischen und volksdeutschen Kriegsgefangenen und Nachkriegsverschleppten aus Ost und West. „Gebt uns alle, gebt uns auch den letzten Gefangenen und Verurteilten wieder! Setzt ein Ende der fürchterlichen zehnjährigen Verbannung und Arbeitsfront ungezählter schuldloser deutscher Menschen!“

O.V.: Wir grüßen unsere Heimkehrer und warten auf den letzten! In: Eckartbote (1955/7-8), S. 3.

„Wir freuen uns über die Heimkunft eines jeden, doch die große Feier der Befreiung können wir mit gutem Gewissen erst begehen, wenn der letzte volksdeutsche Kriegsgefangene oder Verschleppte und der letzte Deutsche beider Reichshälften wieder in Freiheit bei den Seinen ist.“

O.V.: Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer, derzeit Moskau. In: Eckartbote (1955/9), S. 2.

„Deutsche Menschen, wo immer sie beheimatet sind, ob in einer der beiden Reichshälften oder im neuen Österreich oder als Überlebende des volklichen Kahlschlages aus einem der Ostböden, die ihre Vorfahren mit Schweiß und Blut zu deutscher Heimaterde machten – sie alles wissen, daß Sie, Herr Bundeskanzler, gegenwärtig in Moskau nicht nur für die Geschicke der westlichen Reichshälfte, sondern mit für die aller Deutschen in aller Welt zu raten und zu handeln berufenen sind. Wir empfinden Ehrfurcht vor der Größe, der auf Ihnen lastenden Verantwortung und erst recht vor der mutigen Tatkraft, mit der Sie sich dieser Aufgabe und Verantwortung fakularen Ausmaßes stellen. Gott mit Ihnen und mit unserem deutschen Volke!“

O.V.: Undankbares Österreich. In: Eckartbote (1955/9), S. 3.

Die Vertreter der Regierung würden immerzu versichern, nicht auf die Österreicher im Ausland zu vergessen und wie dankbar man ihnen wäre. Es gäbe zehntausende

vertriebene Auslandsösterreicher, die seit 1945 in ihre Heimat zurückkamen, ausgehungert und ohne Mittel.

Da man die vertriebenen ehemaligen Auslandsösterreicher nicht als Heimatvertriebene anerkannt, würden sie viele finanzielle Erleichterungen nicht erhalten.

„Für sie wurde in den letzten zehn Jahren in der eigenen Heimat nichts erreicht, um ihr schweres Schicksal zu mildern. Keine Kredithilfen, Arbeitsstellen, keine Unterstützungen, keine Hilfe bei Wiederlangen des entzogenen Habes und Gutes.“

Man würde sie nicht erhören, es gäbe keine Hilfe. Keine schönen Worte der Regierung können diesen Umstand ändern, sondern Taten. Man fordere rasche Hilfe.

O.V.: Vertriebene Jugend zwischen alter und neuer Heimat (Aus einer Schrift der Ackermann-Gemeinde) In: Eckartbote (1955/9), S. 6.

Die Jugendlichen unter den Heimatvertriebenen wären von den jugendlichen der Heimat nicht mehr zu unterscheiden, hier wäre ein Zwiespalt, einerseits wolle man eine solche begrüßenswerte Entwicklung nicht hemmen, aber andererseits will man die Bindung der vertriebenen Jugend an die Heimat ihrer Eltern bewusst erhalten versuchen.

Die meisten Eltern unter den Heimatvertriebenen wären nicht in der Lage, das geistige Erbe der alten Heimat ihren Kindern bewusst zu machen und ihnen weiterzugeben. Hier müssen Gruppen, Kirche, sowie Rundfunk und Presse erzieherische Aufgaben leisten.

R., H.: Die Heimatschule der Heimatvertriebenen. In: Eckartbote (1955/9), S. 7 f.

Angeregt wurde, dass die Jugend der Heimatvertriebenen gebietsweise einmal im Monat in der Heimatschule einen Heimatkundeunterricht durch heimatvertriebene Erzieher erhalten sollen, damit ihr Wissen von der alten Heimat nicht völlig verblasse.

O.V.: Kleinlicher Egoismus (Rubrik: Wir halten Umschau) In: Eckartbote (1955/11), S. 8.

Bei den Landtagswahlen in Oberösterreich zeigte es sich wieder: Den Heimatvertriebenen werde wenige Mitspracherechte eingeräumt, Vertretung der Interessen im Nationalrat wie in den Landtagen und in den Gemeinden wären sehr gering.

Es gebe einen einzigen Mandatar im oberösterreichischen Landtag der nicht namhaft gemacht und somit nicht gewählt werden konnte.

Die Schriftleitung: Zur Jahrneige und Weihnacht. In: Eckartbote (1955/12), S. 1.

„Das Jahr 1955, das zehnte seit Kriegsende kommt zum Ende und brachte der deutschen Volksgemeinschaft mehr enttäuschte als erfüllte Hoffnungen. Nun erden sogar die mit soviel Leidtränen ersehnten Heimkehrertransporte der Kriegsgefangenen aus Rußland auf halbem Wege zurückgeleitet, damit Moskau seinen Willen erzwingen.“

Die sei ein eiskalter Krieg um Macht und Einfluss, unserem deutschen Volke sei wenig Gewinn zugefallen. Wir haben zwar nicht die volle Wahrheit und Selbstbestimmung erhalten, aber doch die Ketten der Besatzung abstreifen dürfen. Man dürfte das glücklichere Los ziehen als die Volksbrüder jenseits der Grenzen, denen erst recht die Pflicht der Nächsten- und Bruderliebe auferlegt ist.“

Man grüßt zu Weihnachten in undemolierbarer Verbundenheit alle Angehörigen des deutschen Volkes in aller Welt, die Heimatvertriebenen, die Spätheimkehrer, allen treuen Weggenossen und Helfern.

Krieg und Nationalsozialismus

O.V.: Ideologen oder Idealisten. In: Eckartbote (1953/6), S. 2.

„Man sagt, Ideen seien unsterblich. Da dem so ist, muß jede Idee Ausdruck zumindest eines Fünkchen einer ewigen Wahrheit sein, das der Herr immer wieder aufleuchten läßt, weil eine immer wiederkehrende Notwendigkeit es erfordert. Leider aber gab es bisher immer nur herrschende Ideen und keine dienende. Wie glücklich würden die Völker leben, wenn einmal statt der herrschsüchtigen Ideen dienende Menschen ihr Wohl und Wehe bestimmten! (...) Durch großes Leid sind wir alle durchgegangen, die einen zuvor, die anderen später, im Kriege alle. Muß soviel Leid nicht eine neue Liebe, eine neue Bereitschaft und Gemeinschaft gebären?“

R., H.: Unser Glaube. In: Eckartbote (1953/12), S. 1.

„Ein Vorbild des Ringens um den Frieden finden wir in dem so schweren und langwierigen Ringen um jene Sozialordnung, wie wir sie heute haben. Mag sie sich nun in Einzelheiten auch schon übersteigern und sentimental werden, mag sie sich neuen Notwendigkeiten der Menschheit wie der Zwischenbeheimatung unserer heimatvertriebenen Volksbrüder, eines sozialen Arbeitsdienstes, eines erhöhten

Wohnbaues auch zu langsam zuwenden, sie ist die größte volklich und menschlich bedeutungsvolle Errungenschaft des Jahrhunderts! Kein Arbeiter konnte dem einer anderen Nation dabei helfen. Die erhoffte internationale Solidarität war ein Irrtum des gewalttätigen Gedankens der Diktatur eines Standes über sein und alle Völker. Er ist an dem stärkeren, weil natürlichen Schicksals- und Gemeinschaftsbewusstsein der einzelnen Nationen gescheitert. Aber der soziale Gedanke hat sich gegen heute unvorstellbare Widerstände dennoch durchgesetzt. Der Mensch blieb Sieger. Er wird letztlich auch Sieger bleiben im Kampfe um den Frieden und die Freiheit seines Volkes in der größeren und natürlichen Völkergemeinschaft des kleinen Europa!“

R., H.: Es ist soweit. In: Eckartbote (1954/3), S. 1.

„Auch die Riesenzahl der Existenzen, die das Jahr 1945 zerschlug, wird einmal erhoben werden. Heimatliche Verbundenheit, menschliches Mitgefühl, auch Dankschuldigkeit und politisches Verantwortungsbewusstsein haben viele jener zertrümmerten Existenzen wieder geleimt, manche wieder neu begründet. Und viele Landsleute haben allein aus ihrer eigenen Kraft es geschafft. Aber ein: wir sind alle Einzelgänger geworden.

Als das Fazit der letzten Jahrzehnte können wir feststellen: Der Mensch entdeckte den Menschen! – Oder dies: Der Mensch hat aufgehört, den Menschen zu fürchten, er fürchtet nur noch den organisierten Menschen!

Aber eine andere Frage. Soll das der Sinn schwerster Schicksalsjahre sein, daß wir nun kein anderes Hochziel mehr vor uns sehen, als für einen Idealismus an der Front oder in der Heimat, der sich nicht bezahlt gemacht hat, uns nun zu entschädigen? Daß wir nichts mehr sein und werden wollen als satte Bürger?“

Hofmann, W. A.: Wer soll aus dem Krieg lernen – wenn nicht wir? In: Eckartbote (1955/2), S. 1 f.

„Wir klagen über Hass und Neid, über Missgunst und Streit, den ewigen Krieg in der Welt- und vergessen, dass all diese Übel leben und lebendig bleiben, weil sie in uns, in jeden einzelnen tagtäglich von neuem geboren werden.

Der Wille zu Friede sei da, möglicherweise ist er stärker als der Widerwille gegen den Krieg.

Die vorurteilsfreie Beobachtung des Menschen zeigt, dass es neben guten und bösen Instinkten auch einen Kampfinstinkt gibt. In bestimmten Situationen regiert er mit einer

kämpferischen Haltung, mit Aggressivität, wenn er Angst hat (Präventivkriege), Gier (Raubkriege), der eigenen Selbsterhaltung willen zum Widerstand gezwungen fühlt (Befreiungskriege). (...)

Es gibt aber auch Grenzfälle, wo die Instinkthandlung sinnlos wird. In der Weltgeschichte erkennt man dies an dem Tun des Siegers, wenn der Kampf zu Ende ist, weiß niemand so recht, was er mit seinem Sieg anfangen soll. Dies liegt aber in der Natur der Sache: nach dem Sieg Frieden zu gewinnen bedarf keinen kämpferischen Instinkt sondern schöpferische Fähigkeiten. (...)

Die Schädlichkeit und das Störende der nur kämpferischen Haltung hat der Mensch schon frühzeitig erkannt. Besonders dann, wenn der Kampf in ein endloses Hadern und Wüten aller gegen alle im eigenen Land auszuarten drohte.

Hinter jedem Kampf verbirgt sich ein Problem. Solange dieses nicht einer schöpferischen Lösung zugeführt wird, bleibt dem Menschen freilich nichts anderes übrig, als zu kämpfen.“

Der Autor führt an, selbst mal gedacht zu haben, der Kampf sei die Lösung aller Dinge, das Forsche, Anpackende, das Schneidige, Angreifende. Aber er habe erkannt, dass es besser ist, das Problem schöpferisch zu lösen. „Der Kampf sei ein bequemer Ausweg.“

O.V.: Kampf um den Volkstod. In: Eckartbote (1953/6), S. 3.

„Im ersten Viertel 1953 wurden in Wien 2790 Kinder geboren und 6305 Menschen zu Grabe getragen. Österreich nimmt die traurige Spitze des Geburtenrückganges der europäischen Länder ein.“

R., H.: Vom Selbstmord unseres Volkes. In: Eckartbote (1954/5), S. 4.

„Die Ursachen unseres langsamen Volkstodes liegt in der Unsicherheit unserer Zeit. Die einen Mörder unseres Volkes sind jene Mächte, die Europa nicht zur Ruhe kommen lassen und uns im Brennpunkt ihrer Gegensätze halten. Sie sind aber nicht die allein Schuldigen. Doch auch der Staat selbst sei schuld daran. (...) Politische Verantwortungsträgern muss gesagt werden: Macht ihr den Menschen nicht zur Eintagsfliege! Schafft alle Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Beständigkeit unserer Währung, neue Sozialordnung, jedes Menschen Rechts auf Arbeit, beseitigt das Unrecht der NS-Gesetze!“

R., H.: Das uneheliche Kind. In: Eckartbote (1954/5), S. 5.

Österreich wäre das geburtenärmste Land des Kontinents und weise gleichzeitig die Höchstzahl an uneheligen Geburten auf. „Marschieren wir auch in der Unmoral an der Spitze aller europäischen Ländern?“

Schneefuß, Walter: Deutsche Bestandsaufnahme 1954 (Nachdruck aus: „Die Aula“) In: Eckartbote (1954/7-8), S. 1.

Es gäbe 92 Millionen Deutsche auf der Erde, somit wäre das deutsche Volk das größte im außerrussischen Europa, aber das geburtenschwächste und das lebensmüdeste. Dieser Müdigkeit müsse man starke Regsamkeit entgegenbringen. Man brauche nicht verzagen, denn man kann an dem Beispiel Deutschlands 1933, Österreichs 1938, Frankreichs nach 1945 könne man erkennen, dass die Tendenz der Lebensmüdigkeit unter dem Eindruck eines starken politischen Erlebnisses jäh schwinden kann.

O.V.: Landflucht. In: Eckartbote (1954/7-8), S. 4 f.

Die Landflucht hält an, viele Bauernhöfe sind ohne Hoferben. Die Ursachen der Landflucht liegen in den niedrigen Löhnen der Landwirtschaft und an dem Reiz des Stadtlebens.

O.V.: Das darf der Kanzler nicht. In: Eckartbote (1954/7-8), S. 4.

Der Bundeskanzler bejahte Lebensfähigkeit Österreichs und entschuldigte die hohe Zahl der Arbeitslosen damit, dass man den Volksdeutschen Arbeit gegeben habe. „Es hätte aber schon Zeiten gegeben, wo noch keine Volksdeutschen unter uns waren und trotzdem die Arbeitslosigkeit sehr hoch war.“

Von Bodmershof, Imma: Ein Jahr ist um. In: Eckartbote (1955/1), S. 2 f.

Landleben und Stadtleben werden verglichen, die Städter glauben, dass die Landwirte Zeit hätten für alles und dass man am Land in Friede lebe, das ganze Jahr hindurch. „Doch der Winter ist eine karge Zeit, die Silos leeren sich, das Vieh frisst weiter. Kein Tag ist mit dem anderen zu tauschen, wie das in der Stadt einfach geht.“ In der Stadt hätte man nicht annähernd so viel zu bewältigen. Der Städter wissen nichts mehr von den Boden, über den er so leichtfertig geht.

O.V.: (Rubrik: Die bunte Seite) In: Eckartbote (1955/1), S. 5.

Es gäbe viele Auswanderer (aus Deutschland und Österreich) nach Australien, Kanada, USA sowie eine starke Abwanderung in den nahen Osten. Die Zeit ist noch immer so chaotisch, dass man die Tragweite des Auswanderungstrends nicht ganz erfassen könne. „Nur ausgesuchte gesunde Leute ohne jede Vorstrafe, die im Beruf besonders befähigt sind und möglichst große Familien haben, erhalten die Auswanderungslizenz. Es sind die Besten, die der Heimat den Rücken kehren.“

O.V.: (Rubrik: Die bunte Seite) In: Eckartbote (1955/3), S. 5.

Die Geburtenrate und biologische Österreichstatistiken bzgl. Kinderlosen Ehepaaren usw. werden mit der Statistik der Hundehaltung verglichen.

O.V.: Landflucht und Heimatvertriebene. In: Eckartbote (1955/3), S. 10.

„Die Landflucht in Österreich hält ungemindert an. Dazu kommt, daß 198.000 Bauernhöfe ohne Hoferben sind! Das Unglücksjahr 1945, das uns so viele gesunde donauschwäbische, südmährische und andere deutsche Bauernfamilien zugeführt hat, meinte es in dieser Hinsicht gut mit uns. Aber es scheint, als sollte die Ansiedlung und Seßhaftmachung dieses Bauerntums so verumständlicht und verzögert werden, bis in ihm die Hoffnung auf Grund und Boden erstirbt. Der Weg vom Dorf in die Stadt ist kurz, der Weg zurück aber lang. Nur zu oft scheidet eine Seßhaftmachung an dem endlosen Instanzenzug dem die bäuerlichen Kreditwerber auch bei Erfüllung aller Voraussetzungen ausgesetzt sind und der sie hoffnungslos macht.“

O.V.: Besatzungskinder. In: Eckartbote (1955/5), S. 2 f.

Hier wird besonders das Schicksal der „Mischlingskinder“ behandelt: „Von den Müttern und ihrer Familie meist als kompromittierte Last empfunden, von einer vorurteilsbeschwerten Umwelt zumeist abgelehnt. (...)“

„Nicht jedes Soldatenkind ist dem anderen gleichzusetzen, die Liebe ist oft stärker als das nationale Ehrgefühl und das wünschenswerte Nationalbewusstsein, das mag man bedauern, verurteilen darf man Liebe über die Volkstumsgrenze deshalb nicht von vornherein.“

Wer aber erfreut sich über ein Mischlingskind? Scham überkommen, beim Anblick. Auch in der Demokratie und gerade in ihr darf man sich über ein zwar ungeschriebenes, aber so eindeutig und allgemein anerkanntes Blutgesetz nicht einfach hinwegsetzen.

Westdeutschland will 400 Mischlingskinder unter seinen 94.000 Soldatenkindern in Heimen für farbige Besatzungskinder erziehen lassen, man begrüßt das. Die Erziehung müsste ihnen die Auswanderung begehrenswert machen, der Staat sie bei Bewerbung um Auswanderung bevorzugen. Unter uns bleiben sie Fremdlinge.“

O.V.: Raum ohne Manneskraft (Rubrik: Wir halten Umschau) In: Eckartbote (1955/9), S. 10.

Die hohe Auswanderung aus der Ostreichshälfte in die Westreichshälfte wäre sehr bedenklich, da viele dieser Auswanderer junge wehrdienstpflichtige Männer sind.

Das Verhältnis von Frauen zu Männern wäre im Osten 10 zu 7, im Westen 5 zu 5, somit erfolge eine biologische Bevölkerungsumschichtung, die Folgen davon wären noch unabsehbar. Die Osthälfte sei zum Raum ohne Manneskraft geworden.

R., H.: Vom Bankrott unserer Staatsführung (Rubrik: Wir halten Umschau) In: Eckartbote (1955/10), S. 3.

„Was bedeutet der Jugend Volk und Gemeinschaft, die Ehre des Vaterlandes, die Zukunft des deutschen Volkes?“ Die Jugend verhielte sich so wie die politischen Wortführer des Landes die Tage: für sie beginnt die Zeitrechnung mit dem Jahre 1945, was war, war falsch und schlecht, Blödsinn oder Verbrechen. Sie ist geschichtslos geworden in ihrem Denken und stehen ihren Pflichten der Vergangenheit wie der Zukunft gleichgültig gegenüber.

Die Jugend nähme zwar die Berufsausbildung ernst, aber lebt sonst völlig unbekümmert in den Tag hinein.

„Wehrdienst? Blödsinn! Wahrscheinlich richtet er sich eh nur gegen das Deutsche Reich! Gegen Deutsche schießen wir nicht, gegen die Böhm der Kratochwil nicht, gegen die Ungarn Oberst Wolf nicht und gegen Tito der Wedenigg nicht. Blödsinn! Politik? Blödsinn! Es kann nicht jeder Abgeordneter werden, und die es werden wollen, sollen es halt versuchen.“

Man sage nicht, die Eltern hätten in der Erziehung unserer Kinder versagt. Die Beziehung der Jugend zu Volksgemeinschaft würde von der Politik bestimmt werden und müsse allein dafür verantwortlich gemacht werden.

Besatzung und Ost-West-Politik

O.V.: Das Echo auf die Viehhändler-Protokolle von Jalta (Rubrik: Die bunte Seite)

In: Eckartbote (1955/4), S. 4.

„'Arbeiter-Zeitung':

„Die Geheimdokumente der Jalta-Konferenz zerstören viele Illusionen. Die Besprechungen der „Großen Drei“, die Beratungen Roosevelts, Churchills und Stalins, haben sich so abgespielt, wie sich's der kleine Moritz vorstellt. Da wurde so nebenbei ausgemacht, ob Deutschland in zwei, drei oder fünf Staaten geteilt werden soll. Da soll Österreich einmal an Bayern angeschlossen, das andere Mal Wien die Hauptstadt der Donauförderung werden. Da wird die Grenze Polens sorglos quer durch Ostdeutschland gezogen, wobei nur die Befürchtung ausgesprochen wird, die „polnische Gans“ könnte sich zu sehr anmästen. Stalin ist für die Unabhängigkeit Polens und der Tschechoslowakei, ‚aber man könnte die beiden auch vereinigen‘. Inseln werden verschenkt, Staaten von der Landkarte gelöscht. Es ist in Jalta munter zugegangen.

(...) Uns liegen die primären Folgen jener Konferenz noch so schwer auf der Seele, daß uns die sekundären Folgen kaum berühren. Wir meinen sogar, daß solche Konferenzen gar nicht hinter verschlossenen Türen abgehalten werden dürfen, damit die Herren Politiker sich gezwungen sähen, mehr Rücksicht auf die Menschlichkeit, den Gerechtigkeitssinn und die Anständigkeit ihrer eigenen Völker zu nehmen.“

„Schreibt nicht so viel über jene Dokumente, schreibt die Presse. Sie hat recht, wir wollen die Dokumente nicht zerreden, aber sie auch nicht in Vergessenheit geraten lassen.“

O.V.: Nach Zehn Jahren. In: Eckartbote (1955/5), S. 7.

„Woher nahmen die Herren Emigranten und Widerstandskämpfer auch nach der Veröffentlichung der Dokumente (Anm.: Dokumente von Jalta) noch den Mut der Glorifizierung unserer Kriegsgegner und ihrer Kriegsziele anlässlich der vielen Zehn-Jahres-Gedenkfeiern unserer ‚Befreiung‘? (...)

Wer indes nach der Veröffentlichung der Dokumente von Jalta die Geschichte der abgelaufenen Jahrzehnte immer nur in Weiß und Schwarz sieht, der hat keine Scham und keine Ehre im Leibe.“

O.V.: Die Ostzone weint ... (Rubrik: Wir halten Umschau) In: Eckartbote (1955/9), S. 10.

„Wer Einblicke in die östliche Reichshälfte hat, weiß: Die Ostzone weint und verzagt! Zu jäh kam der Übergang von der Genfer Hoffnung zu der eiskalten Verhärtung des sowjetischen Willens, die Ostzone weiter unter Griff zu halten. Während in Genf die Absetzbewegung der Ost- in die Westhälfte stark nachließ, sind es derzeit wieder tausend und mehr Personen täglich, die von Osten nach Westen abwandern. Viele Ostflüchtlinge melden sich heute nicht mehr, denn wer arbeitswillig ist, bekommst im Westen sofort Arbeit (...) und kommt so um die sogenannte ‚Notaufnahme‘ und das verhasste Lagerleben herum. Jedenfalls ist die Hoffnung auf eine Wiedervereinigung für die breite Masse der ostdeutschen Bevölkerung in weite Ferne gerückt.“

Südtirol

O.V.: Kulturelle Hilfe für Südtirol. In: Eckartbote (1955/7-8), S. 4.

„Wir haben außerhalb der Staatsgrenzen ein Land, dessen Bevölkerung in ihrer Art und Vergangenheit so österreichisch ist, wie kaum ein anderes, Südtirol! Das Land an Etsch, Eisack und Rienz. (...) Die Österreicher, die sich einst schützend na die Front von Eis und Fels gestellt, wissend um die politische Not dieses Landes – sind sie sich auch alle bewusst, daß auch die Seele des Südtiroler Volkes in dieser Zeit schweren Schade und große Not leidet?“

O.V.: Das unverlierbare Volkstumsrecht (Rubrik: Die bunte Seite) In: Eckartbote (1955/1), S. 5.

„Eine erfreuliche Wendung hat die Frage „Südtirol“ dadurch genommen, daß nunmehr weite Kreise des deutschen Volkes sich immer wieder mit dem Schicksal unserer Volksgenossen südlich des Brenners befassen. Nicht nur im österreichischen Parlament wurde über diese Angelegenheit sehr offen und deutlich gesprochen, auch die

deutschsprachige Presse dies- und jenseits des Innflusses bringt recht oft Aufsätze, welche die Lage der Deutschen in Südtirol ungeschminkt schildern.“

Die Hauptpunkte, die man beanstandet, sind die die planmäßige Unterwanderung des Landes durch italienische Arbeiter, die zielbewusst von der italienischen Regierung gefördert wird, trotzdem in diesem Gebiet viele Einheimische arbeitslos sind, das Nichteinhalten der vertragsmäßig zugesicherten Gleichberechtigung der deutschen mit der italienischen Sprache, sowie das Zurückdrängen der deutschen Südtiroler in den öffentlichen Diensten ihrer Heimat.

„Das Verhalten der demokratischen Regierung Italiens unterscheidet sich von dem der faschistischen nur durch die Art des Vorgehens, das Ziel ist das gleiche geblieben: Verwelschung so oder so! (...)

„Jeder Volksangehörige hat ein unverlierbares Recht auf Muttersprache, Vaterscholle und heimatliches Kulturerbe! Eine solche Rechtsidee kann nicht dauernd gebeugt werden, wenn wir sie nur selber unermüdlich vertreten.“

O.V.: Auch die Südtiroler haben Rückstellungsansprüche (Nachdruck aus „Die Furche“ 1954/11) In: Eckartbote (1955/1), S. 6.

„Auch den Südtirolern stehen Rückstellungen entzogener Vermögenswerte zu, die in Österreich und Deutschland in Millionen und Milliardenhöhe, außer Lande gebracht werden. (...)

Die deutschen Abgeordneten und Senatoren Südtirols haben im April 1945 ein Memorandum an die Regierung gerichtet, in dem sie die Rückgabe entzogener Güter an die frühen Eigentümer fordern. Die Veräußerungserlöse sollen dazu verwendet werden, die Rückoptanten wieder anzusiedeln, die in Südtirol noch nicht Arbeit und Wohnung gefunden haben.“

H., Ch.: Ein Frontbericht aus Südtirol. In: Eckartbote (1955/9), S. 8.

„Viele der bisherigen Grenzbehinderungen, die für die Südtiroler gleichzeitig eine Abschnürung von ihrem Volk bedeuteten, seien schon dem in Europa allgemein begonnenen Abbau der zwischenstaatlichen Abtrennung gewichen. Einen Reisepass bekomme man binnen ein paar Tagen, man hat alle Möglichkeiten Südtirol zu besuchen oder Gäste von drüben zu empfangen. Auch in Schulen und Kursen für Südtiroler ist es ähnlich. (...)

Auch die kulturelle Abtrennung besteht nicht mehr gesetzlich, den Deutschen in Österreich um im Reich ist es nicht mehr verwehrt, sich kulturell um ihre Stammesgenossen zu bemühen. (...) Der österreichischen Landsmannschaft gebührt hier ein großer Dank.“

O.V.: Südtirol – Ach du wundeste Stelle, immer noch nicht geheilt! In: Eckartbote (1955/10), S. 4.

Hier findet sich ein Buchspendenauftrag für Südtiroler Kindergärten, Schulen, Pfarr- und Volksbüchereien, man weist darauf hin, dass die Buchsammlung vom Vorjahr ein großer Erfolg war. Für Südtirol müssen deutschsprachige Landkarten, Lehrmittel, Schulwandbilder und ähnliches beschafft werden. Die Liebe zu Südtirol kennt keine Parteischränken, darauf dürfen wir stolz sein.

„Südtirol ist unser, solange wir es im Herzen halten!“

O.V.: Was Italien vertragswidrig unterlassen und verfügt hat. In: Eckartbote (1955/10), S. 4.

Italien verpflichtete sich in Paris, Südtirol Autonomie zu gewähren, Rom aber zwang den Südtirolern gemeinsam mit den Trentinern eine Autonomie auf, dadurch gelangten die Deutschen im autonomen Raum in die Minderheit. Man habe die Autonomiestatute für Südtirol bis heute nicht erlassen.

Öffentliche Ämter in Südtirol werden hauptsächlich von Italienern bekleidet, die Krankenhausschwester sprechen kein Deutsch.

Das Rahmenabkommen in Paris besagt, Italien habe insbesondere Schulen in der Muttersprache, Gleichstellung der deutschen und italienischen Sprache, Gleichstellung bei Anstellungen usw. zu gewähren.

„Italien will aus dem Pariser Abkommen den wesentlichen Punkt nicht wahrhaben, daß nämlich Italien dazu verpflichtet ist volklichen (=ethnischen) Besitzstand Südtirols auf der Ebene von 1946 zu bewahren und nicht durch planmäßige Unterwanderung auf „kaltem“ Wege zu verfälschen. Österreich ist als Vertragspartner ohne weiteres in der Lage ein Schiedsgericht zu verlangen. Es ist verpflichtet, das zugunsten der Südtiroler abgeschlossene Abkommen zu bewahren. „

H., Ch.: Und das ist Südtirol. In: Eckartbote (1955/11), S. 7.

Diese meisten Österreicher würden von Südtirol zumindest wissen, wo es sich befinde, aber sie würden nichts von der Herkunft wissen.

„Die Südtiroler sind eineinhalb Jahrtausende lang trotz ihrer Lage an der Südgrenze zum deutschen Kulturraum und trotz zeitweiliger Abschnürung vom Mutterland keine Kulturinsel geworden, sondern in lebendigem Zusammenhang mit der deutschen Gesamtkultur geblieben, zu der sie im Verhältnis mindestens genauso viel beigetragen haben wie jeder andere deutsche Stamm.“

O.V.: Die Weihnachtssammlung für Südtirol. In: Eckartbote (1955/11), S. 7.

„1945 stand Südtirol vor einem neuen Anfang. Es musste sich seine deutschen Schule, seine Büchereien und Volkshochschulen neu einrichten. Es fehlt noch an vielen Dingen und jede Hilfe ist willkommen. (...)

Bücher, Märchen- Sagenbücher, Entrümpel nicht, mache dir und den Deutschtum keine Schande, zeige Adel, sei kein Krämer.“ Auch Geldspenden wären willkommen, damit man Lehrmittel für die deutschen Schulen in Südtirol besorgen könne.

Ungerechte Behandlung und Entnazifizierung

R., H.: Um der Gemeinschaft willen. In: Eckartbote (1954/9), S. 1.

„Jedes Pauschalurteil über eine Partei ist eine Lüge! Auch das NS-Gesetz, das zu lockern die Alliierten wieder untersagt haben ist Ausdruck jener politischen Lüge, einer wider besseren Wissen und Gewissen deklarierten Kollektivschuld. Den jeweiligen Machthabern wird die Macht zwar vor allem durch den Einsatz von Idealisten in die Hand gegeben, doch wie sie dann diese Macht gebrauchen, das liegt bei Gott oder dem Teufel, niemals beim Volk selber. Auch nicht in der Demokratie! (...)

Mehr Fairness im politischen Kampf tut not. Wir glauben an den Menschen und wir glauben an unser Volk. Deshalb glauben wir auch, daß die Zeit der politischen Lüge mit all dem auf ihr basierendes Unrecht nach so viel Aufklärung wie unsere Generation sie im Wechsel der Systeme erhalten hat, im Versinken ist.“

O.V.: No und Njet! In: Eckartbote (1954/9), S. 6.

„Der Alliierte Rat hat einstimmig zwei Gesetze zur inneren Befriedung unseres Landes abgelehnt: Das vom Parlament beschlossene Gesetz über die Rückgabe konfiszierter Vermögen und das Gesetz über die Zuerkennung von Pensionen an ehemalige Nationalsozialisten. Begründung: zuerst müsste den Ansprüchen der Opfer der NS-Zeit gerecht geworden sein! Nun stellt aber die Weltorganisation der Juden so unerfüllbar hohe Forderungen an Österreich, dass nicht abzusehen ist, wann es jemals zur inneren Befriedung Österreichs kommen soll. Ob die Juden selber an der Erfüllbarkeit ihrer Forderungen glauben? Wir wissen heute, wieviele Menschen sie bis 1945 verloren haben, es ist eine furchtbare Zahl, so groß, dass jedes menschliche Herz erzittert in der Vorstellung einer solchen Tragödie. Die Juden sind ein reiches Volk. Darum: was das Maß gerechter Forderungen überschreitet, das ist Rache und jede Forderung, die von einer Kollektivschuld abgeleitet wird, ist Unrecht. Man darf Unrecht nicht mit Unrecht vergelten, wenn man sich nicht selber ins Unrecht setzen will.“

R., H.: Das ungleiche Maß. In: Eckartbote (1954/9), S. 6.

„Wann immer österreichische und deutsche Staatsbürger zusammenkommen, sich vertragen, statt zu schlagen oder wie Blutsbrüder sich begrüßen, gleich schreibt und schreit die ausländische Presse über neue Anschlußkundgebungen, Neonazismus und Pragermanismus. Was ist das für eine böser Wille, der die Deutschen, wie sie es durch Jahrhunderte so brav gemacht haben, sich nicht mehr gegenseitig totschiessen und zur Ader läßt!

Als Churchill und Eden im Sommer nach Washington flogen, waren das ‚Familienangelegenheiten‘, die Gemeinschaft der Englischsprachigen Welt ist ziemlich groß, so Churchill. Für alle Welt ist das in Ordnung.

Was aber wenn österreichische Minister nach West- oder Ostdeutschland flögen, und ähnlich sich äußern würden? Das wäre das schlimmste!

Ein anderes Beispiel: Zwischen Israel und dem Weltjudentum besteht eine Verbindung, welche auf gemeinsame Herkunft und gemeinsames Schicksal beruhen. (...)

Wenn wir Österreicher genau sprächen, es wäre der allerschlimmste Neonazismus!“

R., H.: Um uns und in uns. In: Eckartbote (1955/1), S. 1.

Man habe auf das welterlösende Wort vergeblich gewartet, das die Mächtigen der Welt gegenüber allen unterdrückten und besiegten Völkern sprechen hätten können. Man hätte

sich ein Wort der Gerechtigkeit gegenüber den ohne Rechte hingestellten, unter Ausnahmegesetze lebenden Mitgliedern der Gemeinschaft.

Keine Weihnachts- oder Neujahrsbotschaft aus dem Ausland hätte das deutsche Volk erreicht, die Zweiteilung Deutschlands bestünde weiterhin, die gewaltsame Abtrennungen im Osten, das Unrecht an Millionen deutscher Heimatvertriebener, keine vom Unrecht der Besetzung Österreichs, der Vorenthaltung des Staatsvertrages, der Verwelschung Südtirols.

Und niemand in Österreich würde die Ungerechtigkeit gegenüber den Volksbrüdern, die zehn Jahre nach ihrem Unglück immer noch auf die gesetzliche Rente warten.

Man solle aber nicht nur Frieden predigen und Frieden fordern wenn man darunter nichts anderes versteht als dass der Mensch und dem Volk, dem Unrecht widerfuhr, sich damit abfinden solle. Friede bedeutet nicht nur das Stilllegen der Waffen, sondern auch eine Haltung im Geiste, ein Willen zur Gerechtigkeit.

Jedes Volk der Erde hat Sehnsucht nach Frieden, aber man wolle anscheinend nicht wahrhaben, dass ein echter Friede der Welt als Geschenk gegeben werden müsse. Die Verantwortlichen der heutigen Welt seien der Meinung, dass Frieden eine Sache sei, die sich leicht kaufen ließe. Doch zehn Jahre verhandeln sie nun schon um den Preis des Friedens.

„Die Umstände, unter denen wir in das neue Jahr gehen, sind für unser Volk unerfreulich, rein politisch rechnerisch betrachtet, erschreckend.“ Dennoch: Gott lebt noch und sein Tag wird kommen.

„Daß vielen von uns die Trümmer des Reiches, die Ungerechtigkeit, der ganze Schutt der Umbruchszeiten nach 1918 und 1945 die Quelle des Glaubens an die Zukunft verschüttet haben, ist begreiflich. Sie wieder freizulassen, ist unsere Pflicht.“

**O.V.: Es wird Nazi geben, und mir werd'n nimmer leben! (Rubrik: Die bunte Seite)
In: Eckartbote (1955/2), S. 9.**

„Frau Justizia hat Gott zum Vater, ist also ein Kind des Himmels. Da aber auch himmlische Frauen neugierig sind, lüftete sie die ihr um ihrer göttlichen Aufgabe willen umgebundene Augenbinde, und sie da, es gefiel ihr der Mensch und sie gebar dem Menschen einen Sohn, den allbekanntesten, von seiner Mutter her unsterblichen

Prügelknaben. Der wird nur von Zeit zu Zeit umbenannt. In unserer Zeit heißt er ‚Nazi.‘
(...)

Den Anlass zu dieser Betrachtung bot zur Abwechslung die ‚Aktion‘; nicht die Organisation, aber die Zeitung. Sie beleuchtete das Unrecht der Lebedenko-Schenkung von Möbeln ehemaliger Nationalsozialisten an das Wiener Magistrat und meinte, man möchte annehmen, daß heute, zehn Jahre später, das ganze Unrecht des Möbeldiebstahls auch vom Wiener Magistrat schon erkannt worden sei und man nun darangehe, den eigentlichen Besitzern, die ‚größtenteils‘ überhaupt nicht unter die NS-Gesetze fielen, die Möbel zurückzugeben.

Gewiss war diese Zeitungsmerke als Ganzes gutgemeint, vielleicht sogar der letzte Satz mit dem naiv-devoten Bemühen, möglichst viele der Möbel-Bestohlenen als Nicht-Nazis zu reklamieren. Aber wozu diese Rückgratverkrümmung und die Sortierung der Bestohlenen in weiße und braune? Unrecht bleibt Unrecht, auch dann, wenn alle Betroffenen unter jene Unrechtgesetze gefallen wären! Ach, der Prügelknabe unserer Zeit, der Nazi, er wird uns wohl alle und lange überleben!“

Berka, Günther: National? – Sie sollen es lassen Stahn! In: Eckartbote (1955/3), S. 1 f.

„Es ist schon eine bedauerliche Vergiftung des politischen Kampfes, die Begriffe, mit denen der politische Gegner sich artikuliert, zu verdrehen und ihnen eine falsche Bedeutung zuzuschreiben, gar unterzuschieben, so wird das Unheil noch dramatischer, wenn im eigenen Lager sogar keine Klarheit darüber besteht, was unter den Begriffen, die die politische Grundhaltung darlegen sollen, zu verstehen ist. (...)

Der eine politische Führer ist zu sehr national, der andere zu wenig oder gar nicht, jener mehr freiheitlich als national, der mehr nationalen Gruppe stellt man eine mehr soziale gegenüber, und wenn man nach der Bedeutung des Wortes ‚national‘ fragt, dann kann man, im Kriege von Gesinnungsgenossen innerhalb einer Stunde erleben, wie das Wort ‚national‘ als Rechtsradikalismus verstanden wird, ein andermal dem sozialen Gedanken gegenübersteht, dann wieder diesem gleichgesetzt wird, und dann wird der Nationalismus für alle Geschehnisse in der nationalsozialistischen Herrschaft verantwortlich gemacht.
(...)

Der Ausdruck ‚deutschnational‘ ist in der alten Monarchie entstanden, als der immer heftiger werdende Kampf der Österreich bewohnende Völker die Deutschen in Österreich

zwang, vor allem auf die Vertretung ihrer eigenen Volksinteressen bedacht zu sein. Nach dem Zusammenbruch der Monarchie stand der nationale Gedanke im Vordergrund der österreichischen Politik mit dem Ringen um den Anschluß Österreichs an das deutsche Reich und mit dem Kampfe für die Rechte der unter Fremdherrschaft stehenden deutschen Volksgruppen. Das Jahr 1938 brachte eine alle Erwartungen übertreffenden Sieg des nationalen Gedankens. Die nationalsozialistische Führung hat aber nach Erreichung der Macht den Boden des Rechtes verlassen und damit eine in der Weltgeschichte geradezu einmalige Gelegenheit, auf Grund der Anerkennung der nationalen Rechte der europäischen Völker der Retter dieses Erdteiles zu werden, versäumt. (...)

Der nationale Gedanke ist dadurch in Verruf gekommen und wir haben die Aufgabe, seine Daseinsberechtigung zu verteidigen, nicht so sehr der Gegner von echten oder vorgetäuschten Missverständnissen zu verteidigen, nicht so sehr der Gegner des nationalen Gedankens wegen, die sich ja die bequeme Gelegenheit, nationaldenkende Menschen in Österreich einfach des Faschismus und Neofaschismus zu bezichtigen, niemals werden nehmen lassen, sondern um unser selbst willen. Wir müssen zunächst selbst wissen, was wir sind und was wir wollen, es nicht zu wissen ist – wie die Vorgänge im ‚nationalen Lager‘ zeigen – von größter Schädlichkeit.“

R., H.: Volkspolitische Forderungen. In: Eckartbote (1955/7-8), S. 1.

„Nun wird unsere Freiheit bald sanktioniert sein. Eine neue Gemeinschaft soll gebaut werden, das Recht ist hier das Fundament. Also heißt die Parole ‚Rückkehr zum Recht! (...) Wie wird das große Unrecht, die NS-Gesetzgebung, die in unserer Verfassung eingebaut ist, beseitigt werden? Das es geschehen muss, ist klar. Dies Unrecht ist die Erbsünde unserer Republik.

Unrecht bleibt Unrecht, die NS-Gesetze wurden ungerecht gehandhabt. (...)

Wer kann es denn, ohne spekulativ zu sein, vor sich und seiner Familie verantworten, von seinen politischen Rechten Gebrauch zu machen, wenn er nicht weiß, ob nicht morgen schon wieder so ein naturrechtswidriges Gesetz mit rückwirkenden Strafbestimmungen erlassen wird, nachdem das erste Gesetz nicht ausgelöscht wurde!“

O.V.: Das deutsche Eigentum – der leidige Zankapfel. In: Eckartbote (1955/7-8), S. 10.

„Der Begriff ‚ehemaliges deutsches Eigentum‘ wurde nur deshalb geschaffen, um seiner Hilfe Reparationsleistungen auch von dem ‚befreiten‘ Österreich in Anspruch nehmen zu können und um überdies als Zankapfel zwischen Deutschland und Österreich zu dienen.“ Diesen Zankapfel solle man nicht aufgreifen, sondern ungedankt liegen lassen.

O.V.: Zehnmal Lidice. (Rubrik: Wir halten Umschau) In: Eckartbote (1955/9), S. 10.

„Man wundere sich über die Anmaßung, mit der jene Mächte über Deutschlands Offiziere in Nürnberg zu Gerichte saßen und über die frevlerische Heuchelei, Deutsche heute noch in Kerkern ihre ‚Kriegsverbrechen‘ sühnen zu lassen.

Es wird Zeit, daß wir unser nationales, moralisches Selbstbewusstsein vor der Welt wiederfinden, wenn wir auch heute unter uns niemals vergessen wollen, was an Geschehen wir vor uns selber nicht rechtfertigen können.“

Berka, Günther: Überstaatliche Volksgemeinschaft (Rubrik: Wir halten Umschau) (Nachdruck aus: „National“) In: Eckartbote (1955/10), S. 8.

„Während noch Dr. Seipel das Staatsbürgerliche Bekenntnis zu Österreich mit dem volksbürgerlichen Bekenntnis zum deutschen Volke bestens vereinbar erklärte und für sich selber als Grundlage seines Fühlens und Handelns verkündete, sind seit 1945 Kräfte am Werk, die das Bekenntnis zur überstaatlichen deutschen Volksgemeinschaft in eine antiösterreichische Haltung umdeuten möchten.

Nun wurde eine solche Haltung kürzlich von einer Seite bestätigt, der die Überösterreicher Marke 1945 gewiss keine nazistischen Gesinnungen unterstellen können.“

Jahn, H.E.: Angst – Heuchelei- Rückversicherung. In: Eckartbote (1955/11), S. 1.

„Es ist eine Tatsache, dass viele unserer Mitmenschen aus politischer und wirtschaftlicher Angst völlig auf sich selbst, auf ihren kleinen privaten Kreis sich zurückziehen.

Sie hüten sich vor jeglicher Stellungnahme, und schützen ihr Berufsleben – gehen auf Nummer sicher, und sind nur darauf aus, möglichst gut zu verdienen, ein schönes Leben zu haben und möglichst wenig Steuern zu zahlen.

Hoch intelligente Personen würden sich nicht mehr für die Volksgemeinschaft interessieren, sie täuschen Gleichgültigkeit bei den politischen Geschehnissen vor, was

gegen natürliche Interessen stöße, man müsse solche Wünsche hegen. Somit werden sie zu Heuchlern gegenüber sich selbst und dem Staate. (...) Vom Nichtexponieren bis hin zur scheinheiligen Freundlichkeit nach allen Seiten ist dann nur noch ein kleiner Schritt. Diese unehrliche, schwammige, unzuverlässliche (sic!) Grundhaltung zeigt sich bereits auf der Gemeindeebene. Die pflanzt sich fort über die Länderebene bis in die Regionen des Bundes.“

„Die politisch Neunmalklugen wollen im Zeitalter des Fragebogens nachträglich zu unbeschriebenen Blättern werden. Sie gehen der persönlichen Entscheidung aus dem Wege und ordnen sich damit in das Kollektiv der zwischen den Gezeiten Treibenden ein.“

Die Frage, die man sich nun in der Welt stellen müsse, wäre: Freiheit oder Stacheldraht?

„Es ist typisch, dass ein politischer Publizist kürzlich eine Broschüre unter dem Titel „Das Wagnis der Freiheit“ herausgab. Wir unterstreichen die uns damit gegebene Formel: Freiheit ist Wagnis! Weil wir leben wollen, müssen wir tapfer sein. So gehört es zur Grundarbeit des Volkserziehers, den Angstkomplex durch Aussprache von Mensch zu Mensch völlig zu beseitigen.“

Man möchte erwähnen, dass während der Hitlerzeit Millionen von Menschen auferlegte Überforderung zu der verhängnisvollen Arbeitshaltung nach 1945 geführt hat. Viele hätten den Begriff des „Dienens“ durch den des „Verdienens“ ausgetauscht, es hätte den Anschein, dass man nur viel Geld verdienen möchte und das möglichst schnell.

Staatsvertrag

H., R.: Wach bleiben in der Pflicht! In: Eckartbote (1955/5), S. 1.

„Wird es wirklich zum Staatsvertrag kommen? Nach einem tiefen, fast schon befreienden Atemzuge fragen wir uns: Wir der die volle Souveränität des Staates bringen und die volle Freiheit seiner Staatsbürger?

Österreich ist ein deutscher Staat. Unser Stolz, Deutsche zu sein, lassen wir uns von niemandem nehmen, durch keine Klausel des Staatsvertrages verbieten. Wir Deutsche

sind ein Volk und wollen es bleiben. Deutschem Denken und deutschem Gemeinsinn in Österreich großdeutsche Gedankengänge unterzuschieben, wird man wohl versuchen, vielleicht sogar dies, uns in eine Feinstellung zu Deutschland hineinzumanövrieren. Aber diese Versuche werden alle scheitern. Die Pflege treu nachbarlicher, geistiger und kultureller Beziehungen zum geeinten Deutschland ist uns eine unveräußerbare Pflicht und Herzenssache. Deutschland ist uns mehr als ein bloßer Aktivposten im Fremdenverkehr und so soll es bleiben – in alle Ewigkeit, Amen!“

„Daß die Idee des Nationalstaates jetzt, wo die Welt von Jahrzehnt zu Jahrzehnt kleiner wird, einem größeren und zweckmäßigeren Raumordnungsgedanken weichen muß, anerkennen auch wir und hoffen, Österreich wird sich politisch und geistig nicht verschweizern lassen, sondern jene völkerverbindende Aufgabe wieder aufnehmen, die seine geographische Lage im Herzen Europas ihm vorschreibt. (..)

Wird der Staatsvertrag auch im Inneren Gerechtigkeit und Freiheit bringen? Oder wird es gar nicht lange dauern, bis sich die politischen Gegner wieder die Schädel einschlagen und Versammlungen einer mißliebigen Opposition einfach und ungestraft wieder gesprengt werden? Werden Parteischacher und Proporz noch mehr ins Kraut schießen? Wird man, die jetzt unter die neu geölten Räder der Staatsmaschinerie zu kommen drohen, nun wirklich ‚pardonieren‘ und endlich auch das NS-Problem recht und gerecht lösen? Daß diese Problem bereits seine österreichische und man meint damit seine menschliche Lösung, gefunden habe, ist eine demagogische, ja frivole Behauptung auch dann, wenn sie von höchster Stelle mit noch so selbstgerechtem Pathos abgegeben wird. Dafür stehen wir, auch ohne jetzt Beweise anzuführen, gerade!“

O.V.: Vor und nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages. In: Eckartbote (1955/6), S. 2 f.

Am Vorabend der Unterzeichnung des Staatsvertrages wurde in ostdeutschen Zeitungen ein großer Artikel von Marshall Shukow, in dem er die Westmächte die Schuld für den Zweiten Weltkrieg gibt, während er Deutschland in den Schutz nimmt.

In der Woche vor den Staatsvertragsverhandlungen war auch der zehnte Gedächtnistag der Vertreibungen von Deutschen aus dem Osten. „Daß sie in diesen Tagen das Unrecht ihrer Vertreibung und des damit verbundenen Millionenmordes und auch ihr Recht auf

die verlorene Heimat bekunden wollten, war selbstverständlich und ihre Pflicht. (...) Unsere Regierung aber nahm zarte Rücksicht auf das zarte Gewissen der Botschafter der Alliierten und verbot diese Kundgebungen.“

„Die vor zehn Jahren verheißene, aber zehn Jahre lang vorenthaltene Befreiung ist uns Österreichern nun zu teil geworden. Die Freude darüber ist tief und ehrlich, sie lässt uns über alle erlittene eigene Unbill geziemend schweigen. Kein Schweigen und Vergessen aber geziemt uns in der Morgenstunde der eigenen Freiheit gegenüber dem bitteren Schicksal jener Angehörigen unseres Volkes, denen als Heimatvertriebenen oder als entrechteten Heimatverbliebenen die nationale Selbstbestimmung und die Menschenrechte des sprachlichen und kulturellen Minderheitsschutzes auch heute noch genommen und versagt sind. So grüßen wir die Stunde eigener Schicksalswendung in bestärkter Treue alle unsere Landsleute aus und in Südtirol, aus und in den deutschen Sprachgebieten Böhmens, Mährens und Schlesiens, der Südsteiermark, der Batschka, des Banates und des Siebenbürgenlandes. Wir geloben: Eure Freiheit ist uns nicht feil, auch nicht für die so lang ersehnte eigene!“

10.2 Abstract

Abstract (deutsche Version)

Die Selbstdefinition Österreichs als erstes Opfer des Nationalsozialismus war die gravierendste Fehlselfeinschätzung des 20. Jahrhunderts. Die österreichische Führungriege entsagte sich sämtlicher Verantwortung für die nationalsozialistischen Verbrechen. Der Anschluss wäre eine ungewollte Bedrohung gewesen, die eine Einverleibung des wehrlosen Österreichischen Staats zum Ziel hatte. Eine besondere Aufgabe für die Zweite Republik stellte der Wiederaufbau des Pressewesens dar, durch den Anschluss wurden alle Kommunikationskanäle gleichgeschaltet und mit Kriegsende demoliert. Mit der fehlenden Einsicht der Gesellschaft, hinsichtlich der Mitschuld an den Kriegsverbrechen, der Minderung von juristischen Konsequenzen für nazistischen Kriegstäter nach dem Krieg und der Eingliederung „ehemaliger“ Nazis in die Gemeinschaft und öffentlichen Bereichen entwickelten sich auch in der Presse gewisse Ideologien, die das Ende des Nationalsozialismus nicht einfach so hinnahmen. Solche Gesinnungen wurden in der Tagespresse zum Großteil gemieden, in einschlägigen Zeitschriften, von ehemaligen Nationalsozialisten und von ideologisch gleichgesinnten Personen publiziert, fand sich dafür eine Plattform.

Das Ziel dieser Forschungsarbeit ist, die Zeitschriften „Die Aula“ und „Der Eckartbote“, beide im neonazistischen Milieu zu verorten, im Bezug auf ihre Auffassung einer demokratischen politischen Ordnung zu analysieren. Eingebettet in den gesellschaftlichen und politischen Kontext soll auch beleuchtet werden, wie ehemalige Nationalsozialisten, besonders nach den gelockerten Entnazifizierungsmaßnahmen und vollzogenen Amnestierungen nach 1948 sowie der außenpolitisch instabilen Lage durch den Kalten Krieg und den Umstand der Besatzung, den Weg Österreichs bis zum Staatsvertrag interpretierten.

Abstract (english version)

Austria's declaration as itself being the first victim of Nazism was one of the most erroneous self assessments of the 20th century. Austrian leadership declared itself free of all responsibilities of Nazi crimes.

The “Anschluss,” or annexation, was declared an unwarranted threat that was wrought upon a defenseless Austrian state.

A special task for the second Austrian republic was the reconstruction of the press, by connecting all communication channels that were dismantled during the war.

With society lacking the understanding of complicity in war crimes, communities often include former Nazi war criminals. The press developed certain ideological sentiments that did not disappear even at the end of Nazism.

These sentiments that were shunned by the daily press in relevant journals, found other means by which to be published, usually by former Nazis and ideologically like-minded people.

The objective of this research is to analyze "Die Aula" and "Der Eckartbote" neo-Nazi magazines, and their concepts of establishing democratic political order.

As former Nazis, especially after the denazification and amnesty measures of 1947/48, political instability, the occupation, and the cold war should all be considered to having an effect on the social and political environment at the time of the signing of the Austrian State Treaty.

10.3 Lebenslauf

Christina Steinkeller Bakk. phil.

Kontakt

christina.steinkellner@hotmail.com

Ausbildung

2002-2007 Höhere Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Berufe in Bad Ischl,
Fachmatura im Bereich Sozialmanagement.

2007 – 2012 Bakkalaureatsstudium der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft
sowie Politikwissenschaft an der Universität Wien.

Juni 2012 Abschluss des Bakkalaureatsstudiums der Publizistik- und
Kommunikationswissenschaft;
Titel der Bakkalaureatsarbeit: DIE "AULA" - Publikation des dritten
Lagers mit tragender Rolle als Vermittler rechtsextremen Gedankenguts.

2012 – 2015 Magisterstudium der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der
Universität Wien.

Berufliche Tätigkeiten

2013 Assistentztätigkeit bei Metrum Communications (Finanzkommunikation)

2011 Redaktionsmitglied der Transparenzdatenbank www.meineabgeordneten.at

Diverse Tätigkeiten in sozialen Organisationen